Mittwoch, 20. März 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 67 - 12. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Prozeß gegen Franke: Der frühere Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD), muß sich wegen Verdachts der Untreue vor Gericht verantworten. Das Bonner Landgericht hat die Anklage zur Hauptverhandlung zugelassen. In dem Fall geht es um den Verbleib von 5,6 Millionen Mark aus dem Ministeriums-Etat. (S. 2 und 4)

Golfkrieg: Nach der Einstellung ihres Linienflugverkehrs hat die Lufthansa mit einer Sondermaschine die letzten 357 Deutschen evakuiert, die Iran verlassen wollten. (S. 5 und 10)

Innerdeutsche Grenze: Die „DDR" hat mit der Sprengung von Tretminen begonnen, teilte die bayerische Grenzpolizei mit. Bei Massenhausen seien etwa 800 Minen vernichtet worden.

Spionage: In München begann der Prozeß gegen den ehemaligen Fregattenkapitän Reichenburg. Er soll 16 Jahre lang Erkenntnisse von Nachrichtendiensten der Bundesrepublik an die „DDR" geliefert haben.

Ost-Berater: Mehr als 60 000 Militärexperten und 100 000 zivile Berater aus den Ländern des Warschauer Pakts sowie aus Kuba und Vietnam waren nach NATO-Erkenntnissen 1983 in der Dritten Welt tätig. Der Wert der östlichen Waffenlieferungen wird mit 6,2 Milliarden Dollar angegeben.

Richtungskampf: Die NRW-Grünen stehen vor ihrer bislang schwersten Belastungsprobe. „Realisten" und „Fundamentalisten" suchen die Entscheidung, wer künftig die Linie des Landesverbandes bestimmt. (S. 4)

Forschung: Verstärkte Zusammenarbeit der EG-Staaten in der Kommunikations- und Informationstechnik fordert Baden-Württembergs Regierungschef Späth. Sie sei „unendlich wichtiger als der periodische Streit über Agrarmarktsubventionen". (S. 4)

Südafrika: Dreitägige Unruhen in Farbigen-Siedlungen im Industriegebiet der östlichen Kap-Provinz wegen der allgemeinen Teuerung haben mindestens 15 Schwarze das Leben gekostet.

Auch Japan blickt zurück

Am 14. August 1945, drei Monate nach dem Deutschen Reich und im Anschluß an zwei verheerende Atombomben-Angriffe auf Hiroshima und Nagasaki, kapitulierte Japan bedingungslos. Günter Diehl beschreibt in der WELT, wie sich in der Zeit nach dem Kriege das japanische Geschichtsbild entwickelt hat. Seite 8

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Die Investitionstätigkeit der Wirtschaft wird nach Ansicht der Bundesbank weiter an Schwung gewinnen. Dazu würden nicht nur Modernisierungs-, sondern auch Erweiterungsinvestitionen beitragen. (S. 11)

Großbritannien: Die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer steigen zu schnell. Dagegen verbessert sich die Produktivität in der Wirtschaft zu langsam, moniert der Industrieverband. (S. 12)

Kabinett: Die steuerliche Förderung schadstoffarmer Autos im Lichte der heutigen Beschlüsse des Brüsseler Umweltrats und voraussichtlich auch die Teilprivatisierung von Bundesunternehmen will das Bundeskabinett auf seiner Sitzung am 26. März erörtern. (S. 11)

Börse: Der abgeschwächte Kurs des Dollar führte zu Unruhe an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war fest. WELT-Aktienindex 177,9 (178,0). BHF-Rentenindex 100,517 (100,223). Performance Index 99,271 (98,952). Dollarmittelkurs 3,2910 (3,3756) Mark. Goldpreis 316,75 (298,85) Dollar.

KULTUR

Henri Laurens: Der Erfolg kam spät. Aber heute ist unbestritten, daß Henri Laurens ein Klassiker der modernen Skulptur ist. Das dokumentiert nachdrücklich eine Ausstellung mit Plastiken, Zeichnungen, Aquarellen, Collagen und Graphiken in Hannover. (S. 21)

Literatur: Den „Großen Kunstpreis Berlin" erhielt die Schriftstellerin Brigitte Kronauer. Damit, so die Jury, werde ein erzählerisches Werk gewürdigt, „in dem die offenen Fragen der Literaturmoderne eingeholt sind in die Tradition des Erzählens".

ZITAT DES TAGES



» Ich will nicht Frauen gegen Arbeitslose ausspielen – es gibt auch arbeitslose Frauen –, aber das große Integrationsthema lautet ‚Beschäftigung'. Alles andere sind Reparaturkästchen «

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in einem WELT-Gespräch zur Thematik des heute in Essen beginnenden CDU-Parteitages (S. 10) FOTO: DPA

SPORT

Korea: Erstmals nach der politischen Teilung Koreas 1945 werden Sportler aus der UdSSR Südkorea einen Besuch abstatten. Es handelt sich um eine Schaulauf-Tournee der Eiskunstläufer.

Fußball: Ob der verletzte Karlheinz Rummenigge beim UEFA-Cup-Spiel seines Vereins Inter Mailand in Köln heute zur Verfügung stehen wird, entscheidet sich erst kurz vor Anpfiff. (S. 9)

AUS ALLER WELT

US-Entertainer: Davon können Altstars wie Frank Sinatra nur träumen: Im Alter von 25 Jahren hat der Popsänger Michael Jackson ein Vermögen von einer Milliarde Dollar angehäuft. (S. 22)

Wetter: Heute um 17.14 Uhr beginnt (kalendarisch) der Frühling. Doch der Winter will nicht weichen. Gestern fiel Schnee von Nord bis Süd; es folgte das sattsam bekannte Chaos auf den Straßen. Auch in den nächsten Tagen ist mit Frühlingsboten nicht zu rechnen. Heute bewegen sich die Höchsttemperaturen zwischen 0 und 3 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schäuble sieht nun Chance für Kulturabkommen mit „DDR"

Löst Frank-Falin-Formel Berlin-Problematik? / Asylantenfrage mit Honecker besprochen

BERNT CONRAD, **Bonn**

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Wolfgang Schäuble, erwartet aufgrund des Moskauer Gesprächs zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und SED-Chef Erich Honecker einen baldigen Abschluß der seit Jahren laufenden Verhandlungen über ein Kulturabkommen mit der „DDR". Er hofft ferner, wie er gestern im Süddeutschen Rundfunk mitteilte, auf eine Wiederaufnahme des innerdeutschen Jugendaustausches, den Abschluß eines Umweltrahmenabkommens und eine Regelung des Problems der über den Flughafen Berlin-Schönefeld nach West-Berlin einströmenden Asylanten.

Ein wesentliches Hindernis für das Kulturabkommen bestand bisher in der Einbeziehung West-Berlins. Schäuble, der den Kanzler zu den Trauerfeierlichkeiten nach Moskau begleitet hatte, sprach deshalb Honecker ausdrücklich auf Berlin an. „Er hat gesagt, da gebe es bewährte Formeln – nun schön, das ist ein Zeichen, daß ein Interesse daran besteht, es voranzubringen", meinte Schäuble. Mit dem Begriff „bewährte Formeln" meinte der „DDR"-Staatsratsvorsitzende offensichtlich die sogenannte Frank-Falin-Formel: „Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3.9.1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt." Diese mit Moskau ausgehandelte Formel stand auch in dem am 19.5.1973 in Bonn unterzeichneten deutsch-sowjetischen Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit, dessen Artikel zwölf den Abschluß von Zweijahresprogrammen für den Kulturaustausch vorsah.

Doch bisher ist nicht ein einziges Zweijahresprogramm zustande gekommen, weil die Sowjets trotz der Frank-Falin-Formel darauf bestanden, daß beispielsweise der deutsche Botschafter in Moskau bei einem Besuch der Berliner Philharmoniker nicht zur Begrüßung auf dem Flugplatz erscheinen und das Orchester seinerseits nicht einer Empfangseinladung des Botschafters folgen dürfte. Experten halten derartige Schwierigkeiten auch für den Fall der Unterzeichnung eines innerdeutschen Kulturabkommens mit der Frank-Falin-Formel für möglich und warnen deshalb vor voreiligen Hoffnungen.

Schäuble berichtete, Kohl habe Honecker auch gefragt, ob die deutsch-deutschen Sportbegegnungen nicht ausgeweitet werden könnten. Der SED-Chef habe geantwortet: „Ja, wenn wir das Kulturabkommen haben, dann wird dies eine Chance beinhalten, auch da mehr zu tun."

Kohl habe „natürlich darauf hingewiesen, daß wir weitere Verbesserungen im Reiseverkehr von hüben nach drüben und umgekehrt erwünschen und erhoffen". Offensichtlich schloß dieser Wunsch eine Senkung des Mindestumtausches bei Reisen in die „DDR" und eine Senkung des Ausreisealters für „DDR"-Bewohner ein. Dazu Schäuble: „Wir haben in diesem Gespräch nicht einen anderen Eindruck bekommen als den, den wir im letzten Jahr schon zur Kenntnis nehmen mußten. Wir sind ja da auf Entscheidungen der Staats- und Parteiführung der DDR und diese möglicherweise auf Zustimmung aus dem Kreml angewiesen."

Das Gespräch mit Honecker er-

● Fortsetzung Seite 10

Berliner FDP setzt Diepgen unter Druck

Scheitern der Koalitionsverhandlungen angedroht / Querelen um Besetzung des Finanzressorts

hrk./F. D. **Berlin**

Erstmals in der Berliner Nachkriegsgeschichte müssen bereits abgeschlossene Koalitionsverhandlungen wiederaufgenommen werden: Die FDP hat dem Regierenden Bürgermeister und CDU-Chef Eberhard Diepgen mit dem Scheitern der Bündnisverhandlungen gedroht, wenn die CDU nicht den stellvertretenden FDP-Chef und „starken Mann" der Freien Demokraten, Staatssekretär Günter Rexrodt, als Finanzsenator akzeptiert. Die Union schlägt diesen Wunsch bisher offenbar mit dem Ziel ab, das FDP-Gewicht im Senat in Grenzen zu halten.

Im FDP-Landesausschuß wurden in der Nacht zum Dienstag scharfe Kritik und Unmut am Verhandlungsstil von FDP-Chef Walter Rasch laut. Rasch habe „ohne Not" dem Druck der Union nachgegeben und „den besten Mann der Partei" fallengelassen, hieß es. Heute und morgen abend tritt der FDP-Landesparteitag zu weiteren Beratungen zusammen.

Der von Rasch an Stelle von Rexrodt nominierte und von Eberhard Diepgen akzeptierte Kandidat für das Finanzressort, TU-Kanzler Michael Höbich, war am Montagabend von einer 5:4-Mehrheit in der FDP-Fraktion wieder von der Senatsliste gestrichen worden. Zu diesem Zeitpunkt waren die Bündnisverhandlungen bereits offiziell abgeschlossen.

Der Abstimmung über Höbich war eine kurze, aber heftige Diskussion über die als „Zumutung" empfundene Weigerung der CDU vorangegangen, Rexrodt das für Berlin und seine Bundeshilfe überaus wichtige Finanzressort anzuvertrauen. Die Abgeordneten wiesen auf die gängige Praxis hin, daß sich der eine Bündnispartner nicht in die Personalvorschläge des anderen zu mischen habe. Es sei ein „Affront" von Diepgen, hieß es weiter, daß er Rexrodt das Finanzressort verweigere. Dies könne sich die FDP, deren stellvertretender Landeschef Rexrodt ist, schon aus „Selbstachtung" nicht bieten lassen.

SEITE 2:
Die chinesische Hochzeit
SEITE 3:
Der Niedergang einer Partei

Rexrodt erklärte in der Sitzung, er dränge sich nicht in den Senat, stehe aber zur Verfügung. Allerdings wehrte er sich energisch gegen den Kompromißversuch von Rasch, ihn für das Ressort „Umweltschutz und Stadtentwicklung" zu gewinnen, für das der bisherige Senator Horst Vetter vorgesehen ist. Vetter werden innerparteilich und in der Öffentlichkeit jedoch mangelnde Kompetenz vorgeworfen. Rexrodt stellte klar, daß er sich nicht als „Vetter-Killer" verstehe.

Die Fraktionssitzung endete mit dem formellen Antrag an die fünfköpfige FDP-Verhandlungskommission unter Führung Walter Raschs, Rexrodt als neuen Berliner Finanzsenator durchzusetzen und andernfalls die Verhandlungen vorerst für gescheitert zu erklären.

In der nächtlichen FDP-Landesausschußsitzung probten die 80 Vertreter der FDP-Basis quer durch alle Flügel den Aufstand. Rasch wurde vorgeworfen, insofern ein schlechtes Verhandlungsergebnis erzielt zu haben, als er Rexrodt nicht sogleich

■ Fortsetzung Seite 10

Schärfere Töne Reagans über Moskau

Sowjets Vertragsverletzungen vorgeworfen / Shultz trifft Gromyko im Mai

FRITZ WIRTH, **Washington**

Präsident Reagan hat am Montag in Quebec seine bisher schärfsten und kritischsten Töne gegen die Sowjetunion seit dem Führungswechsel im Kreml angeschlagen. „So sehr wir auf größere Stabilität durch Rüstungskontrollen hoffen", sagte Reagan, „wir müssen dennoch stets in Erinnerung halten, in welchem Maße die Sowjets in der Vergangenheit Abkommen verletzt haben."

Reagan zitierte insgesamt fünf sowjetische Vertragsverletzungen. „Die Sowjetunion unterzeichnete das Jalta-Abkommen mit der Zusicherung freier Wahlen und übernahm dann die Herrschaft über Osteuropa. Sie unterzeichnete das Genfer Abkommen über das Verbot chemischer Waffen, den Salt II-Vertrag, der die Entwicklung neuer Waffen begrenzt, und den ABM-Vertrag und sie verletzen heute alle diese drei Verträge. Sie haben schließlich die Helsinki-Erklärung unterschrieben und damit feierlich die Respektierung der Menschenrechte versprochen und haben dann jene verhaftet, die die Einhaltung dieser Erklärung in der Sowjetunion überwachten."

Die Äußerungen haben die Frage aufkommen lassen, ob die Reagan-Administration heute noch so sehr an einem möglichst frühzeitigen Gipfeltreffen mit Gorbatschow interessiert sei, wie es noch vor einer Woche der Fall schien. Aus der Administration ist jedoch zu vernehmen, daß Ronald Reagan nach wie vor gesprächsbereit sei, daß der Ball aber jetzt im Hof der Sowjets liege.

SEITE 5:
Gemeinsamkeit betont

Es ist unbestreitbar, daß die kühle Reaktion der Sowjets auf die schriftliche Einladung Reagans zu einem Besuch in Washington eine gewisse Enttäuschung ausgelöst hat. Dennoch hat Außenminister Shultz wiederholt versichert, daß er eine solche Begegnung für nützlich halte. Der Zeitpunkt zu solch einem Treffen sei günstig. In den USA habe sich Präsident Reagan soeben zu seiner zweiten Amtszeit etabliert, es gebe einen neuen Führer im Kreml und zugleich hätten die Abrüstungsgespräche in Genf begonnen.

In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß Shultz seinen sowjetischen Kollegen Gromyko voraussichtlich bei den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag des österreichischen Staatsvertrags Mitte Mai in Wien treffen wird. Shultz hat eine derartige Einladung bereits angenommen. Es wird erwartet, daß beide Außenminister bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit eines Gipfels Reagan–Gorbatschow diskutieren werden.

In seiner Rede in Quebec verteidigte Reagan ferner die von ihm initiierte Weltraumverteidigung gegen die Unterstellung von sowjetischer Seite, daß dieses System den Frieden gefährde. „Es ist mir unbegreiflich, zu hören, wie man eine Forschung zum Schutz der Menschheit als eine Bedrohung des Friedens bezeichnen kann. Derartige Proteste klingen etwas hohl", sagte Reagan.

Kirchenwort stößt auf Widerspruch

DW. **Bonn**

Das „Wort zum Frieden" des Rates der EKD und des „DDR"-Kirchenbundes hat ungeachtet der Würdigung seiner moralisch-ethischen Zielsetzung kritische Bewertungen herausgefordert. Bemängelt wurde, daß in der Passage über die Notwendigkeit einer europäischen Friedensordnung mit keinem Wort die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts erwähnt wird. So hält es der frühere Hamburger Landesbischof Hans-Otto Wölber zwar für „bemerkenswert", daß überhaupt eine gemeinsame Stellungnahme zustande kam. Aber, weil es noch „ein deutsches Band" durch die besondere Gemeinschaft der evangelischen Kirchen in Ost und West gebe, hätte er es „gerne gesehen", wenn betont worden wäre, „daß die Teilung Deutschlands nicht normal ist".

Ähnlich kritisch äußerte sich, ebenfalls gegenüber dem Informationsdienst idea, der frühere Bundestagspräsident Professor Eugen Gerstenmaier. Er empfindet das Wort „wegen seiner Unklarheit" nicht als Hilfe. Die Erklärung stecke „voller Kompromisse gegenüber der mitteldeutschen Kirchenleitung". So gehe nicht klar hervor, ob die deutsche Frage noch offen sei. Eine Anspielung Gerstenmaiers auf die Forderung in dem Kirchenpapier, „nicht eine Wiederherstellung früherer Verhältnisse zu verlangen, die nicht zu haben ist".

SEITE 4:
Pro und Kontra

Der frühere Bundestagspräsident hob hervor, ein Festschreiben der gegenwärtigen Verhältnisse würde gegen „alle Regeln der Vertragstreue" und gegen das Grundgesetz verstoßen. Härtester Vorwurf: Der Erklärung mangele es vor allem „an Solidarität mit denen, die durch Unterdrükkung heute besonders belastet sind". Der frühere Bischof des Görlitzer Kirchengebietes, Hans-Joachim Fraenkel, kommentierte: „Ich halte das Wort im ganzen für hilfreich, vermisse aber einen Hinweis auf die Schlußakte von Helsinki, die mit der Betonung der Einheit von Friede und Menschlichkeit und dem Hinweis auf die Menschenrechte nach wie vor ein Signal der Hoffnung ist."

Bundesminister Windelen würdigte insbesondere die Absage einer Erziehung zum Haß und zum Aufbau von Feindbildern, sowie die Aussagen zur Politik der Verständigung. Die SPD stellte die Passage über die „gemeinsame Sicherheit" heraus. Ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Jürgen Schmude bemerkte: Hilfreich sei die Mahnung, offenbar unabänderliche Ergebnisse der Entwicklung in den vergangenen 40 Jahren „endlich hinzunehmen".

DER KOMMENTAR

Rückfall

BERNT CONRAD

Kaum begonnen, drohen die Genfer Abrüstungsverhandlungen der Supermächte schon in den Leerlauf der Propaganda zu geraten. Schuld daran ist der sowjetische Chefdelegierte Viktor Karpow. Er hat in einem Fernseh-Interview die mit seinem Verhandlungspartner Max Kampelman vereinbarte Vertraulichkeit gebrochen und die USA beschuldigt, von den gemeinsamen Verhandlungsgrundlagen abzurücken.

Die Amerikaner, behauptete Karpow, seien nicht bereit, über die Entmilitarisierung des Weltraums zu diskutieren. Sie wollten nur Lektionen über die angeblichen Vorteile des Projekts eines „Krieges der Sterne" halten.

Der Propagandasprache entkleidet, bedeutet das: Kampelman bemüht sich in Genf – bisher offenbar völlig vergeblich –, den Sowjets die beiderseitigen Vorteile eines Weltraum-Defensivsystems vor Augen zu führen, das einen radikalen Abbau der nuklearen Offensivwaffen ermöglichen würde. Dies widerspricht keineswegs dem von den Außenministern Shultz und Gromyko festgelegten Verhandlungsziel, „einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und den Rüstungswettlauf auf der Erde zu beenden". Im Gegenteil: Genau darum geht es Präsident Reagan.

Wenn Karpow nicht willens ist, darüber hinter verschlossenen Türen zu debattieren, sondern schon nach wenigen Sitzungstagen zur Propagandatrompete greift, dann ist die Stoßrichtung klar: Die westliche, vor allem die europäische Öffentlichkeit soll gegen die amerikanische Verhandlungsposition mobilisiert werden. Natürlich weiß Karpow, daß damit das Genfer Konferenzklima erheblich beeinträchtigt wird. Doch er hat seine Direktiven, und die stammen, wie der Sowjetunterhändler selbst mitgeteilt hat, aus Politbüroberatungen unter Vorsitz von Generalsekretär Michail Gorbatschow.

Schlußfolgerung: Der im Westen mit soviel Vorschußlorbeeren begrüßte neue Kreml-Chef ist derzeit in Genf eher an Konfrontation als an Kooperation interessiert. Das verheißt wenig Gutes – weder für die Abrüstungsverhandlungen noch für die allgemeine Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses.

Senatsausschuß stimmte für MX-Raketen

DW. **Washington**

Als einen Teilerfolg im Abstimmungsstreit um die Bereitsstellung von 1,5 Milliarden Dollar zur Produktion von weiteren 21 MX-Raketen kann die Regierung Reagan die Bewilligung der Mittel durch einen US-Senatsausschuß werten. Der Streitkräfteausschuß des Senats hatte am Montag mit elf gegen sechs Stimmen den Bau dieser 21 MX-Interkontinentalraketen gebilligt.

Diese Abstimmung war die erste in einer Serie von Voten, die in den kommenden zwei Wochen im Kongreß über das MX-Projekt anstehen. Die Berechnungen für die beiden Abstimmungen im Senat in dieser Woche sind dabei so knapp ausgefallen, daß Reagan sich veranlaßt sah, in persönlichen Gesprächen die Abgeordneten zu überzeugen. (WELT v. 19.3.)

Der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses, der Republikaner Barry Goldwater, unterstrich nach der Abstimmung im Senatsausschuß noch einmal eindringlich, ein Votum gegen die MX würde eine Niederlage für den amerikanischen Präsidenten bedeuten, und dies wäre gefährlicher als der Verzicht auf diese Raketen.

Reagan hatte die Zustimmung zur MX als notwendig erklärt, um bei den Genfer Gesprächen von einer Position der Stärke aus Rüstungskontrollvereinbarungen treffen zu können. Vizepräsident Bush bekräftigte diesen Standpunkt erneut am Montag: „Wenn der Kongreß unseren Unterhändlern in Genf den Boden unter den Füßen wegzieht, könnte der Schaden für unsere Hoffnungen auf erfolgreiche Abrüstungsgespräche irreversibel sein."

SDI: Differenzen Kohl–Genscher dementiert

Co. **Bonn**

Das Bonner Auswärtige Amt hat gestern sämtliche Botschaften der Bundesrepublik aufgefordert, in ihren Gastländern klarzustellen, daß in der Frage des amerikanischen Weltraumverteidigungssystems (SDI) volle Übereinstimmung zwischen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Bundeskanzler Helmut Kohl bestehe. Anlaß war ein in weiten Teilen der Öffentlichkeit entstandener gegenteiliger Eindruck nach der Veröffentlichung eines „Namensartikels" von Genscher über die Ost-West-Beziehungen am Montag.

In diesem Artikel hatte der Außenminister – ohne direkte Erwähnung des SDI-Programms, aber offensichtlich darauf gemünzt – die Forderung erhoben, „daß die strategische Einheit des Bündnisses voll gewahrt wird", und gleichzeitig vor „Instabilität" gewarnt.

Er hatte ferner erklärt: „Solange es keine bessere Strategie zur Verhinderung des Krieges gibt, muß die Strategie der flexiblen Antwort unverändert gültig bleiben. Nichts darf geschehen, was einen Krieg in Europa führbar macht."

Diese Bemerkungen waren von Kommentatoren als Widerspruch zu positiven Äußerungen des Kanzlers über SDI, beispielsweise auf der Münchner Wehrkundetagung am 9.2.1985, aufgefaßt worden. Das wiederum hatte Irritation im Bundeskanzleramt ausgelöst. Daraufhin sah sich das Auswärtige Amt zu Erläuterungen für die Botschaften veranlaßt, die den Eindruck von Differenzen korrigieren sollten.

„Solidarität" erinnert an Katyn und Deportation der Ostpolen

Exilzeitung verweist auf Kooperation zwischen NKWD und Gestapo

JOACHIM G. GÖRLICH, **Köln**

Mit einer neuen Briefmarkenserie, die in Polen verehrte Madonnen darstellt, will die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" an die Ermordung von Tausenden von polnischen Offizieren im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Katyn durch das NKWD, den Vorgänger des KGB, vor 45 Jahren erinnern.

Ebenso gilt die Sonderserie der Untergrundpost dem Gedenken an die Deportation tausender polnischer Zivilisten in die UdSSR und die Annexion Ostpolens durch die Sowjetunion. Die Einnahmen aus den inzwischen begehrten „Solidarität"-Briefmarken werden dem „Oppositionsfonds" zugeführt.

Die in London erscheinende exilpolnische Tageszeitung „Dziennik Polski" weist im Zusammenhang mit dem 45. Jahrestag des Verbrechens in Katyn darauf hin, daß die Gestapo für ihren Terror gegen Polen beim sowjetischen NKWD zur Schule ging. Bereits im März 1940, so das Blatt, reiste in Krakau eine Delegation hoher NKWD-Offiziere als Gäste der dortigen Gestapo-Zentrale für das „Generalgouvernement" an. Die Sowjets instruierten die Gestapo über ihre Erfahrungen und Methoden gegenüber dem polnischen Militär, der polnischen Zivilbevölkerung sowie gegen den polnischen Untergrund.

Nach Aufzeichnungen, die dem späteren Führer des Warschauer Aufstandes, General Bor-Komorowski, damals zugeleitet worden sind, waren die Gestapo-Beamten von den Vorträgen ihrer sowjetischen NKWD-Kollegen „zutiefst beeindruckt". Die Zeitung zitiert den britischen Historiker und Ost-Experten George Watson mit der Feststellung, daß der Massenmord in Katyn just zum Zeitpunkt dieser Krakauer Konferenz stattfand. Watson: „Das Massaker von Katyn zeigt verblüffende Ähnlichkeit mit späteren Massenmorden der Nazis."

Abschließend stellt die Zeitung fest, daß die „sogenannte Befreiung" Polens durch die Sowjets im letzten Kriegsjahr „unserem Land mehr Opfer als der September-Feldzug 1939" gekostet habe.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Neues vom Neuen

Von Peter Gillies

Der Begriff „neu" ist mehr als ein Wort, er ist eine Präambel. In der Politik reiht sich eine Novität an die andere: die „neue" soziale Frage, die „neue" Armut, bei den Gewerkschaften die „neue" Beweglichkeit, bei der CDU jetzt die „neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau". Ihr Parteitag in Essen hat alle Lippen voll zu tun.

Nun ist der parteistrategische Gedanke, eine angeblich abdriftende Wählerschicht wie die Frauen zurückzugewinnen, nicht verwerflich, auch deswegen nicht, weil sich die Interessen von Partei und Gesellschaft decken. Beide müssen sich gestehen, daß die Frau noch eine gute Strecke von Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit entfernt ist. Diese „Frauenfrage" wird aber mit zuviel Erregtheit verhandelt.

Niemand möge, da hat Norbert Blüm recht, mit den Etiketten hantieren, die so viele nichtssagende Aufschriften tragen. Trotz vielerlei einschlägiger Bemühungen wird sich die Frau auch künftig vom Mann unterscheiden. Sie mag Hausfrau und Mutter werden (oder auch nicht), einen Beruf ergreifen (oder auch nicht) – die Gesellschaft mag ihr die Chancen eröffnen, sich aber davor hüten, sie in Schablonen zu pressen.

Da aber damit zu rechnen ist, daß auch am Freitag nach Ende des Parteitages die Gleichberechtigung der Frau noch nicht völlig hergestellt ist, richtet sich der Blick zwangsläufig darauf, wo die Partei Kompetenz vermittelt, Zuversicht weckt und Lösungen anbietet. Beispielsweise beklagen wir eine hohe Arbeitslosigkeit, mancherlei Irritationen im Sozialsystem, bis hin zu der sich verbreitenden Fehleinschätzung, bei uns sei eine „neue" Armut ausgebrochen.

Die CDU ist in zu vielen Fragen in der Defensive, als daß sie sich in einen „neuen" Weiblichkeitswahn hineinsteigern sollte. Blüm wie auch andere mahnen, neben der Vision nicht die politische Offensive zu vergessen. Mitunter empfehlen sich schlichte Fragestellungen. Beispielsweise jene: Nützt ein Erziehungsurlaub mit garantiertem Arbeitsplatz tatsächlich den Frauen, die einen Arbeitsplatz suchen? Bisher druckst die CDU herum. Der „neue" Parteitag hat Gelegenheit, diesen Eindruck auszuräumen.

Egon Franke vor Gericht

Von Manfred Schell

Der frühere Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, muß sich vor dem Landgericht in Bonn wegen des Verdachts der Untreue verantworten. Mit auf der Anklagebank wird sein einst engster Mitarbeiter sitzen, Ministerialdirektor Edgar Hirt. Es geht um den Verbleib von 5,6 Millionen Mark Steuergeldern.

Die Beschuldigten wollen sie für humanitäre Bemühungen im Verhältnis zur „DDR" ausgegeben haben. Belege dafür gibt es nicht, nur mündliche Erklärungen, die einer näheren Nachprüfung nicht in allen Fällen standgehalten haben.

Das Parlament hat Egon Franke, der bis zum Regierungswechsel stolze dreizehn Jahre Minister war, die Chance gegeben, den Verbleib der Millionen aufzuhellen. Auch an beschwörenden Appellen von Herbert Wehner, die Karten auf den Tisch zu legen, hat es nicht gefehlt. Franke hat sich immer wieder auf eine selbstherrliche Trotzhaltung versteift – „das verantworte ich allein". Jetzt wird das Gericht versuchen, Klarheit zu schaffen.

Die Tatsache, daß das Hauptverfahren gegen Franke eröffnet wird, ist noch kein Schuldbeweis. Jede Vorverurteilung sollte deshalb peinlichst vermieden werden, auch wenn es manche, die das Feldgeschrei der SPD gegen Graf Lambsdorff noch im Ohr haben, jucken sollte. Es wird wenige geben, die es für möglich halten, daß Franke das Geld in die eigene Tasche steckte. Aber als Ex-Minister trägt er die Verantwortung.

Hier setzen die Fragen an. Franke hat Hirt schalten und walten lassen. Er selbst war in diesem Metier offenkundig überfordert. Auch eine gewisse Disziplinlosigkeit scheint in den letzten Jahren seiner Ministerzeit hinzugekommen zu sein.

Kritische Fragen richten sich deshalb auch an die Kanzler Brandt und Schmidt, die Egon Franke 1969 in dieses Ressort berufen und ihn dort belassen haben. Sie mußten wissen, daß er diesem Amt, auch wenn man Kompetenzen ins Kanzleramt verlagerte, nicht gewachsen war. Aber aus der Sicht der Kanzler hatte Franke ja auch eine andere, und zwar parteipolitische Bedeutung. Als Vormann der „Kanalarbeiter" wurde er zur Absicherung der parteiinternen Position gebraucht.

Maecenas, der Kapitalist

Von Joachim Neander

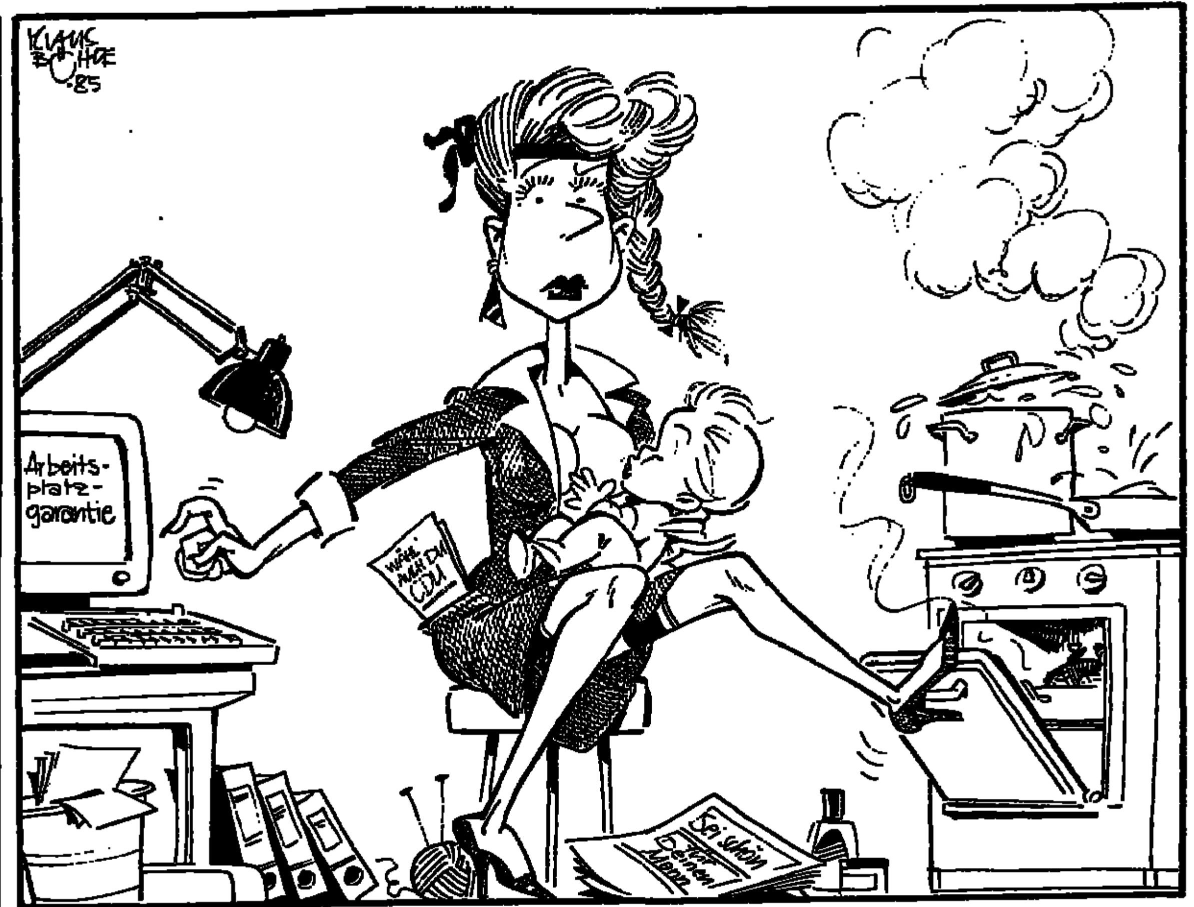
Die Initiatorinnen des geplanten großen deutschen Frauen-Museums haben, wie man einer Zeitungsveröffentlichung entnehmen kann, zwar nichts gegen staatliche Unterstützung. Aber lieber hätten sie Geldgeber, die die Verwendung ihrer Mittel „nicht so pedantisch kontrollieren wie die öffentliche Hand", also Industrie oder private Stifter.

Dies wird hier nicht höhnischer Leserkommentare wegen mitgeteilt, etwa: nach solchen Geldgebern fahnde man auch schon seit Jahrzehnten. Vielmehr wird an diesem Beispiel ein merkwürdiger Hang zur ideologischen Paradoxie sichtbar, der zumindest Teile des linken Lagers erfaßt zu haben scheint. Und daß Gründerinnen wie Margarete Mitscherlich oder Alice Schwarzer diesem Lager angehören, wird niemand bezweifeln.

Privater, frei verfügbarer Reichtum ist heutzutage eher verdächtig. Wenn schon „dieses System" ihn nicht verhindert, so wird er vielfältiger gesellschaftlicher Kontrolle unterworfen. Enthüllungstribunale bringen dort, wo Steuerfahndung und Mitbestimmung nicht mehr hinlangen, jede Verwendung privater Mittel im ökonomischen Bereich sofort in politischen oder moralischen Rechtfertigungszwang. Nicht zufällig ist die am wenigsten mit Verwendungskontrolle verbundene Form des Mäzenatentums, die Parteispende, im öffentlichen Bewußtsein fast in die Nähe der Kinderschändung gerückt.

Und dennoch sehnt man sich im gleichen Lager offenbar in Zustände zurück, in denen reiche, großherzige Einzelpersonen anderen vertrauensvoll Geld für einen guten Zweck hergeben konnten, ohne die Empfänger zu überwachen oder selbst in Mißkredit zu geraten.

Die Frage ist allerdings, ob es diese seligen Spendier- und Stifterzeiten je gegeben hat. Viele der großen Förderer der Vergangenheit haben sich sehr wohl und sehr „einmischend" darum gekümmert, was mit ihrem Geld geschieht; der Unternehmer Maecenas beispielsweise subventionierte, was seinem Freund Augustus zur höheren Ehre gereichte. Immerhin entstand, wir wissen es nicht nur von Horaz, so eine sehr persönliche Beziehung. Der Staat ist unpersönlich. Er gibt widerstrebend und *kontrolliert* wie ein Geizkragen. Er muß es. Die, die das heute bedauern, haben es so gewollt.



Mehrzweckmodell — KLAUS BÖHLE

Die chinesische Hochzeit

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Am Wahlabend des 10. März stand Eberhard Diepgen in Berlin strahlend da wie Jung-Siegfried, blond, blaue Augen und kraftvoll, als könne er wie der Nibelungenheld über ein halbes Dutzend Rösser springen. Inzwischen hat sich die Szene in überstürzender Abfolge gewandelt und damit auch das Bild: Jetzt steht Diepgen da wie der Bräutigam einer traditionellen chinesischen Hochzeit, der die Frau, die ihm die Familien ausgesucht haben, erst von Angesicht zu sehen bekommt, wenn er ihr am Brautlager den Schleier abnimmt. Nun reibt Diepgen sich die Augen, und mit ihm tun es die Berliner.

Es geht um die FDP. Jene Wähler in Berlin, die ihr die Zweitstimme gaben, hatten zweierlei im Sinn. Sie wollten Diepgen, aber sie wollten ihn und die CDU nicht mit der Allmacht einer absoluten Mehrheit ausstatten. Deshalb machten sie die FDP stark, auf daß sie in der bürgerlichen Koalition die Rolle des Korrektivs ausübe. Keinesfalls hatten sie die Absicht, der CDU einen Partner zuzuordnen, der sich aus sozial-liberalem Geist als Opposition in der Koalition aufspielt. Doch eben diese Konstellation hat Diepgen zu erwarten. Das sicherste Zeichen dafür ist, daß sich die Berliner FDP zunächst selbst zerfleischt. Das geschieht, um die Machtverhältnisse in den eigenen Reihen zu klären.

Der erste Streich war die Abwahl des konservativen Liberalen Oxfort aus der FDP-Mannschaft für den neuen Senat. Die zwölfköpfige Fraktion entschied sich mit acht zu vier Stimmen gegen Oxfort. Damit ist klar, daß in der Fraktion eine sozial-liberal eingestimmte, wenn nicht rundweg linke Mehrheit herrscht. Der zweite Streich war, daß die Fraktion dem von ihrem Verhandlungsführer Rasch vorgeschlagenen und von Diepgen akzeptierten Höbich als Kandidaten für das Finanzressort das Placet verweigerte. Das Geflecht der Gründe mag vielschichtig sein; mit Händen zu greifen ist jedoch die Bloßstellung des Landesvorsitzenden Rasch. Der dritte Streich ist die Auflehnung gegen den Willen des „Regierenden" Diepgen, Rexrodt nicht mit dem Finanzressort zu betrauen.

Da hat Diepgen selbst die Falle aufgestellt, die jetzt zuschnappt. Er trat das Finanzressort an die FDP ab, wohl deshalb, weil die FDP ein drittes Senatsamt fordert und der als Finanzsenator hervorragend bewährte CDU-Politiker Kunz das Amt aufgibt. Außerdem mißachtet Diepgen mit seinem Widerstand gegen Rexrodt die Regel, daß in Koalitionen jede Partei selbständig über die Besetzung der ihr zugewiesenen Regierungsämter entscheidet.

Doch nicht genug des Spektakels – das letzte Wort hat der FDP-Parteitag, und niemand kann voraussagen, welche Posse dort aufgeführt wird. Diepgen jedenfalls ist erst einmal zum CDU-Parteitag nach Essen enteilt.

Die Berliner FDP-Wähler starren entsetzt auf eine Partei, die sie in dieser politischen Ausprägung gar nicht gemeint hatten. Sie haben die Katze im Sack gewählt – wie konnte das geschehen? Dazu muß man wissen, daß die Wähler etwas anderes sind als die Parteikader, die in den Bezirken die Kandidaten aufgestellt hatten. Und man muß auch wissen, daß es in Berlin keine Landesliste gab, auf der man vor der Stimmabgabe hätte ablesen können, welche Kandidaten voraussichtlich in das Abgeordnetenhaus einrücken werden; die Abgeordneten der neuen Fraktion rekrutieren sich je nach Wahlerfolg aus den Bezirken. Die Wähler haben nun die FDP im Parlament, aber es ist nicht „ihre" FDP.

Diepgen wird die Koalition an den Personalquerelen des Partners nicht scheitern lassen. Letzten Endes wird es darauf ankommen, welches Sachprogramm seine unter Schmerzen geborene Senatsmannschaft durchzieht. Dennoch können ihn die Turbulenzen nicht unberührt lassen; denn dies ist der erste eigenständige Diepgen-Senat, den er zusammenstellt. Bisher hatte er noch mit dem Weizsäcker-Senat regiert, und das nicht schlecht, wie ihm das Wahlergebnis vom 10. März bestätigte.



Erstens kam es anders: FDP-Chef Rasch FOTO: AP

Was politisch in Berlin geschieht, ist niemals nur eine Berliner Angelegenheit. Es geht alle Deutschen etwas an. So kann es nicht ausbleiben, daß die Linkskurve, in die sich die FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus wirft, auf das Bild projiziert wird, das Bangemann von der Bundespartei koloriert. Nach ihren grimmigen Wende-Schmerzen glaubte die FDP seit ihrem Saarbrücker Parteitag wieder an ihre Geschlossenheit, sie glaubte an die Vitalität, die ihr neuer Parteivorsitzender Bangemann ausstrahlt. Die aufmunternden Wahlergebnisse in Berlin und im Saarland schienen ihren Glauben zu bekräftigen. Und jetzt das.

Ja, wo ist Bangemann? Seit Saarbrücken in munterer Selbstdarstellung allgegenwärtig, ist er gerade in diesen Tagen wenig zu vernehmen. War er in Berlin? Hat er mal nach dem Rechten geschaut, und sei es hinter den Kulissen? Sein Ministeramt trieb ihn nach Brüssel und wird ihn nach Warschau treiben. War Haussmann in Berlin? Die FDP muß doch jedes Interesse daran haben, daß vor der Landtagswahl am 12. Mai in Nordrhein-Westfalen auf sie keine Schatten fallen.

Bangemann muß aufpassen, daß der frisch-fröhliche Aufbruch nicht in Griesgram umschlägt. Es kann nicht viel helfen, die FDP mit den Federn der Wende-Partei herauszuputzen, wenn sie sich auf der Bonner Bühne als Dame ohne Unterleib feilbietet. Die Wende-Partei muß von unten her aufgebaut werden. Solange das nicht geschieht, wird sich so mancher in der Kanzlerpartei seine Gedanken darüber machen, daß die FDP sich bei Regionalwahlen Wähler aus dem Lager der Union holt, um sich hernach als linke Partei aufzuführen – wie in Berlin. Und jene in der Union, die sich bei Wahlen lieber auf die eigene Kraft verlassen wollen, werden sagen: So haben wir nicht gewettet.

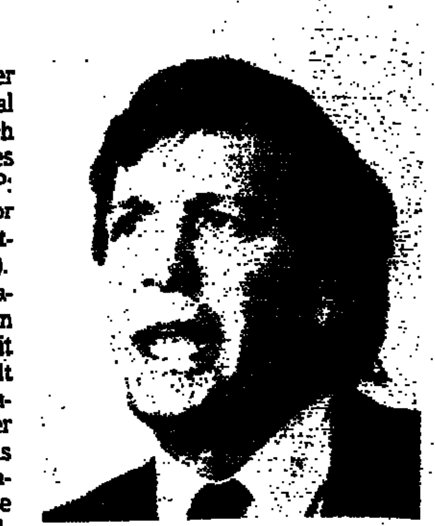
IM GESPRÄCH Günter Rexrodt

Hexi-Rexi der Berliner FDP

Von Hans-R. Karutz

Seinetwegen fuhr der Berliner Koalitions-Expreß erst einmal aufs Abstellgleis, um ihn ranken sich schon die ersten Mythen eines „Kennedy"-Typs der Berliner FDP: Dr. Günter Rexrodt, Senatsdirektor (Staatssekretär) im Hause von Wirtschaftssenator Elmar Pieroth (CDU).

An Rexrodt, dem eigentlichen „Macher" der neuen zukunftsorientierten Berliner Technologie-Politik seit 1982, wird sich die Union in der Stadt die Zähne ausbeißen: Sie will verhindern, daß Rexrodt – stellvertretender Landesvorsitzender der FDP – das wichtige Querschnitt-Ressort Finanzen erhält. Weshalb der 43jährige neue „Sonnyboy" der siegesbewußten, aber teils auch -berauschten Liberalen an der Spree dieses Schlüsselamts nicht innewerden soll, deutet Rexrodt so unverblümt, zungenflink und offenherzig, wie es seine Art und zugleich sein Markenzeichen ist: „Ich bin denen zu stark."



„Ich bin denen zu stark": Rexrodt FOTO: DPA

Betriebswirt Rexrodt ist ohne jeden Zweifel der neue „starke Mann" einer Berliner FDP, die die graue Uniform des CDU-Senatsdulders und disziplinierten Mehrheitsbeschaffers ablegen will. Die FDP an der Spree strebt nach dem Farben- und Facetten-Reichtum, den Männer wie Martin Bangemann und Helmut Haussmann an der Spitze der Bundes-FDP versprechen. Maos „tausend Blumen" sollen im Reich der Liberalen *blühen – möglichst von der linksbe*stimmten Berliner Kultur-Schickeria über rechte SPD-Anhänger bis zu liberalen, wirtschaftsorientierten CDU-Anhängern.

Nach dem Motto „nichts ist erfolgreicher als der Erfolg" sieht vor allem die mehrheitlich rechtsorientierte, auf neue Gesichter versessene FDP-Basis in Berlin in Rexrodt ein Stück, wenngleich überzogener, Heils-Erwartung.

Rexrodt oder „Hexi-Rexi", wie sein Partei-Spitzname lautet, entspricht der Mustervorstellung des „neuen" Liberalen: jung, erfolgreich, karrierebedacht, aber nicht -süchtig, klar in der Sache, notfalls auch kompromißlos gegenüber der CDU.

Der Aufstieg des Betriebswirts aus der Erfolgs-Schmiede der Berliner Industrie- und Handelskammer fällt mit der Rolle der Wählerinitiative „Bürger für Berlin" zusammen: Rexrodt war der politisch-organisatorische Chefberater dieser sechstausend Engagierten – nachdem Parteichef Walter Rasch allerdings die Grundidee zu dieser überaus hilfreichen Kampagne beisteuerte.

Wenn Rexrodt jetzt in den Senat eintritt, büßt er finanziell einiges ein. Denn am 1. Juni 1985 sollte er als Nachfolger von Robert Layton die Führung der „Wirtschaftsförderungs-GmbH" übernehmen – mit einem Salär deutlich über dem Senatoren-Gehaltsniveau. Rexrodt verdankt seine Karriere dem damaligen linken FDP-Chef und Wirtschaftssenator Wolfgang Lüder: Er entdeckte ihn bei der Kammer und holte ihn ins Haus. Mangels geeigneter CDU-Kandidaten stieg der Mann im blauen Flanell zum Vertreter von Pieroth auf, der ihn stets förderte.

Der neue Star am liberalen Himmel liebt die Astronomie. Da weiß er auch, daß Parteien Fixsterne brauchen und keine Sternschnuppen. Das „Jungfrau"-Zeichen, in dem er geboren ist, bewahrt ihn wohl davor: Das sind harte Arbeiter, die neben dem Vergnügen auch ihre Pflicht kennen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE TIMES

Zu der Kritik Howes und Genschers am Raketenabwehrsystem im Weltraum schreibt die Londoner Zeitung:

Die Europäischen Regierungen werden sich auf das gesamte Konzept sehr viel positiver einlassen müssen. Sie sollten für eine unabhängige Finanzierung sorgen, anstatt darauf zu hoffen, daß sie eine Trittbrettfahrt bei den bestehenden amerikanischen Vorhaben herausholen können ... Das wäre eine weit gesündere Haltung als die Vorstellung, daß Europa als eine Art Juniorpartner mit den Amerikanern verhandeln sollte, in einer Art Nebenanstrengung zum bestehenden amerikanischen Expertenwissen, die nur ... Technologie aus zweiter Hand, begrenzten Zugang und ständigen Streit über die gemeinsame Kontrolle zur Folge hätte.

LES ECHOS

Die französische Wirtschaftszeitung bemerkt zur Stationierung der ersten NATO-Marschflugkörper in Belgien:

Die Haltung Belgiens und der Niederlande ... ließ der UdSSR die Hoffnung auf eine Spaltung des Westens im Bereich ihrer Verteidigungspolitik. Brüssel hat dieser Unsicherheit jetzt ein Ende gesetzt, und die Amerikaner können bei ihren Verhandlungen mit der UdSSR in Genf nun die westliche Solidarität geltend machen. Der Fall der Niederlande ... ist zweitrangig geworden ... In der Tat geht es für den Westen darum, seine Überlegenheit gerade dort zu finden, wo sich seine Schwachstelle befindet: in der demokratischen *Regierungsform.*

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Hier heißt es zum Wort der Kirchen:

Wenn der evangelische Kirchenbund der DDR und die EKD gemeinsam ein „Wort zum Frieden" verfassen, so muß man die Bedingungen im Auge behalten, unter denen eine solche Denkschrift formuliert wurde. Die EKD kann sagen, was immer sie für angebracht hält, der DDR-Kirchenbund, was er sagen darf. Er muß sich hüten, etwas zu äußern, was der Linie der Einheitspartei deutlich widerspräche. Diese Situation ihres Schwesterverbandes hat natürlich auch die EKD berücksichtigt. So erklärt sich der Kompromißcharakter des Schriftstücks.

Die Presse

Zum Golfkrieg meint die Wiener Zeitung:

Khomeinis Argument dabei: Saddam habe so viel Leid über sein Land gebracht, daß man mit ihm keinen Frieden schließen dürfe. Immer mehr jedoch kristallisiert sich heraus, daß dies nur ein Vorwand Teherans ist: Nämlich für die Ablenkung der iranischen Militärs von Führungsambitionen, für die Aufrechterhaltung des revolutionären Geistes im Lande selbst und vor allem, um den leicht beeinflußbaren iranischen Massen das Hauptziel der Teheraner Führung immer wieder vor Augen halten zu können: Irak ist nur eine Zwischenstation, das Endziel heißt „Befreiung Jerusalems".

Kohl, Genscher und die nachgeschobene Exegese

Widersprüchliches zur amerikanischen Weltraum-Verteidigung / Von Herbert Kremp

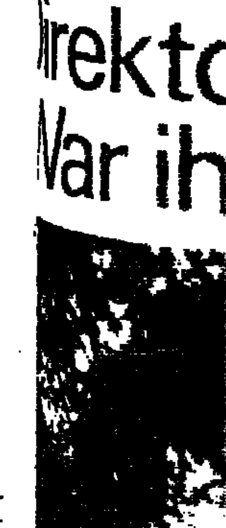
Nach dem britischen Außenminister Howe hat nun auch Hans-Dietrich Genscher Einwände gegen die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) der Amerikaner erhoben. Sie sind ins wertvolle Papier eines „Namensartikels" gehüllt, der als eine Art Sprachregelung an alle deutschen Auslandsmissionen geschickt wurde. Die Überschrift „Ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen" gibt zu erkennen, daß es sich um einen deutschen Beitrag zur Weltpolitik handelt. Als Anlaß dient der Beginn neuer Verhandlungen in Genf, unter den Motiven dürfte die Wahl eines neuen Generalsekretärs der KPdSU eine Rolle gespielt haben. Herzstück des Artikels sind drei Absätze Sorgen über die Veränderungen des amerikanischen Strategie-Bildes. Der Schlüsselbegriff SDI wird nicht genannt, ist aber gemeint. Stilformen dieser Art zwingen Grautöne in eine Politik, die doch kristallklar sein sollte.

Vergleicht man den Text aus dem Hause Genscher mit dem Beitrag des Bundeskanzlers auf der Münchener Wehrkundetagung Anfang Februar, *so stößt man nicht nur auf stilistische,* sondern auch auf inhaltliche Differenzen. Helmut Kohl hatte SDI als „das beherrschende sicherheitspolitische Problem der vor uns liegenden Jahre" bezeichnet. In diesem Zusammenhang erwähnte er die sowjetische Forschung auf dem Gebiet strategischer Defensivsysteme. Sie sei weiter fortgeschritten, als allgemein bekannt sei, die Sowjets redeten nur nicht viel darüber. Außerdem wies Kohl darauf hin, daß Moskau über das einzige einsatzfähige Anti-Satelliten-System verfüge; es könne zudem auch nuklear bestückt werden. Die strategische Raketenabwehr der USA abschließend zu bewerten, sei noch zu früh, sagte Kohl, aber „wir täten gut daran, der östlichen Argumentation von der erforderlichen ‚Demilitarisierung des Weltraums' damit zu begegnen, daß wir auf die mit SDI beabsichtigte Gewichtsverlagerung von den offensiven Nuklearwaffen zu den *defensiven* konventionellen Waffen hinweisen."

Diese im Grundzug positive Einordnung der amerikanischen Welt*raum-Defensive fehlt in der Sprachre*gelung des Auswärtigen Amtes. Es fehlt auch der Hinweis des Kanzlers, daß SDI auf die Sowjets einen starken Verhandlungs-Anreiz ausübe. Die Betrachtung wurde auf die Bedingungen reduziert, die Kohl in München ebenfalls vorgetragen hatte: Die strategische Einheit des Bündnisgebietes müsse im Rahmen der neuen Strategie gewahrt werden (Schutz Europas); in der Übergangsphase gelte es, strategische Instabilitäten zu vermeiden. Die Verbündeten müßten durch enge und vertrauensvolle Konsultationen an der Entwicklung beteiligt werden. Deutschland und die übrigen Europäer dürften im Zuge der technologischen Innovationen nicht „abgekoppelt" werden. Nach dieser Wiederholung der ruhigen Kanzler-Linie schlagen bei Genscher jedoch die Frequenzen heftig aus. Er warnt vor der Gefahr, die gegenwärtige nukleare Strategie zu entwerten, solange es keine „bessere Strategie zur Verhinderung des Krieges" gebe. Es dürfe auch nichts geschehen, was konventionelle Kriege *in Europa wieder möglich mache. Die* konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion sei im Auge zu behalten.

Was ist, so muß man sich fragen, seit München oder zwischen Bundeskanzler und Außenminister geschehen, das die Anhebung der Töne Kohls in schrillen Diskant erklären würde? Nichts, außer der Tatsache, daß womöglich sehr unterschiedliche Beamte die Texte Genschers und Kohls ausarbeiten. Oder doch mehr? Gestern schob das Auswärtige Amt an die Adressen der deutschen Auslandsmissionen eine Erläuterung des Genscher-Artikels nach, um festzustellen, daß in Sachen Weltraum-Defensive zwischen dem Kanzler und seinem Außenminister „volle Übereinstimmung" bestehe. Man hatte also den Eindruck, daß etwas korrigiert werden müsse, um in Moskau, Washington und anderen Hauptstädten keine Zweifel an der Konsistenz und Berechenbarkeit der Bonner Politik aufkommen zu lassen. Ist es nicht ein erstaunlicher Vorgang, genauer gesagt, ein Zeichen amtlicher Konfusion, wenn höchstpersönlichen Worten eines *Außenministers sozusagen* Lese- und Verständnishilfen nachgereicht werden müssen?

Der Genscher-Text wirkt an vielen Stellen unpräzise und begriffsblasig (so blüht an einer Stelle der Satz, die Regierung habe „viele Einzelschicksale lösen können"). Genf gibt nach den Worten des Ministers „der Sowjetunion zugleich die Gelegenheit, die durch die SS-20-Vorrüstung geschaffene Lage im Wege von Verhandlungen zum Besseren zu wenden". So stellt man sich diplomatische Hochsprache vor. Auch der schlaue Begriff von der „vorbeugenden Rüstungskontrolle" taucht im Zusammenhang mit dem Konferenz-Ziel, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern, wieder auf. Genscher hatte ihn gegenüber Gromyko in Moskau erwähnt, um womöglich anzudeuten, daß die SDI-Forschung der Amerikaner Verhandlungsgegenstand in Genf sein könne. Die USA haben aber gerade dies ausdrücklich ausgeschlossen. Das führt zu der Frage, was der Außenminister eigentlich will.



Die SPD Berlin, oder: der Niedergang einer Partei

Für den Aufstieg und Absturz einer Partei gibt es in der deutschen Nachkriegsgeschichte kein besseres Beispiel als das der Sozialdemokraten in Berlin. Von stolzen 64,5 Prozent im Jahre 1948 fielen die Genossen auf 32,4 Prozent in diesem Jahr.

Von H. R. KARUTZ

Die Partei Ernst Reuters, die Berliner SPD, steht vor dem Nichts – ohne Gesicht und ohne Gesichter. Beim Abschieds-Parteitag für Hans Apel am Montag abend suchten die Genossen nach Trost und Heilung.

Sie tagten, als wär's auf einem anderen Stern. Kaum jemand nahm Notiz von diesem Parteitag der Wehmut über einen be- und geschädigten Hans Apel. Kein Anhänger, kein Autogrammjäger verirrte sich ins „Palais am Funkturm", der Stätte früherer SPD-Triumphe und mancher in der SPD seit knapp zehn Jahren immer wieder beschworenen „Neubeginne".

Rat- und Ruhelosigkeit überkam die Genossen, die einst über 60 Prozent der Stimmen in die Scheuer fuhren. Am 10. März blieb ein Bodensatz von 32,4 Prozent übrig – die „Sahne" der Berlin-Partei schöpft die CDU ab. „Wir werden nicht mehr gebraucht", resignierte ein Ex-Senator. „Wir sind grau, bis zur Unkenntlichkeit grau geworden", resümierte ein anderer Genosse. Und das Talent Knut Nevermann, Hans Apels Teamkamerad, zuckte angesichts der grün-alternativen Erfolge in der Stadt nur mit den Schultern: „Und wenn die die Abteilung Menschenaffen aus dem Zoo aufstellen, die kriegen ihre sechs, sieben Prozent."

Eine Partei kämpfender Demokraten

Schwanengesang auf eine Partei, die einst im märkischen Sand Berlins so verwurzelt war wie die Linden am Brandenburger Tor, wie die Stahlrosse des Funkturms. Eine Partei, die vor allem in ihrer Berliner Ausprägung im In- und Ausland das Bild der Deutschen als kämpferische Demokraten prägte. Eine Genossenschaft, die sich in den Hungermonaten der Blockade mit der Schicksalsgemeinschaft der Unbeugsamen zwischen Wedding und dem letzten Kiez in Kreuzberg verwob. Eine Partei, die in der Zeit der kommunistischen Umklammerung des freien Teils Berlins vor aller Augen stand, wenn Ernst Reuter, dieser Gewaltige des Wortes, vor der Reichstagsruine rief: „Völker der Welt, schaut auf diese Stadt ..."

Eine einfache Zahl beweist, was die Berliner SPD damals für die Stadt und die gesamte deutsche Nachkriegs-Demokratie leistete. Es war die einfache Antwort auf die Frage nach der Vereinigung von KPD und SPD zur SED. „Bist Du für den sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien?" Von 32 547 Mitgliedern stimmten 19 529 Genossen dagegen, nur 2937 mit Ja.

Die Berliner SPD trug die politische Hauptlast des Ansturms von Sowjets und Ulbricht-Kadern. Aber damals rühmte sich die SPD, „mehr Flügel als ein Vogel" zu besitzen.

Fast jedes sechste Mitglied nahm irgendwo eine Funktion wahr – auf der üblichen Ochsentour über den Unterkassierer oder Zettelverteiler, als solche Aktionen noch gleichbedeutend mit Sieg und nicht dem Vermerk „ferner liefen" waren.

Selbst zu Ernst Reuters Zeiten existierte die linke, mehrheitliche „Keulen-Riege" unter Franz Neumann, Ernst Reuters innerparteiliche Widerparts. Der Mann mit der Baskenmütze war für die Genossen intern keineswegs ein „Säulenheiliger".

Kurt Schumacher war es, der in der Nachkriegszeit einen Beauftragten des SPD-Vorstands an die Spree beorderte – eine Art „Staatskommissar" der Partei. Sein Name prägt und trägt die Sozialdemokraten noch heute – Willy Brandt. Er siegte am Ende im Dschungelkrieg der Gruppen, Grüppchen, dem „Marxistischen Arbeitskreis", den „Falken" unter dem späteren Spitzenmann Harry Ristock, der „pressure-group" um den Aufsteiger Willy Brandt, der Klaus Schütz in seinen Kreis holte. Brandt hielt sich die Linken auf Distanz. Da am Montag nach der Wahl wieder Berliner Zeitungen als vermeintlicher Sündenbock für SPD-Verluste herhalten mußten, gebietet es die Wahrheit: Ohne dieses Medium wäre aus dem Parlamentspräsidenten Willy Brandt nicht die neue Hoffnung der SPD, der spätere Bundeskanzler geworden. Nur: Das Interesse der Stadt und das Interesse der Partei fielen damals noch nicht auseinander.

Nach dem Mauerbau Hoffnung auf Brandt

Eine Kampagne, die die SPD im Selbstlauf vorn sah, überstrahlte alle anderen Berliner Siege von Willy Brandt: 1963, nach dem Mauerbau, setzten die Berliner noch einmal und eigentlich zum letztenmal alle ihre Hoffnung auf die Sozialdemokraten, auf Willy Brandt. Die ersten Passierscheine gen Osten waren ausgestellt, die Koalition mit der CDU über die Frage eines Chruschtschow-Termins von Brandt in Ost-Berlin geplatzt.

Die Partei nahm auf, was ihr heute an Sensibilität weggestorben, verdorrt ist: Gedanken und Lebensgefühl der Menschen. Damals stand der Wunsch nach Heilung der blutigen Trennung von den Nächsten jenseits der Mauer im Vordergrund. Die Umrisse der neuen Ost- und Vertragspolitik traten aus dem Nebel der Hoffnungslosigkeit, die sich damals in der Schlagzeile niederschlug: „Der Westen tut nichts!"

Der Gipfelpunkt der geformten, von Egon Bahr, Henry Kissinger und – auf der höchsten Ebene – von Nixon und Breschnew mit dem „grand design" ost-westlicher Gesamt-Entspannung versehenen Politik war 1971 mit dem Viermächte-Abkommen erklommen: Es ist das Jahr, in dem mit Klaus Schütz zum letztenmal ein SPD-Stadtoberhaupt noch einmal knapp die 50-Prozent-Hürde nahm. „Von nun an ging's bergab", wie es in dem Chanson der Berlinerin Hildegard Knef heißt.

Der Wahlsieg von 1971 zerrann den Genossen wie Wasser zwischen den längst nicht mehr schwieligen, sondern bisweilen vom vielen Kungeln, Konspirieren und Finanssieren nur noch schreibwund oder glatt gewordenen Fingern.

Damals betitelte ein bitterer Heinrich Albertz die SPD mit der Vokabel „Laufbahnpartei des öffentlichen Dienstes". Gewinn und Erwerb, Mandats- und Postenerhalt übertrafen die Belange der Stadt, die notwendige neue Definition nach gewonnener äußerer Vertragssicherheit. Klaus Schütz ließ sich die falsche und abseitige Vokabel von Berlin als „Modell einer modernen Großstadt" einreden und scheiterte mit ihr. Es war die Zeit, als CDU-Fraktionschef Heinrich Lummer im Parlament, wann immer es sich eignete, die Brockhaus-Definition vom „Filz" vortrug, um die innige Verwobenheit der Genossen mit der Macht zu illustrieren.

Der letzte aller folgenden mehrfachen „Neubeginne" der Berliner SPD war zugleich der plausibelste: Mit Dietrich Stobbe übernahmen 1977 die Vierzigjährigen, auf Erfolg und Effizienz, auf ehrgeizige Ziele der Stadt bedachten Technokraten die Zügel.

Stobbe, Klaus Riebschläger und alle jene, denen die Berliner Genossen heute im Grunde nachtrauern, weil sie die Gabe der Sprache besaßen und den Kampf gegen die junge CDU-Garde um Diepgen & Co. hätten gewinnen können, verbrannten im Fegefeuer des Garski-Skandals.

Der „New Deal", von dem Hans-Jochen Vogel dann wie ein Partei-Roosevelt 1981/82 die Genossen überzeugen wollte, blieb ein Produkt der Partei-Chemie: Man pfropfte Peter Glotz auf einen Landesverband, der sich wie freie Bürger von einem fremden Truchseß beherrscht fühlte. Nach dem Grundsatz „Laß die man machen, aber ohne uns" zogen die Sozialdemokraten die Zugbrücken zu ihren Kreisen und Abteilungen hoch.

Ristocks Heimvorteil fehlte Apel

Als Vogel heim nach Bonn flog, wenngleich er Berliner Bundestagsabgeordneter blieb, baute sich der ostpreußische Berliner Harry Ristock das Nest aus. Er hob seine Meldekarte als Kandidat gegen Richard von Weizsäcker, dann gegen Diepgen. Dieser volksnahe Tribun der Straße hätte den Heimvorteil Diepgens gegen Apel wettgemacht. Selbst seine Niederlage hätte weder, wie nun geschehen, den rechten Flügelmann Apel auf Bundesebene lädiert noch den verschlungenen Pfad aus der Depression so schwer begehbar gemacht.

Unter den matten Lüstern im „Palais am Funkturm" fehlte nun den in jeder Hinsicht Kopf-losen Genossen selbst ein stimulierendes Motto. Es fielen ihnen nichts als die Worte „Außerordentlicher Landesparteitag" an der Saalstirn ein – von oben nach unten gelesen aber stand da das Flammenzeichen, vor dem sich die SPD fürchtet: A und L.

Wo die Jusos schon wieder altbakkckene Klassenkampf-Rezepturen anpriesen, hob einer im Vertrauen auf den zugesagten Neuanfang den Kopf: Klaus Riebschläger, Ex-Senator und Ex-Fraktionschef. Mit der „Traute" eines Berliner Kindes versehen, hielt er den Genossen ihre Crux vor: „Uns drohen libanesische Verhältnisse, wo jeder über seine Milizen verfügt."

Herbert Wehners Kondolenz-Telegramm zur Wahl endet mit dem Bergmannsgruß „Glück auf". Aber das schwarze Gold des Wahlerfolgs glänzt wohl erst 1993. Bis jetzt glimmt nicht einmal ein Grubenlicht.



1948: 64,5 Prozent der Berliner wählen Ernst Reuter (SPD)



1963: 61,9 Prozent der Berliner wählen Willy Brandt (SPD)



1979: 42,7 Prozent der Berliner wählen Dietrich Stobbe (SPD)



1985: 32,4 Prozent der Berliner wählen Hans Apel (SPD) FOTOS: DW

Hinter dem Ural ein Schatten von Mütterchen Rußland

Nur noch einige alte Holzhäuser, bedrängt von grauem Beton, erinnern an die Zeit als die Stadt noch Jekatarinburg hieß. Eindrücke aus Swerdlowsk, einer wegen ihrer Rüstungsindustrie für Westbesucher „geschlossenen Stadt".

Von H. SCHMIDTENDORF

Der Ural – das ist kein kleiner Erdenwinkel, sondern ein gewaltiges und reiches Gebiet", schwärmte schon Lenin angesichts des Reichtums an Natur und Bodenschätzen an der Scheide zwischen Europa und Asien. Besuchern erschließt sich diese Weisheit heute zumeist nur auf dem Prospekt. Eine aufgeblähte und hochspezialisierte Schwermetall-, Rüstungs-, Chemie- und Atomindustrie sorgt dafür, daß nur wenige West-Besucher auf Einladung des Ministerrats der UdSSR in die als „geschlossene Stadt" erklärten Ural-Gebiete gelangen können.

Beim Landen auf dem verschneiten Flughafen der Ural-Hauptstadt Swerdlowsk kommt Raunen auf in der Flugzeugkabine. „Die aus der DDR dürfen mal wieder als erste aussteigen", flüstert ein Russe seinem Sitznachbarn zu. Daß es sich um Sportgäste aus der noch ferneren Bundesrepublik Deutschland handeln könnte, kommt ihm nicht in den Sinn. Die parteilich erzwungene Isolation der Stadt fordert ihren Tribut, der sich in Unsicherheit der gastgebenden Funktionäre ebenso niederschlägt wie in der Naivität der einfachen Bevölkerung.

Wo kaum einmal ein Ausländer zu Besuch kommt, werden schon Talmi und Tand zu Kleinodien. In einer Glasvitrine des Geologischen Museums hat man Zeichen dessen postiert, daß man nicht gänzlich von der Außenwelt abgeschlossen ist. Sie enthält billige Postkarten, Kronen-Münzstücke, Farbprospekte mit dem Aufdruck einer Flasche Pilsner-Urquell-Biers: Die Aufschrift „Geschenke unserer tschechoslowakischen Freunde" verweist auf die einzige bestehende Städtepartnerschaft der Ural-Metropole.

Das Geologische Museum ist der Stolz der Swerdlowsker. Ins Gästebuch tragen sich auch die westdeutschen Gäste, die Volleyballerinnen des USC Münster, direkt hinter einer ZK-Delegation der SED ein. Platin, Rhodonit, Malachit, Marmor ..., alle nur denkbaren Mineralien, etwa ein Drittel der Weltvorkommen, sind in dieser Gegend anzutreffen und werden durch den Museumsdirektor und seine Kollegin kundig vorgeführt.

Schon Humboldt habe im Ural naturwissenschaftliche Forschungen durchgeführt, vergessen sie nicht zu erwähnen. Bereits 1720 wurde hier auch der Asbest-Stein mit seinen feuerfesten Eigenschaften entdeckt, berichtet die Führerin. „Früher bauten Leibeigene den Stein ab, heute haben wir in der Stadt Asbest, etwa 50 Kilometer von Swerdlowsk, die größte Produktionsstätte", lobt sie.

Die erstaunte Frage nach den heutzutage diskutierten negativen, möglicherweise gar krebserzeugenden Eigenschaften des Asbest-Staubs kann die Führerin nur kurz irritieren. „Da. da, ja doch", ist die knappe Antwort.

Stadtrundfahrt durch das Zentrum: Wir überqueren auf dem Lenin-Prospekt den Fluß Iset, der rechterhand zum städtischen See angestaut worden ist. Vieles atmet die Atmosphäre alter Zeiten, als fleißige Bergmänner und findige Kaufleute der Stadt, die damals noch Jekatarinburg hieß, schnell zu Reichtum und Aufschwung verhalfen.

Grau-weiß und gelb-weiß getüncht mit verdoppelten Bögen an den verzierten Fenstern hebt sich das Gewerkschaftshaus deutlich von der Gebäudereihe ab. Früher gehörte es reichen Kaufleuten. „Geschützt durch Gesetz – Architekturdenkmal" steht an einzelnen Gebäuden aus Holz, die bis zu 200 Jahre hinter sich haben. Sie sind das Besondere im Stadtbild. Nur die so plakatierten Häuser werden überdauern und als überladen farbig restaurierte Museen von alten Zeiten künden. Denn obwohl Swerdlowsk durch Regierungsentscheidung in die Reihe der „historischen Städte" mit entsprechenden Auflagen aufgenommen worden ist, sieht der „Generalplan" bis zum Jahre 2000 eine radikale Modernisierung des Stadtbildes vor. Die privaten Besitzer der alten Häuser reagieren auf ihre Weise. Einfallende Wände, Gerümpel in den Vorgärten, vermodernde Zäune vor ehemals stolzen Gebäuden berichten über die Resignation ihrer Besitzer.

„Swerdlowsk wird bis zum Ende des Jahrhunderts in der Hauptsache bebaut sein mit Hochhäusern, deren Höhe bei einzelnen Monumentalgebäuden 20 bis 30 Etagen betragen wird", verkündet der offizielle Swerdlowsk-Stadtführer stolz. Die Stadt soll dann knapp 1,7 Millionen Bewohner haben, denen jeweils bis zu 13,4 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung stehen. Bei einzelnen Hochhäusern im Stadtzentrum mag man mit der äußeren Gestaltung zufrieden sein: Farbliche Absetzungen und Verschachtelungen von Fenstern und Mauerwerk schaffen eine einigermaßen attraktive Außenfläche. Ansonsten überwiegt das im sowjetischen Bauwesen übliche Mittelmaß.

Auch die Breite der Straßen soll sich sowjetischem Prunkbewußtsein anpassen; an einer umfassenden U-Bahn wird gebaut. Ein altes Gebäude im Stadtzentrum, unter dem der Boden abgesackt ist, soll im Rahmen des Rekonstruktionsprogramms erhalten bleiben. Es soll an anderer Stelle wieder aufgebaut werden.

Daß die Sportlerinnen aus der Bundesrepublik diese alten Häuser ins Herz geschlossen haben und sie gar fotografieren wollen, will dem Begleiter Sergej nicht in den Kopf. „Das lohnt sich doch nicht", meint er und beäugt skeptisch die Besucherinnen, die da unverhofft Unverständnis gegenüber den kühnsten Sowjetträumen eines schicken Betonhauses äußern.

Das städtische Sowjet-Gebäude ist bereits im kühlen Hoch-Stil errichtet worden. Wie ein Fremdkörper steht es inmitten eines aufgewühlten Areals, an dessen Rand sich idyllische Holzhäuser erhalten haben. Noch. Auch hier herrscht Fotografierverbot; die Debatte über Sinn und Unsinn einer Kahlschlags-Städteplanung setzt sich zwischen Russen und deutschen Gästen noch lange fort.

Verfahren gegen Egon Franke eröffnet

hey. Bonn

Der ehemalige Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD), und sein damaliger Abteilungsleiter, Ministerialdirektor Edgar Hirt, müssen sich jetzt vor dem Bonner Landgericht verantworten. Die 1. Strafkammer hat die Anklage „wegen Untreue durch die Verausgabung öffentlicher Mittel" zur Hauptverhandlung zugelassen. Dabei handelt es sich um 5,56 Millionen Mark. Bei Hirt geht es außerdem um den Verbleib von weiteren 460 000 Mark.

Abgelehnt hat das Gericht dagegen, das Verfahren auch gegen den Berliner Rechtsanwalt Jürgen Stange wegen Beihilfe zu eröffnen. Ihm könne aufgrund der Beweismittel nicht nachgewiesen werden, daß er Kenntnis von der behaupteten Veruntreuung gehabt habe. Die Staatsanwaltschaft prüft nun, ob sie gegen diesen Beschluß Einspruch einlegt.

Ein Termin für die Eröffnung des Verfahrens steht noch nicht fest, weil sich Franke seit einigen Tagen in einem Krankenhaus befindet. Das Gericht will aber möglichst im April mit der Verhandlung beginnen.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, gab gestern eine Ehrenerklärung für Franke ab. Franke habe sich um die Aufklärung des Verbleibs des Geldes bemüht. Er habe sie aber „mangels eigenen Wissens nicht bewirken" können. Die Ermittlungen waren am 1. März 1983 eingeleitet worden. Es ging unter anderem darum, ob öffentliche Mittel nach der Auszahlung an den Caritas-Verband Berlin wieder an Hirt zurückgeflossen waren. Hirt war als Leiter der Abteilung I für humanitäre Fragen im innerdeutschen Verhältnis zuständig. Stange war unter anderem in den Freikauf von „DDR"-Häftligen eingeschaltet gewesen.

Zweifel über Raus Haltung zu Grünen

hey. Bonn

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller, bezweifelt, daß die nordrhein-westfälische SPD nach den Landtagswahlen am 12.Mai tatsächlich nicht mit den Grünen zusammenarbeiten wird. Mit Blick auf den hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner (SPD) warnte Müller gestern vor einer neuen „Wählertäuschung". Auch Börner habe bis zu den Wahlen am 25. September 1983 eine Kooperation mit den Grünen „strikt" abgelehnt. Deshalb solle jetzt dessen Kollege Johannes Rau „offen bekennen", daß auch er ein rot-grünes Bündnis in NRW anstrebe. Eine solche Zusammenarbeit hätte laut Müller aber „eine verheerende Wirkung" für die Arbeitsplätze, deren Folgen die Arbeitnehmer „ausbaden" müßten.

Pkw-Neuzulassungen wieder freundlicher

UR. Düsseldorf

Die Verunsicherung, zu der bei den Autokäufern die Diskussion um die Einführung des umweltfreundlichen Autos geführt hatte, geht offensichtlich ihrem Ende entgegen. Während die Pkw-Neuzulassungen in den ersten beiden Monaten dieses Jahres um 17 Prozent zurückgingen, haben sich die Auftragseingänge im März „wesentlich positiver entwickelt". Dies gab der nordrhein-westfälische Verband des Kraftfahrzeuggewerbes gestern in Düsseldorf vor der Presse bekannt. Die Verantwortung für die Umsatzeinbußen zu Beginn des Jahres gab der Präsident des Verbandes, Ennig, der Bundesregierung. „Wenn Bonn seine Katalysator-Pläne zuerst mit der EG abgestimmt hätte, wären die Käufer erst gar nicht verunsichert worden", erklärte er.

„Wort zum Frieden" – Pro und Kontra

DW. Bonn

Das „Wort zum Frieden" wird in der evangelischen Kirche unterschiedlich interpretiert. Die WELT veröffentlicht die Stellungnahmen, die der EKD-Ratsvorsitzende Eduard Lohse und Pfarrer Alexander Evertz, früherer Vorsitzender der Evangelischen Notgemeinschaft, gegenüber dem Informationsdienst idea abgegeben haben.

Frage an Lohse: Muß das „Wort zum Frieden" so ausgelegt werden, daß sich die evangelischen Kirchen mit der Teilung unseres Landes abgefunden und die Wiedervereinigung abgeschrieben haben?

Lohse: Unser Wort ist bewußt ein geistliches und pastorales Wort. Es trägt seelsorgerlichen Charakter und wendet sich in allererster Linie an die evangelischen Christen in beiden deutschen Staaten. Wir sprechen deutlich aus, wie schwer es für uns war und ist, und wir meinen, daß wir unsere Gemeinden darauf ansprechen müssen, daß wir die gegenwärtige Lage nüchtern sehen, wie sie ist. Im Augenblick haben wir zwei deutsche Staaten und im Augenblick müssen wir die Glieder unserer Gemeinden daran erinnern, daß dies eine Folge schuldhafter und verbrecherischer Politik ist, wie sie im Dritten Reich getrieben wurde ... Was die weitere Zukunft bringen mag, ist offen.

Frage: Kann man es also nicht so interpretieren, daß damit die Wiedervereinigung abgeschrieben wäre? Geht es also darum gar nicht?

Lohse: Nein. Es geht um ein seelsorgerliches Wort in der gegenwärtigen Situation. Im Rückblick auf das, was vor 40 Jahren geschehen ist, in der gegenwärtigen Verantwortung der Kirche und in der Offenheit für die Zukunft. Wir meinen, daß das Wort von der Versöhnung, das wir betonen, stark genug ist, um uns als Glieder der einen Kirche Jesu Christi beieinander zu halten.

Frage: Von der Vertreibung ist nur wenig die Rede, obwohl sie doch viele Deutsche betroffen hat oder noch betrifft.

Lohse: Man kann von einem Wort, das wir zum 8. Mai sagen, nicht alles erwarten. Es ist von dem Leid vieler Menschen die Rede. Es ist davon die Rede, daß viele Flüchtlinge nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten. Viele mußten – wie es heißt – erst jetzt die Heimat verlassen. Wer überlebte, hatte Jahre des Hungers vor sich. Wir sprechen dieses Leid und diese Bedrückung deutlich an. Wir möchten aber vor allem uns bewußt machen, welches Leid durch schuldhafte deutsche Politik über unsere Nachbarvölker gekommen ist.

*

Evertz: Mit vielen Worten geht man um brenzlige politische Fragen herum wie die Katze um den heißen Brei. Gewiß steht in der Erklärung manches, was man unterstreichen kann. Nach zwei schrecklichen Weltkriegen und bei dem Stand der heutigen Waffentechnik muß die politische Vernunft um Frieden, Ausgleich und Verständigung bemüht sein. Nur Narren, Verbrecher und aus dem Irrenhaus Beurlaubte können vom Krieg als einem Mittel der Politik träumen. Aber Liebe zum Frieden heißt nicht, sich mit dem Unrecht abzufinden. Es ist beschämend, wenn man die Augen davor verschließt, daß im Mai 1945 zwar die braune Gewaltherrschaft zerbrochen ist, daß jedoch im anderen Teil unseres Vaterlandes die Diktatur in roter Färbung fortbesteht.

Die Meinungsfreiheit wird unterdrückt, die volle Freizügigkeit nicht gewährt, Andersdenkende werden als politische Gefangene eingesperrt, eine Todesgrenze geht durch unser Volk. Das alles ist Unrecht vor Gott und den Menschen. Soll es durch Vertuschen kirchlich abgesegnet werden? Will die Kirche wieder durch Schweigen schuldig werden? In der Erklärung wird vor unerfüllbaren Hoffnungen gewarnt. Es wird gebeten, nicht eine Wiederherstellung früherer Verhältnisse zu verlangen, die nie zu haben sind. Der Wunsch nach Wiedergewinnung der deutschen Einheit ist danach offenbar eine Illusion. Dazu ist zu sagen, daß auch Kirchenführer Gott nicht in die Karten sehen können. Die Uhren der Geschichte sind im Mai 1945 nicht stehengeblieben. Sie ticken weiter. Die Vergangenheit kennt manche Beispiele dafür, daß scheinbar unerfüllbare Hoffnungen nach langen, zähen Wartezeiten, wenn auch in anderer Weise, verwirklicht worden sind. Im deutschen Fernsehen soll in Zukunft das Tagesprogramm mit dem Lied der Deutschen abschließen: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland". Wollen die Kirchenleitungen diesem Text mit einer Negativhaltung begegnen? Ist etwa das Verlangen nach deutscher Einheit unchristlich? Es ist einfach eine unseriöse Theologie, wenn man die Aufteilung Deutschlands als Gericht Gottes hinnehmen will. Wenn man so spricht, gerät man in die Gefahr, selber den Richter und Deuter der Geschichte spielen zu wollen.

Nach fünf Jahren setzte sich die Arbeitsgruppe „Schwup" durch

„Liberalisierung der Sexualität" gefordert / Grüne in NRW vor ihrer größten Belastungsprobe

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die Grünen in Nordrhein-Westfalen stehen vor ihrer schwersten Belastungsprobe. Dabei geht es nur vordergründig um die Frage, ob die durch den Parteitag beschlossene und durch den Hauptausschuß der Grünen wieder ausgesetzte „Liberalisierung der Sexualität" Bestandteil des Wahlprogramms zur Landtagswahl am 12. Mai bleibt. Denn beide Gruppen – die Realisten (Realos) und die Fundamentalisten (Fundis) – suchen die Entscheidung, wer in Zukunft die Linie des Landesverbandes bestimmen wird.

In den vergangenen Wochen mußten die Pragmatiker eine Niederlage nach der anderen einstecken. Sie konnten sich weder bei den Wahlen für die Landtags-Kandidaten durchsetzen noch bei wichtigen Punkten des Programms. Charakteristisch ist dafür der Weg, wie die „Liberalisierung der Sexualität" Eingang finden konnte in die offizielle Wahlkampfplattform der Grünen: Schon seit knapp fünf Jahren werden die verschiedenen Landesvorstände von den Gruppen Schwule und Päderasten bedrängt, sich deren Problemen verstärkt anzunehmen. Sie wurden auf den Delegiertenversammlungen jedoch immer wieder abgedrängt. Aber ihr steter Druck hatte doch Erfolg: Im Herbst vergangenen Jahres wurde eine Arbeitsgruppe „Schwup" gegründet, die das entsprechende Programmpapier ausarbeiten sollte.

Offensichtlich hatte der Real-Flügel der Grünen darauf gebaut, daß außer endlosen Diskussionen und Debatten doch kein akzeptables Papier in dieser Arbeitsgruppe entstehen könnte. Daß dies zu kurz gedacht war, stellte sich schon auf einem der vorbereitenden Delegiertentreffen in Essen heraus. Zwar wehrte sich dort noch eine Mehrheit der Delegierten gegen die Forderung, die Paragraphen 174 bis 176 im Strafgesetzbuch zu streichen. Und wie unwohl vielen bei der Behandlung dieses Themas war, zeigt allein die Tatsache, daß einige Journalisten nur unter der Bedingung die Beratungen verfolgen durften, daß sie sich verpflichteten, kein Wort über die Diskussion mitzuschreiben oder aufzunehmen.

In Lüdenscheid wurden die Delegierten schlicht erpreßt mit dem Verlangen der „Schwup-Gruppe", es sei Pflicht der Grünen, auch Minderheitenpositionen in das Wahlprogramm aufzunehmen. Mehrere Delegierte fürchteten daraufhin, sie würden der Intoleranz geziehen, wenn sie nicht mitstimmten. Intoleranz aber ist einer der schlimmsten Vorwürfe, die einen Grünen treffen können. Homos, Lesben und Päderasten nutzten in Lüdenscheid geschickt auch die Stimmung der Delegierten aus, die nach selbstquälerischen und zermürbenden Tagungen seit Anfang Januar „einfach keinen Bock mehr hatten" und froh waren, das Wahlprogramm und die „landespolitische Erklärung" zu verabschieden.

Zudem ist die Stimmung unter den Grünen nicht gerade rosig. Die hauptamtlichen Mitarbeiter in der Düsseldorfer Landesgeschäftsstelle mokierten sich lauthals über „Sklavenhalter-Verträge" und über einen Landesvorstand, der sich in einem „grenzenlosen Opportunismus" von allen möglichen Parteigremien in der politischen Arbeit „entmündigen" lasse. Er unterbinde nicht die „uferlosen und nutzlosen" Debatten, deren Entscheidungsbefugnis mehr als „schwammig" und fragwürdig sei.

Die zahlreichen Konflikte zwischen den NRW-Grünen und dem Bundesvorstand, angefangen von der Frage der Rotation bis hin zu der Bewertung der Niederlage im Saarland und dem schwachen Zugewinn in Berlin, tragen auch nicht gerade zur Geschlossenheit bei. So war es den Realisten, die vorwiegend in der Landesgeschäftsstelle sitzen, gerade recht, daß viele Kreisverbände nach dem „Sexualitäts-Beschluß" mit Wahlboykott und Austritten drohten. Darin heißt es u. a., Sex mit Kindern sei „für beide Teile angenehm, produktiv, entwicklungsfördernd, kurz: positiv". Die Einberufung des Hauptausschusses, der den Beschluß bis zu einem Sonderparteitag in zehn Tagen aussetzte, ist aber auch nur ein schwacher Versuch, die Diskussion auf andere Bahnen zu lenken. Denn auch bei den Realos ist weitgehend unbestritten, daß für sie eine wesentliche politische Forderung die Lockerung der Straftatbestände in den Paragraphen 174 bis 184 StGB ist.

Nur darum konnten sie schon in Lüdenscheid solchen Passagen zustimmen: „Einvernehmliche sexuelle Beziehungen dürfen grundsätzlich nicht kriminalisiert werden." Umstritten ist nur das „Wie". Oder: „Gewaltfreie Sexualität muß frei sein für jeden Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht oder anderen Merkmalen ... gewaltfreie Sexualität darf niemals Gegenstand strafrechtlicher Verfolgung sein. Sie ist im Gegenteil von allen Restriktionen zu befreien, die ihr in dieser Gesellschaft auferlegt sind. Daher sind alle Straftatbestände zu streichen, die gewaltfreie Sexualität mit Strafe bedrohen."

Daß die Aussetzung dieser Beschlüsse auf energischen Widerspruch stößt, war zu erwarten. Die Fundis kündigten an, sie würden in zehn Tagen in Bonn mit Macht für diesen Programmteil kämpfen, der jetzt von einer neuen Arbeitsgruppe „konsensfähig" gemacht wird. Sie verweisen darauf, daß der Hauptausschuß – das höchste Gremium zwischen den Parteitagen – überhaupt nicht berechtigt sei, Delegierten-Abstimmungen im nachhinein zu korrigieren. Auch der Beschluß, mit der SPD ernsthaft Gespräche ohne Vorbedingungen zu führen, sei hinfällig. Allein die Delegiertenversammlung könne bestimmen. Die künftigen – möglichen Landtagsabgeordneten seien ebenfalls in ihrem Verhalten nicht frei, sondern unterlägen dem Weisungsrecht der Landesdelegiertenkonferenz.

„Hände weg von Kindern"

H.S., Bonn

Mit Empörung reagierten Politiker aller Parteien, Verbände und auch Sprecher der Grünen auf die in ihrem NRW-Wahlprogramm geforderte „Liberalisierung der Sexualität" und insbesondere auf die darin geforderte Straffreiheit für intime Beziehungen mit Kindern.

Bundesjustizminister **Hans Engelhard** (FDP) warnte: „Hände weg von unseren Kindern". Dies hätte „eine unerträgliche Gefährdung aller Kinder unter 14 Jahren zur Folge". Sie wären nicht mehr davor sicher, durch sexuelle Angriffe von Erwachsenen „seelisch nachhaltig geschädigt zu werden". Der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, **Fritz Wittmam**, nannte den umstrittenen Beschluß „wirklichkeitsfern". Er sei „pervers" und nur durch „verblendete Ideologie" zu erklären.

Auch der Sprecher der Grünen in Nordrhein-Westfalen, **Matthias Hoppe**, ging auf Distanz zu den Parteifreunden: „Einen solchen Beschluß hält die Partei nicht durch." Der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, **Walter Bärsch**, warnte davor, „Kinder als Lustobjekte" freizugeben. Eine Gleichberechtigung sei nicht auf das sexuelle Verhältnis Kind–Erwachsener zu übertragen. In diesem Zusammenhang beklagte er den ohnehin starken Anstieg des sexuellen Mißbrauchs von Kindern und Jugendlichen.

Der Kreisverband Euskirchen der **Arbeiterwohlfahrt** reagierte „mit Entsetzen". Ein freier Wille zur Aufnahme von sexuellen Beziehungen mit Erwachsenen setze Entscheidungsfähigkeit voraus. Diese sei bei Kindern nicht gegeben.

Lob für Ausländerarbeit

Liselotte Funcke würdigt Arbeit der Bürgerinitiativen

E.N. Bonn

Als erfreulich hat die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Liselotte Funcke (FDP), die Bereitschaft von Deutschen und Ausländern bezeichnet, in Initiativen auf ehrenamtlicher Basis zusammenzuarbeiten. Anläßlich der Vorlage einer Liste mit vorerst 600 Adressen von Bürgerinitiativen sagte Frau Funcke, ohne die engagierte Arbeit dieser Gruppen wäre das gegenseitige Verhältnis der deutschen und ausländischen Bevölkerung „zweifellos erheblich schlechter". Bisher seien 1500 solcher Initiativen bekannt, wahrscheinlich gebe es aber „sehr viel mehr".

600 der gezählten Initiativen sind nach den Worten der Ausländerbeauftragten in einer nach Regionen in Arbeitsschwerpunkten gegliederten neuen Dokumentation erfaßt, die interessierten Bürgern als Orientierungshilfe für eigenes Engagement dienen soll. Für zwei Drittel der Initiativen seien Kinder und Jugendliche die wichtigste Zielgruppe. Dabei kümmerten sich 40 Prozent der ehrenamtlich Tätigen um Hausaufgabenhilfe, während 30 Prozent sich als Spielgruppe verstünden. Mehr als ein Drittel der Initiativen befasse sich mit der Beratung und Betreuung arbeitsloser Jugendlicher und Erwachsener.

Liselotte Funcke betonte, daß in 30 Initiativen Sprachunterricht betrieben werde, davon sei ein Drittel speziell für Frauen gedacht. Sie verband ihre Stellungnahme mit einem Appell an die Frauen in der Bundesrepublik, sich mehr der Ausländerinnen anzunehmen.

Nach der Übersicht beschäftigen sich 307 Initiativen mit Türken, 284 mit Italienern, 256 mit Spaniern, 214 mit Jugoslawen und rund 100 mit Griechen.




Mit 87 Jahren gestorben: Gerhard Ludwig Milau FOTO: DIE WELT

Bremen trefflich vertreten

W. WESSENDORF, Bremen

Der langjährige Korrespondent der WELT in Bremen, Gerhard Ludwig Milau, ist kurz nach Vollendung seines 88. Lebensjahres in der Hansestadt gestorben. Der am 28. Februar 1897 geborene Milau kam mit seinen Eltern schon als Kind an die Weser. Die nahe See und der Journalismus prägten sein langes erfülltes Leben.

Er war Chefredakteur der Lloyd Werkszeitung, die in drei Sprachen gedruckt um die ganze Welt ging. Bereits am ersten Tag des Zweiten Weltkriegs wurde der Reserveoffizier eingezogen. Als Kapitänleutnant geriet er Ende des Krieges auf Bornholm in russische Kriegsgefangenschaft. 1950 nahm er die Arbeit als Korrespondent für die WELT auf. 25 Jahre lang informierte er die Leser über das politische und wirtschaftliche Geschehen in der Wesermetropole.

An seinem 80. Geburtstag erzählte der rüstige und bis zu seinem Tod an allen Ereignissen lebhaft interessierte Milau bei einem Empfang zu seinen Ehren im Bremer Presse-Club von einem Erlebnis mit dem Senatspressesprecher von Altbürgermeister Kaisen. Alfred Faust habe ihn beim morgentlichen Lagetreffen vorwurfsvoll begrüßt und darauf hingewiesen, daß er, Faust, Milau doch unter dem Siegel der Verschwiegenheit exklusiv anvertraut hätte, was Bürgermeister Wilhelm Kaisen denkt. Doch in der Zeitung habe darüber kein Wort gestanden. Dieses „Mißverständnis" wurde Milau lange nachgetragen.

Bürgermeister Kaisen hob anläßlich des 80. Geburtstages Milaus hervor, daß er Bremen als Korrespondent nach außen trefflich vertreten habe. Auch nach seiner Pensionierung interessierte sich Milau für das Geschehen in und um Bremen und stand seinen jüngeren Kollegen oft mit gutem Rat zur Seite.

Späth plädiert für Technologie-Offensive der EG

xhk. Stuttgart/London

Baden Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hat eine „politische Offensive" der Europäischen Gemeinschaft im Bereich Forschung und Technologie gefordert. Auf einem Forum der „Financial Times" sagte Späth gestern in London, Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kommunikations- und Informationstechnik sei „unendlich wichtiger als der periodische Streit über Agrarmarktsubventionen".

Eine europäische Offensive ist nach Ansicht Späths gerade jetzt um so wichtiger, als die USA und Japan „zu einer neuerlichen Konzentration ihrer wissenschaftlich-technologischen und wirtschaftlichen Kräfte" ansetzten, die USA nicht zuletzt mit dem SDI-Projekt mit seiner „neuen Dimension der Grundlagenforschung". Späth nannte drei Entwicklungsschwerpunkte für Europa: das „High-Definition-TV" (durch Verdoppelung der Zeilenzahl entsteht ein flimmerfreies Fernsehbild), die Festlegung einer einheitlichen technischen Fernsehnorm für Satellitenprogramme und den Ausbau der digitalen Vermittlungstechnik.

Agententätigkeit für „DDR": 14 Monate

dpa, Celle

Wegen geheimdienstlicher Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der „DDR" hat das Oberlandesgericht Celle einen 58jährigen Mann aus dem Kreis Helmstedt zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten verurteilt. Ein Sprecher des Gerichts sagte gestern, der arbeitslose kaufmännische Angestellte habe von 1977 bis Oktober 1984 bei 25 Treffen mit Vertretern des Ministeriums für Staatssicherheit in der „DDR" Einzelheiten über Personen des öffentlichen Lebens, Beamte des Zolls und des Bundesgrenzschutzes, über Parteien, Vereine, Bewegungen von Grenzschutzfahrzeugen sowie taktische Zeichen an Bundeswehrfahrzeugen verraten. Dafür will er insgesamt 3700 Mark kassiert haben. Das Gericht zog davon 2000 Mark für die Staatskasse ein.

Der Mann war beobachtet worden, wie er vom Fenster seiner Wohnung aus mit einem Sprechgerät „Verdächtiges" in Richtung auf die einige hunderte Meter entfernte Grenze zur „DDR" sprach. Das Gerät ermöglichte bei ungetrübter Sichtverbindung drahtlosen Sprechverkehr mit Hilfe eines Infrarotlichtstrahls. (AZ: OJs 18/84)

Kürzere Arbeitszeit – 300 neue Stellen

dpa, Baunatal

300 neue Mitarbeiter, vor allem für die Produktion, will das Volkswagenwerk in Baunatal (Kreis Kassel) in den nächsten Wochen einstellen. Personalleiter Franz Kutsche begründete dies gestern vor allem mit den Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung, aber auch mit Steigerungen der Getriebeproduktion und einem Nachholbedarf bei Neueinstellungen.

Wie der Betriebsrat bestätigte, versuche die Werksleitung, einen Abbau von Überstunden zu erreichen. Die Vermittlung der zusätzlichen Arbeitskräfte – ausschließlich Arbeitslose – bleibe dem Arbeitsamt überlassen. Seit dem Tarifabschluß über Arbeitszeitverkürzung im vorigen Sommer bis jetzt seien bereits 840 neue Mitarbeiter eingestellt worden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Reagan und Mulroney betonen Gemeinsamkeit

Mehrere Abkommen von Verteidigung bis Forschung

FRITZ WIRTH, Washington

Nur insgesamt 24 Stunden hielt sich Ronald Reagan zum ersten Staatsbesuch seiner zweiten Amtszeit in Kanada auf, doch in dieser knappen Zeit ließen er und sein Gastgeber Brian Mulroney nichts aus, was die Gemeinsamkeit zwischen beiden Staatsmännern und ihren Ländern unterstreichen konnte. Sie trugen die gleichen grünen Krawatten, um ihre gemeinsame irische Herkunft zu unterstreichen, sie traten am „St. Patricks Day" singend auf einer Bühne auf, und sie betonten wiederholt ihre fast übereinstimmende politische Weltanschauung, so daß Präsident Reagan schließlich in der Bilanz seines Besuches feststellen konnte: „Ich glaube, es gibt keinen Bereich, in dem wir nicht eine Übereinkunft zum Nutzen unserer beiden Völker erreichen könnten."

Der Besuch Reagans in Quebec signalisierte fast mit jedem Wort und mit jeder Geste die Erleichterung beider Staatsmänner über die Überwindung der oft unberechenbaren und gespannten Zweisamkeit der Trudeau-Ära. Um so unangenehmer war es beiden Staatsmännern, daß der amerikanische Verteidigungsminister Kaspar Weinberger mit einigen unbedachten verteidigungspolitischen Äußerungen diese große kanadisch-amerikanische Harmonie-Kür störte. Weinberger sprach in einem Fernseh-Interview über die gemeinsamen kanadisch-amerikanischen Verteidigungsbemühungen gegen sowjetische Marschflugkörper. Auf die Frage, ob das auch die Stationierung amerikanischer Abwehrraketen bedeute, antwortete Weinberger fast beiläufig: „Wir werden versuchen, die besten Plätze für eine derartige Abwehr zu finden. Sie könnten hier sein, in den Vereinigten Staaten oder auf See." Das Ganze sei eher eine technische Frage.

Das war sie für viele Kanadier offenbar nicht. Der kanadische Außenminister Joe Clark erschien unverzüglich vor der Presse und neutralisierte die Bemerkungen Weinbergers mit der Feststellung: „Kanada behält sich das souveräne Recht vor, darüber zu entscheiden, ob amerikanische Waffen auf seinem Boden stationiert werden." Das Weiße Haus sprang Clark mit der Erklärung seines Sprechers bei, daß Kanada ein derartiges Raketenverteidigungssystem auf seinem Boden zuvor billigen müsse und außerdem sei eine Stationierung solcher Systeme nicht geplant. Robert McFarlane, der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, räumte die gesamte Affäre schließlich mit der Bemerkung vom Tisch: „Diskussionen über die Stationierung amerikanischer Anti-Marschflugkörper-Systeme auf kanadischem Boden sind verfrüht." Abwehrraketen seien ohnehin nicht die wirksamste Waffe gegen sowjetische Marschflugkörper.

Ein weiteres potentiell heißes Thema, das der strategischen Verteidigungsinitiative Ronald Reagans, wurde eleganter behandelt. Premierminister Mulroney schwenkte in seiner Haltung zu diesem Programm voll auf den Kurs mancher europäischer Bündnis-Abwehrsysteme, wies jedoch auf notwendige Verhandlungen vor einer Installierung über mögliche Vertragsänderungen des ABM-Abkommens hin. Präsident Reagan lud die kanadische Regierung im übrigen formell zur Teilnahme an den Forschungsarbeiten am SDI-Programm ein.

Beide Regierungschefs unterzeichneten außerdem ein Abkommen über die Modernisierung des Radar-Frühwarnsystems in der Arktis, das auf 51 Radarstationen erweitert werden soll und eine wesentliche Rolle bei der Aufspürung sowjetischer Bomber und Marschflugkörper spielen soll. Die Kosten in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar werden in einem Verhältnis von 60 zu 40 zwischen den USA und Kanada geteilt. Die kanadische Regierung bestand im übrigen auf einer schriftlichen Zusicherung, daß die 51 Radarstationen nicht in die amerikanischen SDI-Pläne zur Weltraumverteidigung einbezogen werden. Auch ein Wirtschafts- und Handelsabkommen wurde unterzeichnet. Tags zuvor hatten sich Reagan und Mulroney außerdem auf die Einsetzung von Sonderbotschaftern geeinigt, die sich ausschließlich dem Problem des „sauren Regens" widmen sollen.

Iran beharrt auf Sieg im Glaubenskrieg

Von PETER M. RANKE

Auch der ägyptische Präsident Mubarak hat nun von Bagdad aus gemahnt, Iran solle endlich Mittel und Wege finden, den viereinhalbjährigen Golfkrieg durch Verhandlungen zu beenden. Mubaraks sensationelle Reise in die irakische Hauptstadt am Montag hatte nicht allein diesen Aufruf zum Zweck. In Bagdad wurde er überzeugt, daß Irak Frieden will und einen fortdauernden Krieg kaum noch überstehen kann.

Mubaraks Ägypten steht ebenso wie das Jordanien König Husseins seit 1981 an der Seite Iraks. Beide Länder helfen mit Waffen oder Truppen. Die Präsenz Mubaraks und Husseins in Bagdad betont also dieses Kriegsbündnis gegen den revolutionären und fanatischen Islam der schiitischen Glaubensrichtung in Iran. Diese Demonstration für den irakischen Präsidenten Saddam Hussein ist für Mubarak und König Hussein nicht ungefährlich. Denn sie fordert die Verbündeten des Mullah-Regimes in Teheran heraus: Syrien und Libyen mit ihren Terror-Kommandos.



Vor viereinhalb Jahren begann Irak den Krieg gegen Iran. Doch ging die Rechnung nicht auf, einen schnellen Sieg zu erreichen

Drei, ja vier Perioden sind politisch und militärisch im Golfkrieg erkennbar. Aber eine Entscheidung, ein Ende ist nicht absehbar, weil dieser Krieg nicht nach klassischen Regeln, sondern nach orientalischen Grundsätzen von Iran als Glaubenskampf geführt wird.

Nach Grenzscharmützeln am Schatt-el-Arab bombardierte am 22. September 1980 die irakische Luftwaffe die südpersischen Ölfelder und einige Flugplätze, zugleich begannen irakische Truppen mit dem Angriff auf die Stadt Khorramshar und die Erdöl-Stadt Abadan mit der größten Raffinerie der Welt.

Nach wochenlangen verlustreichen Kämpfen wurden beide Städte von den Irakern erobert, ihre Panzer stießen nach Khusistan bis Ahwaz und Dezful vor, doch blieb die Offensive im Sommer 1981 endgültig liegen. Die Verluste an Menschen und Material waren hoch, denn die Iraner mobilisierten neben der Armee ihre fanatischen Revolutionsgarden und Kinder als „Glaubenskrieger".

Kriegsziel Bagdads war damals in der ersten Kriegsphase die wirtschaftliche und militärische Lähmung Irans durch Wegnahme oder Zerstörung der Ölfelder in Südiran und eine neue Grenzziehung am Schatt-el-Arab. Fernziel war der Sturz des 19 Monate alten Mullah-Regimes in Teheran, weil es bis heute damit droht, die schiitische Bevölkerungsmehrheit Iraks gegen das sozialistische und „ungläubige" Regime der Baath-Partei von Saddam Hussein zu mobilisieren und den „Teufel" zu stürzen. Auch die Eroberung der heiligen Städte der Schiiten, Kerbela und Nedschef in Nordirak, zählt heute zu den Kriegszielen Teherans.

Aber schon in der zweiten Kriegsphase 1981/82, als die Südfront zum Abnützungskrieg erstarrte, während man im Norden die Kurden-Stämme gegeneinander aufwiegelte, stellte sich heraus, daß dieser Krieg zwar mit Panzern und Luftwaffen geführt wurde, daß sich aber zwei völlig verschiedenartige Gegner gegenüberstanden. Der säkularisierte Irak unter Saddam Hussein focht nach der traditionellen Regel, daß ein Krieg durch Friedensschluß und Vertrag beendet werden sollte. Hierzu war Bagdad seit Mai 1982 bereit, als die Iraner die arabischen Invasoren zurückschlugen und das zerstörte Khorramshar und Abadan, wo die Raffinerie völlig ausgebrannt war, zurückeroberten.

Nicht so Iran. Zunächst wirkte sich aus, daß Iran mit seinen 40 Millionen Menschen die Verluste leichter ersetzen konnte als Irak mit 14 Millionen Einwohnern. Dazu kam, daß die Soldaten und „Pasdaran" (Revolutionswächter) aus dem gebirgigen Iran einfach härtere und bessere Soldaten sind als die Araber aus den Ebenen Mesopotamiens. Entscheidend aber wurde, daß sich nicht nur die alten Feinde Perser und Araber bekriegten, sondern daß sich persische Schiiten und arabische Sunniten (meist im irakischen Offizierskorps) gegenüberstanden, so wie seit über 1300 Jahren.

Für die schiitischen Iraner ist der Golfkrieg eine von Allah gewollte Abrechnung mit Ketzern und „Kafir" (Ungläubigen), zumal Saddam Hussein in Bagdad ein laizistisch-sozialistisches Regime anführt. Daß dieser Kampf nur mit Sieg und nicht mit Friedensschluß enden kann, ergibt sich aus der mystisch-religiösen Überzeugung der Schiiten, den „wahren" Islam und die „wahre" Nachfolge des Propheten zu vertreten. Ihr islamischer Fundamentalismus will den arabischen Nationalismus überwinden.

Nach 1982 begann die dritte Phase des Golfkriegs, der gegenseitige Kampf um das Erdöl als Finanzquelle der Kriegsanstrengungen. Syrien sperrte als alter Feind der Baathisten in Bagdad die irakische Pipeline zum Mittelmeer. Die Iraner verhinderten von Anfang an mit Luftwaffe und Marine jeden irakischen Ölexport über den Golf. Bagdad wurde abhängig von den Finanzspritzen der Saudis und anderer Golf-Araber, die inzwischen 30 bis 40 Milliarden Dollar für Irak augegeben haben dürften. Die irakische Luftwaffe „revanchierte" sich für die Öl-Blockade, indem sie die Ölpiers auf der Insel Kharg angriffen und auch Tanker.

Damit begann 1983/84 die vierte und vorläufig letzte Periode des Golfkrieges. An der 1200 Kilometer langen Landfront stießen die iranischen Truppen über die Grenze vor und besetzten im vorigen Frühsommer die ölreiche Madschnun-Halbinsel in den Tigris-Marschen nordwestliche von Basra. Dort stehen sie heute noch, auch wenn ihr starker Vorstoß auf und über den Tigris gerade von der irakischen Armee zerschlagen wurde. Die Millionen-Stadt Basra liegt seit langem im Schußbereich der Iraner und ist als Hafen und Industriestadt lahmgelegt.

Dafür gelang es den Irakern durch ihre neuen französischen und sowjetischen Kampfbomber mit Raketen die Tankerwege nach Kharg weitgehend zu blockieren, so daß die Öl-Verschiffung dort drastisch zurückging und die Devisenkasse in Teheran große Löcher aufweist. Die Kriegsanstrengungen Irans werden durch Devisen-Mangel zweifellos beeinträchtigt, doch erwiesen sich Syrien und Libyen als gute Verbündete, die für den Waffennachschub sorgen.

Der Golfkrieg hat die Ölversorgung Japans und des Westens nicht beeinträchtigt, ja nicht einmal die Ölpreise erhöht, da andere Lieferländer einsprangen. West und Ost, private Waffenlieferanten und auch die ägyptische Rüstungsindustrie profitierten bei Waffengeschäften in Milliardenhöhe. (SAD)

Studie Bahrs kritisiert „Rogers-Plan"

UWE BAHNSEN, Hamburg

Massive Kritik an dem als „Rogers-Plan" bekanntgewordenen NATO-Konzept für die Aufklärung und Bekämpfung der rückwärtigen Warschauer Pakt-Streitkräfte im Kriegsfall hat der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr geäußert. In seiner Eigenschaft als Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Hamburger Universität legte Bahr eine Studie des Instituts vor, die in zwölf Thesen den sicherheitspolitischen Nutzen des NATO-Konzepts bezweifelt.

Es geht dabei um das sogenannte FOFA-Konzept (Long Term Planning Guide Line / Follow-On Forces Attack), das in die von der Bundesregierung beschlossene Heeresplanung Eingang gefunden hat. Das erklärte Ziel des FOFA-Plans ist es, mit neuen und zum Teil noch nicht vorhandenen Waffensystemen die Fähigkeit der NATO zur konventionellen Verteidigung zu verbessern, damit die Schwelle zum Einsatz von Kernwaffen anzuheben und so die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie zu erhöhen. Bahr erklärte dazu, das von ihm geleitete Institut attestiere dem NATO-Oberbefehlshaber ausdrücklich, bei dieser Planungsrichtlinie unter rein militärischen Aspekten plausibel im Rahmen seiner Verantwortlichkeit und seiner Kompetenz gehandelt zu haben. Nun müßten jedoch die sicherheitspolitischen Konsequenzen gründlich diskutiert werden. Dazu wolle das Institut einen Beitrag leisten.

Als Ergebnis dieser Untersuchung vertrat Bahr die Auffassung, das FOFA-Konzept sei nicht imstande, die strukturellen Probleme der NATO-Strategie zu lösen; es könne entgegen der eigentlichen Absicht zu einer Senkung der nuklearen Schwelle führen. Zu befürchten sei ferner, daß bei seiner Verwirklichung im Kriegsfall die Eskalation beschleunigt und dabei zugleich die Entscheidungen von der politischen auf die militärische Ebene verlagert würden. Diese Planung könne auch die derzeitigen Abrüstungsverhandlungen negativ beeinflussen.



Demonstration für polnischen Bischof

AFP, Rom

Eine Verleumdungskampagne der polnischen Geheimpolizei gegen den Bischof von Przemysl, Ignacy Tokarczuk, hat zu einer Sympathie-Kundgebung für den regimekritischen Geistlichen geführt. „Seit der Rückkehr von Kardinal Wyszynski aus dem Gefängnis", berichten Augenzeugen, habe Lublin keine derartige Demonstration erlebt. Auf Flugblättern wurde gegen den Bischof der Vorwurf erhoben, er habe 1944 mit der deutschen Besatzung kollaboriert. Die Bewohner eines Dorfes, in dem Tokarczuk damals Pfarrer war, wurden von ukrainischen Nationalisten ermordet. Dem Geistlichen gelang es zu entkommen. Die Verleumdung wurde bereits während des Popieluszko-Prozesses von Regierungssprecher Jerzy Urban dementiert.

Moskau fordert Wohlverhalten

dpa, Moskau

Die Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen des Ostens durch Bonn werde in Zukunft „ausschlaggebend" für die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen sein, erklärte der stellvertretende sowjetische Außenhandelsminister Alexej Manschulo bei der Eröffnung der baden-württembergischen Industrieausstellung in Moskau. Grundlage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, so betonte er, müsse die Respektierung der „politischen Realitäten" sein. „Gute Wirtschaftsbeziehungen" könnten zur Entspannung zwischen Ost und West beitragen. Auch der Vorsitzende der sowjetischen Industrie- und Handelskammer, Pitowrano, unterstrich das Interesse der Sowjetunion an einem Ausbau der wirtschaftlichen Kontakte.



Ein Glücksfall für sein Land: Rudolf Kirchschläger FOTO: CAMERA PRESS

Österreichs Staatsoberhaupt wird 70

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Österreichs Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, der heute seinen 70. Geburtstag begeht, ist für sein Land ein politischer Glücksfall geworden – gerade weil er niemals ein Berufspolitiker war. Der gelernte Jurist wurde im Wiener Außenamt bald zu einem der renommiertesten Völkerrechtsexperten – einer Position, die in der Zeit komplizierter Verhandlungen mit den Besatzungsmächten um den Staatsvertrag Augenmaß und Geschick erforderte.

Kirchschläger hat auch nach der Befreiung Österreichs von fremder Besatzung 1955 die Situation seines Landes als einer westlichen Demokratie, die militärisch neutral und gleichzeitig von kommunistischen Nachbarn umgeben ist, niemals aus den Augen verloren.

Wenn er über die Enns-Brücke fahre – wo bis 1955 die Demarkationslinie zwischen Ost und West verlief –, werde ihm jedesmal deutlich, welch ein Schicksal Österreich erspart geblieben ist, sagte er viele Jahre später, als er bereits Staatsoberhaupt geworden war. Den „Prager Frühling" und den sowjetischen Einmarsch vom 21. August 1968 erlebte er als österreichischer Gesandter in der CSSR.

Damals spielte Österreich in den Hoffnungen der Tschechen eine besondere Rolle – und der Gesandte Kirchschläger mußte eine Gratwanderung zwischen diplomatischer Räson einerseits und menschlicher Haltung andererseits vollführen.

Daß er diese Feuerprobe bestand, mag mit zu Kreiskys Entschluß beigetragen haben, den parteilosen Diplomaten und praktizierenden Katholiken direkt vom Prager Posten zum Außenminister zu ernennen. Daß Kreisky ihn dann zum Bundespräsidenten nominieren ließ – übrigens anfangs gegen gewisse Widerstände der Sozialistischen Partei –, mag ursprünglich auch als taktischer Schachzug gegen das bürgerliche Lager konzipiert worden sein. Aber Kirchschläger hat als Staatsoberhaupt sein eigenes Gewicht und eigenes Profil gewonnen.

In einer Zeit der Staatsverdrossenheit verkörpert Kirchschläger Integrität und Staatsgefühl, zugleich auch hat er geschichtlichen Sinn: Daß Österreich einst ein großes Reich, eine Brücke nach Ost- und Südosteuropa war, klingt in vielen seiner Reden immer wieder durch. Wenn Kirchschläger 1986 aus seinem Amt scheidet, wird mit ihm einer der profiliertesten Präsidenten gehen, den Österreich seit 1918 an der Spitze der Republik gesehen hat.

Wir machen unser Öl immer besser, damit Sie immer weniger Kraftstoff verbrauchen.

JEDER MOTOR VERBRAUCHT EINEN TEIL DER KRAFTSTOFFENERGIE, um innere Reibungs- und Gleitwiderstände zu überwinden. Wie groß diese Widerstände sind, hängt ganz wesentlich auch von der Qualität des verwendeten Motoröls ab.

BP hat Leichtlauföle mit speziellen Zusätzen entwickelt: BP Strato für Personen- und BP Vanellus FE für Lastkraftwagen.

Diese Leichtlauföle setzen die Reibungsverluste auf ein Mindestmaß herab und sorgen auch bei langen Vollgasfahrten und hohen Motortemperaturen für zuverlässige Schmierung. „Friction Shield" nennen das unsere Wissenschaftler.

In umfangreichen Tests haben wir bewiesen, daß BP Strato und BP Vanellus FE mit „Friction Shield" den Kraftstoffverbrauch und damit auch den Schadstoffausstoß senken.

BP und die Umwelt.
Wir haben Antworten.

Wir kennen unsere Verantwortung für die Umwelt. Deshalb fördern wir mit hohem technologischen und finanziellen Aufwand eine Reihe von Projekten, deren Zielsetzung umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen sind.

Vieles von dem, was wir uns vorgenommen haben, ist schon Wirklichkeit geworden. Einiges davon finden Sie heute bereits bei Ihrer BP Tankstelle um die Ecke.

BP unterstützt mit hohen Investitionen die Verfügbarkeit von unverbleitem Kraftstoff.

BP hat als erster dem Selbstölwechsler Absauggeräte an der Tankstelle zur Verfügung gestellt, um das unkontrollierte Ablassen von Altöl zu verhindern.

Selbstverständlich entsprechen die an allen BP Tankstellen installierten Ölabscheider den gesetzlichen Anforderungen, so daß die Verunreinigung des Abwassers entscheidend vermindert wird.

BP hat durch den Weltrekord mit einem BMW M1 bewiesen, daß umweltfreundliches Autogas auch leistungsfähig ist.

Zukunftsweisend sind auch die Entwicklungen der BP Labors auf dem Gebiet biologisch abbaubarer Schmierstoffe. Die bei BP erarbeitete Prüfmethode wurde Grundlage für die inzwischen international anerkannte CEC-Prüfnorm.

Für Solaranlagen hat BP die Wärmeträgerflüssigkeit Thermo-Frost P entwickelt und dafür gesorgt, daß sie biologisch abbaubar ist.

Alle Produktentwicklungen, die wir in unseren Labors durchführen, werden grundsätzlich auf ihre Auswirkungen und mögliche Umweltbelastungen überprüft, um Risiken weitestgehend auszuschließen.

Jeder Mitarbeiter von BP ist verpflichtet, dem Umweltschutz im Rahmen seiner Tätigkeit hohe Bedeutung beizumessen.

Denn die Wahrnehmung unserer Verantwortung für die Umwelt ist einer unserer wichtigsten Grundsätze – und damit eine zusätzliche Qualität von BP.



Sind wir auf dem Weg in die mutterlose Gesellschaft?

Von E. MOTSCHMANN

„Nur-Hausfrauen gibt es heute praktisch gar nicht mehr." So heißt es im Deutschen Monatsblatt, der CDU-Parteizeitung vom Januar 1985. Damit wird ein immer noch erheblicher Teil von Frauen in unserem Land für nicht mehr existent erklärt, und das von einer Partei, die sich zumindest bisher zum Anwalt der nicht erwerbstätigen Frauen und Mütter gemacht hat. Auch die kürzlich veröffentlichten „Leitsätze für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau", die auf dem Essener Parteitag beraten und verabschiedet werden sollen, legen die Sorge nahe, daß die berufstätige Mutter nun auch in der CDU zum obersten Leitbild geworden ist.

Neben vielen wichtigen, guten Anstößen, die diese „Leitsätze" ohne Frage enthalten, und der ebenfalls positiv zu bewertenden Tatsache, daß die Frauenfrage nicht länger allein in den Händen von Feministinnen bleibt, sind in das Papier Positionen aufgenommen worden, die die Frauenbewegung schon vor vielen Jahren auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Dazu gehört die viel diskutierte Arbeitsplatzgarantie ebenso wie die Angleichung der Rollen von Mann und Frau, die in letzter Konsequenz zum Rollentausch führt.



Die Theologin und Pädagogin Elisabeth Motschmann aus Itzehoe hat sich wiederholt publizistisch mit dem Feminismus und der feministischen Theologie auseinandergesetzt. Gemeinsam mit ihrem Mann, Pastor Jens Motschmann, hat die Mutter von drei Kindern den „nordelbischen Aufruf" unterzeichnet. FOTO: CHRISTA KUJATH

Obwohl die Unterschiede von Mann und Frau immerhin noch in einem Nebensatz eingeräumt werden – eine mutige Feststellung, für die man dankbar sein darf –, wird eine Arbeitsteilung von Mann und Frau abgelehnt. Dies sei „überholtes Denken", eine „Festlegung auf bestimmte Rollen", die „Forderung eines starren Leitbildes, nach dem Männern und Frauen die Gestaltung ihres persönlichen Lebensweges vorgeschrieben wird".

Bedauernd wird festgestellt: „Noch werden Hausarbeit und Kinderbetreuung weitgehend von Frauen geleistet." Folgt man einem wissenschaftlichen Gutachten, das der Bundesfamilienminister im vergangenen Jahr herausgegeben hat, so sollen Frauen künftig davon abgebracht werden, diesen Dienst für die Familie zu tun: „... die in den Familien beobachtbare Tendenz, die Familientätigkeit der Frau zuzuweisen, muß revidiert werden."

Diese Aussagen stimmen nachdenklich. Zunächst wäre es merkwürdig, wenn auf einem CDU-Parteitag diejenigen für die derzeitige Fassung der Leitsätze die Hand heben würden, die in überwältigender Mehrheit eben jenes angeblich so „starre und überholte Leitbild" einer Arbeitsteilung von Mann und Frau praktizieren, und das mit guten Gründen und aus tiefster Überzeugung.

Waren es nicht die Christdemokraten, die im Gegensatz zur sozialdemokratischen Frauenpolitik immer davon ausgingen, daß in den ersten Lebensjahren eines Kindes die Betreuung der Mutter besonders wichtig und wünschenswert ist? Darum wurden etwa die Tagesmütter-Modellversuche abgelehnt.

Im Berliner Grundsatzprogramm von 1971 war immerhin noch vom „besonderen Lebenslauf" der Frau die Rede. Obwohl sich an diesem „besonderen Lebenslauf", der eben schon dadurch gekennzeichnet ist, daß es immer noch die Frauen sind, die die Kinder zur Welt bringen, in den vergangenen zehn Jahren wenig geändert haben dürfte, sind derartige Formulierungen in den „Leitsätzen" nicht zu finden. Offensichtlich hat der Feldzug von Feministinnen und Sozialdemokratinnen gegen eine „geschlechtsspezifische Arbeitsteilung" seine Wirkung nicht verfehlt. Steter Tropfen höhlt auch in dieser Frage den Stein. Nicht umsonst werden die Leitsätze von diesen progressiven Frauen sehr gelobt.

Schon vor zehn Jahren verteilten Berliner SPD-Frauen ein Flugblatt, das mit folgenden Worten begann: „Entgegen allen anderslautenden Erklärungen behaupten wir, daß jegliche geschlechtliche Arbeitsteilung, die über den Akt des Gebärens der Frau hinausgeht, gesellschaftlich und nicht natürlich biologisch bedingt ist. Die totale Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ist eine Hauptvoraussetzung *für die Befreiung der Frauen!*"

Was soll man davon halten, wenn in den „Leitsätzen" der CDU genau dieser alten feministischen Forderung Rechnung getragen wird, indem es ins Belieben gestellt wird, welcher „Elternteil" die Betreuung der Kinder übernimmt? So richtig es sein mag, auch dem Mann grundsätzlich die Möglichkeit einzuräumen, eine Zeitlang nicht erwerbstätig zu sein, um sich ganz der Familie zu widmen, so falsch ist es, den Eindruck zu erwecken, es sei gleichgültig, wer von beiden die erste Zeit beim Kind bleibt.

Mann und Frau sind keine beliebig austauschbaren Schachfiguren. Ihre Verschiedenheit, die in unzähligen wissenschaftlichen Untersuchungen immer wieder belegt wurde und im übrigen auch ohne Wissenschaft für jeden spürbar und erkennbar ist, befähigt Mann und Frau, Mütter und Väter, auch zu Verschiedenem. Väter, die versuchen, gute Mütter zu sein, sind keine guten Väter mehr und umgekehrt. Ein Rollentausch ist für alle Beteiligten, insbesondere aber für das Kind, nicht wünschenswert.

Geht man davon aus, daß die Betreuung und Erziehung eigener Kinder für die Frau eine der schönsten Aufgaben überhaupt ist, bleibt es ohnehin unverständlich, warum sie ohne zwingenden Grund dem Mann übertragen werden soll. Oder hat auch die CDU die Überzeugung verloren, daß Kinder nicht nur das Leben bereichern, sondern Freude bringen?

Warum aber fällt das Wort Freude in den „Leitsätzen" nur noch im Zusammenhang mit der Berufstätigkeit einer Frau, nicht aber im Blick auf das Dasein als Hausfrau und Mutter? Statt dessen scheut man sich, überhaupt noch von der „Mutter" zu reden. Frauen werden allenfalls davor gewarnt, sich auf die „Aufgabe der Mutter und Hausfrau" zu „beschränken".

Wenn die Feministin Herrad Schenck dem Familienminister ein „beinahe feministisches Vokabular" bescheinigt, so hat sie darin nicht ganz unrecht. Vielleicht sollte sich Heiner Geißler einmal zu Herzen nehmen, was die ehemalige französische Feministin Christiane Collange sagt: „Der Vater solle zwei Jahre lang Urlaub nach der Geburt des Kindes bekommen – glauben Sie das? ... Besser ist es, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen, um zu wissen, worauf man sich einläßt. Von seltenen Fällen einmal ganz abgesehen, bleibt der Vater immer der Vater, und auch jene Männer, die guten Willens sind und tatkräftig mithelfen, nehmen der Mutter letztlich die Verantwortung für die Erziehung nicht ab."

Nicht nur in Frankreich, sondern auch bei uns ist die Vorstellung und Bemühung, künftig mehr Männer zu „Hausmännern" zu machen, unrealistisch. Sinnvoller ist es, Mütter zu ermutigen und zu bestärken, in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder ihre Berufstätigkeit vorübergehend aufzugeben oder doch zurückzustellen, um ganz für die Familie da zu sein. Dies ist immer noch das *Nächstliegende und nach allen Erfahrungen* für die Kinder das Beste.

Für Christiane Collange, die bekennt und zugleich bereut, am „großen Feldzug zur Glorifizierung der Freuden des Berufslebens teilgenommen zu haben", ist die Zeit gekommen, „daß man erkennt, was für eine ganz einfache Art es gibt, Mutter zu sein: aus Freude daran, des Glückes wegen, ganz der Bestimmung der Frau zu leben".

Diese Einsicht und diesen Mut kann man allen Verantwortlichen in unserem Staat nur wünschen. Der Weg in eine mutterlose Gesellschaft wäre ebenso verhängnisvoll wie der von Alexander Mitscherlich vorgezeigte Weg in eine vaterlose Gesellschaft.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Grenzen und Parteien

„Leserbrief: Interpretationen"; WELT vom 2. März

Hans-Jochen Vogel wendet sich gegen eigenwillige Vorstellungen und spricht in Punkt eins seiner Ausführungen die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze an.

Die Formel von der „Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze" ist eine Wortschöpfung der SPD, die diese Formulierung von Warschau übernommen und Anfang der 70er Jahre als Dogma in die deutsche Politik eingeführt hat. Bis dahin war diese *Direktive nicht geläufig. Sie steht* im Widerspruch zu bekannten Aussagen, angefangen vom Potsdamer Abkommen von 1945 (das eindeutig von Verwaltung spricht) über den Warschauer Vertrag bis zum Urteil des Verfassungsgerichtes, die alle davon ausgehen, daß die Oder-Neiße-Grenze eine gegenwärtige Demarkationslinie (also keine völkerrechtlich anerkannte Staatsgrenze) ist und bleibt, so lange, bis die deutsche Frage offen und kein Friedensvertrag abgeschlosssen ist.

Irgendwann muß sich auch die SPD dazu durchringen, deutsche und nicht nur polnische Ansprüche zu vertreten. Niemand spricht von einer Aus- oder Umsiedlung, es gibt auch ein friedliches Neben- und Miteinander. Ostdeutschland – Gesamtbegriff für ein riesiges Gebiet, größer als die heutige DDR mit eigenständig gewachsenen, völlig verschieden strukturierten Landesteilen Ostpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburg und Schlesien, sang- und klanglos für alle künftigen Zeiten und Generationen aufzugeben und alle Rechtspositionen voreilig grundlos über den Haufen zu werfen, ist ein absurder Verzicht, den es vergleichbar in dieser Größenordnung bei keinem anderen europäischen Land gegeben hat. Die deutsche Frage ist offen – dabei sollten wir es bewenden lassen, keiner drängt uns zu falschen Entscheidungen.

H. Csallner, Frankfurt/M.

*

Sehr geehrte Herren,

der Streit um das Schlesier-Motto und die Bundestagsdebatte über die „Lage der Nation" haben dazu beigetragen, daß sich der Nebel über der Ost- und Deutschlandpolitik lichtet. Immerhin hat der Bundeskanzler angedeutet, daß die deutsche Frage erst im nachkommunistischen Zeitalter lösbar wird. Der Satz, daß nicht souveräne Staaten, sondern souveräne Völker den Bau Europas vollenden werden, dürfte von den kommunistischen Herrschaftseliten übel vermerkt worden sein, obwohl der Kanzler den Zeitpunkt dieses Geschehens in eine ferne Zukunft zu verlegen scheint.

Die umstrittene Äußerung Volker Rühes weist in die entgegengesetzte Richtung. Wer dem Warschauer Vertrag eine über die Teilung Europas hinausreichende Bindewirkung zuschreibt, bringt das Bekenntnis der Schlesier, daß eine Vertreibung eine Vertreibung zu viel war, um seinen politischen und moralischen Sinn. Wir dürfen uns nicht der normativen Kraft der von Stalin durchgesetzten Unrechtstatbestände beugen, sondern wir müssen die dadurch entstandenen Völkerrechtskonflikte mit einem Rechtsfrieden lösen, der einen Schlußstrich unter die Rechtsbrüche der Vergangenheit setzt.

Auch Alfred Dregger, dessen außenpolitische Urteilskraft immer deutlicher hervortritt, ist davon überzeugt, daß die Freiheitsfrage für Polen und Deutsche wichtiger ist als die Grenzfrage und daß sich die beiden europäischen Brudernationen versöhnen werden, wenn sie ihre Selbstbestimmung wiedererlangt haben. Demgegenüber verbeugt sich Volker Rühe vor dem Jaruzelski-Regime und spricht von der „gemeinsamen Verantwortung" Bonns und Warschaus für das Ost-West-Verhältnis.

Wenn es eines Tages um die Neuordnung Europas gehen wird, werden antikommunistische Polen unsere Verhandlungspartner sein. Schon deshalb dürfen wir das Vertrauen der polnischen Opposition nicht aufs Spiel setzen, indem wir uns mit dem heutigen Regime anbiedern. Diese Überlegung gilt im Grundsatz für den gesamten Hegemonialbereich Moskaus einschließlich der „DDR".

Zwar kann niemand vorhersagen, wann und unter welchen Umständen das kommunistische Zeitalter im Osten zu Ende gehen wird. Aber weder die Ungewißheit über das „Wann" und das „Wie" noch die Begrenztheit unserer Möglichkeiten entbinden uns von der Mitverantwortung für einen Prozeß, in den unser eigenes Schicksal und das unserer Verbündeten verflochten ist. Der Streit um die Ostpolitik wird uns noch lange begleiten.

Mit freundlichen Grüßen,
W. Fleischer, Hamburg 70

Der 8. Mai

„Leserbrief: Gedanken zum 8. Mai"; WELT vom 13. März

Dem Inhalt des Briefes von Herrn Boisot kann man in fast allen Punkten voll zustimmen. Nur einer bedarf einer Korrektur, nämlich die Feststellung, daß der Nazismus ein Unfall der Geschichte sei.

Es gibt keine Unfälle der Geschichte. Auch die Geschichte unterliegt einer Gesetzmäßigkeit. Hitler, der Nationalsozialismus, waren eine historische Notwendigkeit, eine Zwangsläufigkeit wie übrigens Napoleon – Rußlandmarschierer und Rußlandverlierer wie sein brauner Kollege einige Generationen später – ebenfalls.

Die Ursachen für die Entstehung des Nationalsozialismus sind von seriösen Historikern, die es noch gibt, so oft beschrieben worden, daß es bald langweilig wird, sie zu wiederholen. Dennoch sollte man einen Franzosen an zwei Fakten erinnern:

- an den Versailler Vertrag,
- an Clemenceaus Wort von den zwanzig Millionen Deutschen, die zu viel auf der Welt seien.

Nicht vergessen sollte man auch, daß Hitler und der Nationalsozialismus in Frankreich zumindest viele Sympathisanten hatte, die man wohl mit dem Namen „Attentisten" bezeichnete.

Ich möchte abschließend noch folgende Episode hinzufügen: Anläßlich eines Schüleraustausches in Plonevez-du-Fou in der Bretagne, der von einem Geistlichen unter der Devise „Pardon" organisiert war, sagte dieser in seiner Abschiedsansprache: „Deutsche und Franzosen haben sich im Laufe der Geschichte viel Leid angetan."

Solche Worte wirken Wunder, weil sie die Wahrheit enthalten und sie nicht unterdrücken oder verdrehen. Eine Versöhnung, die wir so bitter nötig haben, ist dann zwangsläufig.

Der ganze Rummel um den 8. Mai ist wirklich unnützer Tand, der sich immer mehr zu einem Affentheater entwickelt. Wer dieses Datum mit den Russen feiern will – denn nur sie haben allen Grund zum Feiern, weil sie den gewaltigsten Sieg ihrer Geschichte errungen haben –, der soll das tun. Für einen Deutschen ist es pervers, seinen Untergang zu feiern.

Im übrigen freue ich mich auf die Nummer der „Welt", in der ich die Worte lese: „Hiermit beenden wir die Diskussion zum Thema ‚8. Mai'".

H. Padberg, Meinerzhagen

*

Als ehemaliger deutscher Seeoffizier des Zweiten Weltkrieges danke ich Herrn Boisot sowohl persönlich als auch im Namen vieler gleichdenkender Landsleute für seine versöhnlich stimmende und völkerverbindende Aussage aus Anlaß des 8. Mai 1945. Sie zeugt von Ritterlichkeit und wahrhaft europäischer Denkweise.

Seine Worte lassen für unser „altes" – und doch ewig junges – Europa hoffen. Möge ihm und seinen liebenswerten Bewohnern ein weiterer Krieg erspart bleiben.

Vive l'Europe.

H. Kollai, Nürnberg 1

EM-Boykott?

In der Ablehnung der unglaublichen Entscheidung des DFB, Berlin aus der Europameisterschaft auszuklammern, sind sich sogar die großen Parteien einig – jedenfalls in unverbindlichen, starken Worten. Sie sollten bald gemeinsame Taten folgen lassen und schon jetzt durch ihren Einfluß in den entscheidenden Gremien sicherstellen, daß eine EM in der Bundesrepublik Deutschland ohne den Austragungsort Berlin nicht im Deutschen Fernsehen erscheint.

Auch die unabhängige Presse könnte, sofern sie ihre Verantwortung ernst nimmt, auf die Berichterstattung verzichten.

H. Noeske, Köln 91

Wort des Tages

„Ein gewisses Maß aufrechter Haltung, Stolz, ja Selbstbewußtsein, sollte ich meinen, gehört zu den Elementen der besten Charaktere; Tugend, die in der Furcht wurzelt, verdient nicht viel Bewunderung."

Bertrand Russell; brit. Philosoph (1872–1970)

Personalien

AUSZEICHNUNG

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, **Karl Josef Denzer**, ist mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Johannes Rau** überreichte Denzer die hohe Ehrung im Haus des Ministerpräsidenten. Denzer, der seit 1970 Abgeordneter des Landtages Nordrhein-Westfalen ist, erhielt die Auszeichnung für herausragende landespolitische Verdienste. In den vergangenen 15 Jahren war er Mitglied des Kommunalpolitischen Ausschusses, des Ausschusses für Innere Verwaltung und stellvertretender Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses. Seit 1980 ist er Vorsitzender des Hauptausschusses. In seinen Beiträgen zu haushaltspolitischen Entscheidungen bemühte er sich in besonderer Weise um sozialen Ausgleich mit Hilfe landespolitischer Maßnahmen. Seit 1975 ist Denzer Mitglied des Vorstandes der SPD-Fraktion im Landtag. 1980 wurde er zum Vorsitzender seiner Fraktion gewählt. Dem Rat der Stadt Bielefeld – seiner Heimatstadt – gehörte er von 1968 bis 1984 an.

AUSWÄRTIGES AMT

German Hauptmann (61) wird deutscher Botschafter in dem afrikanischen Staat Gabun. Die Regierung von Libreville hat German Hauptmann jetzt das Agrément erteilt. Der Diplomat wurde in Hamburg-Harburg geboren. Auf Auslandsposten war er in New York, in Kalkutta, in Accra und in Tunis. Seit 1982 ist er Ständiger Vertreter des Leiters des deutschen Generalkonsulats in Bombay.

*

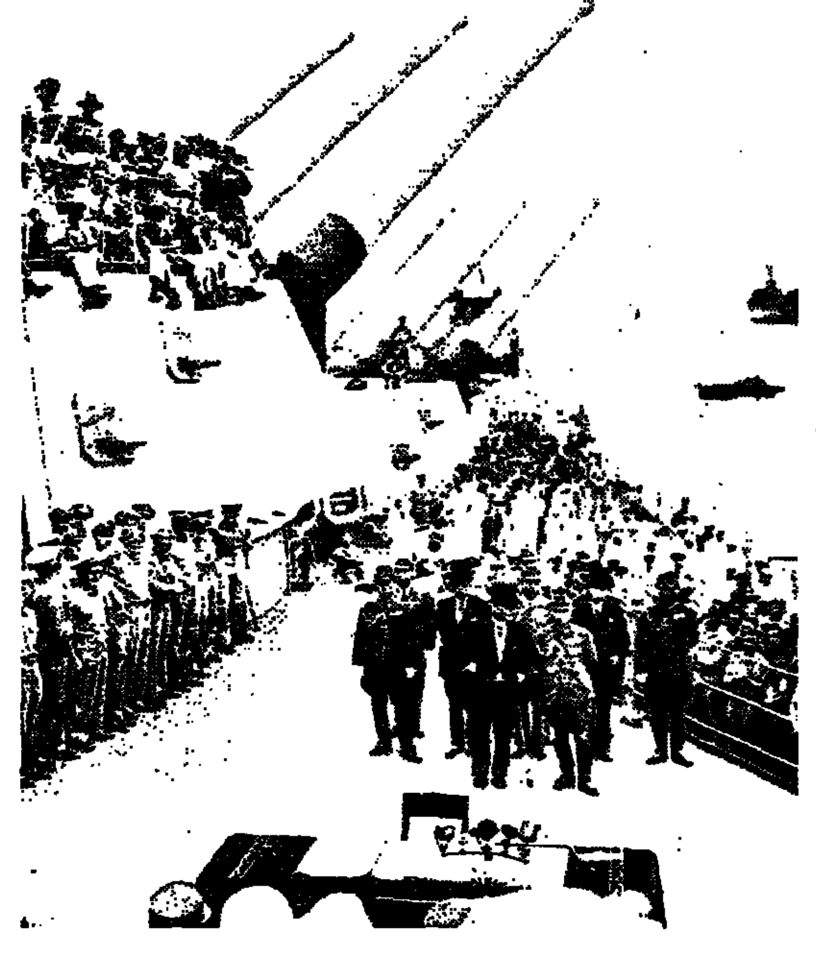
Dr. **Wilfried Nölle** (60) wird deutscher Botschafter in der Volksrepublik Moçambique. Die Regierung von Maputo hat dem deutschen Diplomaten jetzt das Agrément erteilt. Er studierte orientalische Sprachen, Völkerkunde und vergleichende Religionswissenschaften an den Universitäten Marburg, Frankfurt und Tübingen, war zunächst Zeitungsredakteur und trat 1960 in den Auswärtigen Dienst ein. Sein Berufsweg führte ihn an die Botschaften in Neu-Delhi, La Paz und nach Kuala Lumpur. 1977 wurde er nach Ankara versetzt. Seit 1980 war er Ständiger Vertreter des deutschen Botschafters in Peking.

PREIS

Einen neugestifteten, mit 5000 Mark dotierten Preis für junge Archäologen hat der Verein der Altertumsfreunde im Regierungsbezirk Darmstadt zum erstenmal verliehen. Der Preisträger **Egon Schallmayer**, der sich bereits in Arbeiten über das römische Dieburg oder den Odenwaldlimes mit der südhessischen Region befaßt hat, soll mit dem Preisgeld zu neuen Forschungen auf den Spuren der Römer und Germanen in und um Darmstadt ermuntert werden.

Der ostasiatische Krieg: Auch Japan blickt zurück

Von GÜNTER DIEHL



Am 14. August 1945, drei Monate nach dem Deutschen Reich und im Anschluß an zwei verheerende Atombomben-Angriffe auf Hiroshima und Nagasaki, kapitulierte Japan bedingungslos. Das Land blickt in diesem Jahr also auch auf das einschneidendste Ereignis vor 40 Jahren zurück. Unser Bild links zeigt die Szene der Kapitulation auf dem amerikanischen Schlachtschiff „Missouri", während das Bild rechts, so traditionell es anmutet, aus neuester Zeit stammt: Ministerpräsident Nakasone besucht am Tag seiner Wahl den Shinto-Tempel in Tokio, ein Symbol der Loyalität gegenüber dem Kaiser. Wie überstand Japan die Kriegsniederlage, wie entwickelte sich in der Zwischenzeit sein Geschichtsbild? Dazu schrieb Botschafter a. D. Günter Diehl den folgenden Aufsatz für die WELT.

Eine der großen Gedenkstätten für die Gefallenen Japans ist der Yasukuni-Schrein in Tokio, der vom kaiserlichen Haushalt verwaltet wird. In Japan werden die Namen der im Kriege gefallenen Soldaten nicht in Stein gehauen oder in Bronze gegossen, sondern auf große Rollen niedergeschrieben, die in einem Schrein verwahrt werden. Die Eintragung hat auch religiöse Bedeutung, denn die so Verewigten erhalten damit einen Status, der in etwa der Seligsprechung ähnelt.

Mitte April 1979 meldete die japanische Presse, daß die Namen der „Kriegsverbrecher", die im November 1948 durch ein alliiertes Militärgericht zum Tode durch den Strang verurteilt und hingerichtet worden waren, jetzt in die Rollen des Schreins eingetragen worden seien. Die Nachricht erwies sich als richtig. Ministerpräsident Ohira wurde im Parlament von einem Abgeordneten gefragt, ob er unter diesen Umständen den Schrein am Gefallenen-Gedenktag wieder besuchen werde. Ohira stand auf und antwortete: „Ja, ich werde hingehen, weil ich denke, ich sollte hingehen."

Journalisten befragten den ranghöchsten Priester des Schreins, wie es dazu gekommen sei, daß man auch der Kriegsverbrecher gedenke, ja daß sie geehrt und seliggesprochen würden. Der Priester tat erstaunt. Für Japaner seien die Hingerichteten keine Kriegsverbrecher. Die Urteile seien nicht von einem japanischen, sondern von einem Gericht der Siegermächte gefällt worden.

Der Vorfall war ein äußeres Zeichen dafür, daß die Kriegsverbrecherprozesse in Japan nahezu einhellig als Ausfluß einer „auf Rache und Demütigung Japans" ausgerichteten Politik eingeschätzt wurden. Inzwihhen sind eine Reihe von Arbeiten auch bedeutender japanischer Juristen erschienen, die sich mit dem Prozeß noch einmal auseinandersetzen. Die Diskussion hat sich dann schnell ausgeweitet und zu einer neuen Betrachtung des Krieges nicht nur, sondern auch der jüngeren Geschichte geführt. Daran schloß sich wiederum eine Bewertung der amerikanischen Besatzungspolitik an, der schließlich ein Ausblick auf die zukünftige Rolle Japans folgte. Shimizu Hayao hat das Verdienst, diesbezügliche Arbeiten verschiedener Autoren aufbereitet und dem Nichtjapaner zugänglich gemacht zu haben.

> „Wir blickten in die Gesichter von Leuten, die Inder vor die Kanonen gebunden oder den Chinesen den Opiumhandel aufgezwungen hatten."

Die Tokioter Kriegsverbrecherprozesse fanden unter dem Vorsitz von Robert Jackson statt, dem amerikanischen Bundesrichter, der auch dem Nürnberger Gericht vorstand. Es versteht sich, daß die japanischen Juristen die formalen Mängel dieser Art von Gerichtsbarkeit unterstreichen. Die mildeste japanische Beurteilung ist jene, die sagt, obwohl das Gericht im Grunde keine Rechtsgrundlage für die Anklage habe produzieren können, sei das Verfahren doch nützlich gewesen, weil es eine Unmenge von Fakten bekanntgemacht habe, die ohne den Prozeß der japanischen Öffentlichkeit wahrscheinlich verborgen geblieben wären.

Eine Vielzahl von japanischen Autoren beurteilt den Prozeß als einen Versuch, Japan zu einem Bösewicht abzustempeln. Derartige von Rache bestimmte Prozesse könnten nur einen schädlichen Einfluß auf die Geschichte der Menschheit haben. Der Prozeß habe zeigen sollen, „wie unmoralisch und unzivilisiert wir Japaner gewesen waren".

Die Behauptung der Anklage, die japanischen Führer hätten eine Verschwörung ins Leben gerufen, um mit Hilfe von Angriffskriegen andere Länder zu unterjochen, hat zu einer vertieften Untersuchung der neueren japanischen Geschichte geführt. Es beißt, die weißen Kolonialmächte hätten die Unterwerfung fremder Völker als völkerrechtlich legitim angesehen und es als natürlich betrachtet, daß nur sie die Welt kontrollierten. Aufgrund ihrer zivilisatorischen und technischen Überlegenheit seien sie in der Lage gewesen, jeden Widerstand zu brechen. In Asien sei nur Japan souverän und frei geblieben, weil es sich rechtzeitig entschlossen habe, sich den technischen Fortschritt anzueignen. Man habe den Geist des Samurais bewahren können, weil man sich dazu bereit gefunden habe, den Haarknoten abzuschneiden. Alle Kriege, die Japan seit hundert Jahren geführt habe, seien Kriege mit den weißen Kolonialmächten gewesen, um deren Zugriff auf Asien zu wehren. Es sei aus japanischer Sicht tragisch, daß China und Korea Opfer japanischer Invasionen und Landnahmen geworden seien, weil Japan dort, wie früher dem kaiserlich-russischen, nach dem Ersten Weltkrieg dem sowjetischen Expansionsdrang eine Grenze habe ziehen wollen.

Da auch Engländer und Amerikaner in Asien als Ausbeuter aufgetreten seien, sei ihr Zusammenprall mit Japan unvermeidlich gewesen. Japan habe sich weder mit Rußland noch mit England und den USA dauerhaft verbünden können. „Wir blickten in die Gesichter von Leuten, die Inder vor Kanonen gebunden oder den Chinesen den Opiumhandel aufgezwungen hatten." Wenn man heute japanische Kriegsteilnehmer frage, wofür sie zu kämpfen geglaubt hätten, höre man: „Um Asien zu befreien."

Die Japaner hätten zwar den Krieg verloren, aber ihre Kriegsziele seien eigentlich erreicht worden, denn noch im Zweiten Weltkrieg seien die weißen Mächte von der Absicht geleitet gewesen, ihre Vorherrschaft in Asien zu befestigen. Ohne Japans Kampf hätte sich Asien nicht schon nach 1945 vom Kolonialismus befreien können.

Der Vorwurf, Japan habe Angriffskriege geführt, wird heute von japanischer Seite nicht mehr unbesehen angenommen. Es wird die Verstrickung von Modernisierung und Machtpolitik aufgezeigt, die Japan in einen Gegensatz zu den Weißen habe bringen müssen. „Sich modernisieren hieß imperialistisch werden", lautet eine extreme Formulierung. Im Grunde habe Japan keine Wahl gehabt außer der zu kämpfen und unterzugehen oder nicht zu kämpfen und unterzugehen. Der spezielle Vorwurf, Japan habe die USA angegriffen, wird inzwischen anhand der bekanntgewordenen Tatsachen als fragwürdig bewertet. Der Überfall auf Pearl Harbor wird nicht beschönigt. Es wird dazu angemerkt, Roosevelt habe ihn mit seiner Embargo- und Blockadepolitik provoziert. Die Entscheidung, zu kämpfen, sei nicht im japanischen Hauptquartier oder vom Kaiser getroffen worden, sondern von der amerikanischen Regierung.

Als „sinistre Farce" wird gewertet, daß die Sowjetunion im Tokioter Kriegsverbrecherprozeß auf der Seite der Kläger saß. Tatsächlich hatte nicht Japan die Sowjetunion, sondern umgekehrt Sowjetrußland Japan und dazu noch unter Bruch des 1941 geschlossenen russisch-japanischen Neutralitätsvertrages angegriffen. Hitler hatte vergeblich versucht, Japan dazu zu bewegen, eben diesen Nichtangriffsvertrag zu brechen und über die Sowjetunion herzufallen. Roosevelt und Churchill hatten im Februar 1945 in Jalta bei Stalin mehr Glück. Es gelang ihnen, Stalin zum Vertragsbruch zu bewegen. Er griff das schon in Agonie liegende Japan am 8. August 1945 an, zwei Tage nach dem Abwurf der ersten amerikanischen Atombombe auf Hiroshima und einen Tag vor dem Abwurf der zweiten Atombombe auf Nagasaki. Als Lohn für diesen Vertragsbruch wurden der Sowjetunion die Hälfte von Sachalin und die Kurilen-Inseln überlassen. Dies war, wie sich später zeigte, den Sowjets nicht genug; sie besetzten widerrechtlich auch noch vier weitere nördliche Inseln.

Für einen Deutschen ist überraschend der japanische Vorwurf, der Kriegsverbrecherprozeß sei auch Ausfluß rassischer Vorurteile gewesen. Es wird angekündigt, die japanische historische Forschung werde sich mit diesem Aspekt noch eingehend befassen. Die Japaner können auf einschlägige Erfahrungen verweisen. Nach dem Ersten Weltkrieg, den sie auf der Seite der Sieger beendeten, war ihr Land Gründungsmitglied des Völkerbundes. Die japanische Delegation machte damals den Versuch, in die Satzung einen Artikel gegen rassische Diskriminierung einzufügen. Der Versuch scheiterte am Veto Englands und der Vereinigten Staaten. Die Episode, über die in Europa geschwiegen wird, wird jetzt wieder als Beweis für die Voreingenommenheit der Weißen angeführt. 1924 schlossen die USA Japaner von der Einwanderung aus. Es kann schon hier erwähnt werden, daß in der Diskussion über den Krieg und seine Nachwirkung in der Gegenwart auch gesagt wird, der derzeitige Neid auf Japans politische und wirtschaftliche Leistungen habe rassische Wurzeln. Leider ist nicht zu leugnen, daß selbst hierzulande von der neuen Gelben Gefahr gesprochen wird.

Die japanischen Historiker, die von einem hundertjährigen Krieg mit dem Westen reden, sind nicht in der Mehrzahl. Dagegen sind sich viele darin einig, daß Bezeichnungen wie Zweiter Weltkrieg oder Pazifischer Krieg für Japans Krieg nicht passen. Einige halten dafür, daß Japans eigene Bezeichnung „großer ostasiatischer Krieg" die treffendste sei. Der Einfall in die Mandschurei 1931 und der Beginn des Krieges mit China 1937 sowie schließlich der Überfall auf Pearl Harbor 1941 weisen in der Tat darauf hin, daß der Krieg in Asien nicht zwingend und unlösbar mit dem Krieg in Europa verbunden war. Es wird gesagt, man habe diesen Krieg aus eigenem Willen, in eigener Verantwortung und mit Entschlossenheit geführt.

Dies mag einer der Gründe sein, warum der Dreibund, der Japan im Zweiten Weltkrieg mit Deutschland und Italien verband, in der Rückschau auf den Krieg in der öffentlich geführten Diskussion keine wesentliche Rolle spielt. Die Kriegsziele waren zu unterschiedlich, abgesehen davon, daß die gegenseitige Unterstützung in der Kriegsführung mehr verbal als materiell war. Es gelang dem Dreibund zu keiner Zeit, die See- und Luftwege zwischen Europa und dem Fernen Osten offenzuhalten.

Die Japaner weisen schon lange und zu Recht darauf hin, daß es in Japan weder Nationalsozialismus noch Faschismus gab. Der Versuch der Siegermächte, einen „kaiserlichen Faschismus" zu konstruieren, wird in Japan als vergebliche Mühe gewertet. Die Nachkriegs-Erfahrungen, so eigenartig dies klingt, bringen im japanischen Bewußtsein Japaner und Deutsche in größere Nähe als der Krieg selbst. Wenn es so etwas wie eine Schicksals- und Erfahrungsgemeinschaft gibt, dann ist sie jedenfalls 1945 nicht abgerissen, sondern hat eher an Stärke gewonnen.

Der japanischen Öffentlichkeit ist nur schwach oder gar nicht im Bewußtsein, daß Japan nur knapp einer Aufteilung in Besatzungszonen entgangen ist, bei der sich die Sowjetunion eine strategische Schlüsselstellung gesichert hätte. Zwischen der deutschen und der japanischen Kapitulation lagen nur 14 Wochen. In dieser kurzen Zeit aber war der Konflikt zwischen der sowjetischen und der amerikanischen Politik schon so brisant geworden, daß Japan die Teilung erspart blieb. Die japanischen Politiker haben das Beispiel der koreanischen Spaltung vor Augen, wissen aber auch bis in die Einzelheiten, was mit uns geschehen ist. Da sie uns für normal halten, sind sie davon überzeugt, daß wir in Sachen deutsche Einheit nicht lockerlassen werden. Denen, die das Gegenteil beteuern, trauen sie nicht. Es versteht sich, daß Japan den deutschen Wiederaufbau und Wiederaufstieg nach dem Kriege mit Genugtuung verzeichnete und als Ansporn begriff. Da war noch jemand, der die Herausforderung annahm. Deshalb waren die Japaner auch nicht schadenfroh, sondern eher betrübt, als sich in den siebziger Jahren Anzeichen dafür mehrten, daß wir kurzatmig wurden.

Die neuerliche Betrachtung des Krieges und seiner Vorgeschichte hat zwangsläufig auch Studien über die Kapitulation und die Besatzungszeit hervorgebracht. Zunächst einmal wird die These vertreten, daß es sich bei der Kapitulation nicht etwa um das Ergebnis einer Palastverschwörung, sondern eindeutig um eine mutige Entscheidung des Kaisers gehandelt habe. Sie ist aller Wahrscheinlichkeit nach zutreffend. Die Kapitulation war innenpolitisch nur vom Kaiser selbst durchzusetzen. Japan hatte keine Erfahrungen mit einer umfassenden Niederlage und schon gar nicht mit einer Besetzung des Mutterlandes durch feindliche Truppen. Obwohl Japan praktisch nicht mehr fähig war, den Krieg fortzusetzen, lag eine Kapitulation so außerhalb der japanischen Überlieferungen, daß es der Autorität des Kaisers bedurfte, um sie für die ganze Nation annehmbar zu machen. Selbst im Augenblick der Niederlage war für viele der erste Gedanke, die Scharte bei erster Gelegenheit auszuwetzen.

Die Japaner fragen heute, warum diese Stimmungslage der ersten Tage

> „Da die Japaner uns für normal halten, sind sie davon überzeugt, daß wir in Sachen deutsche Einheit nicht locker lassen werden. Denen, die das Gegenteil beteuern, trauen sie nicht."

und Wochen nach der Kapitulation so gut wie völlig aus dem öffentlichen Bewußtsein geschwunden ist. Manche Beobachter führen dies auf die Informationspolitik der amerikanischen Besatzungszeit zurück.

Im allgemeinen wird die „Umerziehung", die in der Besatzungszeit begann, eindeutig positiv oder wenigstens milde beurteilt. Die jetzt einsetzende Kritik richtet sich gegen die Absichten, Japans ganze neuere Geschichte zu diffamieren. „Dem Japaner wurde durch Druck auf die Medien das Bild einer verächtlichen Vergangenheit aufgezwungen. Das gedruckte Wort wurde in der Absicht manipuliert, Japan zu einem gefügigen Staat ohne eigenen Willen zu machen." Es heißt auch, Japan habe nach dem Vorbild der Politik, mit der Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg behandelt worden sei, für alle Zeiten zu einer schwachen Nation gemacht werden sollen. In diesem Zusammenhang wird der Versailler Vertrag als ein ungewöhnlich schwerer Fehler bezeichnet, für den schließlich ein extrem hoher Preis habe gezahlt werden müssen.

Es wird, wenn auch verständnisvoll, der Mangel an Voraussicht und Unterscheidungsvermögen beklagt, den die USA gezeigt hätten, als sie sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit den Sowjetrussen zusammentaten, um Japan zu verurteilen und zu entwaffnen. So habe eine eigenartige Mischung von amerikanischer Demokratie und sowjetischem Marxismus entsprechende Wirkungen gezeitigt, unter anderem den Geschichtsunterricht kräftig beeinflußt.

Günter Diehl, unter Bundeskanzler Kiesinger Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, sammelte nach 1969 als deutscher Botschafter in Indien und Japan Asien-Erfahrung. In Japan leitete Diehl die Botschaft von 1977 bis zu seiner Pensionierung 1981. FOTO: JUPP DARCHINGER

Es kann nicht überraschen, daß bei diesem Rückblick auch wieder darauf abgehoben wird, die japanische Verfassung sei von den Amerikanern geschrieben und Japan aufgezwungen worden. Das ist überwiegend richtig. Die japanischen Politiker, die sich schließlich für die Annahme dieser Verfassung entschieden, haben dies getan, weil sie glaubten, keine andere Wahl zu haben. Besonders der auferlegte Verzicht auf eigene Streitkräfte kam die Japaner damals bitter an. General McArthur versuchte, seine Gesprächspartner damit zu überzeugen, daß er ihnen sagte, Japan solle im eigenen Interesse eine moralische Führungsrolle übernehmen und deutlich machen, daß es für immer dem Krieg entsage. Der damalige Premierminister Shidehara erwiderte: „Moralische Führung schön und gut, aber niemand wird uns folgen." Als das Kabinett schließlich zustimmte, fühlten sich die Männer gedemütigt, einige brachen in Tränen aus.

Ein anderer, die Zukunft Japans bestimmender Vorgang war der Friedensschluß von San Francisco, den Japan mit den USA und allen nichtkommunistischen ehemaligen Kriegsgegnern schloß. Die Historiker zeigen, daß sich in Japan eine ähnliche Auseinandersetzung abspielte wie in Deutschland zwischen 1945 und 1948. Es gab eine Schule, die Frieden mit allen ehemaligen Gegnern schließen wollte, was nach dem gegenwärtigen Urteil den Abmarsch in die unbewaffnete Neutralität, die Auslieferung an die kommunistischen Großmächte bedeutet hätte. Die andere Gruppe wollte die Bindung an die Mächte der freien Welt, sah den Friedensvertrag als ein entscheidendes Instrument dieser Politik. Es ist heute kaum noch ein Zweifel möglich, daß der Kaiser selbst in seinen Treffen mit General McArthur die Weichen stellte.

Das allgemeine Mißvergnügen mit der Art und Weise, wie Japans Geschichte bisher beschrieben wurde, hat Kritik am japanischen Geschichtsunterricht ausgelöst. Die Älteren hätten sich an der jungen Generation versündigt, indem sie ihr ein falsches Geschichtsbild vermittelt hätten. Die Kontroverse um die Darstellung des Krieges und seiner Vorgeschichte in den Schulbüchern hat die Diskussion weiter aufgeladen. „Der Stolz, Japaner zu sein", ist augenscheinlich tief verletzt worden. So bemüht sich die geistige Führungsschicht, herauszufinden, was es eigentlich bedeutet, Japaner zu sein. Man findet darauf in Unterhaltungen mit Japanern und in der zu diesem Thema veröffentlichten Literatur keine einheitliche Antwort. Dies ist auch nicht zu erwarten. Einige Grundlinien sind aber doch zu erkennen.

Es gibt eine interessante Untersuchung, die sich mit dem Sprachgebrauch in der Nachkriegszeit befaßt. Sie beschreibt, wie das Wort „Feind" oder „Gegner" verschwunden war, so „als ob Gott mit einer unachtsamen Bewegung seiner Hand die Atombomben hätte fallen lassen". Wenn man die Existenz eines Feindes übersehe und nur die Taten einer Seite beschreibe, so müßten diese Taten als verrückt und barbarisch erscheinen. „Uns wurde in der Tat gesagt, daß dies für alle japanischen Kriegshandlungen zutraf." Japan verlor, und die Niederlage schloß ein, daß die Ideale geleugnet wurden, für die die Verlierer gekämpft hatten, ebenso wie ihre Taten geleugnet wurden. „Warum", so fragt eine 1945 geborene Philosophieprofessorin, „können die Leute nicht ehrlich mit der Geschichte umgehen? Warum haben die Japaner so lange nach dem Krieg darauf bestanden, daß sie allein im Unrecht waren?"

Es ist angesichts dieser Stimmungslage von der größten politischen Bedeutung, daß die überwiegende Mehrzahl aller Japaner die durch die ihnen auferlegte Verfassung geschaffenen inneren Verhältnisse eindeutig bejahen. Besonders die jungen Eliten sind mit dem politischen System durchaus zufrieden. Sie orientieren sich an den Resultaten. Es gibt keinen virulenten Wunsch nach einer Änderung der Verfassung, einer Abschwächung der parlamentarischen Struktur etwa in Richtung auf eine Stärkung der Rolle des Kaisers oder auf eine Abschaffung des Artikels 9 der Verfassung, der immer noch wirksam Japans militärische Kraft beschränkt. Es gibt auch keine Abwendung von der Politik des engen Zusammenwirkens mit den westlichen Demokratien. Im Gegenteil, die gemeinsamen Interessen und Überzeugungen haben die alten Gegensätze abgeschwächt, ja ausgeräumt. Dies ist möglich geworden, weil Japan diejenigen westlichen, fremden Elemente, die es nicht integrieren konnte oder wollte, ohne viel Aufhebens wieder ausgeschieden hat, wie ein Organismus Einschlüsse abkapselt, Gift ausscheidet.

Allerdings ist Japan sich seiner Stärke zunehmend bewußt geworden. Es führt diese Stärke nicht nur auf sein Können, seine intellektuelle und physische Kraft zurück, sondern auch auf seine moralischen Qualitäten. Die japanische Öffentlichkeit reagiert empfindlich auf die auch nur indirekte Verunglimpfung der Japaner, die im Krieg gefallen sind. Bemerkungen in Schul- und Textbüchern, die Opfer seien sinnlos gewesen, werden angeprangert. Die Seelen der Gefallenen wachten über das Land, hört man, ihnen sei es zu verdanken, daß Japan aus Tod und Trümmern wiederauferstanden sei.

Schließlich ist eine erhöhte Wachsamkeit gegenüber einem in den Augen der Japaner feindseligen Verhalten erkennbar. Die Japaner stecken nicht mehr alles ein. Das haben die Sowjets erfahren müssen, und die Amerikaner stellen es in Rechnung. Die Japaner sind wahrscheinlich dabei, sich auf eine Revision der inzwischen obsolet und anstößig gewordenen Feindstaaten-Klauseln in der Charta der Vereinten Nationen vorzubereiten, jener Klauseln, die den Großmächten das Recht geben, in Japan oder Deutschland ohne Vorwarnung militärisch zu intervenieren. Als Begründung würde die Behauptung genügen, Japan bzw. Deutschland bereiteten einen Angriff vor.

Einige Japaner – und ihre Zahl wächst – sehen in dem Neid, der ihre wirtschaftliche Leistung begleitet, eine neue Form des Rassismus, jedenfalls von Animosität. Sie fordern ihre Regierung auf, diese Feindseligkeit ernst zu nehmen. Nahezu jedermann meint, man sollte sich nicht mehr unentwegt entschuldigen. Wenn man dies im Ausland tue, werde man logischerweise mit dem Verlangen nach Wiedergutmachung konfrontiert. Es sei „ungesund", ständig das eigene Land ins Unrecht zu setzen. Nun ist es sicher „gesund", wenn man sich auf die eigenen Werte, die eigene Kraft besinnt und fremde Einflüsse, die sich schlecht integrieren lassen, zurückschneidet. Man kann auch Verständnis dafür aufbringen, daß Japan der Flut der Schmähungen und Vorwürfe überdrüssig geworden ist. Auffällig ist aber, daß über die innenpolitischen Zustände im Japan der 30er Jahre heute wenig gesprochen und geschrieben wird. Japan war weder faschistisch noch nationalsozialistisch, wie auch die amerikanischen Historiker inzwischen in aller Deutlichkeit sagen, aber es gab doch eine Art von Staats-Sozialismus, dessen Triebfeder ein unruhiger, das Drama und die Tragödie suchender, besonders von den Soldaten kultivierter Nationalismus war. In dem so erzeugten politischen Klima hatte die Besonnenheit, an der, wie man billigerweise sagen muß, es nicht fehlte, keine wirkliche Chance mehr.

Ein übersteigertes Selbstbewußtsein könnte – in Verbindung mit einem zurückgeschnittenen Erinnerungsvermögen – den Japanern einen bösen Streich spielen. Es gibt Anzeichen dafür, daß der wirtschaftliche Erfolg einigen Leuten zu Kopf gestiegen ist. Eine gewisse Überheblichkeit, die hin und wieder zu verzeichnen ist und die vor allem in Japans Nachbarschaft sofort kräftige Reizungen auslöst, wird von besonnenen Japanern in privaten Gesprächen und auch öffentlich scharf verurteilt. Sie erinnern daran, daß Japan den Krieg tatsächlich verloren hat, und weisen auf die in seiner geographischen Lage und knappen Ausstattung mit eigenen Rohstoffen begründete Verwundbarkeit des Landes hin.

So versteht die heutige politische Oberschicht Sicherheit nicht nur im Sinne der Landesverteidigung, sondern generell als die Summe aller auf den Schutz Japans gerichteten Anstrengungen. Dies äußert sich in einem alles in allem vorsichtigen und umsichtigen Verhalten, übrigens auch gegenüber der Sowjetunion. Im Kreml wäre man gut beraten, wenn man dies zu würdigen wüßte und nicht versuchen würde, Japan einzuschüchtern, weil dies in der gegenwärtigen Konstellation sowohl die USA als auch China auf den Plan rufen müßte. Insofern enthält die japanische Politik ein erhebliches Konfliktpotential, welches sie auch selbst mobilisieren könnte. Dies ist nicht zu erwarten, hängt aber auch vom sowjetischen Verhalten ab.

Japans Rückblick auf die jüngste Geschichte enthält somit revisionistische Züge, nicht so sehr in Richtung auf eine Änderung der inzwischen eingetretenen Verhältnisse, die ganz überwiegend als Fortschritt gegenüber den Zuständen der Vorkriegszeit empfunden werden, sondern vielmehr in Richtung auf eine andere Bewertung der geschichtlichen Abläufe. Dieser Revisionismus schließt trotzige, kämpferische Elemente ein, die vermutlich eine Art Auflehnung gegen einen Eingriff darstellen, der die Psyche verändern sollte. Dieser komplexe Vorgang wird dadurch aufgeladen, daß sich Japan noch schärfer als wir mit den Einwirkungen der technischen Revolution auf die persönliche und nationale Existenz auseinandersetzen muß. Der auch in Japan dramatische und oft tragische Konflikt zwischen den imperativen Folgen der technischen Revolution und der gleichzeitigen Anstrengung, die nationale Identität wiederherzustellen, muß Spannungen und Belastungen erzeugen. Sie sind aber nicht Symptome einer zerstörerischen Krankheit, sondern eines Heilungsprozesses.

Manchmal sieht es so aus, als wollten die Japaner nun mit den Mitteln der Friedenspolitik die große asiatische Wohlstandssphäre schaffen, die

> „Japan war weder faschistisch noch nationalsozialistisch … aber es gab doch eine Art von Staats-Sozialismus, dessen Triebfeder ein unruhiger, das Drama und die Tragödie suchender, besonders von den Soldaten kultivierter Nationalismus war."

zu den von ihnen propagierten Zielen des großen Krieges zählte. Darüber hinaus suchen nur wenige Japaner für ihr Land eine große Rolle.

Ein deutscher Freund, der unlängst mit einem japanischen Reichstagsabgeordneten sprach, fragte ihn, wie Japan es denn 1985 mit den Gedenktagen halte. „Nun", erwiderte der Abgeordnete, „wir werden der beiden Atombombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki gedenken. Ansonsten werden wir das dreißigjährige Bestehen der liberaldemokratischen Partei feiern und den 80. Jahrestag unseres Sieges über Rußland." Scherz und Ironie sollten wohl über die tiefere Bedeutung dieser Bemerkung einen Schleier legen, den heben könnte, wer wollte.

Japaner, wenn sie auf 1945 zurückblicken, sagen, Stolz könne nur dadurch gewonnen werden, daß Fehler, die tatsächlich gemacht worden seien, auch eindeutig als Fehler gewertet würden. Andernfalls könne es keinen Stolz geben, nicht für Japaner und für niemanden. So wird die Verantwortung für die Niederlage von der ganzen japanischen Nation getragen. Was die Verantwortung für den Krieg angeht, müssen, so denken die Japaner, ihre einstigen Gegner sie mit ihnen teilen.

STAND PUNKT

Rücktritt

Er hat mal gesagt: „Wenn irgendein Mitarbeiter in einer Sache nicht weiterkommt, dann muß der Präsident ran." Professor August Kirsch hat es in seiner 15jährigen Amtszeit als Präsident des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) stets so gehalten. Das gehört zwar nicht zu den festgeschriebenen Aufgaben einer solchen ehrenamtlichen Führungsposition, doch Kirsch hat es zum guten Brauch erhoben, sich immer dann in die Bresche zu schlagen, wenn es die Sache notwendig machte. Das war ein Teil seines Führungsstils, und wenn am Samstag Eberhard Munzert, der Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Innenministerium, die Kirsch-Nachfolge antritt, wird er in seiner täglichen Arbeit wohl auch daran gemessen werden.

Kirsch tritt zurück – ohne (vorerst) die Leichtathletik aus dem Auge zu verlieren. Er wird im nächsten Jahr die Europameisterschaften in Stuttgart sicher zum guten Ende bringen, und er wird dem hiesigen Verband mit Sitz und Stimme in den internationalen Gremien weit mehr als nur amtsbezogener Ansprechpartner sein. Dennoch: die Ära Kirsch neigt sich dem Ende zu. Eine Ära, die in den letzten 15 Jahren von vielen heftigen Umbrüchen im internationalem Sport geprägt war. Kirsch, der vor acht Jahren damit begonnen hat, die Führungsgespräche mit den Spitzenklubs zu einer Dauereinrichtung zu machen, erinnert sich: „Heutzutage sprechen wir über Marketing oder Fernsehgelder, Dinge, die einst keinerlei Themen waren. Oder man diskutiert über Cross-Country und City-Marathon."

Stichwort: engagierter Sportpolitiker. 1973 hatte der polnische Veranstalter beim Länderkampf gegen Polen im Warschauer Stadion die Berliner Flagge neben der deutschen gehißt, um damit zu dokumentieren: Wir treten gegen die Bundesrepublik Deutschland plus West-Berlin an. Für Kirsch gab es nur eine Konsequenz: Abreise.

Kann er sich dann auch eine Europameisterschaft – ohne Not – in Berlin vorstellen? „Ich meine, ja." KLAUS BLUME

FUSSBALL-EUROPAPOKAL / Heute zweiter Teil des Duells gegen italienische Klubs – Rummenigge-Einsatz noch fraglich

Manager Hoeneß bewies sein Organisationstalent

sid/dpa, Rom

Viele Wege führen nach Rom – trotz ständigen Schneetreibens in München konnte die Mannschaft des Bundesliga-Spitzenreiter FC Bayern München wie geplant den Flug zum Rückspiel im Europapokal-Viertelfinale bei AS Rom antreten. Da jedoch der gecharterte Sonderflug der Münchner zunächst keine Starterlaubnis erhielt, buchte Manager Uli Hoeneß kurzerhand auf einen planmäßig nach Rom startenden Linienflug um. So trafen zumindest Trainer Udo Lattek und seine Mannschaft pünktlich in der italienischen Hauptstadt ein – das Charter-Flugzeug mit dem Manager und anderen Funktionären erreichte Rom erst mit erheblicher Verzögerung.

Trotzdem ist die Stimmung beim FC Bayern bestens. „Wir werden uns in Rom nicht verstecken, sondern wie im Hinspiel druckvoll nach vorne spielen, um eine Tor zu erzielen", meinte Udo Lattek. Auch Mittelfeld-Spieler Lothar Matthäus zeigt sich optimistisch: „Es wird bestimmt einen heißen Tanz geben, aber wir brauchen uns zur Zeit vor niemandem zu verstecken." Das Hinspiel sowie die beiden Bundesliga-Erfolge gegen Köln und Stuttgart waren für das Selbstvertrauen der Münchner genau das Richtige.

Udo Lattek kann gegen den italienischen Cupsieger von 1984 sogar wieder auf Roland Wohlfarth zurückgreifen, dessen Schienbeinverletzung gut verheilt ist. Wohlfarth gilt als Alternative zu Stürmer Reinhold Mathy. Auch Dieter Hoeneß, der im Hinspiel mit dem wichtigen 2:0 sein 20. Europacup-Tor erzielt hatte, steht nach überstandenem Muskelfaserriß wieder zur Verfügung. Ob Norbert Nachtweih nach seiner Grippe spielt, ist noch fraglich.

Für den Gegner AS Rom geht es heute abend um alles oder nichts – ein Ausscheiden im Europapokal hätte für den Klub katastrophale Folgen: Ein Verlust von umgerechnet 16 Millionen Mark stünde ins Haus. So wird von den Römern volles Risiko und höchster Einsatz verlangt – als Motivationsspritze wird jedem Spieler für den Einzug ins Halbfinale eine Prämie von 30 000 Mark in Aussicht gestellt.

Während Roms schwedischer Trainer Eriksson wie im Hinspiel auf den Brasilianer Roberto Falcao verzichten muß, ist der Einsatz der zuletzt angeschlagenen Bruno Conti und Roberto Pruzzo fast sicher. „Wir werden mit vollem Risiko und totaler Offensive unsere letzte Chance wahrnehmen", *meint Conti. Trainer Eriksson* fügt hinzu: „Ich hoffe vor allem auf die Unterstützung unserer Fans." Mit 85 000 Zuschauern ist das Olympiastadion schon seit längerer Zeit ausverkauft.

Löhr spürt bei seinen Spielern Mut und Trotz

sid/dpa, Köln

Schon nach 15 Minuten waren auf blütenweißen Trikots keine Rückennummern mehr zu lesen, die Stutzen glichen Dreckklumpen, und in den Schuhen stand das Wasser: Diese Bilder vom 6. März aus dem Mailänder Meazza-Stadion dürften sich heute abend vor 59 000 Zuschauern im Müngersdorfer Stadion beim UEFA-Cup-Rückspiel zwischen dem 1. FC Köln und Inter Mailand wiederholen. „Die Austragung wäre nur bei einem extremen Witterungs-Umschwung gefährdet", sagt zwar Dieter Grauer von der Kölner Stadion-Verwaltung. Da aber der Rasen am Dienstag unter einer dicken Schneedecke verschwand, droht eine neue Schlammschlacht. Die Austragung des Spiels ist aber keinesfalls gefährdet, meinten die Kölner gestern.

„Bei guten Bodenverhältnissen hätten wir bestimmt bessere Chancen", meinte Klaus Allofs angesichts der winterlichen Rückmeldung zum Frühlingsbeginn. Trainer Hannes Löhr allerdings spürt auch in seiner Mannschaft wachsende Zuversicht. „Man merkt, wie die Jungs aus Trotz mutiger und aggressiver werden", sagt er. Es gebe keinen Grund schwarzzusehen.

„Mir macht es nichts, daß man von mir Wunder erwartet", sagt Pierre Littbarski, der trotz seiner Sperre in der Bundesliga im Europopokal spielen darf: „Ich bin gut in Form und will die Karre aus dem Dreck ziehen." Im Mittelfeld wollen die Kölner ständig attackieren und Inters Abwehr so unter Druck setzen. „Und wenn dann Prestin und Hönerbach wieder Rummenigge und Altobelli ausschalten, packen wir's", meint Trainer Löhr.

Abwehrspieler Dieter Prestin – in der Bundesliga eher Mitläufer als Leistungsträger – kommt also erneut eine Schlüsselrolle in der Kölner Taktik zu: Zehnmal schon erhielt er den Spezialauftrag, Karl-Heinz Rummenigge zu bewachen – neunmal erzielte der Kapitän der Nationalmannschaft kein Tor.

Karl-Heinz Rummenigge zeigte ebenfalls *Respekt vor dem Gegner*. In einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) sagte er: „Köln ist für mich ein angeschlagener Boxer und damit besonders gefährlich. Mit vollem Stadion ist der FC zu allem fähig." Zu seiner Verletzung sagte der Stürmer: „Wenn die Entzündung völlig abklingt und der Bluterguß nicht tiefer rutscht, kann ich wahrscheinlich spielen." Wichtig sei, daß er wenigstens beschwerdefrei laufen könne. „Daß es weh tut, wenn mir einer vors Bein tritt, weiß ich auch." Auch der Einsatz von Torwart Zenga steht noch nicht fest. Spielt Rummenigge, so muß Weltmeister Causio, der 1:0-Torschütze des Hinspiels in Mailand, auf die Ersatzbank.

Ein Spiel verlegt

DW. Bonn

Das für heute angesetzte Viertelfinal-Rückspiel im Fußball-Europapokal der Landesmeister zwischen dem sowjetischen Titelträger Dnjepr Dnjepropetrowsk und Frankreichs Meister Girondins Bordeaux mußte auf morgen verlegt werden. Beide Mannschaften hatten Schwierigkeiten mit der Anreise zum Spiel in Kriwoj Rog, das 400 Kilometer südlich von Kiew liegt. Wegen Nebels konnten die geplanten Flüge vom letzten Spiel der sowjetischen Fußball-Meisterschaft in Tiflis und von Kiew aus nicht angetreten werden. Die Franzosen reisen nun mit dem Zug nach Kriwoj Rog. Das Spiel mußte dorthin verlegt werden, weil das Gebiet von Dnjepropetrowsk für Ausländer als militärisches Sperrgebiet gilt.

*

Die Spiele der beiden deutschen Klubs, die sich noch im Europapokal befinden, wird das Erste Deutsche Fernsehen heute live übertragen: Ab 14.55 Uhr die Begegnung AS Rom – Bayern München und ab 20.10 Uhr die Partie Köln – Inter Mailand.

*

Die europäischen Spitzen-Schiedsrichter Vojtech Christov aus der ČSSR und Alexis Ponnet aus Belgien leiten heute die Europapokalspiele, an denen deutsche Teams beteiligt sind. Christov pfeift das Spiel in Rom, der Belgier leitet die Begegnung im Müngersdorfer Stadion. Karl-Heinz Tritschler (Freiburg) wird das Europapokalspiel in der UdSSR leiten.

*

Die Auslosung für die Halbfinalspiele (10. und 24. April) wird am Freitag um 12.00 Uhr in Genf vorgenommen.

Pokal der Landesmeister

Liverpool – Austria Wien	(1:1)
Sparta Prag – Juventus Turin	[0:3)
Dnjepropetrowsk – Bordeaux	(1:1)
Panathi. Athen – IFK Göteborg	(1:0)

Pokal der Pokalsieger

AS Rom – Bayern München	(0:2)
Sittard – Everton	(0:3)
Dynamo Moskau – Larissa	(0:0)
Rapid Wien – Dresden	(0:3)

UEFA- Pokal

Köln – Mailand	(0:1)
Madrid – Tottenham	(0:1)
Szekesfehervar – Manchester	(1:0)
Dynamo Minsk – Sarajevo	(0:2)

(In Klammern die Ergebnisse der Hinspiele).

Zenga: „Ich möchte so gut werden wie Schumacher"

HEINZ STUMM, Köln

Die Statur hat er von Toni Schumacher, und sportlich strebt er an, einmal so gut zu werden wie der Kölner Torhüter. Bei einem Gespräch mit der WELT nannte Walter Zenga (24), 1,88 m großer Torhüter von Inter Mailand, vor dem heutigen UEFA-Pokal-Rückspiel als seinen großen sportlichen Wunsch: „So gut werden wie Schumacher."

WELT: Walter Zenga, welches Gefühl haben Sie, wenn Sie an das Spiel in Köln denken?

Zenga: Kein sehr gutes.

WELT: Machen Sie einen Scherz?

Zenga: Nein, keineswegs. Wir haben großen Respekt vor den Kölnern.

WELT: Und das nach der Minusserie der Kölner, die mit dem 0:2 beim Tabellenletzten Dortmund ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte?

Zenga: Ja, ich habe die Kölner vom 1:0 in Mailand in sehr guter Erinnerung. Und dann haben wir auch in zehn Auswärtsspielen im Europa-Pokal immer verloren.

WELT: Apropos, Respekt, von welchen Kölner Spielern halten Sie besonders viel?

Zenga: Von Toni Schumacher. Ich möchte einmal so gut werden wie er.

WELT: Und was ist mit den Stürmern Littbarski und Klaus Allofs?

Zenga: Sie sind auch gut, aber wir haben Abwehrleute, die sie bestimmt in den Griff kriegen.

WELT: Littbarski hat große Lust, nach der Weltmeisterschaft 1986 in Ihr Land zu kommen. Trauen Sie dem kleinen Kölner zu, daß er sich durchsetzt?

Zenga: Sein trickreiches Spiel wird den Italienern gefallen.

WELT: Das viele Geld, das die Auslandsstars wie Maradonna, Rummenigge, Platini oder Boniek bei Ihnen in Italien kassieren, macht das die italienischen Stars nicht neidisch?

Zenga: Mich nicht. Ich schaue nur in meine eigene Tasche.

WELT: Welche Ausländer machen zur Zeit auf Sie den stärksten Eindruck?

Zenga: Platini, Briegel, Wilkins, Hattaley.

WELT: Und Rummenigge?

Zenga: Selbstverständlich auch Rummenigge. Er tut sehr viel für die Mannschaft, auch wenn er erst fünf Tore erzielt hat.

WELT: Kann Inter Mailand noch Meister werden?

Zenga: Nein, Verona schafft es, drei Punkte Differenz bedeuten in Italien sehr viel.

WELT: Und wie geht Ihrer Ansicht nach das Spiel heute gegen den 1. FC Köln aus?

Zenga: Ich weiß es nicht. Aber mit einem 0:0 wäre ich schon sehr glücklich.

WELT: Wie schätzen Sie sich ein?

Zenga: Ich bin mit 24 noch in der Junioren-Nationalmannschaft, und ich denke, vielleicht die Nr. 4 in Italien, aber noch längst nicht so gut, wie ich sein möchte.

NACHRICHTEN

Beckenbauers Aufgebot

Frankfurt (sid) – Trotz seiner Sperre zählt Ditmar Jakobs (Hamburger SV) zum Aufgebot von DFB-Teamchef Franz Beckenbauer für das WM-Qualifikationsspiel gegen Malta am 27. März in Saarbrücken. Der Vorstopper soll allerdings nicht eingesetzt werden. Das Aufgebot: Schumacher, Stein – Berthold, Brehme, Briegel, Förster, Frontzeck, Herget, Jakobs – Falkenmayer, Magath, Matthäus, Rahn, Thon – Allofs, Littbarski, Mill, Rummenigge, Völler.

Ringarzt freigesprochen

Bologna (dpa) – Ein Berufungsgericht in Bologna hat den italienischen Ringarzt Ezio Pimpinelli im Zusammenhang mit dem Tod des italienischen Box-Profis Angelo Jacopucci freigesprochen. In einer Vorinstanz war Pimpinelli zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Ohne Truntschka

Köln (dpa) – Der Kölner Eishokkey-Spieler Gerd Truntschka wird wegen seiner im Spiel gegen Kaufbeuren erlittenen Schulterverletzung nicht an der Weltmeisterschaft im April in Prag teilnehmen können.

ZAHLEN

FUSSBALL

Weltmeisterschafts-Qualifikation. Asien-Untergruppe in Djakarta: Indonesien – Bangladesch 2:0 (0:0).

HANDBALL

Freundschaftsspiel. Männer: TSG Groß-Bieberau – Deutschland 15:35 (6:16).

MODERNER FÜNFKAMPF

Erste Qualifikation für die Nationalmannschaft in Warendorf (Reiten nicht gewertet, die anderen vier Disziplinen doppelt gewertet): 1. Sandow (Berlin) 8583 Punkte, 2. Zimmermann 8265, 3. Bellmann (beide Leverkusen) 8253.

TENNIS

Masters-Turnier der Damen in New York: Lindquist (Schweden) – Turnbull (Australien) 3:6, 6:2, 6:2, Rinaldi (USA) – Bassett (Kanada) 6:3, 6:2, Sukova (CSSR) – Kohde (Deutschland) 7:6, 7:6. – **Internationales Herren-Turnier** in Rotterdam, erste Runde: Hlasek (Schweiz) – Maurer (Deutschland) 7:6, 7:6.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 000 000,00 Mark, 2: 313 256,50, 3: 12 001,40, 4: 162,50, 5: 10,30. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 15 133,90 Mark, 2: 591,90, 3: 54,00. – **6 aus 45:** Klasse 1: unbesetzt, 2: unbesetzt, 3: 9167,50 Mark, 4: 140,50, 5: 11,00. – **Rennquintett, Rennen A:** Klasse 1: 859,90 Mark, 2: 283,30, **Rennen B:** Klasse 1: 25,80, 2: 5,30. (Ohne Gewähr).

Verzicht auf Überwachung der FDJ empfohlen

WERNER KAHL, Bonn

Politiker der Koalitionsparteien haben dem Bundesinnenministerium empfohlen, Aktivitäten der „DDR"-Staatsjugendorganisation FDJ bei Westreisen künftig nicht mehr durch den Verfassungsschutz bewerten zu lassen. Darauf hat dem Vernehmen nach kürzlich auch der „DDR"-Staatsratvorsitzende Erich Honecker den FDP-Vorsitzenden, Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, angesprochen. Diese Forderung wurde auch von anderen kommunistischen Funktionären im Gespräch mit Politikern aus der Bundesrepublik Deutschland gestellt. Unter dieser Voraussetzung könnte der Jugendaustausch zwischen der „DDR" und der Bundesrepublik Deutschland, den Ost-Berlin einseitig abgebrochen hatte, „sofort" wieder aufgenommen werden.

Nach Feststellungen des Verfassungsschutzes hat sich jedoch bisher an den Aufgaben „besonders geschulter FDJ-Funktionäre" bei Westreisen nichts geändert. Als Beispiel für Kontakte zu entsprechenden Zielgruppen, deren Arbeit gegen den Bestand der freiheitlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland gerichtet ist, nannte der Verfassungsschutz im Jahresbericht 1983 die FDJ, die kommunistische Einheitsgewerkschaft FDGB und das „Institut für internationale Politik und Wirtschaft" (IPW) in Ost-Berlin. Ziel der „FDJ-Westarbeit", so heißt es in dem Bericht, sei „die Unterstützung des ‚revolutionären Kampfes' ihrer ‚Bruderorganisation' SDAJ, MSB, JP und der SEW-Jugendorganisation ‚Karl Liebknecht' sowie die ‚Verbreiterung des antiimperialistischen Potentials' in anderen Jugendverbänden". Die Form der Zusammenarbeit zwischen FDJ und kommunistischen Jugendorganisationen beziehungsweise anderen Gruppierungen, die gegen die Bundesrepublik Deutschland agieren, stimmen laut Verfassungsschutz weitgehend mit denen zwischen SED und DKP überein. Für die Sicherheitsbehörden besteht offenbar keinerlei Veranlassung, dem Innenministerium die Streichung der FDJ aus dem Verfassungsschutzbericht zu empfehlen. Ein Sprecher des Innenministeriums sagte auf Anfrage der WELT, dazu wolle sich das Ministerium nicht äußern. Der Verfassungsschutzbericht 1984 soll im April veröffentlicht werden.

Essenszeiten werden nicht eingerechnet

Schiedsstelle entscheidet zugunsten der Schichtarbeiter

DW. Stuttgart

Auch die Beschäftigten in Dreierschichten in der Metallindustrie von Nordwürttemberg/Nordbaden kommen in den Genuß der Arbeitszeitverkürzung im Rahmen der 38,5-Stunden-Woche. Die Schiedsstelle der Metallindustrie für dieses Tarifgebiet entschied in Stuttgart gegen die Stimmen der Arbeitgeber, daß die bisher bezahlte 30minütige Essenspause pro Schicht nicht auf die Arbeitszeitverkürzung angerechnet werden darf.

Damit konnte sich die IG Metall durchsetzen. Die Arbeitgeber von Nordwürttemberg/Nordbaden wollten die 30minütige Pause mit der Arbeitszeitverkürzung verrechnen. Der Schiedsstellenvorsitzende, der Mannheimer Arbeitsrichter Wolfgang Albrecht, stellte jedoch mit den Stimmen der beiden IG-Metall-Beisitzer fest, daß die Essenspause „als Arbeitszeit gilt".

Auch wenn der Spruch der Schiedsstelle nur für rund 40 000 Drei-Schicht-Arbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden gilt, dürfte die Stuttgarter Entscheidung Signalwirkung für die insgesamt 400 000 Beschäftigten in Dreierschichten im ganzen Bundesgebiet haben. Gegen die Entscheidung der Schiedsstelle ist kein Rechtsmittel möglich.

Die Arbeitgeber bedauerten den Spruch der Schiedsstelle. Der Geschäftsführer des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württemberg, Herfried Heisler, meinte, die Konsequenz dieses Spruches sei für die Unternehmen, „daß für eine Pause neben einer Bezahlung auch zusätzlich Freizeit gewährt wird". Über zusätzliche Kosten, die nun den Betrieben entstünden, seien noch keine Angaben zu machen.

Nach den Worten eines IG-Metall-Sprechers können die „Drei-Schicht-Arbeiter" nunmehr, wie ihre anderen Arbeitskollegen, ebenfalls nach 26 Arbeitstagen einen freien Tag beanspruchen. Die IG Metall sprach von einem „vollen Erfolg". Der Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleiter, Ernst Eisenmann, sagte, die Rechte der „Drei-Schicht-Arbeiter" hätten bei der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung voll durchgesetzt werden können.

Chance für Abkommen

● Fortsetzung von Seite 1

weckte bei Schäuble die Hoffnung, daß es auch zu einer Verständigung in der Frage der ohne Visum über den „DDR"-Flughafen Schönefeld nach West-Berlin gelangenden Asylanten kommen kann. „Es ist kein ganz einfaches Thema, das hat etwas mit dem Vier-Mächte-Status für ganz Berlin zu tun. Aber Herr Honecker hat ausdrücklich erklärt, daß er, wenn es eine für ihn akzeptable Lösung gebe, bereit sei, das aus seiner Sicht Mögliche, Notwendige zu tun."

Eingehend haben Kohl und Honecker, wie Schäuble mitteilte, ferner über eine mögliche Verlängerung der Vereinbarung für den zinsfreien Überziehungskredit im innerdeutschen Handel (Swing) gesprochen. Ursprünglich habe der Swing einen Umfang von fast 20 Prozent des Handelsvolumens erreicht; heute sei er auf weniger als vier Prozent zurückgegangen, bemerkte Schäuble dazu. Die „DDR" habe eine Ausweitung vorgeschlagen, aber Bonn werde den Umfang wohl nicht erhöhen.

„Wir haben unsererseits eine Reihe von insbesondere auch handelspolitischen Interessen dargelegt, zum Beispiel *die Tatsache, daß die DDR in* den zurückliegenden zwei Jahren einen Überschuß im innerdeutschen Handel erzielt hat, was eigentlich mit *einem Überziehungskredit zugunsten* der DDR nicht so richtig zu vereinbaren ist. Wir haben auch gesagt, daß wir eigentlich einen höheren Anteil *an Investitionsgütern in den Bezügen* der DDR aus der Bundesrepublik erwarten", berichtete Schäuble weiter.

Darüber hinaus sei Honecker klargemacht worden, daß die Frage einer Ausweitung des Swing „natürlich auch vor dem Hintergrund der gesamtpolitischen Beziehungen gesehen werden muß". Schäuble fügte hinzu: „Wer eine Ausweitung des Swing will, kann ja Voraussetzungen schaffen, die uns die Entscheidung erleichtern."

Blüm rügt Thematik von Essen

Der Bundesarbeitsminister zur WELT: Das große Problem heißt „Beschäftigung"

PETER GILLIES, Bonn

Die Arbeitslosigkeit, weniger die Frauenemanzipation, ist nach Meinung von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm das „große Integrationsthema unserer Tage". In der Sozial- und Beschäftigungspolitik habe sich die Bundesregierung jedoch in eine Defensive drängen lassen. Die CDU müsse deswegen auf ihrem Parteitag in Essen ein „offensives Selbstvertändnis" dokumentieren, forderte Blüm in einem WELT-Gespräch.

An der Arbeitslosigkeit entscheide sich, ob die Gesellschaft von Zuversicht oder von Depression beherrscht sei, meinte der Minister. Wie will die CDU diese Zuversicht vermitteln?

Blüm: *Indem sie sich etwas selbst*bewußter gibt und nicht in die Defensive geht. Sie entschuldigt sich ständig für Sparmaßnahmen, hat Angst davor, ob sie durchkommt, Wähler verliert . . .

WELT: Verliert sie denn nicht weibliche Wähler bis zu etwa 45 Jahren?

Blüm: Ich will nicht Frauen gegen Arbeitslose ausspielen – es gibt auch arbeitslose Frauen –, aber das große Integrationsthema lautet „Beschäftigung". Alles andere sind Reparaturkästchen.

Auf die Frage, ob eine Arbeitsplatzgarantie während des einjährigen Erziehungsurlaubs den arbeitsuchenden Frauen helfe, antwortete Blüm ausweichend. Schließlich si*chere der Staat auch einem Soldaten* den Arbeitsplatz. Wenn das allgemeine Arbeitsrecht etwas flexibler werde, die Gewerkschaften Zeitarbeit nicht länger diskriminierten und die Wirtschaft befristete Arbeitsverträge nutze, „kann man sich eine solche Insel im Arbeitsrecht leisten".

Auf das Stichwort „neue Armut" regiere die Bundesregierung ebenfalls defensiv, beklagte Blüm: „Die Armut in dieser Wohlstandsgesellschaft ist nicht die, die der DGB uns einredet. Sie besteht im Mangel an sozialen Kontakten. Der DGB sollte sich mal in der Welt umsehen, was wirkliche Armut ist. Wenn die CDU dauernd in der Defensive ist, kann sie nicht gewinnen. Wir müssen auch mal gegen den Wind segeln. Wenn wir uns ständig entschuldigen, glauben die Leute am Ende auch noch an die Armut, wie der DGB sie ihnen einredet. Wir sind jedoch nicht in der Defensive, weil der Angriff so stark, sondern weil unsere Offensive zu schwach ist."

Blüm: „Wir brauchen unsere notwendigen Spargesetze nicht unter Bücklingen zu vertreten." Das Erblast-Argument sei abgenutzt. Auch *sei es nicht mehr wie im 19.* Jahrhundert, daß eine kleine Gruppe von Hilfsbedürftigen von den Wohlhabenden durchgefüttert werde. „Heute bezahlen die Empfänger von Sozialleistungen diese überwiegend selbst durch Steuern und Abgaben".

An der Frauendiskussion werde er sich gern beteiligen, meinte Blüm. Ihm aber das Etikett der „neuen Mütterlichkeit" anhängen zu wollen, gehe fehl, denn erstens sei Mütterlichkeit uralt, und zweitens kämpfe er vehement gegen die Diskriminierung auch im Erwerbsleben. Nur habe er den Eindruck, daß die Emanzipationsbewegung „heute schon ganz woanders ist. Die Konservativen springen vielleicht auf den letzten Wagen eines Zuges, der schon längst keine Lok mehr hat." Er werde in Essen gegen Versuche kämpfen, die Hausfrau gegen die berufstätige Mutter auszuspielen.

Broschüre mit Anleitungen zum Freitod

dpa, Augsburg/München

Die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) gibt nach eigenen Angaben eine Broschüre heraus, die „Anleitungen zum Freitod" enthält. Sie werde allerdings nur an Personen abgegeben, die der Organisation mindestens ein Jahr lang angehören. Diejenigen, die die Broschüre erhalten, müssen sich verpflichten, sie nicht weiterzugeben, versicherte eine *DGHS*-Sprecherin.

Nach einem Bericht der Münchener Medizinischen Wochenschrift (MMW) enthält die Broschüre eine Liste mit Medikamenten, auch solchen, die im Ausland rezeptfrei zu haben seien, sowie exakten „Sicherheitsdosierungen". Die Broschüre dürfe keinesfalls in die Hände von Minderjährigen, psychisch labilen oder depressiven Personen gelangen. Wer dies Verbot mißachte, könne sich strafbar machen.

Diepgen unter Druck

■ Fortsetzung von Seite 1

durchgesetzt, sondern den Kompromißkandidaten Höbich ohne weitere Rücksprache mit der Partei vorgeschlagen habe.

Rasch mußte sich auch Vorwürfe wegen der Behandlung von Justizsenator Hermann Oxfort anhören, dem am Sonntagabend in einer überraschend anberaumten Fraktionssitzung mit 8:4 Stimmen der Stuhl vor die Senatstür gesetzt worden war. In Kreisen der rechten FDP-Mehrheit wird offen ausgesprochen, daß Walter Rasch nach den Turbulenzen der vergangenen Tage möglicherweise nicht mehr auf Dauer als Landeschef zu halten sei.

Während der stundenlangen Auseinandersetzungen im FDP-Landesausschuß beriet sich Diepgen mit seinem engsten Vertrauten, Vize-Fraktionschef Klaus Landowsky, ebenfalls im Rathaus. Journalisten gegenüber machte er deutlich, erst nach seiner Rückkehr vom CDU-Bundesparteitag in Essen am Freitag wieder ausreichend Zeit für neue Koalitionsgespräche zu haben. Die CDU-Seite ließ durchblicken, daß das Bündnis nicht an der Rexrodt-Frage scheitern solle.

Inzwischen sagte die Münchner FDP-Stadträtin Cornelia Schmalz-Jacobsen zu, das neue Ressort „Jugend und Familie" in Berlin zu übernehmen.

Die undurchsichtigen Stimmergebnisse in der FDP-Fraktion, die nach dem Willen zahlreicher FDP-Wähler aus dem CDU-Umfeld eigentlich eine Mitte-Rechts-Kombination darstellen sollte, lassen sich mit dem Berliner Wahlsystem erklären: In die zwölfköpfige FDP-Fraktion gelangten mehrheitlich sozial-liberal ausgerichtete Freidemokraten, weil die Sitze nach den in den jeweiligen Bezirken erzielten Stimmergebnissen verteilt werden. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern gibt es an der Spree keine Landesliste. So können die Wähler auch nicht einschätzen, welchem FDP-Politiker sie mit ihren Stimmen zum Mandat verhelfen.

Lufthansa flog Deutsche aus Teheran aus

Co. Bonn

Einen Tag nach Einstellung ihres Linienflugverkehrs nach Teheran hat die *Lufthansa gestern auf dringendes* Ersuchen des Auswärtigen Amtes mit einem Sonderflugzeug vom Typ Boeing 747 (Jumbo) die letzten Deutschen aus Iran abtransportiert, die angesichts der angedrohten irakischen Bombenangriffe das Land verlassen wollten. Zu dieser Aktion hatte sich die Lufthansa erst nach längeren Verhandlungen mit der Bundesregierung entschlossen, in die auch das Bundeskanzleramt eingeschaltet war. Wären diese Bemühungen gescheitert, so hätte eine Luftwaffenmaschine eingesetzt werden müssen. In Teheran nahm der Jumbo-Jet der Lufthansa 357 Passagiere, unter ihnen sechs Kleinkinder, an Bord. Der Irak hatte den iranischen Luftraum am Sonntag zum Kriegsgebiet erklärt und die internationale Luftfahrt davor gewarnt, von Dienstag 18 Uhr (MEZ) an dieses Gebiet zu überfliegen.

In Bonn empfing gestern Staatsminister Jürgen Möllemann eine irakische Parlamentsdelegation. Dabei äußerte er sich namens der Bundesregierung außerordentlich besorgt über die jüngste Entwicklung im iranisch-irakischen Konflikt, der nicht nur eine große Zahl von Menschenleben fordere, sondern jetzt auch in den kriegführenden Staaten lebende Deutsche in Gefahr bringe.

Wirtschaft Berlins: Vor Euphorie gewarnt

AP, Berlin

Die Zentralvereinigung der Berliner Arbeitgeberverbände hat vor euphorischen Erwartungen angesichts der „unübersehbaren *Erfolge*" in der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins gewarnt. Berlin dürfe sich jetzt nicht auf den ersten Lorbeeren ausruhen, erklärte gestern Hartmann Kleiner, Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeber. Berlin habe sein Stimmungs-, Konjunktur- und Strukturtief überwunden und sei zu einem Zentrum der wirtschaftlichen Erneuerung in der Bundesrepublik geworden. Die Stadt habe ihren Platz in der Spitzengruppe der Länder mit der niedrigsten Arbeitslosenquote weiter gefestigt. Auch für 1985 sei mit einem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum zu rechnen.



Die roten Blumen Bildformat 63,7x46 cm

Levkojen Bildformat 60x42 cm

Das gelbe Gesicht Bildformat 65x46 cm

Die nächtliche Hochzeit Bildformat 55x46 cm

Blattformat einheitlich *78 x 60 cm*

Streit um die Rosine

Wh. – Daß der Erfolg meist viele Väter hat, ist eine alte Volksweisheit. Und die Herren Politiker scheuen auch keine Mühe, ihre Richtigkeit immer wieder aufs neue zu bestätigen. Daß sich aber ganze Wirtschaftsbereiche um die Rosinen aus dem etwas abgebröselten Wachstumskuchen rangeln, das ist eine weniger geläufige Erkenntnis.

Das mag auch daran liegen, daß es in der Wirtschaft zumeist etwas dezenter zugeht als in der Politik. Sogar der Begriff des „Rangelns" ist vielleicht etwas hochgegriffen: Ganz gentlemanlike und in bestem Einvernehmen haben sich die Kontrahenten nämlich darauf geeinigt, daß die Rosine beiden gehört, und das nicht etwa je zur Hälfte, sondern jedem ganz und gar.

Die Trockenbeere, um die es da geht, ist eine der Wachstumsbranchen par excellence: die Datenverarbeitung. Väter dieses Prachtkinds möchten sowohl der Maschinenbau als auch die Elektroindustrie sein. Und beide begründen ihre Ansprüche durchaus schlüssig: Die Maschinenbauer verweisen auf die Büromaschinenvergangenheit der Computerei, die Elektrotechniker berufen sich schlicht aufs Elektrische.

Über das ganze Spielchen könnte man milde lächeln, wenn da nicht gewisse Folgen wären. Da nämlich beide Branchen die Informatik in ihre Zahlenwerke einbeziehen, jede aber in einem anderen Verbund – mit den Büromaschinen die einen, mit der Kommunikation die anderen – ist es von außen nicht einmal möglich, die Statistiken abzugleichen. Wenn jetzt beide Zweige stolz über einige tausend neu geschaffener Arbeitsplätze berichten – wie viele sind das unter dem Strich denn wirklich?

Rückendeckung

fu (London) – Schon die Erwartungen der Finanzmärkte auf ein antiinflationäres Budget, das der britische Schatzkanzler Lawson gestern abend vorgelegt hat, gaben dem Pfund Auftrieb wie lange nicht mehr. Zwar profitierte die britische Währung wie auch die übrigen europäischen von der jüngsten Dollar-Schwäche. Doch darüber hinaus entwickelte das Pfund auch gegenüber der D-Mark oder dem Franc eine bemerkenswerte Eigenstabilisierung. Zum ersten Mal seit Herbst letzten Jahres stieg die Pfund/D-Mark-Parität wieder auf über 3,70 DM. Was der Regierung trotz aller Beteuerungen in den letzten Monaten, sie werde von ihrer bisherigen Strategie des knappen Geldes keine Handbreit abweichen, nicht gelungen ist, hat die bevorstehende Budgetvorlage vermocht: die Einsicht zu vermitteln, daß es der Regierung mit der Fortsetzung ihres Sparkurses wirklich ernst ist. Dem Schatzkanzler konnte diese Rückendeckung bei der Vorlage seines Haushaltes nur recht sein.

WIRTSCHAFTSLAGE / Auf die Unternehmen kommen neue Kostenbelastungen zu

Bundesbank erwartet in diesem Jahr deutlich steigende Investitionen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft wird nach Einschätzung der Bundesbank in diesem Jahr weiter an Schwung gewinnen. Dazu werden nicht nur verstärkte Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen als Antwort auf die Arbeitszeitverkürzung und den starken Wettbewerb sowie zum Ersatz überalterter Anlagen beitragen, sondern auch Erweiterungsinvestitionen, schreibt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht.

Erweiterungsinvestitionen rücken schon seit einiger Zeit mehr in den Vordergrund, da die technischen Kapazitäten inzwischen wieder besser ausgelastet sind, vereinzelt bereits so stark, daß weitere Produktionssteigerungen behindert werden. Schließlich drängten schon seit längerem auch Produkt- und Prozeßinnovationen auf den Markt, die einen hohen Investitionsaufwand erfordern.

Im zweiten Halbjahr 1984 wurde die Investitionsbereitschaft vor allem vom Export und von der deutlichen Verbesserung der Angebotsbedingungen im Inland gestärkt. Die Ausrüstungsinvestitionen (67 Mrd. DM) übertrafen das Niveau des vom Arbeitskampf geprägten ersten Halbjahres um zehn Prozent und gingen um 4,5 Prozent über das wegen der Investitionszulage besonders hohe Vorjahresniveau hinaus.

Als maßgebliche Impulse nennt die Bundesbank die positiven Absatzerwartungen und vor allem die Verbesserung der Ertragskraft der Wirtschaft. Sie spiegelt sich darin, daß die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen vom ersten auf das zweite Halbjahr 1984 um saisonbereinigt 9,5 Prozent wesentlich stärker zunahmen als die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (plus zwei Prozent), womit die Lohnquote von 71,5 auf 70 Prozent sank, nachdem sie in der ersten Hälfte 1981, also kurz vor Beginn des Konjunkturabschwungs, noch bei 74 Prozent gelegen hatte. Für die Produktionsunternehmen allein errechnet die Bundesbank eine Einkommenssteigerung um neun Prozent im zweiten Halbjahr, womit das Vorjahresniveau um 13,5 Prozent übertroffen wurde.

Die Ertragsverbesserung – allerdings bei starker Differenzierung – erklärt die Bundesbank vor allem mit einer günstigen Kostenentwicklung. Zwar haben sich die Einfuhren verteuert, doch blieben die Lohnstückkosten unverändert, und die Finanzierungskosten sind sogar etwas gesunken, während die Stückerlöse gleichzeitig stiegen. Für dieses Jahr sieht die Bundesbank allerdings schon jetzt neue ins Gewicht fallende Kostensteigerungen, die aus der dollarkursbedingten Importverteuerung und der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich in der Metall- und Druckindustrie resultieren.

Die strukturellen Schwächen in der Finanzverfassung deutscher Unternehmen, besonders die oft unzureichende Eigenmittelausstattung, haben sich nach dem Urteil der Bundesbank wegen der Unterschiede in der Ertragsentwicklung nur graduell vermindert. Das zeige die hohe Zahl der Insolvenzen. Deswegen bedürfe es einer längeren Phase steigender Erträge, damit die Folgen der Aushöhlung der Ertragskraft, speziell die Eigenmittelschwäche, überwunden werden und genügend Anreize für eine Ausweitung des Produktionsapparates geschaffen werden, ohne die der Strukturwandel nicht schnell genug vorangehen könnte.

Mit der Ertragsverbesserung stiegen die Eigenfinanzierungsmittel im zweiten Halbjahr um 12,5 auf 98 Mrd. DM, so daß die gesamten Anlagen- und Vorratsinvestitionen (saisonbereinigt 108 Mrd. DM) zu 92 Prozent aus eigenen Mitteln finanziert werden konnten. Dadurch fiel das Finanzierungsdefizit der Unternehmen (8,5 Mrd. DM) noch um 4,5 Mrd. DM niedriger aus als in der ersten Jahreshälfte und um 2,5 Mrd. DM niedriger als vor einem Jahr. Gleichzeitig erreichte die Geldvermögensbildung mit 47 Mrd. DM wieder das ungewöhnlich hohe Vorjahresergebnis, davon 13 Mrd. DM im Ausland. Die hohe Geldvermögensbildung bei geringer Neuverschuldung spricht nach Meinung der Bundesbank für eine nachlassende Zinsabhängigkeit der Unternehmen.

PRIVATISIERUNG

Stoltenberg: Entscheidung soll noch im März fallen

HEINZ HECK, Bonn

Von der Teilprivatisierung von Bundesunternehmen bis zur steuerlichen Behandlung schadstoffarmer Autos reichen die Kabinettsvorschläge des Finanzministers für die Kabinettssitzung am 26. März. Hinzu kommen Gesetzentwürfe über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, die Neuregelung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und den Bundesrechnungshof.

Stoltenberg will die seit November verschobene Kabinettsentscheidung über die Teilprivatisierung einiger Bundesunternehmen noch im März herbeiführen. Sollte der Widerstand aus Bayern gegen die Verringerung des Bundesanteils an der Lufthansa von 79,9 auf 55 Prozent noch nicht ausgeräumt werden können, wird möglicherweise zunächst nur über sieben Unternehmen entschieden: VW, VIAG, Deutsche Pfandbriefanstalt, Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank (DSL), DIAG, IVG und Prakla-Seismos GmbH. Meinungsverschiedenheiten mit Minister Kiechle über die DSL-Bank sollen inzwischen ausgeräumt worden sein. Stoltenberg müßte mit einer Eilvorlage das Kabinett vor dem 26. März unterrichten.

Von den Ergebnissen des heutigen Umwelt-Ministerrats in Brüssel hängen die weiteren Bonner Entscheidungen über die steuerliche Förderung schadstoffarmer Autos ab. In Bonn wird erwartet, daß die Termine für die obligatorische Einführung dieser Fahrzeuge (derzeit vorgesehen 1988 und 1989) hinausgeschoben werden müssen, so daß sich auch die Frage nach der Verlängerung der steuerlichen Förderung stellt. Offenbar müßte dann aber die jährliche Steuervergünstigung entsprechend vermindert werden, um Konflikte mit Brüssel über die Subventionen zu vermeiden. Zusätzlich ins Förderprogramm kommen mit Sicherheit Kleinwagen mit nur etwa 50prozentiger Schadstoffminderung (bisherige Anforderung 90 Prozent); dies mit Rücksicht vor allem auf die französischen und italienischen Forderungen. Davon unberührt bleiben Steuervergünstigungen für bereits gekaufte Katalysatorfahrzeuge (aus Gründen des Vertrauensschutzes).

Nach langen Vorbereitungen ist jetzt über die Novelle zum Bundesrechnungshofgesetz mit den Koalitionsfraktionen Einvernehmen erzielt worden. Künftig sollen Präsident und Vizepräsident auf Vorschlag der Bundesregierung von Bundestag und Bundesrat mit einfacher Mehrheit gewählt werden. Dies gilt bereits für die Wahl des Nachfolgers von Präsident Wittrock, der im Herbst aus Altersgründen ausscheidet. Die Amtszeit wird auf zwölf Jahre begrenzt.

Bei der Wohnungsbauförderung gibt es noch einen offenen Punkt im Kabinett: die von Minister Geißler geforderte Elternkomponente. Sie wird nicht Bestandteil der steuerrechtlichen Regelung, könnte aber ihren Niederschlag beim Wohngeld finden.

Auf zwei Beinen

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Schablone, die bisher an die deutschen Konjunkturzyklen angelegt werden konnte, paßt diesmal nicht. Zunächst wurde die wirtschaftliche Erholung, ganz im Gegensatz zu früher, von der Binnennachfrage getragen; als der Export ansprang, lahmte nicht nur der private Verbrauch, sondern auch die Investitionen, obwohl die Ausfuhren erheblich kräftiger zulegten, als selbst von Optimisten prognostiziert worden war.

Die konjunkturell entscheidende Frage ist also die, ob es dem Export in diesem Jahr gelingt, zumindest die Investitionen mit nach oben zu ziehen. Die Zeichen stehen nicht schlecht, daß der Aufschwung in diesem Jahr auf zwei Beine kommt. Es gibt zwar Hemmnisse, sie sollten aber nicht überbewertet werden.

Zunächst kann konstatiert werden, der Export-Motor läuft nach wie vor auf hohen Touren, obwohl die reale Warenausfuhr nach einer Analyse des Hamburger Instituts für Wirtschaftsforschung HWWA vom vierten Quartal 1982, als die wirtschaftliche Erholung einsetzte, bis zum letzten Quartal 1984 bereits um 18 Prozent zulegte. Im Januar nahmen die Ordereingänge aus dem Ausland gegenüber dem Durchschnitt der beiden Vormonate um saisonbereinigt sechs Prozent zu, immerhin mehr als 20 Prozent plus gegenüber zwölf Monate zuvor. Gefragt waren besonders Investitionsgüter, was aufgrund der Entwicklung in wichtigen Abnehmerländern erwartet wurde. Diese Erfolge basieren vor allem auf der erstarkten preislichen und technologischen Wettbewerbsfähigkeit. Hinzu kommt der hohe Dollarkurs, der den Export nicht nur über den Atlantik enorm stimuliert, sondern den Unternehmen auch erhebliche windfall profits beschert hat.

Immerhin haben sich die Verteilungsrelationen wieder dem Niveau der sechziger Jahre angenähert. Die höheren Gewinne haben neben der gefestigten Nachfrage die Investitionsneigung gestärkt. So gingen bei der Investitionsgüterindustrie im Januar, wenn der Fahrzeugbau ausgeklammert wird, rund zehn Prozent mehr Aufträge aus dem Inland ein als ein Jahr zuvor. Beim Maschinenbau waren es nach Angaben der Bundesbank 18 und bei der elektrotechnischen Industrie zwölf Prozent. Auch der Ausstoß stieg in diesen Branchen zuletzt kräftig.

Daß selbst im Fahrzeugbau die Produktion im Januar gegenüber dem Vorjahr noch zunahm, lag allein an der günstigen Entwicklung der Exporte. Denn der Streit um das abgasarme Auto lähmt die inländische Nachfrage. Wann diese Barriere beiseite geschoben wird, entscheidet letztlich darüber, ob die von der Bundesregierung erwartete Zunahme der Ausrüstungsunternehmen von fünf bis sechs Prozent auch tatsächlich realisiert wird.

Im vergangenen Jahr mußten die aufgrund der Ende 1983 ausgelaufenen Investitionszulage vorgezogenen Käufe und die streikbedingten Ausfälle als Erklärung für schwache Investitionstätigkeit herhalten. In diesem Jahr hat es die Regierung in der Hand, was aus ihrer Projektion wird.

Wegen der gestiegenen Sozialabgaben, der aufgrund der vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen gezingen Lohnerhöhungen und der nur schwach steigenden Renten sind vom Verbrauch kaum Impulse zu erwarten. Mit den Appellen an die Investitionslust der Gemeinden ist es so eine Sache. Solange nicht feststeht, wer letztlich die Einnahmeverluste der Steuerreform tragen muß, ist die Zurückhaltung hier verständlich.

Neben den Ausfuhren bleiben also nur die Investitionen als Triebfedern. Und nach den jüngsten Umfragen wollen die Unternehmen ihre Investitionen weiter steigern. Wie sich das auf den Arbeitsmarkt auswirken wird, hängt entscheidend davon ab, ob Kapazitäten auch wieder aufgestockt werden. Diese Entscheidung wird durch die Unsicherheit über die Entwicklung des Dollarkurses beeinflußt. Auch die jüngste Umverteilungsdiskussion wirkt nicht gerade anregend.

Trotzdem hat der Rahmen sich verbessert, nicht nur durch die gestiegenen Gewinne und die Exportdynamik. Um von der Investitionslosigkeit herunterzukommen, ist es noch ein sehr langer Weg. Allerdings hat die deutsche Wirtschaft auf einen Wachstumspfad zurückgefunden, der, verglichen mit früher, zwar bescheiden anmutet, sein Ende ist jedoch nicht in Sicht. Auch 1986 steht kein Einbruch ins Haus.

AUF EIN WORT

„Steuerhöhe und Steuerstruktur beeinträchtigen also Leistungsfähigkeit und Risikobereitschaft gerade jenes Teils unserer Gesellschaft, der unser wirtschaftliches und soziales Wohlergehen entscheidend trägt."

Hans Joachim Langmann, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. FOTO: WERNER SCHÜRING

IG Metall fordert Stahl-Holding

dpa/VWD, Mülheim/Ruhr

Die IG Metall hat ihre Vorstellungen zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie konkretisiert. Ihr Vorsitzender Hans Mayr hat gestern auf der Stahlkonferenz seiner Organisation eine nationale Stahl-Holding im öffentlichen Eigentum gefordert, deren Unternehmenspolitik auf gesellschaftliche Ziele verpflichtet werden müsse. Die IG Metall meint, sie soll durch eine „ertragsabhängige Entschädigung" der Aktionäre nach Artikel 15 des Grundgesetzes, der Enteignungen vorsieht, gebildet werden. Eine freiwillige Lösung, bei der die Aktionäre mit Aktien der Holding entschädigt würden, komme nur als Übergangslösung in Betracht. Die paritätische Mitbestimmung will die IG Metall auf gesetzlicher oder auf vertraglicher Grundlage erhalten.

AUSSENHANDEL

Der Export in die USA erhöhte sich am stärksten

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die regionale Aufgliederung des deutschen Außenhandels im Monatsbericht der Bundesbank zeigt, daß die starke Abwertung der Mark gegenüber dem Dollar nicht der einzige Exportmotor war. Zwar sind die Exporte in die USA wertmäßig um 42,5 Prozent besonders kräftig gestiegen, so daß sich ihr Anteil am gesamten deutschen Export 1984 auf gut 9,5 Prozent nach lediglich 6,5 Prozent 1982 erhöht hat. Und die Ausfuhren nach Japan stiegen wegen der Markabwertung gegenüber dem Yen um 23,5 Prozent.

Aber auch die Exporte nach Italien (+17,5 Prozent), Dänemark (+17 Prozent) und Großbritannien wuchsen überdurchschnittlich, und beim Export nach Großbritannien, Schweden, Österreich und in die Schweiz gab es ebenfalls zweistellige Steigerungsraten. Gleiches gilt auch für die Entwicklungsländer (+11,5 Prozent) und unter ihnen besonders für die lateinamerikanischen (+17,5 Prozent) und die ostasiatischen Schwellenländer (+18,5 Prozent).

Insgesamt nahmen die Ausfuhren 1984 um fast 13 Prozent zu und damit stärker als der Welthandel (+9 Prozent), so daß die Bundesrepublik ihren Marktanteil in den wichtigsten Ländern vergrößern konnte. Die deutsche Einfuhr stieg um knapp 11,5 Prozent, wovon sechs Prozent auf Preissteigerungen entfielen.

Aus einer Bundesbankübersicht über den Kapitalverkehr geht hervor, daß deutsche Investoren 1984 mit 14 Mrd. DM nahezu dreimal so viel Mittel in ausländischen Währungsanleihen angelegten wie 1983. Ausländer kauften für 18 (23) Mrd. DM deutsche Rentenwerte.

BERLINER WIRTSCHAFT

Arbeitgeber wollen gezielt ausbilden und umschulen

PETER WEERTZ, Berlin

Berlin sei weitgehend aus eigener Kraft wieder zu einem potenten Wirtschaftsstandort geworden, der bei Investitionsentscheidungen nicht mehr übergangen werde. Die Stadt habe es geschafft, ein Stimmungs- und Konjunkturtief zu überwinden und damit zugleich auf die vorhandenen Standortvorteile aufmerksam zu machen, meinte Hartmann Kleiner, Hauptgeschäftsführer der Berliner Arbeitgeberverbände.

„Der Durchbruch ist zwar geschafft, es kommt jedoch jetzt darauf an, die Wirtschaftsmetropole dauerhaft zu festigen", sagte Kleiner vor der Presse. Trotz hoher Arbeitslosigkeit fehlen nach Angaben der Arbeitgeberverbände nicht nur Facharbeiter, sondern auch Anlernwillige. Es sei daher, so Kleiner, in den nächsten Jahren eine wichtige Aufgabe für die Sozialpartner, Arbeitslose umzuschulen und beschäftigte Arbeitnehmer fortzubilden. Für die Arbeitgeberverbände kündigte Kleiner hierzu „gezielte Maßnahmen" an.

Kleiner beurteilt die Entwicklung der Wirtschaft in der Stadt zuversichtlich. Nachdem in den Vorjahren die Zahl der Beschäftigten um 17 500 und 10 500 zurückgegangen war, hat sie 1984 zum erstenmal wieder seit 1969 wieder um 0,5 Prozent oder 3000 zugenommen. In der Industrie, von der in Berlin viel abhängt, stieg nach Angaben von Kleiner die Beschäftigten-Zahl um rund 1400 auf 156 000.

Die Notwendigkeit der beruflichen Qualifizierung wird dadurch unterstrichen, daß 60 Prozent der Arbeitslosen ohne besondere Ausbildung sind. Auf den Zuzug weiterer Fachkräfte könne Berlin nicht verzichten. Die Kritik anderer Bundesländer an Berlin bezeichnete Kleiner als unberechtigt.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Bayer erhöht Bonus an seine Mitarbeiter

Leverkusen (dpa/VWD) – Der Chemiekonzern Bayer AG, Leverkusen, erhöht für das Geschäftsjahr 1984 den Bonus an seine Mitarbeiter auf insgesamt 60 (Vorjahr 42) Prozent des durchschnittlichen individuellen Monatseinkommens. Die Erhöhung wird von Branchenbeobachtern auch als erneutes Zeichen für eine Aufstockung der Bayer-Dividende (1983: sieben DM) gewertet. Im „Gespräch" ist ein Ausschüttungssatz von neun DM je 50-DM-Aktie. Vorstandsvorsitzender Hermann-Josef Strenger hatte bereits angekündigt, daß die Aktionäre an dem Rekordergebnis 1984 teilhaben werden. Eine „zweistellige" Dividende werde es aber nicht sein.

Dollar unter Druck

Frankfurt (cd.) – Die von der Schließung 71 amerikanischer Sparkassen ausgehende Nervosität löste gestern umfangreiche Dollar-Gewinnmitnahmen aus, so daß die US-Währung spürbar unter Druck geriet. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 3,2910 DM um 8,46 Pfennig niedriger notiert als am Montag. Nach dem Fixing sank der Dollarkurs zeitweilig sogar auf 3,2675.

Obligationen der Bahn

Frankfurt (VWD) – Kassenobligationen der Bundesbahn mit einer Nominalverzinsung von 7,25 Prozent und einer Laufzeit von drei Jahren bietet die deutsche Bundesbank im Ausschreibungsverfahren an. Gebote (mindestens 5 000 DM oder ein Mehrfaches) müssen bis heute (11 Uhr) abgegeben werden, wie ein Bundesbank-Sprecher gestern mitteilte. Ein fester Emissionsbetrag sowie ein Mindestbietungssatz wurden vorab nicht genannt.

24,1 Mill. Bausparverträge

Bonn (pje.) – Bei den Bausparkassen bestanden Ende vergangenen Jahres 24,1 Mill. Bausparverträge über eine Bausparsumme von insgesamt 840 Mrd. DM. Noch nicht zugeteilt waren 16 Mill. Verträge über eine Summe von 513 Mrd. DM. Diese Zahlen nannte gestern das Bundesbauministerium. Die Bauspareinlagen aller Bausparkassen betrugen danach auf insgesamt 119,3 Mrd. DM.

Initiative der FDP

Bonn (HH) – Die FDP will nach den Worten ihres Bundestagsabgeordneten Weng (stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschafts- und Finanzpolitik der Fraktion) bei der Beratung des Bundeshaushalts 1986 eine Initiative zur fünfprozentigen Kürzung aller Subventionen einbringen, „wenn bis dahin keine Vorschläge für konkreten Subventionsabbau auf dem Tisch liegen". Die FDP erwarte vor diesen Beratungen vor allem vom Finanzminister Vorschläge für gezielten Subventionsabbau.

Auslastung gesunken

Washington (Sbt.) – Für die Importflut zahlen die USA einen hohen Preis. Wie die Bundeszentralbank in Washington mitteilte, ist die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei den Versorgungsgesellschaften im Februar um 0,7 auf 80,7 Prozent gesunken. In der Automontage betrug der Rückgang vier Prozent. Die geringere Auslastung garantiert eine längere Periode hoher Preisstabilität.

Wirksames Instrument

Hannover (dos) – Sonderabschreibungen in Höhe von 1,1 Mrd. DM sind 1984 im niedersächsischen Zonenrandgebiet bewilligt worden. Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer Braunschweig verteilt sich diese Summe auf nahezu 2400 Anträge. Einmal mehr werde deutlich, daß Sonderabschreibungen zu den „wirksamsten Instrumenten im Zonenrandgebiet" gehören.

EG-ERWEITERUNG

Weiterhin zähes Ringen um Fischereiquoten und -zonen

WILHELM HADLER, Brüssel

Ein zähes Tauziehen um Fischereiquoten, Schiffslisten und Fangzonen bestimmte gestern die Beitrittsverhandlungen der EG mit Spanien und Portugal.

Im kleinsten Kreis diskutierten sie über die den Spaniern anzubietenden jährlichen Fangmengen für Seehecht sowie über die geographischen Zonen und Fristen für den Zugang spanischer Trawler zu den EG-Gewässern. Umstritten waren auch die Modalitäten, nach denen die beitretenden Länder an der für 1992 vorgesehenen Überprüfung der EG-Fischereipolitik beteiligt werden sollen.

Neben den Fischereiproblemen, die nach wie vor den Schlüssel für einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen bilden, standen noch zahlreiche andere umstrittene Fragen auf der Tagesordnung. Die Bundesregierung drängte auf Vorkehrungen gegen die zu erwartende Überproduktion an Olivenöl. Sie fürchtet, daß die von Madrid gewünschte schnelle Angleichung der spanischen Interventionspreise an das hohe EG-Niveau zu erheblichen Mehrkosten für das EG-Budget führen würde. Außerdem meint Bonn, den eigenen Landwirten nur dann die unpopulären Milchquoten zumuten zu können, wenn auch bei den „südlichen" Agrarerzeugnissen Garantieschwellen eingeführt werden.

Bei den Übergangsregelungen für Obst und Gemüse stand die Bundesregierung in einer Front mit den Franzosen und Griechen. Ausschlaggebend war die Sorge, daß ein schneller Zollabbau den Absatz von Erzeugnissen aus Israel und Nordafrika beeinträchtigen könnte.

COGNAC / Preise bleiben von Urteil des EG-Gerichtshofes unberührt

Der deutsche Markt hat sich erholt

JAN BRECH, Hamburg

Die Preise für Cognac auf den internationalen Märkten werden von dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zunächst nicht berührt. Dies hat in Hamburg Gerard Sturm vom französischen Bureau National Interprofessionel du Cognac (BNIC) erklärt. Anfang dieses Jahres hatte der Gerichtshof die vom Büro getroffenen Abmachungen über Mindestpreise für Branntwein zur Herstellung von Cognac für unzulässig erklärt. Das Cognac-Büro vertritt die Interessen der Winzer, der Destillateure und des Handels.

Nach Angaben von Sturm hat die in dem Urteil enthaltene Bezeichnung „Kartell" in der französischen Cognac-Wirtschaft erhebliche Unruhe ausgelöst. Im BNIC hätten sich die Mitglieder in den zwei „Familien" Hersteller und Handel zusammengeschlossen, wobei weder die Winzer noch der Handel einseitig die Preise diktierten. Vielmehr gebe es im gemeinsamen Interesse eine Verständigung über Mindestpreise, die bislang von allen Seiten als wichtige Orientierungshilfe anerkannt worden seien. Eine unmittelbare Auswirkung des Urteils auf die Cognacpreise schließt Sturm auch deshalb aus, weil die aus der Ernte des Vorjahres angekauften Weine wegen der langen Reifezeit frühestens in sieben Jahren an den Markt kommen.

Mit der Entwicklung des Cognac-Absatzes im Berichtsjahr 1984 zeigt sich Sturm zufrieden. Den Rückgang von 10,5 Prozent auf dem heimischen Markt, der unter erheblicher fiskalischer Belastung steht, gleicht ein um 4,5 Prozent höherer Export aus. Die Franzosen selbst verbrauchten 11,07 Mill. Flaschen, der Rest der Welt nahm 115,7 Mill. Flaschen im Wert von 5,1 Mrd. F ab.

Größter Kunde der französischen Edelspirituosen blieben die USA, die mit 29,5 Mill. Flaschen nochmals 14 Prozent mehr abnahmen. Die Engländer hielten Platz zwei unter den Exportmärkten, importierten mit 14,9 Mill. Flaschen aber 5,8 Prozent weniger. Die dritte Position nimmt der deutsche Markt ein. Nach der schweren Flaute in den Jahren 1982 und 1983 ist der Export in die Bundesrepublik wieder um 13,7 Prozent auf 10,9 Mill. Flaschen gestiegen. Durch starkes Wachstum der höheren Qualitäten erhöhte sich der Umsatz gar um 17 Prozent auf 319 Mill. F.

Wachstumsreserven findet der Cognac nach wie vor in asiatischen Teilmärkten wie Japan, Malaysia oder den Philippinen. In Hongkong ist der Absatz 1984 dagegen nach Jahren starker Expansion um 5,2 Prozent zurückgegangen (8,4 Mill. Flaschen). Nach Angaben von Sturm unternimmt der Handel erhebliche Anstrengungen, um Cognac in Fernost noch fester zu etablieren.

SCHWEDEN / Preisstopp soll Inflation eindämmen

Reallohnsteigerung zugesagt

dpa/VWD, **Stockholm**

Als Mahner für den freien Welthandel und gegen den Protektionismus erhebt Schweden regelmäßig seine Stimme. Im eigenen Haus ist die Stockholmer Regierung jedoch von den Grundsätzen des freien Wettbewerbs längst abgerückt. Eingriffe in die Preis- und Lohnbildung gehören zur Regel. Seit letzter Woche gilt in *Schweden ein vorerst unbegrenzter* Preisstopp; der dritte in drei Jahren sozialdemokratischer Regierung, der sechste seit 1977.

Nach außen hin hält Finanzminister Kjell-Olof Feldt an dem ehrgeizigen Ziel fest, die Preissteigerung von acht Prozent im vergangenen Jahr auf drei Prozent in diesem Jahr herabzudrücken. Tatsächlich aber – glauben die private Wirtschaft, die bürgerliche Opposition und angesehene Volkswirtschaftler – ist dieser *marktwidrige Eingriff ein Versuch,* die bröckelnde Sympathie der Arbeitnehmer für die Sozialdemokraten bis zur Parlamentswahl am 15. September wieder zu beleben.

Die Regierung Palmes nimmt im Wahlkampf für sich in Anspruch, daß sie den *Beschäftigten erstmals* wieder einen Anstieg der Reallöhne si*chern wird. Und das mit einer gewis*sen Berechtigung: Der Gewerkschaftsbund und der Arbeitgeberverband haben sich auf Druck Palmes einigen müssen, den Anstieg der Lohnkosten 1985 generell auf fünf Prozent zu begrenzen. Mit den Erhöhungen des Kinder- und Wohngeldes und Erleichterungen bei der Einkommensteuer, die der Finanzminister am Montag verkündete, kann erreicht werden, daß das verfügbare Einkommen der Haushalte bis zum Wahltag *etwas schneller steigt als die Kosten* der Lebenshaltung.

Wenn nach dem Wahltag und der voraussichtlichen Aufhebung des Preisstopps im September die Unternehmer die aufgestauten Kosten auf die Preise überwälzen und die Inflationsrate das von den Großbanken vorausgesagte Maß von sechs bis sieben *anstatt drei Prozent erreicht,* stellt sich der Arbeitnehmer um keinen Deut besser. Unabhängig vom Wahlausgang, so kommentierte die liberale Zeitung „Dagens Nyheter", wird die Regierung erkennen müssen, daß die Inflation mit allen wirtschaftlichen Mechanismen eng verbunden ist.

Mit dem Preisstopp solle nun dem Profitstreben der Unternehmer Zügel angelegt *werden, tönen die Wahl*kämpfer. Olof Palme warf den Managern vor, die Preise stärker erhöht zu haben als die Kosten stiegen, somit unverhältnismäßig hohe Gewinne gemacht und die Inflationsbekämpfung erschwert zu haben. Tatsächlich hat die Industrie ein ausgezeichnetes Jahr 1984 hinter sich. Die Gewinne der *Großunternehmen* stiegen zwischen 26 Prozent wie bei Saab-Scania und 121 Prozent bei SKF. Spitzenreiter war die Papierindustrie, die bis zu 258 Prozent (Södra Skogsägarna) mehr verdiente.

Das war aber, im Gegensatz zu den jetzigen Beteuerungen, von der Regierung auch gewollt. Bei ihrem Amtsantritt im Oktober 1982 versprachen Feldt und Palme, die Industrie wieder in Schwung zu bringen und sie Geld für Investitionen verdienen zu lassen. Der Weg *zu den nun* kritisierten Gewinnen wurde vor drei Jahren mit einer 16prozentigen Abwertung der Krone bereitet. Hinzu kam ein steigender Dollarkurs, der der exportierenden Industrie auf dem US-Markt die Kassen füllte.

VEREINIGTE STAATEN / Leistungsbilanzzahlen für 1984 bestätigen Befürchtungen

Defizit über 100 Milliarden Dollar

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Das Defizit in der US-Leistungsbilanz ist im vergangenen Jahr, wie befürchtet, sprunghaft in die Höhe geschnellt. Wie das Handelsministerium in Washington mitteilte, stieg es gegenüber 1983 von 41,6 auf 101,6 Mrd. Dollar (rund 337 Mrd. Mark). Vermutlich erreicht es in diesem Jahr 130 Mrd. Dollar. Wegen des Importsogs nicht wiederholen wird sich der Rückgang von 33,6 auf 23,7 Mrd. Dollar im Vergleich des dritten und vierten Quartals 1984.

*Aus dem Ausland in die USA flos*sen 92,8 Mrd. Dollar, verglichen mit 81,7 Mrd. Dollar im Vorjahr. Die Kapitalimporte haben sich mithin wieder beschleunigt, nachdem sie 1982 nahezu 95,2 und 1981 rund 81,3 Mrd. Dollar ausgemacht hatten. Umgekehrt schrumpften die amerikanischen Kapitalausfuhren im letzen Jahr von *49,5 auf 21,2 (1982: 118,9; 1981: 102,0)* Mrd. Dollar. Dies wird in der US-Hauptstadt *mit dem Rückgang* der Bankausleihungen in die Entwicklungsländer und den nicht attraktiven Investitionsmöglichkeiten in Westeuropa erklärt.

Für die Aufblähung des Leistungsbilanzdefizits war 1984 hauptsächlich der Passivsaldo in der US-Handelsbilanz verantwortlich, der sich von 61,1 auf 107,4 Mrd. Dollar auf fob-Basis vergrößerte. Dafür nennt die Behörde zwei Gründe: die Dollar-Aufwertung und den kräftigen Konjunkturaufschwung in den USA. So nahmen die Importe um 66,5 auf 327,8, die Exporte nur um 20,1 auf 220,3 Mrd. Dollar zu. Als besonders starke Ausfuhrbremse wirkte die Schuldenkrise in Lateinamerika.

Nicht stattgefunden hat der früher übliche Ausgleich über hohe Aktivsalden in der *Dienstleistungsbilanz.* Im Service-Bereich sackten die Nettozuflüsse von 28,1 auf 17,0 Mrd. Dollar; die Einkommen aus Direktinvestitionen verringerten sich beispielsweise von 14,0 auf 12,4, die Netto-Einnahmen aus Geldanlagen im Ausland von 9,5 auf 5,8 Mrd. Dollar.

Die *geringe Begeisterung* der US-Banken an ausländischen Engagements belegen ihre von 25,4 auf 7,3 Mrd. Dollar reduzierten neuen Forderungen gegenüber Ausländern. Die Käufe ausländischer Wertpapiere, vor allem Aktien, fielen von 7,7 auf netto 4,8 Mrd. Dollar. Dagegen nutzten viele US-Firmen den hohen Dollarkurs, indem sie ihre *Direktinvestitionen* im Ausland von 4,9 auf netto 6,0 Mrd. Dolalr aufstockten.

Abgeschwächt hat sich im zweiten Halbjahr 1984 der Rückfluß von US-Bankgeldern, die in den ersten sechs Monaten durch den wachsenden Kreditbedarf in Amerika und die anziehenden kurzfristigen Zinsen in großem Umfang angelockt worden waren. Die Verpflichtungen amerikanischer Institute gegenüber *ausländischen Privatpersonen* erhöhten sich von *27,6 (1983: 49,1) Mrd. Dollar.* Es kam zu einem „Run" auf Treasury-Papiere, *wobei netto 22,5 (8,7)* Mrd. Dollar aufgewendet wurden. Die Käufe anderer Papiere schnellten von 8,6 auf 13,0 Mrd. Dollar, während US-Unternehmen neue Eurobonds für 10,7 (0,3) Mrd. Dollar auflegten.

Im vierten Quartal 1984 schrumpfte das US-Handelsdefizit gegenüber der Juli-September-Periode von 33,0 auf *22,9 Mrd. Dollar;* die Warenimporte stiegen um 9,4 auf 79,1, die Ausfuhren um 0,6 auf 56,3 Mrd. Dollar. Die Einkommen aus Diensten erhöhten sich von 2,2 auf netto 3,2 Mrd. Dollar. Nach minus 16,9 nahmen die Forderungen der US-Banken um 5,5, ihre Verpflichtungen gegenüber Ausländern von minus 5,4 auf plus 3,4 Mrd. Dollar (netto) zu.

GROSSBRITANNIEN / Bericht des Industrieverbandes

Wettbewerbsfähigkeit sinkt

WILHELM FURLER, **London**

Die Löhne und Gehälter der britischen Arbeitnehmer steigen zu schnell. Dagegen verbessert sich die *Produktivität in der britischen* Wirtschaft zu langsam. Gleichzeitig *wächst die* Streikneigung wieder, um Forderungen nach höheren Bezügen durchzusetzen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Untersuchungsbericht, der vom britischen Industrieverband CBI vorgelegt worden ist. Wörtlich spricht der CBI von dem „beängstigenden Beweis einer sich verschlechternden Wettbewerbsfähigkeit der Nation".

Großbritannien habe in letzter Zeit in seiner Wettbewerbskraft gegenüber nahezu allen anderen Industrienationen an Boden verloren. Ganz besonders gelte dies im Vergleich mit den übrigen europäischen Ländern und Japan. Sich auf die Hilfe einer Währungsabwertung zu verlassen, wie dies in Großbritannien mit seinem nachgebenden Pfund in den letzten Jahren geschehen sei, könne nicht als befriedigende und längerfristige Antwort auf die Arbeitskosten-Herausforderung der anderen Länder gutgeheißen werden.

Dem CBI-Bericht zufolge sind die Bezüge in der verarbeitenden Industrie Großbritanniens im Durchschnitt des vergangenen Jahres um 8,5 Prozent gestiegen, verglichen mit einem durchschnittlichen Anstieg in Frankreich um 6,5 Prozent, in den USA und Japan um vier Prozent und in Deutschland sogar nur um 3,5 Prozent. Dagegen habe sich die Produktivität in der heimischen verarbeitenden Industrie im letzten Quartal des vergangenen Jahres nur um 2,5 Prozent verbessert, nachdem sie in der gleichen Zeit des Jahres zuvor noch um fünf Prozent zugenommen habe. In der verarbeitenden Industrie Japans sei zum Vergleich die Produktivität im vierten Quartal des letzten Jahres um zehn Prozent gewachsen.

„*Unsere Kosten* steigen so rasch, wie sie in Japan fallen", resümiert der CBI enttäuscht. Niedrigere Tarifabschlüsse und ein höheres Produktivitäts-Wachstum seien „einfach alles entscheidend". Besonders besorgt zeigt sich der CBI über die wieder zunehmende Streikneigung zur Durchsetzung von Lohnforderungen. Selbst ohne Berücksichtigung des Kohlestreiks gingen im letzten Jahr rund fünf Millionen Arbeitstage verloren, verglichen mit 3,8 Millionen Tagen 1983.

FRANKREICH / Banque de France schätzt Wachstumschancen eher pessimistisch ein

Exportboom wird sich kaum fortsetzen

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Pessimistischer als die französische Regierung schätzt die Banque de France *die weiteren Wachstums*chancen des größten deutschen Handelspartners ein. Es sei wenig wahrscheinlich, daß das Bruttosozialprodukt Frankreichs in diesem Jahr ebenso stark zunimmt wie 1984. Denn die gegenüber 1983 von 0,7 auf zwei Prozent beschleunigte Expansion sei zur Hälfte dem Exportboom zu verdanken gewesen. Er dürfte sich in dieser Stärke aber kaum fortsetzen.

Zwar ist die Nachfrage aus der Dollar-Zone nach den Feststellungen der Notenbank immer noch sehr stark. Aber aus den EG-Ländern gehen die Aufträge neuerdings zurück, und zwar vor allem aus der Bundesrepublik. Bei dem derzeitigen Franc-D-Mark-Kurs, der dem der letzten Paritätsbereinigung vom März 1983 entspricht, hätten es die französischen Exporteure wegen ihrer stärker als in der Bundesrepublik gestiegenen Kosten und Preise immer schwieriger, dem schärfer gewordenen Wettbe*werb auf dem deutschen Markt stand*zuhalten.

Andererseits wird die Binnennachfrage nach Ansicht der Notenbank insgesamt schwach bleiben. Zwar hat sich die Investitionstätigkeit der Unternehmen belebt. Aber der private Verbrauch geht weiter zurück. Im Ja*nuar/Februar lagen die Verkäufe des* französischen Einzelhandels inflationsbereinigt um 4,5 Prozent unter dem Vorjahresstand, stellt die Banque de France fest.

Ebenso pessimistisch ist das Natio*nalinstitut für Statistik (INSEE)* in seiner letzten Konjunkturprognose. Statt einer mäßigen Steigerung der Industrieerzeugung erwartet es für das erste Halbjahr 1985 sogar eine Stagnation, weil jetzt die im letzten Jahr stark erhöhten Vorräte abgebaut würden. Das Handelsbilanzdefizit könnte allerdings von 20 Mrd. Franc 1984 auf sieben bis acht Mrd. Franc im ersten Halbjahr 1985 (frühere INSEE-Schätzung zwölf Mrd. Franc) abgebaut werden *und zur Jahresmit*te dank außergewöhnlicher Airbus-Verkäufe vorübergehend verschwinden.

Zuversichtlich dagegen beurteilen die beiden Institute die Preisentwicklung. *Die Zielvorgabe der Regierung* von 4,5 Prozent für 1985 gilt aller*dings als zu optimistisch.* Wie im Januar so stiegen die französischen Konsumentenpreise auch im Februar um 0,5 Prozent, womit sich die Inflationsrate im Jahresvergleich auf 6,4 (6,5) Prozent verminderte. In der Bundesrepublik waren es nur 2,1 Prozent.

Die Gefahr einer Franc-Abwertung gegenüber der D-Mark ist also noch längst nicht gebannt. Sie wurde bisher wegen der D-Mark-Schwäche gegenüber dem Dollar nicht akut. Sollte der Dollar schwächer werden, kann sich das ändern. Dann würde wohl auch der französische Export in die Dollar-Zone nicht mehr so stark zunehmen oder sogar zurückgehen.

ITALIEN / Streit um Liberalisierung des Ölmarktes

Tankstellenbesitzer streiken

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

In Italien streiken heute und am Donnerstag die Tankstellenbesitzer aus Protest gegen die Pläne von Industrieminister Renato Altissimo zur Liberalisierung des Mineralölmarktes. Die Tankstellenbesitzer befürchten, daß durch die Freigabe des bislang staatlich festgelegten Benzin- und Dieselölpreises die Gesellschaften veranlaßt werden könnten, die Zahl der Zapfstellen zu verringern.

Der erste staatliche Energieplan aus dem Jahre 1974 hatte sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der Tankstellen innerhalb von fünf Jahren um zehn *Prozent zu reduzieren.* Dieses Ziel wurde bisher aber ebensowenig verwirklicht wie das des zweiten Energieplanes aus dem Jahre 1977, der sich die Schließung aller Zapfstellen mit einem Jahresverkauf von weniger als 100 000 Liter vorgenommen hatte. Gegenwärtig gibt es in Italien noch immer mehr als 35 000 Zapfstellen mit zusammen 60 000 Beschäftigten. Würde der Umsatz je Tankstelle westdeutschen Verhältnissen angepaßt, müßte ihre Zahl halbiert werden.

Die italienische Mineralölwirtschaft verlor nach Schätzungen ihres Verbandes in den letzten vier Jahren insgesamt etwa 6000 Milliarden Lire (fast zehn Milliarden Mark). Davon entfielen zwei Drittel auf den staatlichen Energiekonzern ENI, der an der Deckung des italienischen Kraftstoffbedarfs im vergangenen Jahr mit beinahe 48 Prozent beteiligt war. Von *einer Liberalisierung des Benzin- und* Dieselölpreises versprechen sich die Mineralölgesellschaften eine Verbesserung ihrer Ertragssituation.

Vor allem den schlechten Ertragsverhältnissen ist es zuzuschreiben, daß in den letzten Jahren eine Reihe internationaler Konzerne den Italien-Markt aufgegeben hat und jetzt weitere Firmen den Absprung erwägen, darunter Chevron, Texaco und Total. Bereits gegangen sind unter anderem BP und Shell, während Gulf Oil und Amoco ihr Netz an arabische Produzenten verkauft haben.

MITTELSTAND / „Haus der Wirtschaft" in Stuttgart

Förderung unter einem Dach

XING-HU KUO, **Stuttgart**

Mit einem „Haus der Wirtschaft" in Stuttgart schafft die baden-württembergische Landesregierung ein bundesweit „beispielloses, abgestimmtes Instrumentarium zur Beratung, Förderung und zukunftsorientierten Fortentwicklung" mittelständischer Unternehmen. Wie der Sprecher der Landesregierung, *Matthias* Kleinert, weiter mitteilte, ist ein entsprechender Grundsatzbeschluß vom Stuttgarter Kabinett verabschiedet worden. Die detaillierten Einzelentscheidungen will die Regierung noch vor der Sommerpause fällen und bekanntgeben.

Das „Haus der Wirtschaft", so Kleinert, werde durch den Ausbau des heutigen Landesgewerbeamtes in Stuttgart die räumliche und inhaltliche Zusammenfassung aller Beratungsinstanzen „für alle Fragen der mittelständischen Wirtschaftsförderung unter einem Dach" möglich machen. Die neue Einrichtung (Um- und Ausbaukosten des Landesgewerbeamtes werden 30 Mill. DM betragen) hat die Aufgabe, Schaufenster, Informationszentrale, Fortbildungszentrum und ein internationales Design-Center für die Wirtschaft des Landes zu sein.

Folgende Einrichtungen sollen in dem Wirtschaftszentrum untzer anderem gemeinsam tätig werden: die neu geschaffene Abteilung für Industrieansiedlung der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG), der Beauftragte für den Technologietransfer, die Steinbeisstiftung, die baden-württembergische Exportstiftung und das *Landesgewerbeamt.* Als Gemeinschaftseinrichtung wird eine zentrale „Anlauf- und Informationsstelle" der genannten Institutionen die Beratung aller Interessenten „koordinieren".

Mit diesem Konzept habe die „Neuorganisation der mittelständischen Wirtschaftsförderung" im Südwesten ihren „maximalen Schlußpunkt" gefunden, so Kleinert weiter. Das neue Mammutprojekt wird nach Abschluß der Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen – Kleinert rechnet damit für 1989 – eine Nutzfläche von 14 400 Quadratmetern haben. Die Mittelstandsförderung, „eine zentrale Aufgabe Baden-Württembergs" werde dann „aus einem Guß" bestehen. Sie reiche von der Bearbeitung konkreter Projekte, einschließlich der Vermittlung von Kooperationspartnern und der Koordinierung von Entscheidungsträgern *bis zur Betreuung ausländischer Gäste.*

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Arbed wieder schwarz

Luxemburg (Wb.) – Der Luxemburger Stahlriese Arbed S. A. weist für 1984 wieder einen Gewinn von 645 Mill. Luxemburger Franken (rund 32 Mill. DM) aus, nachdem er 1983 mit 2,4 Mrd. Flux in den Verlust gerutscht war. Die Verbesserung wird zum einen auf die *Umsatzsteigerung* um 18 Prozent auf 56,7 (48) Mrd. Flux, zum anderen auf die Verringerung der Zinslasten um 8,2 Prozent auf 3,7 Mrd. Flux als Folge der „finanziellen Restrukturierung" (mit Staatshilfe) zurückgeführt.

Britisches Werk

Frankfurt (WB.) – Das europäische Schreibmaschinenwerk des japanischen Konzerns Brother Industries Ltd., Nagoya, kommt nun doch nicht nach Deutschland: Die Standortwahl fiel auf den Ort Wrexham in Nordwales. Ab Mitte 1985 *sollen dort* 150 Mitarbeiter jährlich 240 000 elektronische Schreibmaschinen fertigen.

Linde erhöht Dividende

Bonn (DW.) – Die Verwaltung der Linde AG wird der am 30. Mai 1985 stattfindenden Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn von 36 Mill. DM zur Ausschüttung einer von neun DM auf zehn DM erhöhten *Bardividende je 50-Mark-Aktie* auf das Grundkapital von 180 Mill. DM zu verwenden. *Der inländische Aktionär* erhält zusätzlich eine Steuergutschrift von *5,63 DM. In die freien* Rücklagen wurden 21,032 Mill. DM eingestellt (10,554 Mill. DM). Die Umsatzerlöse des Konzerns gingen 1984 um 2,6 Prozent auf 2,602 Mrd. DM zurück. Der Auftragseingang war mit 2,497 Mrd. DM um 3,4 Prozent höher als im Vorjahr.

Beteiligung an Polydor

Tokio (dpa/VWD) – Der japanische Schallplatten-Konzern Victor will sich mit 28,5 Prozent an der Polydor beteiligen, die mehrheitlich zur niederländischen Philipsgruppe gehört. Victor hat bereits über eine gemeinsame Tochter, die Nippon Phonogram K. K., enge Verbindungen zu Polygram, Obergesellschaft von Polydor. Ein Victor-Sprecher sagte, die Beteiligung solle Überlappungen in der Verkaufsstrategie ausschließen.

Ymos voll beschäftigt

Frankfurt (Wb.) – Die Ymos AG, Obertshausen, erwartet für das Geschäftsjahr 1984/85 ein „deutlich verbessertes" Ergebnis. Der Umsatz soll um 14 Prozent auf rund 500 (437) Mill. DM steigen. Die erste Halbjahr brachten ein Wachstum um 5,5 Prozent auf 220 Mill. DM. Bei Kapazitätsauslastung stieg die Mitarbeiterzahl um knapp vier Prozent auf 4940.

Mulford Nachfolger von Beryl Sprinkel

Sbt, **Washington**

Der Wachwechsel in den oberen Rängen des US-Finanzministeriums ist komplett. Zum Nachfolger von Beryl Sprinkel, der als Staatssekretär für internationale Angelegenheiten die dritte Position ausfüllte und künftig den *wirtschaftspolitischen* Beraterstab des Weißen Hauses leiten *wird, hat Präsident Reagan* den bisherigen Unterstaatssekretär in der Treasury, David Campbell Mulford, ernannt. Beide müssen noch vom Senat bestätigt werden. Mulford wird der Kontaktmann für alle ausländischen Notenbanker sein, wenn es um Interventionen am Devisenmarkt geht. Außerdem ist Mulford für die multinationalen Organisationen wie Währungsfonds und Weltbank sowie *für die Defizitfinanzierung* verantwortlich.

Mulford (47) stammt aus Rockford im US-Bundesstaat Illinois, promovierte im englischen Oxford und versteht etwas vom internationalen Bank-, Broker- *und Devisengeschäft.* Er gehörte schon in den 60er Jahren zum Stab des Schatzamtes und war, bis 1984, als er in die Treasury eintrat, in der Wirtschaft tätig. Mulford, der sich in seiner neuen Eigenschaft ausländischen Journalisten vorstellte, ist offenbar in der Geldpolitik weniger dogmatisch als Sprinkel.

US-SPARKASSEN / Senat von Ohio lehnt Krisenplan ab

Bankfeiertage verlängert

AFP, *Cincinnati*

71 Spar- und Darlehenskassen im amerikanischen Bundesstaat Ohio bleiben zunächst weiter geschlossen. Der Senat des Bundesstaates lehnte am Dienstag einen Entwurf des Repräsentantenhauses von Ohio ab, das die Wiedereröffnung der Geldinstitute unter der Schirmherrschaft der Bundeseinlagenversicherung, Federal Saving and Loans Insurance Corp. (FSLIC), befürwortet hatte.

Der Gouverneur von Ohio, Richard Celeste, *hatte am Freitag* die Schließung bis Montag wegen eines Runs auf die Spareinlagen angeordnet und sie dann um weitere 48 Stunden verlängert. Von der Maßnahme betroffen sind die Spar- und Darlehenskassen, die bei der privaten Gesellschaft „Ohio Deposit Guarantee Fund" versichert sind.

Die Entwicklung, die zu dem Run auf die Einlagen führte, wurde durch den Zusammenbruch der Brokerfirma E. S. M. Government Securities in *Florida eingeleitet. Die größte* Sparkasse Ohios, die Home State Savings in Cincinnati, die mit dieser Wertpapierhandelsfirma eng zusammenarbeitete, verzeichnete daraufhin einen Verlust von rund 150 Millionen Dollar. Die Schwierigkeiten dieses Instituts wurden schnell bekannt und zahlreiche Anleger zogen ihre Einla*gen nicht nur bei der Home State* Savings, sondern auch bei anderen Instituten ab, die *damit* ebenfalls gefährdet wurden. Die Kettenreaktion war nicht zuletzt der Tatsache zuzuschreiben, daß die Einlagen der Spar- und Darlehenskassen nicht von der Bundeseinlagenversicherung garantiert werden. Der Bestand der privaten „Ohio Deposit Guarantee Fund" beträgt nur knapp 140 Millionen Dollar, die durch die Home-State-Verluste bereits überzogen sind.

Der Rettungsplan der Regierung des Bundesstaates Ohio sah unter anderem vor, daß alle Institute, deren Einlagen bisher privat versichert sind, sich um Bundesgarantien der Federal Savings and Loans Insurance *Corp. (FSLIC)* bemühen. Ob diese Institution sich dazu bereit erklärt, war *jedoch noch ungewiß,* da ihre Reserven durch zahlreiche Pleiten des vergangenen Jahres bereits um 300 Millionen Dollar zurückgingen.

Mitglieder der Bundeseinlagenschutzgesellschaft können allerdings nur *diejenigen Institute werden,* die über eine ausreichende Kapitalbasis verfügen. Nach Auskunft der Bundesaufsichtsbehörden erfüllt höchstens ein Drittel die Bedingungen für die Übernahme in den staatlichen Sicherungsfonds.

KIENZLE APPARATE / Künftig unter neuer Flagge

Wieder in schwarzen Zahlen

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Kienzle Apparate GmbH, Villingen, seit 1982 hundertprozentige Tochtergesellschaft der Mannesmann AG, wird ihre Konzernzugehörigkeit vom 1. April an auch nach außen demonstrieren: Das Unternehmen, das sich zunächst als Fahrtschreiberhersteller, dann als Computerbauer einen Namen gemacht hatte, wird dann als Mannesmann Kienzle GmbH firmieren.

Der Zeitpunkt dieser nun auch formellen „Eingemeindung" kommt wohl nicht von ungefähr. Zum einen hat Kienzle 1984 nach mehreren Verlustjahren und einem Jahr mit ausgeglichenem Ergebnis erstmals wieder einen „akzeptablen" Gewinn gebracht. Wie hoch er ausgefallen ist, mochte Geschäftsführer Wilhelm Jägers den Konzerngepflogenheiten entsprechend nicht bekanntgeben.

Zum anderen dürfte die Demonstration der Zugehörigkeit auch dazu dienen, die vom Wettbewerb im Markt gern genutzten Zweifel an der Dauerhaftigkeit des Mannesmann-Engagements nachhaltig auszuräumen. Auf jeden Fall wird damit ein Schlußstrich unter die recht schnell vollzogene Integration in den Konzern gezogen.

Das Jahr 1984 hat die Kienzle-Gruppe ein gutes Stück vorangebracht. Der Umsatz stieg um 17 Prozent auf 1,2 (1) Mrd. DM, von denen 58 (55) Prozent aufs Auslandsgeschäft entfielen. Noch besser entwickelten sich die Auftragseingänge. Ihr Wachstum um 22 Prozent auf 1,26 (1,03) Mrd. DM wurde von allen Produktbereichen getragen.

So ging es im Kfz-Bereich (Fahrtschreiber, Taxameter, Tankautomaten) um sechs Prozent aufwärts, in der EDV um 20 Prozent und im EDV-Drucker-Geschäft der Kienzle-Tochter Mannesmann Tally sogar um 39 Prozent. Da nicht alle Aufträge abgearbeitet wurden, gingen die Villinger mit einem um 15 Prozent gesteigerten Bestand ins neue Jahr.

Die gute Startposition und der Eindruck, daß sich die günstige Vorjahresentwicklung auch 1985 fortsetzt – die Aufträge der ersten beiden Monate lagen um 14 Prozent über dem Stand von 1984 –, lassen Jägers fürs Gesamtjahr vorsichtig auf einen Umsatz von „mindestens" 1,3 Mrd. DM hoffen. Daran sollen die Datenverarbeitung mit 46 Prozent, die Druckerproduktion mit 36 Prozent, der Fahrzeugbereich mit 15 Prozent und die Tankdatensysteme mit drei Prozent beteiligt sein.

Die weitere Expansion wird auch Neueinstellungen nötig machen. Allein im Vertriebsbereich sind 150 neue Stellen vorgesehen, nachdem die Beschäftigtenzahl im vergangenen Jahr noch um vier Prozent auf 8120 (8470) reduziert worden war. Mit diesem Personalabbau wurde ein Pro-Kopf-Umsatz von 151 000 DM erreicht; im letzten Verlustjahr 1982 hatte man noch bei 105 000 DM gelegen. Die Sachinvestitionen stehen 1985 mit gut 25 Mill. DM im Plan.

RHEINHYP / Trotz nochmals hoher Wertberichtigung wird Dividende aufgestockt

Anteil der Neubau-Finanzierung sinkt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Neben dem Großaktionär Commerzbank können sich auch die freien Aktionäre freuen, daß sich die Rheinische Hypothekenbank nach fünf Jahren wieder einmal eine Dividendenerhöhung, und zwar von neun auf zehn DM je Aktie leisten kann. Sie ist aus dem höheren Betriebsergebnis, bei unveränderter Rücklagendotierung mit 40 Mill. DM, trotz nochmaliger Belastungen des Ergebnisses mit Wertberichtigungen auf die von einem früheren Vorstandsmitglied eingegangen dubiosen Engagements, spielend darzustellen, zumal da diese Sonderbelastungen 1984 weniger zu Buche schlugen als im Vorjahr. Diese 1983 mit 108 Mill. DM ausgewiesenen Engagements, die durch Auflösung oder Übernahme in den Hypothekenbestand auf drei Mill. DM zurückgeführt wurden, enthalten nach Einschätzung des Vorstands keine Risiken mehr.

Trotz weiter nachlassender Wohnungsbaunachfrage war das Interesse für Hypotheken in den ersten zehn Wochen dieses Jahres geradezu stürmisch; die Zusagen waren um 85 Prozent höher als vor einem Jahr. Die Nachfrage stammte vor allem von Darlehnsnehmern, die mit kurzfristigen Zwischenfinanzierungen auf einen weiteren Zinsrückgang gesetzt hatten und jetzt vom Zinsanstieg überrascht wurden. Einschließlich Kommunalgeschäft überstiegen die Darlehnszusagen mit einer Mrd. DM das Vorjahresniveau um 25 Prozent. Inzwischen hat sich das Geschäft wieder normalisiert.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich das 1983 noch dominierende Hypothekengeschäft im Einklang mit der flauen Konjunktur in der Bau- und Wohnungswirtschaft deutlich abgeschwächt. In dieser Sparte stand die Finanzierung von Modernisierungen, Renovierungen und des Erwerbs von „Gebrauchtimmobilien" mit einem Anteil von 49 Prozent im Vordergrund. Dieser „Bestandsfinanzierung" mißt Vorstandsmitglied Horst Albig auch künftig besondere Bedeutung bei, nachdem die Neubaufinanzierungen, deren Schwergewicht mit zwei Dritteln bei Eigentumsobjekten lag, 1984 nur noch 34 Prozent der Hypothekenzusagen ausmachten. Die Zwangsmaßnahmen haben zwar von 543 auf 623 Fälle zugenommen; aber bei 91 000 Darlehen ist das lediglich eine Quote von 0,68 Prozent. Die Abschreibungen auf rückständige Zinsen erhöhten sich von 8,3 auf 11,4 Mill. DM. Im Gewerbegeschäft hat die Bank mit 314 (371) Mill. DM weniger Kredite zugesagt, weil sich die Eigenfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen weiter besserten.

Stark ausgeweitet hat die Rheinhyp ihr Kommunaldarlehnsgeschäft, dessen Schwerpunkt mit einer Mrd. DM bei der Finanzierung des Staates und öffentlich-rechtlicher Institutionen lag. Rund 300 Mill. DM gingen ins Ausland, davon 170 Mill. DM zur Exportfinanzierung mit Bundesbürgschaft; damit erhöhte sich das Auslandsengagement auf 1,7 Mrd. DM. Von den zur Zinsanpassung anstehenden Darlehen blieb der größte Teil (1,5 Mrd. DM) im Hause. Nach der Rücklagendotierung steigt der Emissionsspielraum auf 2,8 Mrd. DM, so daß eine Kapitalerhöhung nicht nötig wird.

Rheinhyp	1984	±%
Hypo-Zus. (Mill. DM)	1847	– 25,6
Kom. Darl. Zus.	2562	+ 36,4
Darl. Auszahlg.	4454	+ 5,5
Darl. Bestand	26 462	+ 9,2
Eigenkapital	564	+ 7,6
Bilanzsumme	28 007	+ 9,2
Zinsüberschuß (incl. Einmal-Ertrag/Aufwd.)	195	+ 5,4
Betriebsergebnis	142	+ 5,6
Jahresüberschuß	57	+ 3,1

SCHNELLGASTRONOMIE / Deutliches Umsatzplus

McDonalds an der Spitze

PETER ZERBE, Hamburg

Die Schnell-, Handels- und Systemgastronomiebtriebe in der Bundesrepublik haben im vergangenen Jahr nach fast 30monatiger Stagnation wieder ein deutliches Umsatzplus erzielt. Vom Gesamtumsatz der etwa 140 000 Gastronomiebetriebe mit mehr als 30 Mrd. DM (ohne Übernachtungen und Hotelrestaurants) haben die 30 größten Fast-Food-Betriebe fast 4,2 Mrd. DM erlöst – knapp 13 Prozent des Gesamtvolumens. Nach einer Analyse der Fachzeitschrift „fast food-Praxis" legten diese 30 Unternehmen gegenüber 1983 fast vier Prozent zu.

Wie auf der Gastronomie-Messe InternorGa in Hamburg mitgeteilt wurde, führt seit 1982 McDonalds, München, die Hitliste der Top 30 an. Diese Kette setzte 593 Mill. DM um, gegenüber 506 Mill. DM 1983. Auf dem zweiten Platz liegen wieder die Autobahn-Raststätten und Erfrischungsdienste mit 491 (478,4) Mill. DM. Die Lufthansa Service GmbH belegt den dritten Platz mit 400 (361) Mill. DM.

Sechs Unternehmen haben über 215 Mill. DM umgesetzt: Die Wienerwald-Gruppe mit 285,4 (325) Mill. DM, die Bundesbahn-Tochter DSG mit 271,7 (261) Mill. DM, Hertie mit 231,9 (mit Kaufhalle) (198,7) Mill. DM, Kaufhof mit 234 (276,7) Mill. DM, Karstadt mit 228 (227) Mill. DM und die Nordsee Deutsche Hochseefischerei mit 217 (214) Mill. DM. Mehr als 100 Mill. DM Umsatz erlösten Horten 117,7 (117) Mill. DM und die Kette Kochlöffel 102 (102) Mill. DM. 18 Betriebe erlösten Umsätze zwischen 83 und 22,6 Mill. DM.

Zur Überraschung der Experten hat die Aldi-Gruppe mit ihrem Konzept Bill Collins den Rückzug angetreten. Offensichtlich hat es bei Aldi Managementprobleme gegeben. Viele Fast-Food-Betriebe klagen über Mangel an qualifiziertem Führungspersonal. Erst an zweiter Stelle bereitet der Kostenanstieg für einzelne Lebensmittel den Betrieben Sorge. Auch der Kampf um Top-Lagen macht Kopfzerbrechen, denn nur gute Lagen sichern den Betrieben das Wachstum. Neu auf den Markt drängt Nestlé in Partnerschaft mit Grands Moulins de Paris. Auch Tchibo will in das Geschäft einsteigen.

WIRTH-GRUPPE / Rezessionsphase überwunden

Mit dem Ertrag zufrieden

INGE ADHAM, Frankfurt

Mit dem Ergebnis des Geschäftjahres 1984 sieht Helmut Schäfer, Sprecher der Eigentümerfamilie der Wirth-Gruppe, Fulda, die dreijährige Rezessionsphase als endgültig überwunden an. Die selbständigen Unternehmen Dura Tufting GmbH, Filzfabrik Fulda GmbH und Beteiligungsunternehmen sowie die Kammgarnspinnerei J. C. Wirth, Donaueschingen, erzielten einen addierten Gesamtumsatz von gut 368 (i. V. 349) Mill. DM. Mit dieser Steigerung um 5,4 (1,4) Prozent wurde der Umsatz 1980 wieder übertroffen. Mit dieser Entwicklung zahle sich nach Einschätzung von Schäfer die entwickelte „Anbieterphantasie" aus.

Dahinter steht die Überlegung, sich nicht mit Hinweis auf gesättigte Märkte mit stagnierender Absatzentwicklung zufriedenzugeben, sondern durch Spezialisierung und Konzentration auf Kundenwünsche Teilmärkte zu sichern. Daß dies nicht ein Verlassen der Maxime Ertrag geht vor Umsatz bedeutet, belegt der Hinweis von Schäfer auf die erfreuliche Ertragsentwicklung der Familiengruppe, die traditionell genaue Ergebniszahlen nicht nennt. „Es war ein gutes Jahr für alle Unternehmen", betont Schäfer, der auch für dieses Jahr noch positivem Auftakt mit einer guten Entwicklung rechnet. Dafür sorgen auch die mit 8,5 (13,3) Mill. DM im vergangenen Jahr „normalisierten" Investitionen vor allem zum Ausbau des „hohen technischen Niveaus".

Deutlich abkoppeln von der Branchenentwicklung konnte sich im vergangenen Jahr die Dura Tufting GmbH, die bei wieder geschrumpftem Inlandsmarkt, auf dem jetzt jeder zweite Quadratmeter Tufting-Teppichboden (i. V. 45 Prozent) aus Importen stammt, ihren Umsatz um 2 Prozent auf 218,3 (213,9) Mill. DM steigern konnte und mit dem Durchschnittserlös pro Quadratmeter deutlich über dem Branchendurchschnitt liegt. Wachsende Erfolge werden auch mit verformten Automatten erzielt, wobei die Streikausfälle im zweiten Halbjahr wettgemacht wurden.

In der Filzfabrik Fulda und ihren Beteiligungsgesellschaften gewinnen die technischen Filze immer stärkeres Gewicht. Vor allem dieses „Eingehen auf neue Geschäfte" sorgte für eine Umsatzsteigerung um 7,6 Prozent auf 97 (gut 90) Mill. DM. Nach wie vor ist die Filzfabrik Fulda damit größter Wollfilzhersteller auf dem europäischen Kontinent. Die Hinwendung zu einem sehr modischen Garnangebot hat der Kammgarnspinnerei J. C. Wirth einen Umsatzsprung um ein Fünftel auf knapp 44 Mill. DM beschert, nachdem im Vorjahr die schwache Nachfrage am stagnierenden europäischen Strickstrumpfmarkt für einen zweiprozentigen Rückgang gesorgt hatte. Der Export kletterte auf 27,5 (26,8) Prozent. Für die gesamte Gruppe mit ihren rund 2600 Mitarbeitern liegt der Exportanteil bei 16,8 (15,9) Prozent.

WLZ: Agrarpolitik wirkte negativ

MANFRED FUCHS, Stuttgart

Die agrarpolitischen EG-Beschlüsse haben im Jahr 1984 wie selten zuvor den Geschäftsverlauf der WLZ-Raiffeisen e. G., Stuttgart, negativ beeinflußt. Zwar nahm der Umsatz dieser großen landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft in Württemberg im Geschäftsjahr 1984 geringfügig um 1,3 Prozent auf 1,46 Mrd. DM zu, doch haben sich die Roherträge im Vergleich zum Umsatz unterproportional entwickelt.

Der Bilanzgewinn ist deshalb, so berichtete WLZ-Vorstandsvorsitzender Berthold Weyreter, mit rund 2,1 Mill. DM nur halb so groß wie der Vorjahreswert von rund 4,2 Mill. DM. Das erzielte Ergebnis läßt aber die Verteilung einer Netto-Dividende von wieder 5,12 Prozent zu. Einen gewissen Ausgleich brachte das nicht näher bezifferte Beteiligungsergebnis. Gleichzeitig werden die Rücklagen mit 0,428 (2,6) Mill. DM dotiert. Die Geschäftsguthaben der 1198 (1201) Mitglieder stiegen auf 33,7 (32,8) Mill. DM.

Der Ertragsdruck aufgrund der Futtermittelentwicklung konnte zum Teil durch ein Entgegensteuern bei den Personalkosten ausgeglichen werden. Die Zahl der Mitarbeiter (einschließlich Saisonarbeitskräfte) ging bis Ende 1984 auf 2398 (2437) zurück. Das in den Beteiligungsfirmen gebundene Kapital wurde auf 21,2 (Vorjahr: 22,6) Mill. DM verringert. Die WLZ-Generalversammlung findet am 4. Juni 1985 in Sindelfingen statt. Die Investitionen der WLZ wurden 1984 auf 17 (14) Mill. DM aufgestockt.

Vom WLZ-Gesamtumsatz 1984 entfielen 37,9 (39,7) Prozent auf das „klassische Geschäft" mit landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, das im Umsatz um 3,5 Prozent zurückging. Das „agrartechnische Sortiment", das 9,3 (11,5) Prozent des WLZ-Gesamtumsatzes ausmachte, mußte wegen der Einkommensrückgänge und der Verunsicherung in der Landwirtschaft einen Umsatzrückgang um 17,6 Prozent hinnehmen. Der Umsatzanteil der „Erfassung und Vermarktung" landwirtschaftlicher Erzeugnisse stieg auf 22,5 (19,5) Prozent. Das sogenannte „ländliche Geschäft" brachte 30,3 (29,3) Prozent des Gesamtumsatzes und wuchs wegen der überdurchschnittlichen Entwicklung bei Brenn- und Kraftstoffen um fünf Prozent.

ANDREAS STIHL / Investitionen steigen kräftig

Neueinstellungen geplant

MARTIN FINK, Waiblingen

Für die Andreas Stihl Maschinenfabrik, Waiblingen, hat das Geschäftsjahr 1985 „sehr befriedigend" begonnen. Man liege weitgehend innerhalb der Planungen, die für die Gruppe 1985 eine Umsatzsteigerung von etwa zehn Prozent vorsähen, teilte der Geschäftsführende Gesellschafter Hans-Peter Stihl mit. Einen Schwerpunkt legt das Unternehmen, das sich als weltweit größter Hersteller von Motorsägen sieht, 1985 auf die Investitionen, für die im Stammhaus rund 26 (1984: 15,5) Mill. DM und in der Gruppe weltweit wieder gut 30 Mill. DM vorgesehen sind. Dieser Aufwand wird vor allem der weiteren Rationalisierung dienen.

Im Jahr 1984 hat die Gruppe den Umsatz um 23 Prozent auf 910,5 (Vorjahr: 741,4) Mill. DM ausgeweitet. Teilweise war diese Steigerung auch durch den Dollarkurs begünstigt. Vom Gruppenumsatz entfielen 793,9 (627,4) Mill. DM auf das Ausland. Das Stammhaus mit seinen sechs inländischen Werken setzte 1984 mit 484,7 (432,1) Mill. DM zwölf Prozent mehr um als 1983 und erreichte einen Exportanteil von 79 Prozent. Mit der Ertragslage zeigt sich Stihl zufrieden.

In den USA, dem wichtigsten Absatzmarkt, konnte Stihl den Umsatz auf DM-Basis um rund 30 Prozent steigern. Beträchtlich war der Umsatzzuwachs auch auf anderen wichtigen ausländischen Märkten für Motorsägen und Motorgeräte, wie in Brasilien, Argentinien und Kanada. In Frankreich, dem wichtigsten europäischen Markt, beginnt sich die Gründung einer eigenen Vertriebsgesellschaft auszuzahlen. Eine positive Entwicklung wird deshalb auch für Spanien erwartet, wo Stihl Anfang 1985 den Vertrieb in eigener Regie übernommen hat. Die Belegschaft ist 1984 im Stammhaus auf 3488 (3450) und in der Gruppe auf 5083 (4771) Beschäftigte gestiegen und soll 1985 noch etwas aufgestockt werden.

FEDDERSEN & CO. / Wachstum im asiatischen Raum

Eigengeschäft ausgebaut

JAN BRECH, Hamburg

Die Hamburger Außenhandelsgruppe K. D. Feddersen hat im Berichtsjahr 1983/84 (30. Juni) das Eigengeschäft weiter ausbauen können. Nach Angaben des Geschäftsführers Jürgen Heck erhöhten die zur Gruppe gehörenden Firmen Feddersen & Co. sowie die Norddeutsche Überseegesellschaft in Hamburg mbH die Eigenumsätze um fünf Prozent auf 210 Mill. DM, wobei die Feddersen & Co. den größten Teil zum Gesamtumsatz beisteuerte. Die Provisionsumsätze gibt Heck mit unverändert 70 Mill. DM an.

Die Feddersen-Gruppe ist schwerpunktmäßig in Ostasien, Nahost, Südamerika und Afrika tätig; exportiert werden vorwiegend Erzeugnisse der mittelständischen Industrie. Dabei hat sich Feddersen & Co. sowohl im Ex- und Import als auch im Großhandelsgeschäft auf Chemikalien spezialisiert. Die Firma verfügt über sieben Verkaufsbüros in der Bundesrepublik Deutschland, die für Vertrieb und anwendungstechnische Beratung im Kunststoffbereich zuständig sind, und über sechs eigene Niederlassungen im Ausland. Daneben bestehen im Ausland Kooperationen mit Geschäftspartnern. Die Norddeutsche Überseegesellschaft, die 1949 von Feddersen übernommen worden ist, führt Maschinen, Industrieprodukte und Stahlerzeugnisse aus. Als Importeur vertritt sie seit vielen Jahren exklusiv die spanische Firma Olarra SA, die rostfreien Stabstahl herstellt.

Mehrheitsgesellschafter beider Firmen, die zusammen mit einem Eigenkapital von sieben Mill. DM ausgestattet sind, ist die 1958 gegründete K. D. Feddersen Stiftung. Mit Prognosen für 1985 ist Heck vorsichtig. Der asiatische Raum bleibe Wachstumsträger, im arabischen Raum mache der Golfkrieg Sorgen. Probleme bereite zudem die Verschuldung vieler Entwicklungsländer.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bocholt: Nachl. d. Kurt Tenhaken; **Bochum:** Walter Wievelsiep, Kaufmann; **Braunschweig:** Manfred Sterling, Kaufmann; **Celle:** Armin Hornbostel, Maurermeister, Hohne; **Duisburg:** Feigl Großküchenvertriebsges. mbH, Oberhausen; **Esslingen:** 1. Alber Heizungs- Klima- Sanitärtechnik GmbH & Co. Betriebs-KG, 2. Alber Heizungs- Klima- Sanitärtechnik GmbH, Reichenbach/Fils; **Frankfurt:** HEBA – Vermögensverwaltungs GmbH i. L.; **Hagen:** Nachl. d. Karl-Heinz Georg August Müller; **Hameln:** Küchen-Peter GmbH; **Menden (Sauerland):** Otto Görrissen, Kaufmann; Reisebüro Ruth u. Otto Görrissen; **Münster:** Warendorfer Bauträger GmbH, Warendorf; DATICO Baubetreuungsges. mbH, Warendorf; **Plön:** Nachl. d. Uwe Kähler, Martensrade; **Recklinghausen:** Herbert Bösing, Rechtsanwalt, Datteln; **Tübingen:** Haid – Bau GmbH, Rottenburg-Ergenzingen; **Ulm:** Schenzle GmbH Bauunternehmung, Ehingen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheuka (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Kozak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Die Chancen muß man auch nutzen

Die Verteufelung der neuen Technologien findet glücklicherweise immer weniger Resonanz in der Öffentlichkeit. Die Gleichung: Mehr Mikroprozessoren gleich mehr Arbeitslosigkeit geht nicht einmal mehr in propagandistischen Darstellungen auf.

Ein typisches Beispiel für die stimmende Gegenrechnung liefern die Büroberufe: Trotz einer steigenden „Inlandsmarktversorgung" der Bundesrepublik Deutschland mit Geräten der Büro- und Informationstechnik ist der Anteil der Arbeitslosen in Büroberufen an der Gesamtzahl aller Arbeitslosen von 24,5 Prozent (September 1977) auf knapp 19 Prozent (September 1983) zurückgegangen. So hat es jetzt das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln ausgerechnet.

Der Bereich der Büroarbeit ist aber auch aus einem weiteren Grund ein wichtiges Feld, die Bedeutung der Technisierung und Modernisierung zu verdeutlichen:

Das Hauptziel besteht inzwischen immer weniger noch darin, Abläufe zu automatisieren, als vielmehr darin, die Führungskräfte bei Entscheidungen zu unterstützen. Die modernen Informationstechniken ermöglichen es immer mehr, die Verwaltung in einen integrierten und dezentral angelegten rechnergestützten Informations- und Kommunikationsablauf einzubinden. So wird das Büro der Zukunft in verstärktem Maße zu einer Denkwerkstatt des Unternehmens, in der die Mitarbeiter als Regisseure am Geschehen beteiligt werden können. Arbeitsinhalte können besser auf den Mitarbeiter zugeschnitten werden und dessen Chancen zur Höherqualifizierung steigen.

Das Kölner Institut geht auf der Basis vorliegender, empirischer Untersuchungen davon aus, daß die neuen Bürotechniken wesentlich dazu beitragen, den Wohlstand einer immer mehr auf dem Produktionsfaktor Information basierenden hochentwickelten Gesellschaft auch künftig zu sichern. Diejenigen Unternehmen werden einen unbezweifelbaren Wettbewerbsvorsprung erhalten, deren innerbetrieblichen Organisation es gelingt, die Ziele Wirtschaftlichkeit und menschengerechte Arbeit am besten aufeinander abzustimmen.

Umso unverständlicher ist die Scheu vieler Unternehmer gerade in kleinen und mittleren Betrieben, die verbesserten Informationsmöglichkeiten durch moderne Technologien auch zu nutzen. In zu vielen Köpfen spukt vor allem noch die Angst, sich selbst zum Sklaven der Technik zu degradieren.

Es gibt inzwischen genügend Weiterbildungs-Anbieter, die diese psychologischen Hürden abbauen helfen. Sie kombinieren diesen ersten Schritt der gezielten Fortbildung häufig mit dem zweiten, der engeren technologischen „Nachhilfe". Diese Möglichkeiten müssen nur genutzt, Bedenken und Ängste über Bord geworfen werden. Ansonsten drohen in absehbarer Zeit hausgemachte Schwierigkeiten in gesunden Firmen, weil man meint, noch mit Großvaters Technik auskommen zu können. Der Konkurrenz-Vorsprung deutscher Unternehmen beruhte immer nicht nur auf handwerklicher Tüchtigkeit, sondern auch auf Innovations-Bereitschaft. p. p.

Der Trend geht zum individuellen Angebot

Fernunterricht auf dem Weg, als vollwertige Bildungsmöglichkeit anerkannt zu werden: Mehr als eine Notlösung

Fernunterricht ist eine Fortbildungsmethode, die seit mindestens 150 Jahren praktiziert und in nahezu allen Ländern der Erde eingesetzt wird. Ihre Gleichwertigkeit zu Direktunterricht hinsichtlich didaktischer und pädagogischer Qualität ist von Wissenschaftlern und methodenkundigen Praktikern längst anerkannt. Trotz dieser Meriten ist Fernlernen in der Bundesrepublik Deutschland kaum bekannt und wird seltener genutzt als in jedem anderen europäischen Staat.

Ganze 100 000 Fernschüler zählt man bei uns durchschnittlich pro Jahr. Die Quoten derer, die sich mit Fernunterricht auf eine Kammerprüfung vorbereiten, liegen bei den meisten Abschlüssen zwischen einem und vier Prozent. Eine Ausnahme bildet die Versicherungsfachwirtschaft, bei der sich mindestens zwölf Prozent der Prüfungsteilnehmer durch Fernkurse vorbereiten.

Eine flexible und effektive Alternative

Angesichts dieser enormen Diskrepanz zwischen Nutzungsmöglichkeiten und tatsächlicher Anwendung bemühen sich das Bundesbildungsministerium und das Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin seit einiger Zeit darum, die Öffentlichkeit auf Fernunterricht als eine flexible und effiziente Alternative für Direktunterricht aufmerksam zu machen. Sie bedienen sich dabei argumentativ zahlreicher sozialwissenschaftlicher Untersuchungen, die sich auf alle Aspekte von Fernunterricht beziehen und im Grundsatz immer wieder zwei Sachverhalte belegen:

- Betriebe oder Privatpersonen, die die Methode kennen und bereits genutzt haben, sind mit ihr überwiegend zufrieden und wenden Fernlehrgänge immer wieder an, um Bildungsziele zu erreichen.
- Fernunterricht ist nicht nur eine „Notlösung" dann, wenn sich keine regionalen Direktmöglichkeiten bieten, und ist auch nicht nur für einige wenige Lerninhalte geeignet. Im Gegenteil: Diese Unterrichtsform kristallisiert sich immer stärker als eine eigenständige heraus mit einer Vielzahl von Inhalten und Abschlußmöglichkeiten, die in vielen Regionen das örtliche Angebot übertreffen.

Der Deutsche Fernschulverband hat unlängst eine Broschüre „11 Gründe für die Nutzung von Fernunterrichtsangeboten" herausgegeben, die ebenfalls auf der Basis von sozialwissenschaftlichen Arbeiten zusammengestellt worden sind. Hier wird Privatpersonen, die sich nebenberuflich weiterbilden wollen, wie auch Betrieben, die nach neuen Wegen für ihre Bildungsarbeit suchen, deutlich gemacht, welche Nutzungsvorteile entstehen können.

Gerade in der Wirtschaft ist die Unkenntnis über diese Bildungsmethode besonders weit verbreitet und damit auch das Maß an Vorbehalten und Vorurteilen beträchtlich. Die Gründe hierfür liegen nicht nur in allgemeiner Unkenntnis, sondern auch in „Informationsbarrieren" vor Ort: Bildungsexperten von Kammern und Verbänden haben aus Wettbewerbsgründen in der Vergangenheit das Thema Fernunterricht weitgehend aus ihren Beratungsgesprächen ausgeklammert. Denn der überregional verfügbare Fernunterricht wurde als Konkurrenz zu den hauseigenen Bildungsmaßnahmen für die örtliche Wirtschaft angesehen.

Die Hamburger Zigaretten-Firma Reemtsma demonstriert nun seit einiger Zeit als Vorreiter, daß Fernunterrichtsmaßnahmen attraktive Angebote für die Mitarbeiterschulung sind. Das Unternehmen hat zwei zunächst für den konzerninternen Gebrauch bestimmte Kurse mittlerweile an mehr als 350 Betriebe aus verschiedenen Branchen verkauft. Die Abnehmer stammen – so Reemtsma – zu mehr als der Hälfte aus der Industrie. Knapp die Hälfte dieser Fernunterrichts-Kunden sind Betriebe mit weniger als 1000 Mitarbeitern.

Zentrales Nutzungsargument für den Einsatz der Fernlehrgänge ist hierbei die standardisierbare, gleichzeitige Ausbildung von Mitarbeitergruppen, die dezentral eingesetzt sind. Wichtig ist auch, daß sich die Kosten für eine derartige betriebliche Bildung überschaubar gestalten. Denn es entfallen Arbeitsausfallzeiten, Trainer- und Raumkosten sowie Reisespesen. Zudem werden neue Mitarbeitergruppen erreicht, die sich am Direktunterricht nicht beteiligen.

Nicht immer werden die Betriebe unter den mehr als 1000 für den deutschen Markt zugelassenen Fernlehrgängen den für die eigenen Verhältnisse genau zugeschnittenen finden. Doch der Sektor ist eben völlig transparent: Die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht und das Bundesinstitut für Berufsbildung geben genauso wie der Deutsche Fernschulverband ausführliche und übersichtlich gegliederte Verzeichnisse heraus, die eine erste Orientierung und die Kontaktaufnahme mit Fernlehreinrichtungen ermöglichen.

Möglichkeiten für individuelle Gestaltung

Obwohl die Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Fernschulen noch in den Anfängen steckt, wächst die Bereitschaft der Kursanbieter, die Möglichkeiten der individuellen Nutzung von Fernkursen zu diskutieren und hierfür Formen zu entwickeln. Zusätzliche Medien wie Videofilm, Tonkassetten, unstrukturierte betriebliche Erfahrungsaustauschgruppen, geplante und in die Lernprozesse integrierte Direktunterrichtsanteile sind Hilfsmittel, mit denen standardisierte Lehrgänge betriebsspezifisch verbessert werden. Gerade die Kostenseite, aber auch das Argument der flexiblen Anwendbarkeit gehören genauso wie die Möglichkeiten von Fernunterricht, dezentrale Ausbildungskapazitäten zu schaffen, zu den Anreizen für Betriebe jeder Größe und Branche sowie für Verbände, den Fernunterricht als Alternative in die Planungen einzubeziehen. B. KAMMERER-JÖBGES

Kontaktadressen für Interessenten

Folgende zentrale Stellen beantworten Fragen von Interessenten und versenden auf Anfrage umfassendes Material zum Thema Fernunterricht:

Deutscher Fernschulverband, Ostendstraße 3, 6102 Pfungstadt, Telefon: 06157/30 81;

Bundesinstitut für Berufsbildung, Abteilung Fernunterricht, Fehrbelliner Platz 3, 1000 Berlin 31, Telefon: 030/8 68 31;

Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht der Länder der Bundesrepublik Deutschland, Peter-Welter-Platz 2, 5000 Köln 1, Telefon: 0221/23 55 38.

Außerdem steht jedes der am Markt tätigen Unternehmen für Anfragen und Kundenwünsche bereit.

Systemarchitekt – neue Chance für Akademiker

Technologische Fortbildung mit Praxisbezug in Berlin

H. WATERMANN, Berlin

In Berlin haben Nixdorf Computer, Siemens und das Berliner Software- und Systemhaus PSI eine gemeinsame Gesellschaft gegründet: die Gesellschaft für neue Berufe.

Diese Neugründung wendet sich an Hochschulabsolventen technischer und wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtungen. Sie bietet diesen die Möglichkeit, sich über den akademischen Abschluß hinaus zu qualifizieren, in praxisnahen Projekten zunächst auf den Gebieten Kommunikationstechnologie oder Marketing/Vertrieb. Auch qualifizierten Praktikern aus der Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst steht der Ausbildungsgang offen.

Mit dem Einstieg in die Gebiete Informations- und Kommunikationstechnik sowie Marketing/Vertrieb werden Schlüsselbereiche besetzt, die als Wettbewerbsfaktor zunehmend entscheidend werden. Die rasche technische Entwicklung macht es den Hochschulen immer schwerer, mit ihren Ausbildungsinhalten in diesen Fachdisziplinen Schritt zu halten. Zwangsläufig ergeben sich kontinuierlich zeitliche und damit auch inhaltliche Lücken zwischen neuen Erkenntnissen und deren Einbeziehung in die Lehrpläne. Hier sieht die Gesellschaft mit ihrem unmittelbaren Praxisbezug und in Zusammenarbeit mit Universitäten und Fachhochschulen ein Prüffeld für neue Ausbildungsinhalte und -formen.

Innerhalb der einjährigen Ausbildung wird dem Teilnehmer in ständigem Wechsel von Theorie (ein Drittel der Zeit) und Praxis (zwei Drittel der Zeit) Wissen über modernste Technologien einerseits und grundsätzliche Fähigkeiten im Bereich des Projektmanagements andererseits vermittelt. Am Ende der Ausbildung steht der „Systemarchitekt", der nicht nur über praxiserprobtes Wissen verfügt, sondern vor allem auch gelernt hat, in Systemen zu denken und zu handeln. Er kann Zusammenhänge erkennen, analysieren und seinem Auftraggeber nicht Einzellösungen, sondern systemintegrierte Gesamtlösungen vorschlagen und sie realisieren.

In Zusammenarbeit mit den Gründungsunternehmen werden Lern-Projekte ausgewählt, die der späteren Berufspraxis entliehen sind. Im Idealfall können die Projekte von den „Lehrlingen" bei einer späteren Einstellung durch ein Partnerunternehmen dort weitergeführt werden. Dabei kommen als Partnerunternehmen nicht nur die Gründungsgesellschaften oder andere Großunternehmen in Frage, sondern auch kleine und mittlere Unternehmen, die die Belastung einer solchen intensiven Weiterbildung allein nicht tragen können. Dadurch besteht die Möglichkeit, im praktischen Teil auch einen späteren Arbeitgeber kennenzulernen.

Unterstützt und gefördert wird die Gesellschaft vom Berliner Senat, der damit einen weiteren Beitrag leistet zur Verbesserung der Standortvorteile Berlins im Bereich der Zukunftstechnologien, insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen.

Rechtzeitig zum Start des ersten Lehrgangs im kommenden Monat konnten die beiden Programmleiter „Kommunikationstechnik" und „Marketing/Vertrieb" fest angestellt und die entsprechenden Räume im Technologie- und Innovationspark in Berlin-Wedding ausgebaut werden. Mit einer Bank wurde ein Modell über „Venture Capital in Education" erarbeitet, das die Kreditierung von Weiterbildungs- und Lebenshaltungskosten der Lehrgangsteilnehmer ermöglicht. Darüber hinaus hat ein österreichisches Unternehmen ein Stipendium gestiftet.

Das betriebliche Bildungswesen als Studienziel

ran. Esslingen

Die Berufspädagogische Hochschule in Esslingen bietet im Wintersemester 1985/86 zum vierten Mal eine begrenzte Zahl von Studienplätzen im Diplomaufbaustudiengang „Betriebliches Bildungswesen" an. Ziel dieses viersemestrigen Studiums ist die Befähigung, die betriebliche Schulung und Führung der Auszubildenden im kaufmännischen Bereich größerer Betriebe, die betriebliche Weiterbildung kaufmännischer Mitarbeiter bzw. überbetriebliche Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zu organisieren und durchzuführen. Bewerber müssen neben einem Studienabschluß wirtschafts- oder erziehungswissenschaftlicher Fachrichtung auch über eine abgeschlossene kaufmännische Berufsausbildung verfügen oder eine gleichwertige Tätigkeit in Betrieben von mindestens zweijähriger Dauer nachweisen. Bewerbungsschluß für das Wintersemester ist der 15. Juli.

Wie die Leitung der Berufspädagogischen Hochschule sagt, sind die Erfahrungen mit dem vor drei Jahren eingerichteten Studiengang „ermutigend, weil er zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Betrieben geführt hat". Sämtliche bisherigen Absolventen hätten außerdem „qualifizierte Arbeitsplätze" nach Abschluß der Weiterbildungsmaßnahme gefunden.

Unterschiede der Abitur-Niveaus in einzelnen Fächern

-oge, Stuttgart

Zu den immer wiederkehrenden Einschätzungen im Bildungswesen gehört es, daß das Abitur am beruflichen Gymnasium leichter ist als an einem allgemeinbildenden. Im baden-württembergischen Kultusministerium hat man inzwischen versucht, dieses festsitzende Vorurteil zu verifizieren.

Dabei hat man sich vor allem den Kernvorwurf vorgenommen, der die Abiturprüfung betrifft. Beim inhaltlichen Vergleich, um den es dabei geht, wurde eine paritätisch besetzte Kommission gebildet, um möglichst fair urteilen zu können. Das Ergebnis lief – im großen und ganzen – auf ein „gerechtes Unentschieden" hinaus. Allerdings gab es Einzelpunkte der Bewertung, in denen sich die Kommission nicht einigen konnte. So waren die Vertreter der allgemeinbildenden Gymnasien der Meinung, daß im Fach Biologie die Anforderungen der berufsbildenden Konkurrenz leichter seien – und stießen damit auf den Widerspruch ihrer Kollegen. Ähnlich sieht die Bewertung im Fach Englisch aus. Dafür sahen die Gutachter ein annähernd gleiches Niveau in Mathematik und Chemie.

Als Ergebnis der Synopse wurden jedenfalls von der Kommission dem Ministerium „Zukunftsaufgaben" für Verbesserungen in allen vier Fächern formuliert.

Umschulung für arbeitlose Lehrer ins Management

J. R. Bad Harzburg

Die Wirtschaftsakademie für Lehrer in Bad Harzburg führt seit dem Herbst 1983 einen Modellversuch für die Umschulung arbeitsloser Lehrer für eine qualifizierte Tätigkeit in der Wirtschaft durch. Am 25. Januar wurde im Rahmen dieses Projekts für 70 weitere beschäftigungslose Lehramtskandidaten der neue Studiengang Marketingassistent eröffnet. In einem einjährigen, kombinierten Fernstudium sind in einer ersten Phase dieses größten Gesamtversuchs in der Bundesrepublik Deutschland 500 arbeitslose Pädagogen zu Direktionsassistenten, Managementassistenten und Personalassistenten umgeschult worden. In der zweiten Phase werden, voraussichtlich vom April an, die Umschulungen zu Unternehmensassistenten (Handel) fortgesetzt. Die Teilnahme ist kostenlos, die Lehrgangsgebühren werden von der Bundesanstalt für Arbeit übernommen.

Eine ganz andere Zielgruppe wird von der Akademie für Führungskräfte mit einem Seminar angesprochen, das auf eine Woche angelegt ist: In der „Chefkursreihe" werden „Führung und Organisation im Zeitalter der neuen Technologien" vermittelt, um mit einem computeradäquaten Führungsstil vertraut zu machen. Dazu gehört auch, die Angst vor der Einführung neuer Technologien in Führungsetagen abzubauen.

Andere Wege der Berufsausbildung werden gesucht

E. S. Berlin

Das Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin will in diesem Jahr Konzepte für die Vermittlung neuer Lehr- und Lernmethoden in der beruflichen Bildung, neue Ausbildungsinhalte durch neue Technologien und vorliegende Erfahrungen bei der Ausbildung „besonderer Personengruppen" erarbeiten. Dieses Programm gehört zu dem neuen Arbeitsschwerpunkt des Institutes „Ausbilder-Förderung". Als Ziel beschreiben die Berliner, zur Umsetzung von Neuerungen auf allen Gebieten der beruflichen Bildung zusammen mit Weiterbildungsträgern vorbildliche Seminarkonzepte zu entwickeln.

Vier Konzepte sind in der Nahplanung: Förderung des selbständigen Lernens – beispielsweise anhand sogenannter „Leittexte", die die Auszubildenden zur Erarbeitung der notwendigen Kenntnisse für die Ausführung eines Arbeitsschrittes anregen sollen –, Frauen in gewerblich-technischen Berufen, türkische Jugendliche in der Berufsausbildung und neue Hilfen in der Ausbildung an CNC-Maschinen (Computersteuerungs-Technik). Bei der Erprobung werden von Anfang an die Träger von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen miteinbezogen, um schon bei der Entwicklung eine Brücke zu den späteren Anbietern und Durchführern der Seminare zu schlagen.

Stipendien sollen Wechsel in die Wirtschaft erleichtern

Bundesregierung finanziert Postdoktoranden-Förderung

p. p. Bonn

Fünf Millionen Mark stehen noch für das laufende Jahr zur Verfügung, auf jährlich 15 Millionen Mark soll der Fundus von 1986 an aufgestockt werden: Das Bundesbildungsministerium hat, nach der Zustimmung durch die Länder, ein Postdoktoranden-Programm aufgelegt, das insbesondere vielversprechende Hochschulabsolventen fördern soll, die ihre berufliche Perspektive außerhalb der Universitäten sehen. Dabei können Hochschulen auf Initiative von Forschungsschwerpunkten auch „Sammel-Anträge" für bis zu fünf Postdoktoranden stellen.

Die jungen Wissenschaftler, so umreißt das Haus Wilms die Zielrichtung, „die sich durch die Qualität ihrer Promotion als besonders befähigt ausgewiesen haben", sollen die Chance erhalten, „in der Regel unmittelbar nach der Promotion für eine begrenzte Zeit in der Grundlagenforschung in der Hochschule mitzuarbeiten und sich dadurch für eine künftige Tätigkeit auch außerhalb der Hochschule weiterzuqualifizieren". Das Postdoktoranden-Programm diene damit zugleich „der Förderung der Grundlagenforschung und dem Wissenstransfer in die Berufswelt". Die Förderung der jährlich bis zu 400 Nachwuchswissenschaftler wird in der Regel über Stipendien erfolgen. Wie es im Bundesbildungsministerium heißt, könnten „in begründeten Fällen aber auch Mittel für die befristete Beschäftigung in Angestelltenverhältnissen bereitgestellt werden".

Die Höhe der Stipendien entspricht den vergleichbaren Stipendien für promovierte Nachwuchswissenschaftler der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die auch für die Bewilligung der Postdoktoranden-Förderung zuständig ist. Sie liegt bei etwa 2000 Mark monatlich. Hinzu kommen während der Förderungszeit Mittel für Sach- und Reisekosten, die bis zur Höhe von 200 Mark monatlich pauschal gewährt werden. Auch erforderliche Sprachkurse können unterstützt werden.

Die Förderungsdauer beträgt zwei Jahre, mit einer Verlängerungsmöglichkeit um maximal ein Jahr. Dabei ist bemerkenswert, daß der Arbeitsplatz des Geförderten auch außerhalb einer Hochschule liegen kann, beispielsweise in einer Forschungseinrichtung oder einem Labor der Wirtschaft. Bevorzugt gefördert werden sollen Talente, die für die Durchführung ihrer wissenschaftlichen Arbeit während der Stipendiums-Zahlung einen Auslandsaufenthalt planen, deren – so das Bonner Ministerium – „geplante Arbeiten einen Bezug auf ein außeruniversitäres Berufsfeld haben oder die einen Wechsel der Hochschule zu Beginn oder während der Förderung beabsichtigen".

Am Ende stehen neue Experten in CAD/CAM

J. M. Stuttgart

Zu den wenigen Fachschulen, die Lehrgänge für computergesteuertes Konstruieren (CAD/CAM) anbieten, gehört das Seeber-Technikum in Remseck bei Stuttgart, das herstellerunabhängige Seminare in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern durchführt. Neben der Aus- und Weiterbildung zum Technischen Zeichner und Konstrukteur veranstaltet das Seeber-Technikum auch vierwöchige Vollzeitlehrgänge zum rechnerunterstützten Entwickeln und Konstruieren in Maschinenbau und Bautechnik. Nach erfolgreichem Abschluß erhalten die Teilnehmer neben ihrem Zertifikat auch die erarbeiteten Arbeitsproben.

Eine Fachausbildung für Sekretärinnen und Erzieher

G. Sch. Aschau

Die Gertrud-Stahmer-Schulen in Aschau im Chiemgau vereinigen unter einem Dach drei verschiedene Ausbildungseinrichtungen: die Fachrichtung Hauswirtschaft mit einjähriger Ausbildung und Kurzkursen, die Einrichtung Erziehung, die eine zweijährige Berufsfachschule für Kinderpflege beinhaltet, sowie die Sekretärinnen-Fachschule. In Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer wird eine Palette angeboten, die bis zur Fremdsprachen- und „Europa-Sekretärin" reicht.

Von der Chemieschule in 40 Jahren zum Berufskolleg

comp. Isny

Die Naturwissenschaftlich-Technische Akademie in Isny im Allgäu, eine gemeinnützige GmbH, feiert in diesem Jahr ihr 40jähriges Bestehen. Inzwischen ist aus der ursprünglichen Chemieschule ein beachtlicher Schulkomplex mit staatlich anerkannten Berufskollegs und staatlich anerkannter Fachhochschule geworden. Einige hundert beginnen hier jährlich ihre Ausbildung, die nach zwei Jahren unter anderen mit der Prüfung zum Technischen Assistenten in den Fachbereichen Chemie, Physik, Datentechnik, Pharmazie oder Medizin endet. In den vergangenen Jahren wurde in fast alle Ausbildungsbereiche zusätzlich der Informatikunterricht integriert und immer stärker forciert.

Im Urlaub lernen: Ein Geschäft, das jetzt auch Ost-Berlin reizt

Verändertes Freizeitverhalten läßt den Markt wachsen / Berufliche Spezialkurse

Ein Teilmarkt hat auf dem Feld der Fortbildung in den vergangenen Jahren unaufhörlich expandiert: Die Nachfrage nach Sprachreisen, nach Lernen in den Ferien, ist so groß geworden, daß selbst die Staatskapitalisten in der „DDR" mit einem gesunden Gespür für Valuta-Verdienstmöglichkeiten inzwischen ihre Fühler dorthin ausgestreckt haben.

In einem „Travel and Exchange"-Programm werden amerikanischen Germanistik-Studenten und Wissenschaftlern für dieses Jahr „internationale Hochschulferienkurse für Germanistik" in der „DDR" angeboten. Wie es in dem „Bulletin GDR Newsletter for Literature and Culture in the German Democratic Republic" – das von der Washington-University in St. Louis herausgegeben wird – heißt, können „Germanisten, Deutschlektoren, Deutschlehrer und Übersetzer mit abgeschlossener Ausbildung" an verschiedenen Hochschulen in Ost-Berlin und der „DDR" dreiwöchige Kurse belegen. Außerdem werden Sprachintensivkurse „Deutsch für Wissenschaftler mit abgeschlossener Hochschulausbildung" angeboten.

Dieses vor allem als politischer Indikator hochinteressante Angebot an den amerikanischen „Klassengegner" bleibt auf dem großen Markt der Ferienkurse natürlich eine exotische Pflanze.

Erwachsene frischen ihre Schulkenntnisse auf

Beim Durchforsten der in der Bundesrepublik Deutschland angebotenen Lern-Reisen stellen sich sehr schnell zwei Schwerpunkte bei den Angeboten heraus:

- Sprachkurse für „Normalbürger", die ihre Schulkenntnisse vergessen haben oder auffrischen möchten. Dabei steht nur zu einem Teil das berufliche Fortkommen im Hintergrund, häufig geht es den Kunden auch einfach um sinnvolle Freizeitgestaltung, um Spaß am Lernen.
- Die zweite große Gruppe besteht aus Schülern, die aufholen wollen beziehungsweise dies vor dem nächsten Zeugnis müssen.

Ergänzt wird die Palette von fachbezogenen Sprachkursen und Hobby-Angeboten, bei denen Auslands-Touren mit Sprach-Training und handwerklichen oder sportlichen Aktivitäten kombiniert werden.

Neben der „EF-Ferienschule" (für Schüler) und den „Private Study Tours" (als Teil des Europäischen Privatschul-Dienstes) zeigt die Entwicklung der „Eurovac-Sprachreisen" ganz deutlich die Expansion auf diesem Markt. Auf drei Spezialkataloge für unterschiedliche Zielgruppen ist inzwischen das Angebot angewachsen. Zum Standardprogramm der Anbieter gehören seit Jahren die Sprachkurse in den Oster- und Sommerferien für Schüler mit Zielen in England, Irland, Frankreich, Spanien und den USA. Zu den Bonbons gehören dann ungewöhnlichere Ziele wie Malta. So bietet „Eurovac" Sprach-Ferien kombiniert mit einer oder mehreren Sportarten an. Der Aufenthalt kann bei einer maltesischen Gastfamilie oder – für Erwachsene – im Hotel bzw. in einer Ferienwohnung gebucht werden.

Allgemeine Sprachkurse in der Landessprache werden ergänzt von Leistungs- und Intensivkursen mit täglichem, mehrstündigem Unterricht in kleinen Gruppen. Die jugendlichen Schüler wohnen üblicherweise bei Gastfamilien, um sich nicht während der Freizeit wieder ins heimatliche Idiom retten zu können.

Gerade „Eurovac" hat in seinem neuen Angebot auch die veränderten Freizeitverhalten der erwachsenen Deutschen aufgenommen und das Programm für diesen Kundenkreis entsprechend erweitert. Ferien- und „Kurzintensiv"-Kurse, Langzeitaufenthalte und berufsorientierter Einzel- wie Gruppenunterricht stehen im Angebot. Die Auswahl der Reiseziele – wobei der Unterricht vor Ort jeweils in Zusammenarbeit mit den dort spezialisierten, einheimischen Schulen erfolgt – reicht von England, Irland und den USA über Malta, Frankreich, Italien und Spanien inzwischen bis nach Gran Canaria und Portugal.

Auf die „Verbindung des Angenehmen mit dem Nützlichen" verweist auch ein erfolgreicher Newcomer in dem Geschäft. „Alfa-Sprachreisen" stimmt potentielle Kunden in gleicher Weise wie die Konkurrenz auf die Reize ein: „Das ist ein Urlaub besonderer Art durch den engen Kontakt zu den Einwohnern des Urlaubslandes, es ist zugleich die effektivste und intensivste Möglichkeit, die Sprache eines Landes zu erlernen." Dies ist für Erwachsene schon reizvoll genug, noch mehr aber kann man durch solche Reisen vokabelgeschädigte Schüler motivieren. Wer zum Beispiel als 13- bis 15jähriger zwei oder drei Wochen in Cambridge, der altehrwürdigen Universitätsstadt am Fluß Cam, gelebt und gelernt hat, wird zur englischen Sprache anschließend auch im trockeneren heimischen Unterricht eine ganz andere Beziehung haben. Wer in Clermont-Ferrand, der Hauptstadt der Auvergne, die Gastfreundschaft der französischen Familien erlebt hat, weiß hinterher auch in Deutschland noch, warum er Französisch lernt.

Privater Einzelunterricht nach Maß für jeden Wunsch

Für Erwachsene, die ihren Sprach-Urlaub fast ausschließlich unter beruflichen Aspekten sehen, wird die Reise anders gestaltet: In Madrid bietet beispielsweise „Alfa-Reisen" Programme nach Maß mit „privatem Eins-zu-eins-Unterricht" an. Der Kurs beinhaltet entsprechend dem jeweiligen Stand der Vorkenntnisse und den vorgegebenen Anforderungen sowohl allgemeines wie auch fachbezogenes Spanisch. Dabei reicht die Bandbreite vom industriellen Bereich über Finanzrecht bis zum Juristischen. Je nach Wunsch werden 30 oder 40 Unterrichtsstunden à 50 Minuten pro Woche abgehalten. Bei gleichem Kenntnisstand und gleichen Anforderungen können sich auch zwei Teilnehmer für einen gemeinsamen Kurs anmelden und auf diese Weise erheblich sparen.

Wem auch dies noch zu wenig ist, dem steht ein „superintensiver Schnellkurs" zum Preis von allerdings 3630 Mark für neun Tage zur Verfügung: 64 Stunden à 50 Minuten trimmen innerhalb dieser wenigen Tage im Einzelunterricht. Spanisch-Lehrer für jedes gewünschte Spezialgebiet stehen zur Verfügung. Da die Anreise am Freitag und der Rückflug für den Sonntag vorgesehen sind, werden nur – und dies ist für die beruflich gestreßte Klientel besonders wichtig – fünf „Arbeitstage" benötigt.

JAMES ROVER

EDV-Hilfe für mittlere und kleine Betriebe

G. P. O. Düsseldorf

Das Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) hat zusammen mit einer Unternehmensberatung die „narrensichere" EDV-Anwendung eines Informations- und Steuerungssystems für mittelständische Unternehmen entwickelt. Wie es heißt, können für eine einmalige Investition von rund 15 000 Mark über die gängigen Personalcomputer betriebswirtschaftliche Szenarios durchgespielt und damit verschiedene Alternativen betrieblichen Handelns mit ihren Konsequenzen geprüft werden. Software und „Führungsmappe" sind beim RKW-Vertrieb in Düsseldorf erhältlich.

Technik über Steckplatten durchsichtiger machen

lm. Stuttgart

Zu den interessantesten Ständen auf der Fachmesse „Didacta" in Stuttgart gehörte die Ausstellung des großen Herstellers von Lehr- und Ausbildungsmitteln, Leybold-Heraeus. So wurde unter anderem unter dem Thema „Elektronik im Kraftfahrzeug" das von der Firma entwickelte Stecksystem präsentiert, bei dem die einzelnen Schaltungsbauteile auf eine Grundplatte gesteckt werden – ohne Lötarbeiten –, so daß die Schaltung für den Auszubildenden leicht aufzubauen ist. Außerdem sind alle Schaltungsteile für nähere Untersuchungen leicht zugänglich. Alle elektrischen und elektronischen Anlagen des Autos können praxisgerecht aufgebaut und erläutert werden. Ebenfalls mit Hilfe einer „Lehrplatte" werden andere, komplizierte technologische Vorgänge leichter faßbar dargestellt – so zum Beispiel zur Einführung in die computergesteuerte Werkzeugmaschinentechnik.

GEW-Überlegungen zu Neuen Technologien

p. p. Bonn

Die Lehrer-Gewerkschaft GEW hat ein Diskussionspapier zu „Neuen Technologien und Medien – Einsatz und Konsequenzen für das Bildungswesen" beschlossen. Mit enthalten in dem als Broschüre gestalteten Papier sind entsprechende Vorträge des Trierer Professors Kubicek, des Datenschutzbeauftragten Simitis und des MIT-Professors Weizenbaum.

Bildschirmtext erklärt die Wege in den Beruf

Modellversuch an 13 Schulen in Baden-Württemberg

PETER PHILIPPS, Bonn

Vor allem die vielfältigen Bildungsmöglichkeiten des beruflichen Schulwesens werden in dem neuen Modellversuch aktuell und verständlich dargestellt, den der baden-württembergische Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder jetzt hat starten lassen. Es geht ihm darum, „die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in die Bildungsberatung einzuführen". Mit Hilfe des Btx-Programms können sich Schüler und Eltern an vorerst 13 ausgewählten Schulen (von Hauptschulen bis Gymnasien) des Landes im Großraum Stuttgart und drei Bildungsberatungsstellen über die Ausbildungsgänge sowie „Schule im allgemeinen" informieren.

Bis zum Juni soll praktisch erprobt werden, ob Bildschirmtext als Orientierungshilfe zu den Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten von Eltern und Schülern angenommen wird. In dem Programm „Schule in Baden-Württemberg" sind alle Schularten mit ihren Zielen, Aufnahmevoraussetzungen, Schwerpunkten und Weiterbildungsmöglichkeiten beschrieben und in die Bildungsgänge von der Schule zum Beruf eingeordnet. Die Ausbildungsgänge für bestimmte, ausgewählte Berufe werden zusätzlich durch Grafiken veranschaulicht.

Wie es in Stuttgart heißt, erwartet man sich besondere Vorteile für die Benutzer von der geplanten Verknüpfung der Schullaufbahn-Information mit den aktuellen Btx-Berufsinformationen des Arbeitsamtes. Denn in erster Linie werden Schüler angesprochen, die im kommenden Herbst in die Abgangsklassen kommen werden und ihre Berufswünsche zu ordnen beginnen. Wenn die Ergebnisse über tatsächlichen Nutzen und die Akzeptanz vorliegen, soll über Fortsetzung und mögliche Erweiterung des Service-Programms entschieden werden.

Die Versuchsschulen werden mit einem beziehungsweise zwei Bildschirmen (mit Tastatur) und einem Telefonhauptanschluß der Post ausgestattet. Die Kosten übernimmt die Landesstelle für Erziehung und Unterricht, die den Versuch auch durch eine wissenschaftliche Begleituntersuchung beobachtet und auswertet. Gerätekosten samt Wartung, Telefongebühren einschließlich der Anschlußgebühr – für die Schulträger entstehen keine Kosten. Die Hälfte des gesamten finanziellen Aufwands für dieses Unternehmen hat die Bundesregierung übernommen.

Die Eltern, die wie ihre Kinder über Nutzen, Verständlichkeit und Akzeptanz befragt werden sollen, werden an Elternabenden ausführlich über die Möglichkeiten dieses Modellversuchs informiert werden.

Software hat noch zu häufig Mängel

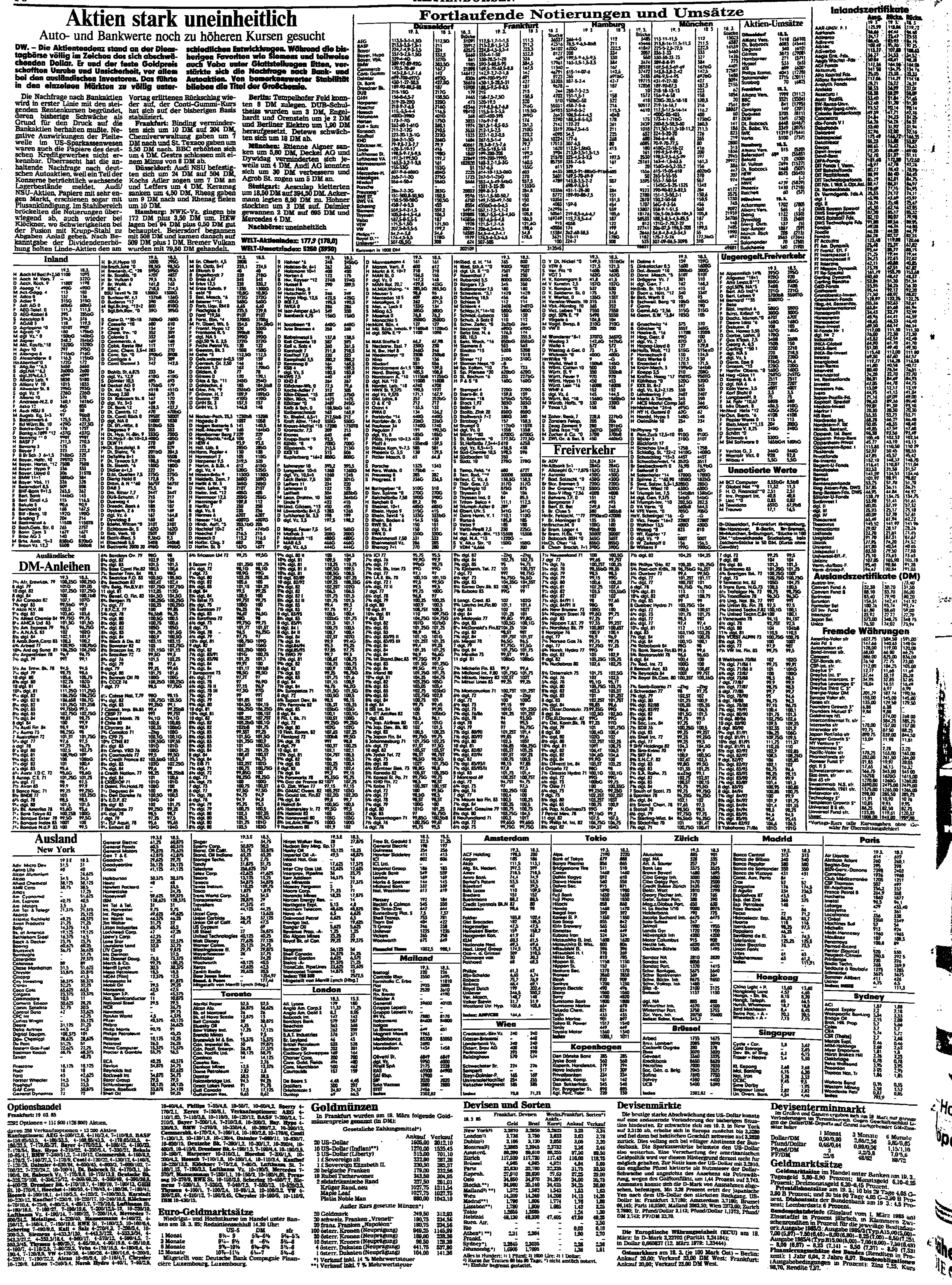
tub, Berlin

Führende Vertreter der Informatik aus Forschung, Entwicklung und Industrie treffen sich vom 25. bis 29. März an der Technischen Universität Berlin zur TAPSOFT-Tagung über Theorie und Praxis der Software-Entwicklung. Dabei steht im Zentrum das Problem der mangelhaften Zuverlässigkeit und Handhabbarkeit vieler bereits im Einsatz befindlicher Software-Systeme. Es geht um die Frage des internationalen Entwicklungsstandes und der Perspektiven. Die Tagung wird gemeinsam geleitet von den Berliner Professoren Ehrig und Floyd, von ihren Kollegen Nivat aus der Université de Paris und Thatcher vom IBM Research Center, USA.

Kostenfrei zwei Jahre nach Japan

-ps, Bonn

Bis zum 31. März sind noch Bewerbungen für stark begehrte Japan-Aufenthalte möglich. Die Akademischen Auslandsämter der Hochschulen in der Bundesrepublik nehmen die Anträge von Graduierten an, die sich um diese vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) verwalteten Stipendien bewerben. So gibt es zehn Stipendien der japanischen Regierung für Geistes- und Sozialwissenschaftler, Natur- und Ingenieurwissenschaftler sowie Mediziner, deren Programme im April 1986 beginnen und auf Bewerber bis zum Alter von 35 Jahren beschränkt sind. Die Laufzeit beträgt zwei Jahre. Praktisch alle Kosten sind eingeschlossen.



Aktien stark uneinheitlich

Auto- und Bankwerte noch zu höheren Kursen gesucht

DW. – Die Aktientendenz stand an der Dienstagbörse völlig im Zeichen des sich abschwächenden Dollar. Er und der feste Goldpreis schafften Unruhe und Unsicherheit, vor allem bei den ausländischen Investoren. Das führte in den einzelnen Märkten zu völlig unterschiedlichen Entwicklungen. Während die bisherigen Favoriten wie Siemens und teilweise auch Veba unter Glattstellungen litten, verstärkte sich die Nachfrage nach Bank- und Autoaktien. Von bemerkenswerter Stabilität blieben die Titel der Großchemie.

Die Nachfrage nach Bankaktien wird in erster Linie mit den steigenden Rentenkursen begründet, deren bisherige Schwäche als Grund für den Druck auf die Bankaktien herhalten mußte. Negative Auswirkungen der Pleitewelle im US-Sparkassenwesen waren auch die Papiere des deutschen Kreditgewerbes nicht erkennbar. Überrascht hat die anhaltende Nachfrage nach deutschen Autoaktien, weil ein Teil der Konzerne beträchtlich wachsende Lagerbestände meldet. Audi/NSU-Aktien, Papiere mit sehr engen Markt, erschienen sogar mit Plusankündigung. Im Stahlbereich bröckelten die Notierungen überwiegend ab, auch wieder bei Klöckner, wo Schwierigkeiten bei der Fusion mit Krupp-Stahl zu Abgaben Anlaß geben. Nach Bekanntgabe der Dividendenerhöhung holten Linde-Aktien den am Vortag erlittenen Rückschlag wieder auf, der Conti-Gummi-Kurs hat sich auf der bisherigen Basis stabilisiert.

Frankfurt: Binding verminderten sich um 10 DM auf 204 DM, Chemiverwwaltung gaben um 7 DM nach und St. Texaco gaben um 5,50 DM nach. BBC erhöhten sich um 4 DM. Gestra schlossen mit einem Minus von 8 DM ab.

Düsseldorf: Audi NSU befestigten sich um 24 DM auf 504 DM, Kochs Adler zogen um 7 DM an und Leffers um 4 DM. Keramag sanken um 4,50 DM, Rheag gaben um 9 DM nach und Rhenag fielen um 10 DM.

Hamburg: NWK-Vz. gingen bis 172 DM plus 3,50 DM um. HEW lagen bei 94 DM plus 0,50 DM gut behauptet. Beiersdorf begannen mit 508 DM und kamen danach auf 509 DM plus 1 DM. Bremer Vulkan wurden mit 79,50 DM gehandelt.

Berlin: Tempelhofer Feld konnten 8 DM zulegen. DUB-Schultheiss wurden um 3 DM, Engelhardt und Orenstein um je 2 DM und Berliner Elektro um 1,90 DM heraufgesetzt. Detewe schwächten sich um 18 DM ab.

München: Etienne Aigner sanken um 5,80 DM, Deckel AG und Dywidag verminderten sich jeweils um 4 DM. Audi AG konnten sich um 30 DM verbessern und Agrob St. zogen um 5 DM an.

Stuttgart: Aesculap kletterten um 18,50 DM auf 394,50 DM. Ackermann legten 8,50 DM zu. Hohner stockten um 3 DM auf. Daimler gewannen 2 DM auf 695 DM und Mercedes 4 DM.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 177,9 (178,0)

WELT-Umsatzindex: 5250 (3930)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Goldmünzen

Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ungeregelt. Freiverkehr

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Kaufwelle am Rentenmarkt

Die starke Abschwächung des Dollar hat zu einer Nachfragewelle am deutschen Rentenmarkt geführt. Sie erfaßte praktisch alle Marktgebiete. Öffentliche Anleihen wurden in Einzelfällen um knapp einen Punkt heraufgesetzt. Bei den DM-Auslandsanleihen kam es zu Kursheraufsetzungen um durchschnittlich einen halben Punkt. Die Renditen im Pfandbriefbereich haben sich weiter ermäßigt. Für 10jährige Laufzeiten wurden im Handel unter Banken Sätze von 7,88 bis 7,89, im fünfjährigen Bereich von 7,65 bis 7,67 Prozent genannt.

	19.3.	18.3.
M 7 dgl. Pf 20	97,5G	97,5G
B 5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5bG	102,5bG
B 7 dgl. Pf 31	100	100
B 6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25
B 6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,3G
B 8 dgl. Pf 51	–	–
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118bG
Hn 7 dgl. Pf 80	89,75G	89,75G
Hn 7½ dgl. Pf 87	95,75G	95,75G
Hn 6 dgl. KS 29	82,5G	82,5G
Hn 7 dgl. KS 30	99,5G	99,5G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D 5 dgl. Pf 54	116G	116G
D 6 dgl. Pf 109	85,5G	85,5G
D 6½ dgl. Pf 123	91,5G	91,5G
D 6½ dgl. Pf 141	93G	93G
D 7 dgl. Pf 143	94G	94G
D 7 dgl. KO 115	108G	100G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	115,5G	115,5G
H 5½ dgl. Pf 50	71,8G	71,8G
H 9 dgl. KS 139	102G	102G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,3G	100,3G
F 9 dgl. Pf 239	102,8G	106,8G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	107,7G	107,7G
H 7 dgl. KS 35	100G	100G
F 5½ Dt.Gen.bk. IS 70	95G	95G
F 6½ dgl. IS 73	98,6G	98,6G
F 6½ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO 55-4	84G	84G
F 6 dgl. KO 46	79G	79G
F 7½ dgl. KO 185	98,5G	98,5G
F 9 dgl. KO 129	100,05G	100,05G
Hn 6 Dt.Hyp. Hann. Pf 91	79G	79G
Hn 7 dgl. KS 101	99,9G	99,9G
Hn 10 dgl. KS 134	100G	100G
Hn 8½ dgl. KS 140	100G	100G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	101,75	101,75
Br 4 dgl. Pf 57	99G	99G
Br 5 dgl. Pf 87	78G	79G
Br 7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
Br 6 dgl. KS 86	79,5G	79,5G
Br 6½ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	76,5G	76,5G
D 5 RW Bodencr.Pf C	126G	126G
D 5½ dgl. K	107G	107G
D 4 dgl. Pf 18	105G	105G
D 6 dgl. Pf 28	95,5G	95,5G
D 6½ dgl. Pf 67	86,5G	86,5G
D 5½ dgl. KO J+E	126G	126G
D 7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S 5½ dgl. Pf 109	71,5G	71,5G
S 7 dgl. Pf 125	98G	98G
S 7 dgl. Pf 128	90G	90G
S 8 dgl. Pf 177	101,75G	101,75G
S 6 dgl. KS 77	80,5G	80,5G
Br 5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br 5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br 5 dgl. Pf 36	88,25G	88,25G
Br 5½ dgl. Pf 45	86,65G	86,65G
Br 6 dgl. Pf 56	80,75G	80,75G
Br 7 dgl. Pf 61	90G	90G
Br 8 dgl. Pf 70	100,85	100,85bG
Br 9 dgl. Pf 68	100G	100G
H 6 Schiffshyp Pf 25	99,7G	99,7G
H 7½ dgl. Pf 45	–	100,5G
M 6 Südboden Pf 41	92G	92G
M 5½ dgl. Pf 57	79G	79G
M 6½ dgl. Pf 143	97,75G	97,75G
M 7 dgl. Pf 87	96,5bG	96,5G
M 7½ dgl. Pf 104	97,5G	97,5G
M 7 dgl. KS 49	95,5G	95G
M 7½ dgl. KS 81	100,25G	100,25G
M 8 dgl. KS 133	101TG	101TG
M 9 dgl. KS 185	105G	105G
M 9½ dgl. KS 171	104,5TG	104G
M 5 Verbank Nbg.Pf55	117,5G	117,5G
M 6 dgl. Pf 95	78,5bG	78,5G
M 7 dgl. Pf 108	100,1bG	100,1G
D 8 WestLB Pf 350	100,2G	100,2G
D 6½ dgl. Pf 403	98,7G	89,7G
D 9½ dgl. Pf 1007	106,85G	106,85G
D 8 dgl. Pf 1015	100,55T	100,55T
D 7 dgl. KO 556	99,95G	–
D 6½ dgl. KS 420	97,55G	97,55G
D 9½ dgl. KO 1301	106,25G	106,25G
D 8½ dgl. KS 1278	100,25G	100,25G
D 8 dgl. IS 1512	100,85G	100,85bG

Industrieanleihen

	19.3.	18.3.
F 6 Badenwk. 78	97,6G	97,6
F 8 Chem. Hüls 71	100,2	100,15T
F 7¼ Conti Gummi 71	100,35	100,35G
F 5¾ HEW 62	99,65G	99,65G
F 7½ dgl. 71	100G	100G
F 4½ Harpen 59	2370T	2370T
F 7½ Hoesch 71	100G	100G
F 7¼ Karstadt 71	100,25G	100,25G
F 7½ Kaufhof 71	100,5T	100,5T
F 7¼ dgl. 71	100,4G	100,4G
F 7½ dgl. 76	100,25G	100,5bB
F 7½ Klöckner W. 71	100,15G	100,15G
F 8 dgl. 72	100,25	99,9
F 6 NWK 61	99,2	99,2G
F 6 dgl. 62	98	98
F 6 Ob Don Krwk. 64	97T	97G
F 6 Rh.Brkw. 65	97,5T	97,5T
F 6 dgl. 65	97G	97
F 6 RWE 63	97,5T	97,5T
F 6 dgl. 65	97G	97
F 7¼ dgl. 71	100,5T	100,35T
F 7 dgl. 72	99,8T	99,8T
F 6 Rh.-M.-Don. 62	98,25G	98,25G
F 6½ dgl. 68	100,25G	100,25G
F 8 Schleswag 71	100,25T	100T
F 7½ Thyssen 71	100,25G	100,25G
F 8 dgl. 72	100,5	100,5T
F 7¼ dgl. 77	100G	100G
F 8 VEW 71	100,3T	100,3T
F 6½ dgl. 77	98,5G	98,5G
F 7 VW 72	100G	100

Optionsscheine

	19.3.	18.3.
F 11 BASF OverZee82	71,5	71,5bG
F BASF 85	67	67,1
F 7¼ Bayer Int. Fin. 79	76,6	67,6
F 10½ dgl. 82	90,2	91,5
F 7½ BHF Bk.Im.83	78	79,5
F 6¾ Ciba-Geigy 75	1790	1850T
F 5½ Commerzbk. 78	35,7	34,1
F Commerzbk. 84	58,5	58,1

	19.3.	18.3.
F 6¼ Dt.Bk. 83 m. O.	101G	100
F 6¼ dgl. 83 o. O.	73,5	73,5
F 3¾ Dt.Bk. 83 m. O.	126,5	128
F 3¾ dgl. 83 o. O.	86,5	86,5bB
F 4 Dresdn.Bk. 83 m. O.	106	106,5
F 4 dgl. o. O.	88,6	89,5
F 8 dgl. 84 m. O.	125	125
F 8 dgl. 84 o. O.	102,5	101,4
F 3½ Hanwa 84 m. O.	94G	94G
F 3½ dgl. 84 o. O.	89bB	86,9
F 7½ Jap. Synth. 82	200G	200G
F 7½ dgl. 82 o. O.	100G	100G
F 5¾ Jusco 83 m. O.	133bG	133bG
F 5¾ dgl. 83 o. O.	95,6	95,7

	19.3.	18.3.
D 8½ Queensl. A. 70	100,25G	[illegible]
D 7 RENFE 79	98,65G	[illegible]
D 10 dgl. 82	109,75	[illegible]
D 8¼ dgl. 83	101bG	[illegible]
D 8¾ Stockh. G. 75	–	–
D 7¾ Sumito F. 82	101,5	[illegible]
D 7½ Sun Int. 73	99,5bG	[illegible]
D 7¼ Svenska C. 73	99,6	[illegible]
D 10¼ dgl. E. 81	108	108
D 9½ Svensk. Ex. 82	103,6bG	[illegible]
D 5½ Tauernaut. 78	91,6G	[illegible]
D 9¾ dgl. 82	113,75G	[illegible]
6½ Tokio El. 79	99,9bG	[illegible]
D 6 TVO-Kraftw. 78	97G	97G

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM













Warenpreise – Termine

Deutlich fester schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Zumeist beachtliche Gewinne konnten auch Kaffee und Kakao verbuchen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	18. 3	15. 3.
März	359,25	360,25
Mai	344,50	346,50
Juli	331,75	333,25

Weizen Winnipeg (can. $/t)	18. 3.	15. 3.
Wheat Board cif St. Lawrence 1 CW	258,49	258,14
Amber Durum	239,84	240,69

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	133,20	130,00
Mai	133,20	133,10
Juli	137,00	137,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	140,20	140,20
Mai	136,00	135,70
Juli	133,50	132,60

Hafer Chicago (c/bush)	18. 3.	15. 3.
März	176,50	176,50
Mai	172,50	171,50
Juli	167,25	166,75

Mais Chicago (c/bush)		
März	274,25	272,00
Mai	279,50	273,75
Juli	275,75	275,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	18. 3.	15. 3.
März	135,00	134,90
Mai	136,90	135,80
Juli	132,60	132,60

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	18. 3.	15. 3.
Terminkontr. März	143,00	140,90
Mai	144,40	142,60
Juli	144,10	143,10

Kakao New York ($/t)	18. 3.	15. 3.
Terminkontr. Mai	2248	2175
Juli	2114	2075
Sept	2083	–
Umsatz	4082	2069

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	3,86	3,85
Mai	4,09	4,09
Juli	4,27	4,24
Sept	4,40	4,42
Okt.	4,85	4,85
Umsatz	4500	8620

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	18. 3.	15. 3.
	3,71	3,79

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	18. 3.	15. 3.
März	2350–2352	2378
Mai	2398–2400	2431–2433
Juli	2433–2434	2472–2473
Umsatz	2013	1482

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	2088–2090	2097–2099
Mai	2080–2082	2089–2091
Juli	–	2066–2067
Umsatz	–	3423

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	112,00	111,60–111,80
Aug	117,20	117,20–117,40
Okt	122,60	122,00–122,40
Umsatz	956	1227

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	18. 3.	15. 3.
schw. Sarawak spez.	550,00	540,00
weißer Sarawak	720,00	720,00
weißer Muntok	730,00	730,00

Orangensaft New York (c/lb)	18. 3.	15. 3.
März	163,80	163,60
Mai	165,30	166,60
Juni	166,30	167,60
Sept.	166,10	166,80
Nov.	164,10	165,00
Umsatz	300	300

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	18. 3.	15. 3.
Südstaaten fob Werk	38,00	38,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	31,00	–

Sojaöl Chicago (c/lb)		
März	31,10	31,15
Mai	29,05	29,18
Juli	28,00	28,15
Aug	27,30	27,45
Sept.	26,55	26,70
Okt.	25,65	25,15
Dez	25,05	–

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	29,50	–

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	25,00	24,50
Choise white hog 4% fr. F.	19,75	–

Talg New York (c/lb)		
top white	20,00	20,00
fancy	19,75	19,75
blechfähig	18,25	18,25
yellow max. 10% fr. F.	17,75	17,75

Schweine Chicago (c/lb)		
April	45,00	45,32
Juni	50,05	50,35
Juli	51,50	51,72

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
März	72,60	72,80
Mai	72,65	72,90
Juli	72,60	72,85

Häute Chicago (c/lb)	18. 3.	15. 3.
Ochsen enth. schwere River Northern	44,50	44,50
Kühe enth. schwere River Northern	39,00	39,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	591,00	589,25
Mai	597,00	595,25
Juli	607,00	604,50
Aug	608,00	605,75
Sept	602,50	598,50
Nov	603,75	600,75
Jan.	614,75	–

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	129,50	128,80
Mai	133,70	133,00
Juli	139,70	138,80
Aug	142,50	141,40
Sept	144,50	144,00
Okt.	147,50	151,50
Dez	152,00	–

Leinsaat Winnp. (can. $/t)	18. 3.	15. 3.
März	354,00	354,00
Mai	357,50	357,50
Juli	364,10	365,50

Kokosöl New York (c/lb)	18. 3.	15. 3.
Westküste fob Werk	–	–

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	19. 3.	18. 3.
jegl. Herk. cif	950,00	950,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	630,00	630,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	625,00	645,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	250,00	259,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	890,00	900,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	289,50	288,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	18. 3.	14. 3.
März	65,52	65,66
Mai	65,00	65,15
Juli	65,05	65,00
Okt	65,28	65,20
Dez	66,20	66,15
März	66,70	66,60

Kautschuk New York (c/lb), Händlerpreis		
loco RSS -1	41,25	41,75

Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	14. 3.	13. 3.
März	482-505	490
Mai	505-508	505-507
Aug	521-532	532-534
Umsatz	41	57

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	14. 3.	13. 3.
März	53,90	53,90
Mai	53,50	53,50
Juli	53,50	53,50
Aug	54,00	54,00
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	14. 3.	13. 3.
Mai	594,0–600,0	582,0–600,0
Juli	626,0–627,0	625,0–627,0
Dez.	626,00	–
Umsatz	75	55

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	14. 3.	13. 3.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	670,00

Seide Yokoh. (Y/kg)	14. 3.	13. 3.
AAA, ab Lager März	12 729	12 749
April	12 716	12 686

Kautschuk London (p/kg)	15. 3.	14. 3.
Nr. 1 RSS loco	69,50–73,00	69,50–73,00
April	71,00–74,50	71,50–75,00
Mai	72,00–75,50	72,50–76,00
Juni	73,00–76,50	73,50–77,00
		Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	14. 3.	13. 3.
April	187,00–187,50	190,50–191,25
Mai	191,25–192,50	195,00–195,50
Nr. 2 RSS April	185,50–186,50	188,50–189,50
Nr. 3 RSS April	182,00–183,00	178,50–179,50
Nr. 4 RSS April	175,50–176,50	172,00–173,00
		Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	14. 3.	13. 3.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	19. 3.	18. 3.
Aluminium: Bas. London laufend. Monat	358,50–358,88	364,52–364,71
drittfolg. Monat	370,50–370,69	376,36–376,54
Blei: Basis London laufend. Monat	112,88–113,25	113,13–113,31
drittfolg. Monat	116,25–116,63	116,46–116,64
Nickel: Basis London laufend. Monat	1703,63–1705,13	1741,29–1743,14
drittfolg. Monat	1712,63–1713,38	1756,08–1757,92
Zink: Basis London laufend. Monat	294,38–295,13	301,31–303,15
drittfolg. Monat	285,94–286,13	292,62–292,80
Produz.-Preis	304,79	312,61
Reinzinn 99,9%	4229–4271	4226–4268

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	19. 3.	18. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	465,00–468,19	466,19–469,34
Blei in Kabeln	120,50–121,50	120,75–121,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorzeichdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer niedrigsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	19. 3.	18. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	435–445	439–448
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	478–481	481–483
MS 63	477–484	478–484

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	18. 3.	15. 3.
ab Werk prompt (Ring.-kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	19. 3.	18. 3.
Leg. 225	420–428	420–428
Leg. 226	422–430	422–430
Leg. 231	455–460	455–460
Leg. 233	465–470	465–470

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	19. 3.	18. 3.
Platin (DM je g)	30,358	29,909
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	32 970	32 390
Rücknahmepr.	32 220	31 640
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	33 240	32 570
Rücknahmepr.	32 420	31 770
verarbeitet	34 870	34 170
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 430	31 920
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	656,10	636,90
Rücknahmepr.	636,90	617,40
verarbeitet	684,90	663,90

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	19. 3.	18. 3.
10.30	307,25	293,70
15.00	316,75	298,85
Zürich mittags	312,50–313,50	294,00–294,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 250	97 050
Silber (p/Feinunze) London Kasse	530,25	521,00
3 Monate	546,60	538,00
6 Monate	561,65	552,50
12 Monate	590,85	583,50

Platin (£-Feinunze) London	18. 3.	15. 3.
fr. Markt	231,00	229,15
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	101,20	101,65

New Yorker Preise	18. 3.	15. 3.
Gold H & H Ankauf	298,85	292,70
Silber H & H Ankauf	587,00	569,00
Platin fr. Händlerpr.	253,00–256,50	253,00–258,53
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	111,00–112,00	109,50–110,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze) März	587,00	569,40
April	598,70	571,20
Mai	601,00	574,50
Juli	611,00	584,50
Sept	621,00	593,00
Dez	637,00	612,00
Jan	645,80	616,50
Umsatz	26 000	29 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	18. 3.	15. 3.
März	60,05	59,25
April	60,25	59,45
Mai	60,55	59,90
Juli	61,30	60,50
Sept	61,80	61,00
Dez	62,50	61,90
Jan	62,90	62,15
Umsatz	7500	4800

Londoner Metallbörse

	19. 3.	18. 3.
Aluminium (£/t) Kasse	958,00–967,00	981,50–982,50
3 Monate	988,00–988,50	1016,0–1016,5
Blei (£/t) Kasse	301,00–301,50	305,00–305,50
3 Monate	310,00–311,00	315,00–316,00
Kupfer Higher grade (£/t) mittags Kasse	1219,0–1220,0	1240,0–1241,0
3 Monate	1240,5–1241,0	1261,5–1262,0
abends Kasse	–	1237,5–1238,5
3 Monate	–	1259,0–1259,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1225,0–1227,0	1242,0–1245,0
3 Monate	1243,0–1245,0	1258,0–1260,0
Zink (£/t) Kasse	785,00–787,00	812,00–815,00
3 Monate	762,50–763,00	785,00–786,00
Zinn (£/t) Kasse	9 990–9 995	10 060–10 065
3 Monate	9 995–9 996	10 070–10 075
Quecksilber ($/Fl.)	–	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	73–75

FINANZANZEIGEN



IMMOBILIEN / KAPITALIEN

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

STELLENANGEBOTE



engineering & contracting

Ernst-Reuter-Platz 10, D-1000 Berlin 10, Telefon (030) 34 35-1

Wir planen und errichten als Generalunternehmer komplette Industrieanlagen und Kommunalbauten im In- und Ausland. Für die Realisierung der Projekte bedienen wir uns nationaler und internationaler Ingenieurbüros, Zulieferfirmen und Know-how-Geber. Durch das Ausscheiden eines Mitarbeiters aus Altersgründen ist die Position

LEITER DER FINANZBUCHHALTUNG

neu zu besetzen. Diese Aufgabe schließt neben der Verantwortung für die gesamte Finanzbuchhaltung die selbständige Erstellung von Jahresabschlüssen einschließlich Berichtswesen und Erarbeitung von mittelfristigen Planzahlen ein.

Bilanzsicherheit sowie Kenntnisse im Steuerrecht und der Betriebswirtschaft sind selbstverständliche Voraussetzungen. Mehrjährige Erfahrung in verantwortlicher Position in Unternehmen des Bau- oder Baunebengewerbes mit Kenntnissen in der Projektabrechnung wäre eine gute Grundlage. Gute englische Sprachkenntnisse sind von Vorteil. Wir bitten um Zusendung kompletter Bewerbungsunterlagen.

Wir suchen versierte Außendienstler für unsere Abteilung Bausparen

Wir bieten Konditionen, die Sie überraschen werden.

Fa. Product Connection, Vertriebsbüro DEL, Tel. 0 42 21 / 33 62
10–14 Uhr. Geschäftsführer Herr Peter.

Ein Mensch
einst in des Märzes Iden,
der mit dem Schicksal nicht zufrieden,
ging bös' mit Caesar zu Gerichte,
als Brutus ein in die Geschichte.

Ein Mensch
muß wirklich so nicht enden.
Gewalt kann nichts zu Bess'rem wenden.
Die Tat ist alles, nichts der Ruhm,
drum muß bei Zeiten er was tun,
z. B. sich bewerben hier

DER AUSSENDIENST SCHAFFT VIEL PLÄSIER.

Statt substantieller Frustrationen,
wird Einsatz hier mit Umsatz lohnen.

Ein Mensch,
der stets was auf sich hält,
wenn er ist bei uns angestellt,
muß nicht erst zu sich selber finden,
er kann das Glück fest an sich binden,
hat seine Zukunft in der Hand,
ob hochalpin, ob Nordseestrand,
ob an der Isar, ob am Rhein,
wir stellen gern noch menschlich ein.

Ein Mensch
denkt, was ist jetzt zu tun?
Kurzum, er greift zum Feder – nun
vorausgesetzt in einem Alter,
wo dieser nicht sein einz'ger Halter.
Zuschriften unter C 14 337 an WELT-Verlag,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Berufs-Chancen bei Handel, Banken und Versicherungen

... unter diesem Titel erschien in der WELT am

16. März

eine Vielzahl von Stellenangeboten speziell aus diesem Wirtschaftszweig.
Sind Sie daran interessiert – sei es, daß Sie sich beruflich verändern wollen oder sich einfach mal über die Angebote dieser Branche informieren möchten?
Dann schicken Sie uns den Coupon. Sie erhalten in wenigen Tagen die Ausgabe zugeschickt – selbstverständlich kostenlos.

An: DIE WELT, Stellen-Service, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.
Bitte schicken Sie mir kostenlos die WELT vom 16. 3. 85 mit zahlreichen Berufs-Chancen bei Handel, Banken und Versicherungen

Name: ______

Straße/Nr.: ______

PLZ/Ort: ______

Beruf: ______

01-474

Speditions-/Exportkaufmann
Projekte – Industrieanlagen – Hochbauten
28 J., verh., in ungek. Stellung, 5jähr. Auslanderfahrung in Lagos/Nigeria als NL-Leiter eines Exporthauses, Abwicklung von Großprojekten, Organisation, Logistik, Kundenbetreuung, Aufbau von Zweigbüros, techn. Verständnis, Mitarbeiterführung untern. denkend. Suche neue Aufgabe in Handel, Industrie, Spedition, Schiffahrt, m. Sitz im **außereuropäischen Ausland** oder im Raum Hamburg.
Zuschr. erb. u. S 14371 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer – Spanien
Dt. Ind.-Kfm., 47 J., langjähriger Leiter span. Fa., total vertraut mit der Problematik des span. Marktes, perf. Spanisch, gutes Englisch, verwaltungs- u. vertriebserfahren, sehr kostenorientiert u. ein hervorragender Organisator (auch in der Fertigung), sucht neue unternehmerische Aufgabe im Raum Madrid.
Zuschriften erbeten unter W 14 177 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auf der Basis mehrjähriger Erfahrungen im logistischen Bereich eines Handelsunternehmens suche ich (Dipl.-Kfm., 29 Jahre, verh.), eine neue, verantwortungsvolle Aufgabe im

LOGISTIK-MANAGEMENT

Mein Leistungsprofil in Kürze:
- Analyse logistischer Problemstellungen, Entwicklung neuer Konzeptionen und deren Umsetzung in die Praxis
- Anwenderbezogene DV-Kenntnisse
- Erfahrung in Aufbau- und Ablauforganisation
- Studienschwerpunkte: Personalwirtschaft, Investition und Finanzierung.

Angebote – bevorzugt aus dem norddt. Raum – bitte unter Z 14 466 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bauleiter/Stv. Geschäftsführer
tätig im Bauhauptgewerbe (Industrie-, Kommunal- u. Wohnungsbau sowie Gebäudemodernisierung u. Betonsanierung) sucht wegen Stillegung des jetzigen Betriebes neue fordernde Tätigkeit mit gleichem o. ä. Verantwortungsbereich (Bauunternehmung angenehm, aber nicht Bedingung). Bisher in der Geschäftsleitung einer mittl. Baufirma tätig.
Aufgabenstellung: Tarif- u. Baurecht, Auftragsabwicklung, Kostenkontrolle, Akquisition
– 38 J., Maurer- u. Stahlbetonmeister, Fachlehrgänge, bauvorlageberechtigt, über 10jähr. Berufserfahrung, Engl.-Kenntn., aufgeschlossener, kooperativer Führungsstil
– B. König, Hselbrink 1, 4408 Dülmen, Telefon 0 25 94 / 30 24

Junger Diplom-Volkswirt
vielseitig, zurück von einjährigem Englandaufenthalt, sucht neuen Wirkungskreis.
J. P. Schwabel, 2 Hamburg 73, Grubesallee 2
Telefon 0 40 / 6 77 58 82

Achtung: Verbände, Wohnungsbaugesellschaften!
Agiler Volljurist, Anwaltserfahrungen, Experte in allen Miet-, Pacht- und Fragen des sozialen Wohnungsbaus einschließlich Wohnungseigentumsrecht, lange Jahre Syndikus eines Großverbandes, mit Kontaktpflege bei Behörden und Presse sowie Werbemaßnahmen bestens vertraut, vortragssicher, sucht neuen entsprechenden Wirkungskreis im Raum NRW bzw. dessen Randgebiete.
Angeb. erb. u. A 14 467 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bereichsleiter
m. Markterfahr. in Großgastronomie, Lebensmittel, Catering, Messen, Kongresse, Verk., 46 J., ungek., mobil, kontaktfr., durchs.-fähig, kostenbew. gewinnorientiert, belastbar, EDV-Erfahr., strebt Neuorientier. in Führungsposition an, um seine Stärken in Verhandlungsgeschick, Mitarbeiterführung, Organisation u. verantwortungsbew. Entscheidungsfähigkeit einzusetzen.
Angeb. erb. u. W 14 463 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Buchh.- und Verwaltungsleiter
48 J., verh., R-HH in ungek. Stellg. fachl. u. menschl. anerkannte Führungskr., sucht n. Wirk'krs., langjähr. u. fund. Erfahrg. auch EDV, Orga., Sozial- u. Personalwesen. Ang. unter L 14 454 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Lassen Sie sich verwöhnen
Ich, begeisterter
JUNGKOCH,
27 J., bin in gut bürgerl. Küche geboren, europ. Küche aufgewachsen und in exotischer Küche ausgereift. Wenn Sie ein Jahr lang 365mal verschiedene Gerichte essen möchten, sollten wir zusammenarbeiten. Also schreiben Sie an: Albert Lichius, Blankenheimer Weg 9, 5300 Bonn-Wachtberg.



Ingenieure/Techniker

Diplom-Ingenieure und Techniker, die in einem halbjährigen Vollzeitseminar an der Wirtschafts- und Sozialakademie Bremen zusätzliche Kenntnisse zu ihrer bisherigen Qualifikation erworben haben, suchen neue entsprechende Aufgaben.
Die Absolventen haben umfangreiche Kenntnisse in: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Betriebliches Rechnungswesen, Marketing, Organisation und Datenverarbeitung (Programmiersprache Basic).
Nachfolgend ein kurzes Qualifikationsprofil der Teilnehmer:

Maschinenbautechniker/Maschinenbaumeister
41, Dreher, Technikerschule Bremen, Meisterprüfung: Erfahrungen in Arbeitsvorbereitung, Entwicklung, Ausbildung; Elektronikkenntnisse; Fremdsprachen: Arabisch, Englisch, Türkisch. Wunsch: Entwicklung, Ausbildung, Arbeitsvorbereitung oder Marketing im Bereich Maschinenbau, Elektrotechnik. Raum: Bundesgebiet . . . . WS 01

Diplom-Ingenieur (FH) Ingenieurbau/Tiefbau
40, Betonbauer, Hochschule für Technik Bremen 1969, Sicherheitsfaching. A und B; 2 J. Bauleitung Stahlbeton- und Brückenbau, Bunkerbau, Wasserbau-Rammarbeiten für Hafen und Kläranlagen; 13 J. Bauleitung Städt.-Tiefbau/Kanalbau, Straßenbau, Grundwasserabsenkung, Erdbau und Abbruch. Kalkulation, Aufmaß und Abrechnung. Wunsch: Bauleitung, Betriebsleiter – Tiefbau/Stahlbeton, Verkaufs-/Vertriebsing., Fachberater, auch branchenfremd. Raum: Norddeutschland/Bremen . WS 02

Diplom-Ingenieur (FH) Bauingenieurwesen
40, Iraner, Hochschule für Technik 1976, REFA-Grundschein, ifa-Bauwirtschaft, Informatik-Grund-Seminar; Allgem. Hoch- und Ingenieurbau, Bauleitung, Straßen- und Kanalbau, Konstruktion, Massenermittlung, Abrechnung, Baustellenabwicklung. Wunsch: Bauleitung, Straßen- und Tiefbau, Deckenbau, Kanalbau, Schal- und Bewehrungspläne, Baustellenabwicklung, Abrechnung, Aufmaß, statische Berechnung.
Raum: Bundesgebiet . . . . WS 03

Diplom-Ingenieur (FH) Schiffsbetriebstechnik C 6
46, Maschinenschlosser, Ingenieurschule Bremen 1967; Erfahrungen in allg. Betriebstechnik, Fertigungstechnik (Betonindustrie), Werkserhaltung, Energieversorgung; sucht neuen Wirkungskreis im Großraum Bremen . . . . WS 04

Diplom-Ingenieur (FH) Schiffsbetriebstechnik
50, Werkzeugmacher, Ingenieurschule Bremen 1966; Schweißfach-Ing., Sicherheits-Ing.; Instandhaltung: Schiffsmaschinen-, Produktions- und Betriebsanlagen, Betriebsmittelbeschaffung, Investitionsplanung, Arbeitssicherheit, Personalführung, Englischkenntnisse. Wunsch: Verantwortungsvolle Tätigkeit als Betriebs-, Fertigungs-, Sicherheits-Ingenieur. Raum Norddeutschland . . . . WS 05

Architektin, Diplom-Ingenieur
30, Hochschule für Gestaltung Bremen 1975, 7 J. Berufspraxis im Wohn- und Geschäftsbau, selbständig arbeitend im Entwurf, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Auftragsvergabe und Bauleitung; Englischkenntnisse. Wunsch: Architektin im Architekturbüro oder Bauunternehmen. Raum: Bremen-Oldenburg . . . . WS 06

Diplom-Ingenieur (FH) Bauingenieurwesen
35, Bauzeichnerin, Technikerschule, Hochschule für Technik 1979; Erfahrungen in Bauleitung und Abrechnung; Englischkenntnisse; Programmiersprachen Fortran und Basic. Wunsch: Städtischer Tiefbau und Rohrleitungsbau, Bauleitung und Abrechnung, alle Bereiche der Bauausführung. Raum: Bremen und Umgebung . . . . WS 07

Diplom-Ingenieur (FH) Bauingenieurwesen
33, Zimmerer, FH Nordostniedersachsen in Buxtehude 1979; 5 J. Berufserfahrung im Aufstellen von stat. Berechnungen, Bauleitung im Ing.-Holzbau, Ausführungspläne für den Ing.-Holzbau und Schal- und Bewehrungspläne für den Stahlbetonbau. Wunsch: Konstruktiver Ingenieurbau oder Stahlbau; Konstruktion, Planung, Berechnung. Raum: Norddeutschland . WS 08

Schiffsingenieur C 5
49, Maschinenschlosser, Schiffsing., Abt.-Leiter; langjährige Berufspraxis in Schiffsbetriebstechnik, Energietechnik, Reparatur, Heizungs-, Lüftungs-, Sanitärtechnik, Instandhaltung; Englischkenntnisse. Wunsch: Betriebsingenieur für Haus- und Versorgungstechnik, Krankenhausbetriebstechnik, Betriebserhaltung, Heizungs-, Lüftungs-, Sanitärtechnik. Raum: Norddeutschland (mögl. Großraum Bremen) . . . . WS 09

Diplom-Ingenieur (FH) Bauingenieurwesen
27, Hochschule für Technik Bremen 1979, EDV für Ausschreibung/Vergabe/Abrechnung, Erfahrung in Statik, Massenvermittlung, Abschlußrechnungen, Baubetreuung; Englischkenntnisse. Wunsch: Bauleitung, Bauaufsicht, Kalkulation im Hochbau – Bauunternehmung/Behörde. Raum: Bundesgebiet . . . . WS 10

Sollten Sie Interesse an Kontakten zu den Lehrgangsabsolventen haben, fordern Sie bitte die entsprechenden Bewerbungsunterlagen unter Angabe der Kennziffer an.

Fachvermittlungsdienst für Fach- und Führungskräfte beim Arbeitsamt Bremen, Außer der Schleifmühle 4, 2800 Bremen 1. Herr Schaper, Telefon 04 21/30 77-576 oder -580

426

STELLENGESUCHE

Versierter Baustoff- und Fliesenkaufmann
Dipl.-Kfm., 57 Jahre – seit 20 Jahren auf Geschäftsführer-Ebene tätig –, sucht Stelle als Geschäftsführer oder Vorstand in einer Baustoff-Großhandlung oder Baustoff-Industrie. Auch freier Mitarbeiter-Vertrag möglich, z. B. Überbrückung der Erbfolge.
Angebote unter N 14 456 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EDV-Fachmann
44 Jahre, Dipl.-Kfm., 14 Jahre EDV-Erfahrung, qualifizierter Praktiker mit nachweisbaren Erfolgen in der Konzeption u. Realisierung von Anwendungs-Programmen, Rechnersysteme: IBM-Anlagen, Programmsprachen ASSEMBLER, COBOL, RPG, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe; von Interesse ist auch EDV-Revision, EDV-Koordination u. Controlling im Raum Hamburg/Lübeck/Kiel.
Angeb. u. C 14 183 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Technischer Leiter
Dipl.-Ing. Maschinenbau und Fertigungstechnik
48 J., verh., in namhaftem Konzern-Tochterunternehmen, in ungekündigter Position tätig.
Schwerpunkte:
- Langjähr. erfolgreiche Führungstätigkeit im Bereich NE-Metalle und Kunststoffe, spanabhebende und spanlose Formgebung, Oberflächenbeschichtungen; Klein- und Großserienfertigung;
- Fundierte betriebswirtschaftliche Kenntnisse;
- Unternehmensplanung

Suche:
Managementaufgabe im Großraum Hamburg.
Angebote erbeten unter F 14186 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Diplom-Bauingenieur
55, langj. Erfahrung als Projekt- und Niederlassungsleiter im erdverlegten Rohrleitungsbau und bit. Straßenbau. DVGW-Zulassung (G 1 u. W 2); sucht entsprechende Tätigkeit, auch Ausland.
Auskünfte erteilt: Herr Lehnert
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4
2800 Bremen 1, ☎ 04 21/30 77-579
421

Diplom-Ingenieur (TU) Bauwesen
30, TU Braunschweig 1983, FR.: Konstruktiver Ingenieurbau, EDV-Bauwesen. 2 J. Berufserfahrung im Hoch-, Tief- und Wasserbau; sucht Ingenieur-Aufgaben im Technischen Büro.
Auskünfte erteilt: Herr Lehnert
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4
2800 Bremen 1, ☎ 04 21/30 77-579
422

Stadt- und Regionalplaner
29, Uni Dortmund 1981, Große Staatsprüfung 1984, Erfahrung im Städtebau; sucht Aufgaben im Planungsrecht, Entwurf oder artverwandtem Gebiet.
Auskünfte erteilt: Herr Lehnert
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4
2800 Bremen 1, ☎ 04 21/30 77-579
423

Dipl.-Ing. Maschinenbau
40, langj. Tätigkeit in Hochschule und Wirtschaft mit Schwerpunkt im Apparatebau; Industrieerf. in Angebotsbearb., Auftragsabwickl., Auslegung, Konstruktion, F + E; sucht verantwortungsvolle Pos. in Norddeutschland.
Angebote erb. u. P 14 457 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dynamischer Jurist
sucht verantwortungsvollen Fulltime-Wirkungskreis. Angeb. u. R 14 370 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter
42 J., ungekündigt, techn. fundierte Kenntnisse, vertraut mit Führungs- u. Schulungsaufgaben, langjähr. Außendiensterf., sucht anspruchsvolle Tätigkeit. Zuschr. u. L 14 344 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter
37 Jahre, führungs-, motivations- u. trainingsstark, mit Initiative, Belastbarkeit, hohe Leistungsbereitschaft, sucht Aufgabenerweiterung – Norddeutschland.
Angeb. u. D 14 404 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Landwirtschaftsleiter
23 J., Führersch. Kl. III, 5 J. mit Betriebserfahrung, Management und Organisationstalent, sucht ab 1. Juli Stellung im In- oder Ausland. Zuschr. bitte unter B 14 182 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EDV-/ORG.-LEITER
in internat. Konzern, 42 J., verheiratet, Erfahrungen im Projektmanagement kommerzieller Anwendungssysteme, sucht neuen Wirkungskreis (evtl. Beratung) im Großraum Hannover. Zuschr. u. A 14 181 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Studentin
Mag. 7, Engl., Did., Ling., sucht freiberufl. Tätigkeit in Verlag. Auch Übersetzung v. geschäftl. u. priv. Korrespondenz.
Zuschr. unter T 14 438 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

VR China
Techn. Exportkfm., Dt., 39 J., kontaktfreudig, belastbar u. flexibel, unternehmerisch denkend, mehrsprachig inkl. Chin.-Kenntn., über 8jähr. Südostasienaufenthalte inkl. VR China, bietet Erfahrungen auf Maschinen- u. Anlagensektor, sucht langfr. VR-CHINA-Einsatz, gerne mit Familie (Ehefrau Dipl.-Oec.).
Zuschr. erb. u. V 14 462 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Junger Journalist mit Abschluß der dt. Journalistenschule mit viel Erfahrung sucht Wirkungskreis in HH als Redakteur oder Presse-Referent, bisherige Tätigkeit in einem Wirtschafts- u. Belletristik-Verl. Ang. u. C 14 403 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Jurist
(30 J.) mit sehr guten engl. u. französ. Sprachkenntnissen (später auch Russisch) sucht Arbeitsbereich in einer Firma mit geschäftl. Auslandsverbindungen in den entspr. Sprachräumen. **Schwerpunkte:** Vertragsrecht, Arbeitsrecht, Vertretung bei Streitigkeiten (prozessualen Auseinandersetzungen) an den Amtsgerichten.
Zuschriften bitte unter P 14 369 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. Betriebstechnik, 35 J., techn. Berater, Praktiker, su. neue Aufgabe im Ausl. od. Inl. Bereiche. Schiffahrt/Industrie. Schwerp.: Durchführung schwieriger Proj. techn./personell. Ang. erb. u. S. 14 327 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Suchen Sie
den erfahrenen
Vertriebsfachmann
für die USA?
Zuschr. erb. u. X 14 464 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtsch.-Ing. (44)
langjähr. Erfahrung als Verkaufsdirektor u. Generaldirektor im Apparatebau, ausgezeichnete Einführung auf mittlerer/höherer Ebene in der petrochem., chemischen u. pharmazeut. Industrie Europas (Ost u. West), Englisch, Ital., Span. perfekt, z. Zt. im Ausland, sucht aus fam. Gründen vergleichbare Position im deutschspr. Raum.
Zuschr. u. B 14 358 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bankkaufmann/Vermögensberater
32 J., langjährige Erfahrung im gesamten Passivbereich einer Bank, zzgl. seuerbeg. Kapitalanl. im In- und Ausland, sucht anspruchsvolle Tätigkeit bei Bank oder ähnl.
Angeb. u. M 14 455 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bauzeichnerin, 24, sucht Umschulung zur Plakatmal., Schriftenmal. o. Fotograf. Angeb. bitte u. G 14187 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Weichenkonstrukteur
32 J., 10 J. Facherfahrung, Techniker, gel. Techn. Zeichner, ungekündigt, sucht qualifizierte Anstellung.
Ang. u. H 14 452 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Leiter Konstruktionsbüro (Dipl.-Ing./TU)
45 J., ungek., versiert in Konstrukt. Ingenieurbau, Brückenbau, Wasser- u. Grundbau sowie Industrie- u. Hochbau, sucht neuen, mögl. selbst. Wirkungskreis (nordd. Raum bevorz.). Umfangreiche Erfahrung in Planung und Ausschreibung, Ausführungsplanung, Oberbauleitung, Prüfung.
Angeb. bitte u. D 14184 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

BAULEITER für das Ausland
42 Jahre, verh., 1 Kind, 12 J. Auslandserfahrung, 2 Jahre als Niederlassungsleiter, Englisch sprechend mit Know-how, sucht verantwortungsvollen Aufgabenbereich.
Angebote erbeten unter S 14 459 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

KANADA
Dipl.-Ing. agr., 35 J., verh., seit 4 Jahren Manager einer 3000 ha Getreidefarm, sucht neuen Aufgabenbereich. Beste Referenzen.
Ang. u. K 14 453 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Industriemeister
für Gummi + Kautschuk, 32 J., sucht entspr. Firma.
Angeb. erb. u. R 14 458 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chef-Fahrer
45 J., ungebunden, gepfl. Erscheinung, mit guten Umgangsformen, absolut vertrauenswürdig, 27 J. unfallfrei in ganz Europa. Besuch der Fahrerschule v. Rolls-Royce in England mit Abschlußdiplom, erstkl. Zeugnisse und Referenzen vorh., letzter Tätigkeitsbereich Schweiz, sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. u. E 13 151 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

30 years old German with
experience in trading, purchasing, selling + travelling in several countries.
Please write ref No. V 14 440 to WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann (Weinfachmann)
35 J., 10 J. Außendienst, verh., gute Englischkenntn., belastb., su. neuen Wirkungskr., evtl. Vertretung f. Weingut im Großraum Hamburg. Ang. erb. u. E 14185 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Mehr Zeilen, mehr Qualität: Neue Wege zur Verbesserung des Fernseh-Bildes

Bald flimmert's nicht mehr in der Kiste

Wissen Sie auf Anhieb, aus wieviel unterschiedlichen Farbpünktchen sich das Bild ihrer TV-Mattscheibe zusammensetzt? 520 000 Einzelelemente sind es, die der flinke Elektronenstrahl rasterweise aufleuchten läßt. Um das Ganze 25 mal in der Sekunde zeilenweise abzutasten, sind zur Übertragung eines Fernsehbildes vom Sendemast in die gute Stube etwa 13 Millionen Impulse pro Sekunde nötig.

So flimmert's bei uns in der Bundesrepublik. Weltweit kennt man für die Fernsehbildaufteilung vier verschiedene Normen: In allen ost- und fast allen westeuropäischen Ländern, in zahlreichen Ländern Afrikas und Asiens wird mit 625 Zeilen pro Bild bei eben diesen 25 Bildwechseln pro Sekunde gearbeitet. Die US-Norm basiert auf 525 Zeilen und 30 Bildwechseln. Sie findet in den nord- und mittel- sowie fast allen südamerikanischen Staaten Anwendung.

Das Vereinigte Königreich und einige ehemalige britische Kolonien scheren aus diesem Verband aus: Hier wird das TV-Bild in 405 Zeilen zerlegt. Die Franzosen setzen diesen drei Normen noch eins drauf und blasen ihr Bild auf 819 Zeilen auf.

Eines ist sicher: je feiner der Raster, um so besser die Auflösung, um so besser der optische Gesamteindruck. So wird auch in absehbarer Zukunft das Mehr-Zeilen-Fernsehen eine wesentliche Bildverbesserung bringen. Aber erst in Verbindung mit dem flachen Bildschirm wird ein neues Fernsehzeitalter anbrechen: Eine Großprojektion, deren Betrachtung auch aus geringer Entfernung zu einem völlig neuen Sehgefühl führen wird. Selbst mit der Nase vor der flimmerfreien Mattscheibe kann man keine Zeilen mehr ausmachen.

Amerikanische und japanische Elektroniker bemühen sich seit Jahren emsig, die technischen Voraussetzungen zu optimieren. Die neue TV-Technik hat auch schon einen Namen: HDVS (*High Definition Video-System*). 1125 – bezogen auf die jetzige US-Norm – bzw. 1250 Zeilen sorgen für ein gestochen scharfes Bild, verbunden mit einem plastischen Seheindruck. Dazu kommt eine Ausweitung der Perspektive: HDTV zeigt ein Bildpanorama, dessen Breite der Ausdehnung eines Kinobildes entspricht. Das Bildseitenverhältnis beträgt dann 5 zu 3, die jetzige Norm weist ein Verhältnis von 4 zu 3 auf.

HDTV bietet, darin sind sich die Experten einig, vollkommen neue, dem heutigen Fernsehen nicht mögliche Produktionsabläufe. Aber auch die Filmproduzenten stehen bereits in den Startlöchern. In den US-Filmstudios ist man ganz besonders an hochauflösenden Video-Systemen interessiert. Die Vorteile liegen klar auf der Hand: Bei künftigen Spielfilmproduktionen können die unübersehbaren Vorteile moderner elektronischer Tricktechnik „spielend" angewendet werden. Hollywood-Regisseur Francis Ford Coppola arbeitet bereits damit.

Sofortige Kontrolle, vereinfachte Schnittechnik und der Wegfall von Filmentwicklungsanstalten machen hochauflösendes Video zu einem idealen Arbeitsmittel. Die heutigen Fernsehnormen sind für solche Zwecke nicht geeignet, da deren Qualität wesentlich unter der des kinoüblichen 35 mm-Filmes liegt.

Auch die deutschen Rundfunkanstalten interessieren sich brennend für das zukunftsträchtige HDTV-Gebiet. Einer Ausstrahlung in absehbarer Zeit sind jedoch technische Riegel vorgeschoben. Durch das Mehr an Zeilen und das verbesserte Bildseitenverhältnis ist auch die Zahl der Punkte, aus denen sich das Bild zusammensetzt, gewachsen. Weder in den erdgebundenen Sendernetzen noch bei den geostationären Satelliten stehen Übertragungskanäle entsprechender Bandbreite zur Verfügung. Erst ein Glasfaserverbund wird entsprechende Möglichkeiten bieten. So hapert es dann auch am Ende der Übertragungskette, beim Fernsehzuschauer: der benötigt zum ungetrübten Bildgenuß den flachen Bildschirm. Und der verläßt erst in etwa zehn Jahren die Entwicklungslabors.

Sowohl beim ZDF als auch beim Bayerischen Rundfunk wird kräftig mit HDTV experimentiert. Die Münchner haben jetzt Teile ihrer Studioproduktion in eben dieser Technik aufgezeichnet. Was Wunder, das die technischen Einrichtungen aus Japan kamen. Wie vom Bayerischen Rundfunk zu erfahren war, sind weitere Versuche geplant, um auch den entsprechenden deutschen Elektronikfirmen auf die Sprünge zu helfen und sie mit der Nase auf HDTV zu stoßen.

DIETER THIERBACH

KRITIK

Baustoff zum Nulltarif

Architektur fristet in unseren Medien ein Schattendasein. So selten Sendungen über Themen der Baukunst überhaupt im Programm zu finden sind, so sehr enttäuschen leider allzuoft fehlende Sachkenntnis und mangelhafte visuelle Präsentation. Der zweiteilige Bericht von Jürgen Schneider und Peter Nicolay über die Wiederentdeckung der Lehmbauweise in westlichen Industrienationen und Ländern der Dritten Welt überrascht dagegen als gelungene Ausnahme. **Am Anfang die Erde** (ZDF) erzählt geduldig und doch fesselnd die aufregende Geschichte der Renaissance eines Baustoffes, den die moderne Industriegesellschaft fast vollständig aus dem Bewußtsein verdrängt hat, obwohl der Lehm in einer Zeit des notwendig wachsenden Umweltbewußtseins neuzeitlichen Baumaterialien weit überlegen ist.

Lehmbausteine lassen sich mit geringstem Energieaufwand und ohne jede Umweltbelastung auf einfachste Weise herstellen. Lehm ist hervorragend als wärmeabsorbierende Baumasse geeignet und sorgt baubiologisch für ein gutes Raumklima. Vor allem aber ist in vielen Gegenden Lehm ein Baustoff zum Nulltarif, mit dem unter fachlicher Anleitung wirklich jeder Laie bauen kann. Das weiche Material bietet außerdem die Möglichkeit zur spielerisch-plastischen Durchgestaltung, was das Bauen oft zu einem direkt sinnlichen Vergnügen werden läßt. Besonders in den heißen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens beeindruckt der Lehmbau als jahrhundertealte klimagerechte und billige Bauweise.

Überzeugend entwirft der Film hier eine Kritik des modernen Architekturkolonialismus, mit dem die westlichen Industrienationen dort die örtlichen Gegebenheiten vergewaltigen, indem sie kulturell und ästhetisch fremde, für sie klimatisch ungeeignete Materialien wie Stahl und Beton verwenden. Nicht zuletzt aber für die Bewohner der ausufernden Slums in den Vorstädten dieser Länder ist der Lehm eine realistische Alternative zur Wellblechhütte. Den Autoren gelang es, mit unaufdringlicher Didaktik in die Probleme unserer gebauten Umwelt einzuführen und ohne aufgesetzte ästhetische oder ideologische Brille neue Wege zur Bewältigung der Probleme aufzuzeigen.

BERNHARD WOLTER-SCHÄFERS



Der Westdeutsche Rundfunk und das tschecheslowakische Fernsehen haben ein **Kooperationsabkommen** geschlossen. Die Vereinbarung regelt die Zusammenarbeit bei der Herstellung von Fernsehprogrammen und stellt eine Grundlage für gegenseitige Produiktionshilfe, für Koproduktionen sowie für An- und Verkäufe und die internationale Präsentation gemeinsam hergestellter Sendungen. Neue *Impulse versprechen sich die* beiden Vertragspartner von der gemeinsamen Zusammenarbeit, deren bisheriger Schwerpunkt im Kinder- und Familienprogramm („Pan Tau", „Der fliegende Ferdinand") lag.

Vereinbarungen gab es auch zwischen dem **ZDF** und dem sowjetischen Fernsehen **Gostelradio**, jeweils für einen Tag das Programm des anderen Senders zu gestalten. Der Vertrag über die Zusammenarbeit umfaßt den Austausch aktueller TV-Beiträge über wichtige Ereignisse in der Bundesrepublik und in der Sowjetunion sowie die gegenseitige Unterstützung bei Fernsehproduktionen im jeweiligen Gastland. DW.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Der Stadtbrand
Dritter Teil der „Schwäbischen Trilogie" von Oliver Storz
12.10 Monitor
Mit Klaus Bednarz
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.55 ARD-Sport extra
Fußball-Europapokal der Pokalsieger
AS Rom – FC Bayern München
Viertelfinale – Rückspiel
Eurovisionssendung des italienischen Fernsehens aus dem Olympia-Stadion in Rom
Reporter: Eberhard Stanjek
15.45 Tagesschau
16.55 Lemmi und die Schmöker
Der Detektiv von Paris
17.25 Kein Tag wie jeder andere
Drei Wochen Nordost (5)
Erlebnisse mit einem schwarzen Kater, der Freiwilligen Feuerwehr, einem Heißluftballon und zwei Mädchen sorgen dafür, daß den beiden Reitern die anstrengende Reise nicht zu langweilig wird. Letzte Folge der „Abenteuer mit *drei Pferden*".
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.10 ARD-Sport extra
Fußball UEFA-Pokal
1. FC Köln – Inter Mailand
Viertelfinale – Rückspiel
Übertragung aus dem Müngersdorfer Stadion in Köln
In der Halbzeitpause
21.00 Fußball-Europapokal der Pokalsieger
AS Rom – FC Bayern München
Ausschnitte vom selben Nachmittag aus Rom
22.00 Brennpunkt
Sind unsere Böden noch zu retten?
Moderation: Immo Vogel
Noch gibt es keine einheitliche Linie, wie dem Waldsterben wirksam Einhalt geboten werden kann, da muß man sich bereits um den Zustand der Böden sorgen. Arsen, Blei, Cadmium, Dioxin – es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein neuer Umweltskandal ans Tageslicht kommt. Aber es sind nicht allein diese spektakulären Verseuchungen, die unsere Böden gefährden, sondern das, was quasi wie selbstverständlich täglich niederrieselt, gespritzt, gedüngt und zubetoniert wird.
22.30 Tagesthemen
23.00 Ohne Filter
Musik pur
Moderation: Frank Laufenberg
Mitwirkende: Larry Coryell (Gitarre), Airto Moreira (Schlagzeug), John Martyn u. a.
Regie: Dieter Wendrich
0.00 Tagesschau

ZDF

16.04 Anderland
Wie finde ich dich wieder?
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Waschbär Rascal
Ein schwerer Abschied
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Heim für Tiere
Rikki
Die Vorbereitungen *für die* Hochzeit von Lisa und Assistenzarzt Horst Nenner sind in vollem Gange, doch der turbulente Betrieb in der Bayerschen Tierpraxis beeinträchtigt diese Aktivitäten auf ungeahnte Weise . . .
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Kino-Hitparade
Filme, Facts und Favoriten
20.15 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Der Denver-Clan
Kirbys Mutter
21.45 heute-journal
22.05 Passion und Leidenschaft
Johann Sebastian Bachs Musik zur Johannes-Passion
Film von Meinolf Fritzen
Mit seiner Johannes-Passion will Bach musikalisch den Sinn der *Menschwerdung Gottes erfassen.* Die ganze Welt der menschlichen Leidenschaften, die sich an diesem Vorgang entzünden und auf die Gott sich einläßt, ist in dieser Musik enthalten. Haß, Liebe, brutale *Masseninstinkte*, Enthusiasmus, Zorn, Mitleid werden mit den Mitteln der barocken Oper eher *als mit „sakralen" Klängen in die* Kirche gebracht.
22.55 Zum Jahr der Musik
Weltliche Musik von Johann Sebastian Bach
Von und mit Nikolaus Harnoncourt
23.30 Zwei Tote im Sender und Don Carlos im Pogl
Mit Claus Biederstaedt, Ruth-Maria Kubitschek, Peter Pasetti, Jürgen von Manger, Brigitte Mira u. a.
Um das politische Gleichgewicht im Deutschen Fernsehen, kurz „Pogl" genannt, und um zwei Tote im Sender geht es in dieser Satire von Joachim Roering, in der sich, laut ZDF, das Fernsehen dem eigenen Medium „mit der gebotenen Selbstkritik" nähert.
1.00 heute



Das Fernsehen will sich selbst auf den Arm nehmen. Mit von der Partie: Brigitte Mira und Claus Biederstaedt (Zwei Tote im Sender . . . – ZDF, 23.30 Uhr) FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Grevenbroich
Informationen und Unterhaltung
21.45 Wissenschaftsshow
Dem Zufall keine Chance – Lawinenforschung / Experimente zum Nachmachen
22.30 Die große Illusion
Französischer Spielfilm (1937)
Mit Jean Gabin, Pierre Fresnay, Erich von Stroheim u. a.
Regie: Jean Renoir
0.20 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Avanti! Avanti! (24)
19.00 Marcus – oder schafft die Schule die Neugier ab? (1)
19.30 Immer Ärger mit der Milch
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Leihhäuser – Die Bank des kleinen Mannes / Erfinder in Berlin / Neues *vom Müll* / Autowäsche ohne Wasser
21.00 Wu Song oder Die Rebellen von Liangshan (4)
Im Rausch den Türgott Giang besiegen
21.45 Der Elefantenmensch
Englischer Spielfilm (1980)
Mit John Hurt, Anne Bancroft, John Gielgud u. a.
Regie: David Lynch
23.45 Actualités
0.00 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Das Geheimnis des Weidenkorbes (8)
18.55 Die kleine Dampflok (8)
19.05 Was tun mit der Zeit!
Computer-Zentrale
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Schwerpunkt
Es liegt was in der Luft – Militärflüge im Ballungsraum
20.45 Einfahrt auf Gleis 7
Vor und hinter den Kulissen des Frankfurter Hauptbahnhofs
21.30 Drei aktuell
22.00 Wieviele Juwelen hat das Diadem der Prinzessin?
22.10 Genosse Münchhausen
Satirischer Spielfilm (1962)
von Wolfgang Neuss

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Reden ist Gold
Talkshow für Jugendliche
20.15 Sammelsurium
Aus dem Kulturleben
21.00 Schwarzer Engel
Amerikanischer Spielfilm (1946)
Mit Dan Duryea, June Vincent, Peter Lorre u. a.
Regie: Roy William Neill
22.20 Im Geist des Mittelalters
1985 – Das Jahr der romanischen Kirchen in Köln
23.40 Nachrichten

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '85
19.45 Die Krimistunde
Geschichten von Henry Slezar
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Delie und Breston (5)
22.40 Zeitgeschichte im Fernsehen
Die dunklen Jahre von Lyon 1940–1944
Auf der Suche nach Erinnerungen
23.25 Rundschau
23.30 News of the Week

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Ben macht Geschäfte
15.00 Indian River
Unsere Freundin Aggie
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
Wie jeden Morgen bringen Niklaas und sein Großvater Jehan die Milch ihres Dorfes auf dem Handkarren nach Antwerpen. Heute soll er außerdem Süßigkeiten für Aneka, seine kleine Freundin, aus der Stadt mitbringen.
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Auf der Suche nach Afrika, Teil 3
Beobachtungen des italienischen Schriftstellers Alberto Moravia
18.00 Es darf gelacht werden
Vater als Vogelscheuche
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
Das Konzentrationsspiel
19.10 Sport-Karussell
Unterhaltung rund um den Sport
Aus Garmisch-Partenkirchen: Eishockey, Eisstockschießen und ein Vorbericht über die Viertelfinal-Spiele im Fußball-Europacup. Dazu die 12. Runde im Fernseh-Skatturnier
Moderation: Barbara Thode und Roman Köster
20.00 Offen gesagt
Irene Epple im Gespräch mit Roman Köster
20.30 Love Boat (12)
Der Abschiedstanz / 598 Passagiere, aber kein Inspektor / Kabinentausch mit Folgen
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Kommissar X – In den Klauen des goldenen Drachen
Spielfilm (1966)
Mit Tony Kendall, Brad Harris, Barbara Frey u. a.
Regie: Frank Kramer
In Singapur ist der Teufel los. Privatdetektiv Jo Walker alias Kommissar X und sein Freund, Captain Tom Rowland von der Mordkommission in Manhattan haben den Auftrag, den Atomphysiker Professor Akron vor Erpressern zu beschützen.
23.40 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

17.14 Frühlingsanfang in 3SAT
Auf die Sekunde, pünktlich um 17.14, feiert das internationale 3SAT-Programm den Frühlingsanfang – 46 Minuten Unterhaltung, Information und Ratschläge
18.00 Der Sklave Calvisius
Alltag in einer römischen Provinz – 150 n. Chr.
2. Die Verhaftung
Schulbus 13
2. Birgit hat Sorgen
19.00 heute
19.30 Liedercircus
Ein internationales Chansonfest zu Ehren von Edith Piaf
Michael Heltau präsentiert:
Milva, Ingrid Caven, Georges Moustaki, Charles Dumont, Herman van Veen
Es spielt das Große Liedercircus-Orchester unter der Leitung von Robert Opratko
Aufzeichnung der Live-Übertragung anläßlich der Eröffnung der Berliner Funkausstellung 1983.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Bundesrepublik Deutschland – Handballweltmeister 1978
Eine Reminiszenz
23.30 3SAT-Nachrichten

Erziehung zum Frieden

mar – Die „DDR" ist uns wieder einmal voraus. Während bei uns noch darüber debattiert wird, ob nicht ein Fach „Friedenserziehung" den schulischen Lehrplan bereichern sollte, ist das in der „DDR" schon längst Praxis. Allerdings unter der altertümlichen Bezeichnung „Wehrkunde".

Natürlich hat man dabei den Frieden (den sozialistischen) fest im Visier. Jedoch nicht als statische Größe, sondern als ein Ziel, das erkämpft werden muß. Das erfordert eine flexible Strategie, wie die Verbindungsoffiziere der NVA erst jüngst den Lehrerkollegien in Vorträgen darlegten. Zugleich kündigten sie neue Lehrpläne und Lehrinhalte für Wehrkunde an.

Ausgangspunkt ist eine neue Einschätzung des Atomkriegs. Zuerst wurde gelehrt, daß das „sozialistische Lager" mit Marx im Kopf und den größeren *Atom*waffen im Arsenal einen solchen Krieg durchaus gewinnen könne. Dann paßte man sich der Propaganda im westlichen Ausland an, wonach der Sozialismus gefährdet sei, wenn er nicht alle wissenschaftlichen Ressourcen mobilisiere, um einen kapitalistischen Rüstungsvorsprung zu verhindern. Und nun heißt es seit neuestem, daß einen Atomkrieg alle verlieren würden. Die Folgerung aus dieser Erkenntnis unterscheidet sich allerdings grundlegend von denen westlicher „Friedensfreunde": Die Jugend in der „DDR" soll nicht mehr über den Schutz bei Atombombenangriffen unterrichtet werden, sondern sie soll wieder den Umgang mit konventionellen Waffen lernen – natürlich allein zur „Sicherung des Friedens" und zum Schutz vor Sabotage, die die NATO angeblich parallel zu einem konventionellen Angriffskrieg plant.

Zugleich sollen die Jugendlichen nicht nur systematisch auf den „Ehrendienst" in der NVA vorbereitet, sondern vom sechsten Schuljahr an auch verstärkt zur frühzeitigen Verpflichtung als Offiziere geworben werden. Bislang fehlt nur noch eine zündende Parole für diese neue Friedensinitiative. Wie wäre es – *wenn der Vorschlag erlaubt* ist – mit: „Frieden schaffen mit konventionellen Waffen!"?

Heidelberg: „Der Menschenfeind" unter Stoltzenberg

Kein Glück in der Wüste

Eine erstaunliche Heidelberger „Menschenfeind"-Inszenierung des Hausherrn Peter Stoltzenberg zwingt nicht nur zur genaueren Betrachtung des Stücks, sondern auch des Autors und der Rezeptionsgeschichte. Wo gibt es das in der Literatur noch einmal, daß ein Autor allgemein menschliche Phänomene in einer zivilen Gesellschaft behandelt, *aber die jedermann angehenden Phä*nomene aus persönlichster Betroffenheit entwickelt, das Ganze nicht nur auf die lächerliche Spitze treibt, sondern sich selbst damit einen erbarmungslosen Spiegel vorhält? Das Allgemeine wird zum persönlichsten Fall und das Lächerliche zur unheilbaren Tragödie.

Erstaunlich ist in Heidelberg die Besetzung der Rolle Alcestes, des rasenden Eifersüchtigen, mit einem jungen Darsteller (Mathias Lange), der seine Célimène (Irene Kugler) unter Aufopferung aller seiner Prinzipien in absoluter Liebe leidenschaftlich anbetet. Und die schwache Hoffnung hat, die Kokette zu verwandeln. Erstaunlich deshalb, weil gewöhnlich in deutschen Aufführungen von der Liebe eines ältlichen Alceste wenig zu spüren ist; meist sieht man nur die „ganz neue Methode" (Célimène), mit mürrischen Bosheiten um eine Frau zu werben.

Die drei galanten Herren, von denen die kokette Célimène sich umschwärmen läßt, donnert er in Grund und Boden und erreicht nichts als ein spitzes Lächeln. Als aber die Hübsche durch spöttische Briefe sich die tändelnden Herren zu bitteren Feinden macht, hält auch er ihr Verhalten plötzlich für abscheulich. Aber gleicht die Isolierte jetzt nicht seinem Ideal? Doch jetzt soll sich die zur Ehe Bereite mit ihm in der tiefsten Provinz vergraben. Eifersucht traut dem Ideal nur, wenn jede mögliche Versuchung radikal ausgeschaltet ist. Dazu sagt sie mit Recht nein. Und dieser konsequente Schluß ist der lächerlichste und – tragischste Augenblick.

Molières konstante Impulse – Wahrheit gegen Heuchelei, Liebe gegen Tändelei – werden plötzlich durch irre Übertreibung zu lächerlichen Stolpersteinen. Für sich wollte er in diesem therapeutischen Spiegel der Verzweiflung über seine weitherzige junge Frau Herr werden, aber der persönliche Fall wurde dem großen Künstler ganz von selbst zum generellen Phänomen. Unbefangen spielte seine Frau eine souveräne Célimène und er selbst einen bouffonesken Alceste.

Schon sein Schüler Baron spielte den Alceste als großen Herrn und sprach den Text mit gehobenen Zähnen. *Coquelin mischte Komisches* mit Rührendem. Einmal machte ein Alceste Kleinholz aus dem Mobiliar. Und Célimène? Die Schauspielerinnen Mars und Sorel gingen am Ende mit einem verächtlichen Fächerschlag ab, aber es gab immer häufiger eine gedemütigte Célimène. Und so die Schriftsteller: Donneau de Visé charakterisierte in der Vorrede zur Erstausgabe Alceste als Possenreißer, aber Rousseau protestierte gegen die Verhöhnung „wahrhafter Biederkeit", und Fabre d'Eglantine schrieb sogar eine erfolgreiche Komödie zur Ehrenrettung Alcestes.

Und Stoltzenberg? Alceste, der seine Einsamkeit stets als Glück feierte, findet aus seiner Maßlosigkeit keinen Ausweg und bereitet sich das gleiche unerwartete Schicksal wie ihr: Einsamkeit als Unglück. Und wie wird dies doppelte Bewußtsein der unglücklichen Einsamkeit, das im Text nicht deutlich wird, von der Regie erreicht? Als die von der Gesellschaft verlassene Célimène zu Alceste sagt, jetzt habe auch er ein Recht, sie zu hassen, denn sie hatte in jenen Briefen auch über ihn gespottet, da sagt er: „Wie soll ich denn über meine Zärtlichkeit triumphieren? Und wenn ich dich brennend hassen wollte, so habe ich das Herz nicht, das mir gehorcht."

Und da stürzen sie beide einander in die Arme. Und danach erst kommt er mit dem Anspruch hervor, er ganz allein müsse ihr als Gesellschaft in der „Wüste" genügen. Und da erst trennen sich ihre Wege. Ein unerwarteter Rückschlag. Die vergebliche, aber hoch leidenschaftliche Umarmung ist der Garant dafür, daß es keine „glückliche" Einsamkeit für einen Liebenden geben kann, auch wenn er die hyperabsolute Liebe nicht erzwingen konnte. Wir sitzen da und haben noch Hoffnung.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Bochum veranstaltet das „1. Ruhr-Jazzfestival"

Gärender Grubenklang

Lange muß man im Gedächtnis wühlen, will man sich eines Jazzfestivals im Ruhrgebiet entsinnen. Und doch gärt es im „Kohlenpott" in Sachen Jazz. Da gibt es das „Grubenklangorchester" mit seinem Leiter Georg Gräwe, den in alle Richtungen aktiven Klarinettenstar Theo Jörgensmann und auch noch Ulli Blobel, einen Jazz-Manager mit Erfahrung. Und diese drei machten einmal wieder ein Jazzfestival im Ruhrgebiet. Grozügige Unterstützung dabei gewährte das Kulturamt der Stadt Bochum. Das „1. Ruhr-Jazzfestival" konnte gestartet werden.

Den ersten Tag konnte man unter das Motto stellen „Die Avantgarde frißt ihre Kinder". Den Eindruck konnte man jedenfalls gewinnen, erlebte man Peter Brötzmann, urgewaltig und voll explosiver Kraft an Saxophonen, zusammen mit Han Bennik (Schlagzeug) und dem Pianisten Fred van Hove. Mag vor fünfzehn Jahren diese Musik revolutionär gewesen sein, heute wirkt sie eher antiquiert. Und doch ist es immer wieder faszinierend zu erleben, wie sich aus Klangkaskaden, Trommelorgien und Clustern Strukturen herauskristallisieren, *Rhythmen* sich bilden, aus all dem „Krach" sich Melodien formen.

Daß er immer noch der Mann mit dem „wärmsten Flügelhornton" ist, bewies Herbert Joos im gewiß nicht einfachen Alleingang, bis nach etwa einer guten halben Stunde sich nach und nach die Bühne mit anderen Musikern füllte, die sich ins Klanggeschehen integrierten, und plötzlich war klar: Das ist das Grubenklangorchester. Die Soli der einzelnen Musiker, besonders aber die von Horst Grabosch und dem hochtalentierten Bariton-Spieler Eckard Koltermann, ließen einmal mehr die musikalische Kraft dieser Großformation spüren.

Die Idee, mit zwei Bässen Jazz für eine Tänzerin zu spielen, muß man erst einmal haben. Peter Kowald und Joelle Léandre realisierten diesen Gedanken zusammen mit Anne Martin, einer Tänzerin des Pina Bausch-Ensembles. Eine seltsam eindringliche Musik, mal schwebend leicht, dann wieder erdverbunden, flüchtig, spielerisch, traumhaft sicher, optisch und akustisch ein Hochgenuß.

Fällt das Wort „Sopransaxophon", denkt man sofort an Steve Lacy. In Bochum präsentierte er sich mit dem Pianisten Ulrich Gumpert, der Lacys feinfühlige, zuweilen recht getragene Balladen mit zarter Hand bereicherte und erweiterte.

Der Höhepunkt des Festivals: das „World Saxophone Quartet", vier erstklassige Musiker, jeder für sich ein Star, zusammen unschlagbar. David Murray, Julius Hemphill, Oliver Lake und Hamiet Bluiett spielen mit Ausnahme des sperrigen Baß-Saxophons jedes von Sopran bis Bariton, ihr Timing ist sagenhaft, der Klang und das Feeling stimmen, die Musik ist aufregend, ungemein ausdrucksstark, einfach schön.

SVEN THIELMANN

Mit mediterraner Gelassenheit – Skulpturen, Collagen und Graphik von Henri Laurens in Hannover

Von Sirenen und Neriden gefangen



Figuren von erdverbundener Schwere: „Frau mit der Traube (Bacchantin)" von Henri Laurens (1952) FOTO: KATALOG

Sein Themenrepertoire ist begrenzt. Frauen kehren immer wieder, auch Meerjungfrauen – als Sirenen oder Nereiden – und die Götter der antiken Mythologie, die freundlichen zumeist. Amphion, der mit seiner Leier Steine zu bewegen vermochte, wird ihm zum Leitbild. Seine Formensprache scheint nur zwei Dialekte zu kennen, den Kubismus mit seinen Kanten und Ecken oder die Figürlichkeit ohne Realismus mit weichen, sinnlichen Konturen. Wenn die Ausstellung im Sprengel Museum Hannover trotzdem fasziniert, dann liegt das an der Vielfalt der Ausdrucksmöglichkeiten, die Henri Laurens innerhalb der sich selbst gesetzten Grenzen zu entwickeln vermag.

Anlaß für diese bemerkenswerte Übersicht mit Skulpturen, Collagen, Zeichnungen, Aquarellen und der Druckgraphik war – ein wenig verspätet – der hundertste Geburtstag von Henri Laurens im Februar. Zugleich ist es eine Würdigung des jüngst verstorbenen Sammlers Bernhard Sprengel, dem das Museum nicht nur den Namen, sondern auch bedeutende Bestände verdankt. Darunter sind immerhin zwanzig plastische Arbeiten von Laurens, zu denen weitere 39 Leihgaben kommen. Begleitet wird das Ganze von einer Fülle graphischer Blätter. Nur die Brotarbeiten wurden nicht berücksichtigt. So läßt sich hier recht gut die künstlerische Entwicklung verfolgen.

Am Anfang stehen der heitere „Clown" von 1915, eine weißbemalte Holzfigur aus Kegeln und Kegelsegmenten, sowie „Die Frau mit der Mantilla" von 1918, ebenfalls aus geometrischen Holzkörpern zusammengesetzt, doch schwarz bemalt. Dann folgen – beeinflußt von der Freund*schaft zu Picasso und Braque – die* Versuche, den Kubismus in den Raum zu übersetzen. So entstehen zuerst Köpfe, meist in weißem Stein, kantig aus wenigen Grundformen aufgebaut. Mitte der zwanziger Jahre werden sie nach und nach von rundlichen, figuralen Plastiken, liegenden Frauen zuerst, dann knieenden, stehenden, abgelöst. Und in den dreißiger Jahren verdrängen diese neuen, nur Laurens eigenen Formen endgültig den Kubismus. Es sind erdverbundene Figuren mit schmalem Oberkörper, breiten Hüften, schweren Beinen, die im Boden verwurzelt scheinen. Nur den kleinen „Undinen" billigt der Bildhauer schwebende Leichtigkeit zu.

Henri Laurens ist, daran läßt die Ausstellung keinen Zweifel, einer der ganz wichtigen Bildhauer der Moderne. Seine Arbeiten ruhen in sich, strahlen eine mediterrane Gelassenheit aus, sind auf sehr moderne Weise klassisch. Darin gleicht er dem gut zwei Jahrzehnte älteren Aristide Maillol, in dessen Nähe er Anfang der dreißiger Jahre in Étang-la-Ville arbeitete. Von dem Gegenpol der französischen Plastik, von Auguste Rodin und seiner Expressivität, hielt Laurens dagegen wenig. Nicht Naturnähe oder Abbilder der Wirklichkeit – selbst auf rodinsche Weise überhöht – waren sein Ideal, sondern eine Skulptur, die ihre eigene Sprache spricht. Die richtigen Ansätze schienen ihm Braque, den er 1911 kennenlernte und mit dem ihn eine lebenslange Freundschaft verband, und der Kreis mit Picasso, Léger, Gris und den Literaten um Apollinaire gefunden zu haben. Obwohl Léonce Rosenberg und später Daniel-Henry Kahnweiler sich als Galeristen der Arbeiten von Laurens annahmen, blieb ihm seinerzeit der große Erfolg versagt. Erst als 64jähriger vertritt er 1948 die französische Plastik auf der Biennale in Venedig, und ein Jahr später richtet ihm Brüssel seine erste Museumsausstellung ein. Paris folgt dann 1951, drei Jahre vor seinem Tode, mit der ersten großen Retrospektive.

Die Skulpturen von Laurens – anders als die von Maillol – verraten ihr Geheimnis nicht auf den ersten Blick. Sie geben sich spröde, verlangen Geduld und Muße vom Betrachter. Darin ähneln sie dem Werk des um anderthalb Jahrzehnte jüngeren Henry Moore. Vor allem aber zeichnen sich die Skulpturen von Laurens durch ihre Plastizität aus. Das wird allein vor dem Original deutlich. Eine Photographie kann nicht wiedergeben, wie diese Arbeiten aus jedem Blickwinkel eigenständige Ansichten entwickeln. Im Gegensatz dazu zeigen die Reliefs – so paradox das klingen mag – eine dreidimensionale Zweidimensionalität, sie haben nur eine Ansichtsseite und täuschen keine Räumlichkeit vor. Sie entsprechen damit den Zeichnungen und Druckgraphiken, die die Beschränkung auf die Fläche zur Tugend erheben. Laurens arbeitet dabei oft nach dem Prinzip der unendlichen Linie. Die Figuren sind häufig in einem Zug mit einem ununterbrochenen Strich gezeichnet.

Auch die Farbe wird nicht als Mittel, um Körperlichkeit oder Raumtiefe zu erzielen, benutzt. Sie betont lediglich die Fläche. Die Farbe ist deswegen – im Druck wie in der Zeichnung oder Collage – gleichmäßig ohne Abschattierungen und Nuancierungen aufgetragen. Zumeist sind es neben dem Schwarz der Zeichnung nur ein oder zwei gedämpfte, gebrochene Töne. Demselben Zweck dienen Schraffuren. Auch sie verleugnen den Plastiker, weil sie nicht Rundungen, Vertiefungen oder Volumina vortäuschen, sondern reine Flächen markieren.

Dementsprechend sind die buchkünstlerischen Arbeiten von Henri Laurens – fast alles Entwürfe zu den Texten antiker Autoren – nicht Illustrationen im klassischen Sinne, die ein Wortkunstwerk ins Optische übersetzen, sondern Buchschmuck, *Ornament*, das den Sinngehalt umspielt. Das kann in Hannover in aller Ausführlichkeit überprüft werden, denn die Druckgraphik ist dank der Kooperation mit der Galerie Brusberg (die bis Anfang des Jahres in Hannover beheimatet war und nun ihren Hauptsitz in Berlin hat) vollständig zu sehen. Damit wird der Katalog zugleich zu einem ersten Werkverzeichnis der Druckgraphik und der illustrierten Bücher.

Und noch eine Besonderheit hat das Sprengel Museum zu bieten: einen grünen Punkt an rund einem Drittel der Plastiken. Er findet sich an dem spannengroßen „Kleinen Adieu" von 1940/41 oder der „Nacht" von 1943, an der anderthalb Meter hohen „Großen Badenden" von 1947" oder dem ebenso wuchtigen „Großen Morgen" von 1944. Dieser Punkt ist eine Einladung an den Besucher, die Skulpturen zu berühren, ihre Oberfläche und ihre Formen nicht nur mit den Augen, sondern auch mit dem Tastsinn aufzunehmen, die große Ruhe, die sie ausstrahlen, auf doppelte Weise zu erspüren. (Bis 28. April; Katalog 42 Mark)

PETER DITTMAR

Film: „Der Terminator" mit A. Schwarzenegger

Wilde Jagd auf Sarah

Blitze zucken, der Wind frischt auf, und *dann passiert es: Mitten in* den Slums von Los Angeles purzelt ein muskelbepackter Mann vom Himmel. Doch dieser seltsame Besucher, der durch einen Zeittunnel aus dem Jahr 2029 in unsere Gegenwart reiste, ist kein Mensch. Unter Haut und Haaren verbirgt sich ein Körper aus rostfreiem Stahl, unter der Schädeldecke spuckt ein Elektronengehirn sekundenschnell tödliche Anweisungen aus. Diese fast unbesiegbare Kampfmaschine hat nur einen Auftrag: Sarah Connor *umzubringen. Denn das* ebenso hübsche wie ahnungslose Mädchen wird bald einen Sohn gebären, der die Welt nach dem verheerenden Atomkrieg von 1988 vor der Herrschaft der Roboter schützt.

Diese Messiasgestalt, die den Maschinenmenschen des Jahres 2029 einen erbitterten Kampf liefert, soll nun also rückwirkend vernichtet werden. Sarah wäre verloren, wenn nicht ein zweiter Mann vom Himmel fiele: Kyle Reese (Michael Biehn), ein Waf*fenbruder jenes John Connor, den* seine Mutter Sarah erst noch zur Welt bringen soll.

So paradox diese Geschichte um die zurückgedrehte Zeit und die manipulierte Zukunft auch klingt, so packend und geradlinig ist sie erzählt. Der kanadische Regisseur James Cameron, der bisher nur den entbehrlichen Horror-Streifen „Piranha II" inszeniert hatte, erweist sich in seinem neuen Film „Der Terminator", der soeben in Avoriaz den ersten Preis gewann, als Musterschüler Roger Cormans. Mit dem für Hollywood fast mickrigen Budget von fünf Millionen Dollar hat er einen technisch brillanten Thriller gedreht, in dem sich traditionelle Tugenden des Action-Films mit bizarren Einfällen treffen. Harte Schnitte forcieren das Tempo dieser fast ununterbrochenen Verfolgungsjagd, während die ungemein bewegliche Kamera den Figuren alle Fluchtwege abschneidet.

Aus diesem überhitzten, qualvoll engen Hexenkessel entläßt Cameron die Zuschauer immer wieder in beklemmende Zukunftsvisionen, in denen spinnenartige, fast surreale Fluggeräte über einer nur schemenhaft erkennbaren Trümmerwelt kreisen. Die schreckliche Schönheit solcher Schauplätze sucht man in mancher *sehr viel teureren Großproduktion* vergebens. Und wenn er gar einen kühnen Blick ins gerasterte Computergehirn des Titelhelden wirft, beweist der Regisseur sein Gespür für ausgefallene Effekte. Selbst dem Terminator-Darsteller Arnold Schwarzenegger geraten seine Schwächen diesmal zu Stärken, da sein eckiges, nuancenarmes Spiel vortrefflich zur Rolle des gefühllosen Stahl-Monstrums paßt.

Gewiß, es wird zuviel geschossen, *zuviel gemordet in diesem keines*wegs zimperlichen Science-fiction-Alptraum. Aber weder diese Gewalttätigkeit noch die schlichten religiösen Gleichnisse oder die allzu plakative Warnung vor dem Terror der Technik verderben diesen Film. Denn der atemberaubende Rhythmus und der unentrinnbare Sog der düsteren Bilder degradieren die Handlung ohnehin zur Nebensache.

HARTMUT WILMES



Gefühlloses Stahlmonstrum: Arnold Schwarzenegger als Terminator in Camerons Film FOTO: DIE WELT

Wien: Ken Russell inszenierte Gounods „Margarethe"

Nur als Nonne reizvoll

Ken Russells Ritte durch die Mu*sikgeschichte – von Tschai*kowskij bis zu Liszt und Mahler – regten auf, machten Furore und schockierten, weil sie Inhalte, ja musikalische Inhalte, schonungslos und brutal bloßlegten. Sie brachten etwas zur Sprache, worüber „man eigentlich nicht spricht". Filmisch ist dies dem schrulligen und phantasievollen Briten auf seine skurrile Art bravourös gelungen. Was lag also näher, als ihn einmal ins Opernhaus zu bitten, damit er seine Sezierkunststücke live *betreibe?*

Lorin Maazel kam als erster auf diese Idee und verpflichtete Ken Russell für „Eugen Onegin" an der Wiener Staatsoper. In der Zwischenzeit inszenierte Russell jedoch Opern an diversen Orten – mit diversen Erfolgen. Dazwischen kam weiters, daß seit vergangenem Sommer Egon Seefehlner in Wien das Sagen und Umdisponieren hat. Er verbat sich einen Tschaikowskij-Schocker und verlangte Russell einen Gounod ab: „*Margarethe*", wie „Faust" aus falschen Pietätsgründen nördlich der Alpen genannt wird.

Wien war auf einen Russell-Skandal gefaßt. Der Regisseur klopfte in aller Öffentlichkeit provokante Sprüche, ein Dirigent mußte zu Probenbeginn krankheitshalber aufgeben (Alain Lombard), der Sänger des Valentin (Giorgio Zancanaro) wurde in der Endphase der Einstudierung ausgeschlossen.

Die Handlung wurde in das beginnende 19. Jahrhundert, in die Zeit der napoleonischen Kriege verlegt. Der alte Faust versucht über die Wissenschaft, dem menschlichen Sein auf die Schliche zu kommen. Grabräuber liefern ihm nächtens taufrische Leichen – Doctor Frankenstein meets Goethe. Für Mephisto ist Marguerite nur dann ein interessantes faustisches Verführungsobjekt, wenn sie in Gestalt einer Nonne auftritt. Bevor nun Valentin in den Krieg zieht, steckt er seine Schwester „sicherheitshalber" ins *Kloster*.

Wie Gounod und seine Librettisten interessiert sich Russell doch mehr für das Margarethen- und für das Faust-Schicksal. Obwohl er sich eingehend auf Goethe-Trip begeben hat: Das Stück heißt nun wieder „Faust", die Szenen des (originalen) vierten *Akts sind umgestellt, die Walpurgis*nacht wurde eliminiert, und zum Schluß fährt die faustische Studierstube wieder hoch.

Diese Rahmenhandlung bringt ebensowenig wie andere papierene Russell-Einfälle. Zu schlechter Letzt fährt Mephisto mit Faust abwärts, als wäre er der Gewinner des Spiels. Da hat nun Ken Russell genüßlich danebengegriffen, jedoch für seine Verhältnisse recht unscheinbar und alles andere als spektakulär. Er mißtraut der *Musik grundsätzlich*, wenn er die Szenerie krampfhaft in Bewegung hält. Durch choreographische Garnierungen: Hexen, Nonnen und Glamourgirls.

Versteckt kann Russell auch unglaublich zynisch und blasphemisch sein: Mephisto pinkelt unscheinbar ins Weihwasser. Mit Carl Toms' plumper und bis zum Edelkitsch ausufernder Ausstattung gelingt nicht einmal der Trick, eine große romantische Oper ein bißchen Pop-artig zu machen. Nur in der Kirchenszene, aber da ist es längst zu spät, vollzieht sich ein schrecklich-schönes Bild. Der von Alpträumen geplagten Marguerite wird von Mephisto im Bischofsornat eine schwarze Messe gelesen. Tribunal als schauriges Ritual. Spektakel im Vorzimmer der Hölle.

Längst ist die Vorstellung, ein unerwartet müder Premierenabend, in der Mitte auseinandergebrochen. Dank einer uninteressant dahinschleichenden musikalischen Wiedergabe. Erich Binder, der als philharmonischer Konzertmeister seit längerem an einer Dirigentenkarriere feilt, bringt zwar korrektes Handwerk mit, aber weder Flair, Animo noch Tempo. Francisco Araiza singt einen braven und sicheren Faust, Gabriela Benackova-Cap biegt mit der Marguerite ihr traumhaftes Legato zu leichter Larmoyanz, Walton Grönroos ist ein Valentin aus der hinteren Schlachtreihe. Diesem teuflischen Spiel konnte nur einer Einhalt gebieten: Ruggero Raimondis herzensböser Mephisto.

Die erhoffte Sensation verlief im Sand. Ken Russell ging skandal-los und nur nicht skandalös unter.

WALTER GÜRTELSCHMIED

JOURNAL

„Unbekannte" überfallen Zbigniew Zakiewicz

J. G. G. Danzig

Angeblich unbekannte Täter haben in Danzig den regimekritischen Schriftsteller Zbigniew Zakiewicz im Treppenhaus zu seiner Wohnung überfallen und nahezu krankenhausreif geprügelt. Wie die polnische Untergrundpresse berichtet, gehört Zakiewicz, der durch zahlreiche regimekritische Bücher in der „Solidaritäts"-Ära in Erscheinung trat, zu den verheißungsvollsten polnischen Literaten der mittleren Generation. In jüngster Zeit ist er allerdings nicht politisch hervorgetreten.

Preis „Gute Form" im Haus Industrieform

DW. Essen

Bis zum 13. April sind im Essener *Haus Industrieform* noch die Produkte und Entwürfe zu sehen, die mit der einzigen staatlichen Design-Auszeichnung „Gute Form" ausgezeichnet worden sind. Das Thema für 1984 war „Sport, Freizeit, Gesundheit – Design für den Menschen". Von den eingereichten hundertachtunddreißig Serienerzeugnissen wählte die Jury nur zehn aus (obwohl nach der Satzung bis zu *dreißig* hervorgehoben werden können). Von sechzehn Entwürfen von Nachwuchs-Designern erhielten vier ein Förderstipendium u. a. für einen Skischuh, für ein Freizeitkochgeschirr oder für eine Radtourentasche.

Antike Nekropolis ausgegraben

dpa, Belgrad

Eine fast viertausend Jahre alte Totenstadt ist von jugoslawischen Archäologen in Dalmatien nahe der Adria-Hafenstadt Split entdeckt worden. Die Wissenschaftler datieren die fünfundsechzig Gräber in die Jungsteinzeit. In den Gräbern waren Angehörige eines indogermanischen Völkerstammes bestattet. Die Funde sind einem puren Zufall zu verdanken. Bei Grabungsarbeiten für ein Wasserkraftwerk am Cetina-Fluß nahe der Adria-Küste waren sie unerwartet ans Tageslicht gekommen.

Grand Prix für Bach-Kantatenaufnahme

dpa, Stuttgart

Für die Gesamteinspielung aller 194 Kantaten von Johann Sebastian Bach erhalten die Gächinger Kantorei und das Bach-Collegium Stuttgart unter Leitung Helmuth Rillings den Schallplattenpreis „Grand Prix de Disque". Die Auszeichnung für die in fünfzehnjähriger Produktionszeit aufgenommenen hundert Schallplatten des Bach-Kantatenwerks wird in Paris verliehen werden.

Swjatoslaw Richter 70

Vor zehn Jahren, zu seinem 60. Geburtstag, zeichnete die Sowjetunion den Pianisten Swjatoslaw Richter mit dem Titel eines „Helden der *sozialistischen Arbeit*" aus. Die härteste Arbeit für Richter ist jedoch stets gewesen, sein Leben und seine Kunst freizuhalten von politischen Einflüssen, für die er als in der Ukraine geborener Volksdeutscher vielleicht besonders anfällig schien. Er durfte spät erst im Westen gastieren und war schon ein Endfünfziger, als er zum ersten Mal in die Bundesrepublik kam, das Land, in dem seine *Mutter* seit Kriegsende gelebt hatte und das er immer noch „nicht sehr gern" mag, wie er in einem Fernsehfilm zugab. In Moskau aber erreichte es Richter, daß er unbehelligt von der russischen Bürokratie zwischen den Welten wandern darf, ein Privileg, das neben ihm heute nur Roshdestvenskij besitzt und das er zu langen Aufenthalten in Italien und in Frankreich nutzt, wo er in Mesley sein „eigenes" Festival gegründet hat. Nicht gerade zuverlässig in der Einhaltung seiner Konzerttermine, kommt es andererseits immer wieder zu Überraschungsauftritten Richters – und das ist nach wie vor das Entscheidende: seinen großen, ernsten Interpretationen des Klavier-Repertoires von Bach bis Prokofieff zu begegnen. Mit Mozart und Schubert als Fixsternen.

Bth.

Roger Sessions †

Im Alter von 88 Jahren ist in Princeton der Komponist Roger Sessions gestorben, der viele Jahre in Europa, insbesondere in Italien und Berlin, gelebt hatte, wo er auch Mitglied der Akademie der Künste war und wo die Deutsche Oper 1964 sein Hauptwerk „*Montezuma*" uraufführte. Ein Schüler von Ernst Bloch, wandte sich Sessions bald von der Spätromantik ab und fand einen klassizistischen Stil in der Nachbarschaft Strawinskys, von dem er in den frühen fünfziger Jahren abermals konvertierte, und zwar zur Zwölftontechnik nach den Regeln Schönbergs. Bis ins hohe Alter war Sessions einer der angesehensten musikalischen Akademiker Amerikas, Gelehrter, Schriftsteller, Musiker und Kulturpolitiker in einer Person.

ebi

Arktische Kälte im biblischen Rhythmus

Etwa alle sieben Jahre ist der Winter besonders streng

MARIA GROHME, **Bonn**

Schnee von Flensburg bis Passau, melden die Wetterdienste. Fröstelnd nimmt man zur Kenntnis, daß heute, Punkt 17.14 Uhr, der Frühling beginnt. Doch die Frühlingsboten scheinen *im Schnee steckengeblieben zu* sein. Noch immer ist ein Ende des naßkalten Winterwetters nicht abzusehen. Der Winter hat sich einquartiert wie ein ungeliebter Gast, den kein noch so demonstratives Gähnen zum Aufbruch verleiten kann.

Der neue Kälteeinbruch mit pausenlosem 48stündigem Schneefall hat vor allem in südlichen Breiten der Bundesrepublik Deutschland zu chaotischen Verkehrsverhältnissen geführt. Schneefälle blockierten Straßen und Autobahnen stundenlang. Auf einem 50 Kilometer langen Teilstück war die Autobahn Stuttgart–München gestern morgen gesperrt. 25 Starts und Landungen fielen auf dem Stuttgarter Flughafen Echterdingen *aus. Fernzüge hatten Verspätungen* von bis zu 30 Minuten. An den Nord- und Ostseeküsten, in den vergangenen Wochen von Preß- und Treibeis malträtiert, ist die Schiffahrt schon wieder behindert.

Nur die Skifahrer jubeln über das „Weiß in Massen". In den Alpen sind 70 Zentimeter Neuschnee gefallen und sorgen für eine anständig dichte Schneedecke auf den Pisten. Wer allerdings außerhalb der markierten Pisten fährt, begibt sich in höchste Lebensgefahr. In den Alpen herrscht derzeit höchste Lawinengefahr.

Händereibend – wenn auch weniger vor der Kälte – schauen auch die Brennstoffhändler in den trüben, naßkalten Winterhimmel. Sie wittern nicht Frühlings-, sondern „Morgenluft", wie ein Sprecher des Gesamtverbandes des Deutschen Brennstoffhandels sich ausdrückte: Einzelne Gesellschaften gehen heute mit den Preisen wieder hoch. Der frisch gefallene Schnee hat den saisonbedingten Rückgang der Heizölpreise gestoppt und in die entgegengesetzte Richtung dirigiert. Überhaupt scheinen Heizöl*preise geradezu seismographisch* genaue „Gradmesser" für Wetterentwicklungen zu sein: Als nach dem relativ milden Dezember zum Jahreswechsel die Temperaturen in den Keller gingen, stiegen die Heizölpreise um 20 Prozent; sie fielen im Februar, als die Temperaturen den *Frühling einige Tage lang mit* Sonnentemperaturen von mehr als 20 Grad ahnen ließen.

Der Berufstätige, der zum wiederholten Male morgens zur spät zur Arbeit kommt, hat nach den Erfahrungen der letzten Wochen das Wort vom „Rekordwinter" schnell ausgesprochen. Doch die Meteorologen lassen *solche Beurteilungen buchstäblich* kalt. So streng sich der Winter bislang auch gab, „extrem" ist er nach ihrer Meinung nicht gewesen. In beinahe biblischem Rhythmus von sieben Jahren gibt es nach Auskunft des Wetteramtes in Essen einen Winter wie den offiziell nach dem Kalender heute beendeten.

Der diesjährige zählt zwar zur „Spitzengruppe", doch belegt er in der Rangfolge der „gestrengen" nur Platz sieben seit 1896, dem Jahr, als die Wetterstatistiker mit regelmäßigen Aufzeichnungen begannen. In neun Jahrzehnten waren demzufolge sechs noch kälter gewesen.

Maßgebend für die Beurteilung, ob ein Winter wirklich kalt war, ist für *die Statistiker die Summe aller* mittleren Tagestemperaturen, die unter Null blieben. Mit 444 Minusgraden war beispielsweise der Jahrhundertwinter 1962/63 in Frankfurt fast doppelt so kalt wie der diesjährige in der Mainmetropole, der es auf „nur" 228 Grad unter Null brachte. In Bremen war's nur unwesentlich kälter, dort addierten sich die Zitterzeiten auf 253 Grad Minus, fielen seit Anfang November 3,10 Meter Schnee.

Es sind die Frostzeiten, die Tage mit den extrem niedrigen Temperaturen, die für die Rangliste der Kältewinter ausschlagebend sind. Die Statistik der Durchschnittstemperaturen hört sich dagegen nicht so spektakulär an. So sanken die Temperaturen *in Nordrhein-Westfalen an 55* Frosttagen nicht unter 0,5 Grad minus.



Vom nationalen Monument zum Träger echter und falscher Gefühle: Roter Sand in der Wesermündung. FOTO: DPA

Winkt dem Leuchtturm Roter Sand die Rettung?

W. WESSENDORF, **Bremerhaven**

Die beiden Leuchtturmwärter mochten nicht einmal ihre Hand zum Gruß erheben. Ihr Wechsel alle sechs Monate ging schweigend vonstatten. Als eines Tages der eine krank wurde, sein Kollege ihn vertreten mußte, meinte dieser: „Wenn Du wieder gesund bist, sprechen wir aber nicht wieder miteinander."

So spröde kann es an der Küste zugehen. Deshalb rechneten die Bremerhavener auch seinerzeit schnell nach, als die Frau eines anderen Leuchtturmwärters ein Baby bekam. Nach Adam Riese kam die Er*leuchtung: „Die muß ja wohl verbo*tenerweise auf dem Turm gewesen sein."

Anekdoten aus der bewegten Geschichte des Leuchtturms Roter Sand, 50 Kilometer vor Bremerhaven in der Wesermündung gelegen. Vor 100 Jahren wurde er in Dienst gestellt. Seit 1964 in seiner eigentlichen Funktion ersetzt, droht er zu zerfallen. Nun tutet er, dessen Nebelhorn oft genug Orientierung für andere bedeutete, selber um Rettung.

Seit seine Besatzung abgezogen wurde, ist Roter Sand nur noch Gegenfeuer zum Leuchtturm Hoheweg und Quermarkenfeuer zu einem der verkehrsreichsten Fahrwasser auf der Erde, Alte Weser. Sein rot-weiß-schwarzes Kleid erinnert zwar an ein Karnevalskostüm, doch steckt immer noch mehr dahinter. Er ist für Legionen von Schiffen Symbol für Fernweh, aber auch die Nähe eines sicheren Ankerplatzes.

Eine Attrappe des Leuchtturms steht auf dem Schreibtisch des wissenschaftlichen Mitarbeiters vom Deutschen Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven, Siegfried Stölting. Auf der Nürnberger Spielwarenmesse vorgestellt, soll der Verkauf der Nachbildung dazu beitragen, die Kasse des Fördervereins „Rettet den Leuchtturm Roter Sand" zu füllen.

Stölting, Mitglied im Vorstand des Fördervereins, zur WELT: „In der Zeit zwischen den Weltkriegen bildete unser Seezeichen für Millionen von Auswanderern, *Reisenden* und Seefahrern den letzten Gruß des Alten Kontinents. Wer kann sich darüber wundern, daß der Turm Träger einer Menge echter und falscher Gefühle wurde?"

Kunst, Kunsthandwerk und Kitsch haben sich denn auch längst des markanten Turms bemächtigt. Davon zeugt eine Sammlung im Schiffahrtsmuseum.

Am Anfang stand der Stolz des Kaiserreichs auf eine Pioniertat des Ingenieurswesens. „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser", so Kaiser Wilhelm I., der damit ein stählernes Zeichen setzte. Dazu gehörte nicht nur der Bau großer und schneller Schiffe, sondern auch die Entwicklung einer maritimen Infrastruktur. Stölting: „Zahlreiche Zeugnisse zeigen uns, daß Roter Sand während der ersten 50 Jahre als nationales Monument verstanden wurde."

Es war eine Pioniertat, den Turm in den sandigen Meeresboden zu rammen. Die Herbststürme 1881 beendeten den ersten Versuch. Die Wogen zerschlugen den Senkkasten – die Arbeit vieler Monate verschwand spurlos.

Aber die Wellen glätteten sich wieder um den Vorhutsposten des Deutschen Reiches. Im Frühjahr 1883 wurde ein neuer Caisson in die Außenweser geschleppt. Allerdings wurde das Bauwerk mit 835 000 Mark nun doppelt so teuer. Etwa so viel kostet heute seine Restaurierung. Gut 50 000 Mark befinden sich in der Kasse des Fördervereins, der im übrigen auf den Bund und das Land Niedersachsen hofft.

Drei Kreuze machen denn auch die Bremerhavener Initiatoren, wenn es gelingt, sich dem nagenden Salzwasser entgegenzustemmen. So wie Baumeister Körte vor 100 Jahren drei Kreuze ins Bautagebuch brachte, als das waghalsige Unternehmen im Mai 1885 endete. Damit war eines der ehrgeizigsten Projekte des damaligen Deutschen Reiches gelungen. Stölting: „Zum ersten Mal stand ein Bauwerk in der offenen See, heute meinen wir, es war das erste Off-Shore-Bauwerk der Welt."

Jeder neunte brauste zweimal in die Falle

dpa/AP, **Köln/Düsseldorf**

Als „unerfreulich" bezeichnete der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor das Ergebnis von gezielten Radarkontrollen in Köln und Wesel. Denn jeder neunte von 4079 „geblitzten" Autofahrern wurde wenige 100 Meter weiter ein zweites Mal wegen überhöhter Geschwindigkeit geschnappt. 772 Autofahrer handelten sich eine Anzeige ein, 154 von ihnen mußten wegen erheblicher Geschwindigkeitsüberschreitung von mehr als 20 Stundenkilometer nochmal mit Strafanzeige geahndet werden. Viele eilige Autofahrer scheint der Griff in die Brieftasche oder eine Anzeige wegen Geschwindigkeitsüberschreitung nur wenig zu beeindrucken. Die häufigsten Ausreden der Autofahrer mit dem „Bleifuß" lauteten „Ich habe es eilig, muß zum Termin" oder „Es kann gar nicht sein, daß ich zu schnell gefahren bin (20,3 Prozent). 16 Autofahrer gaben an: „Ich bin noch nicht wach". Die Polizei will die Geschwindigkeitskontrollen verstärkt fortsetzen.

„Intercity Experimental"

dpa, **Essen**

Die erste Triebkopflokomotive des „Intercity Experimental" (ICE) wurde gestern in Essen der Deutschen Bundesbahn (DB) übergeben. Sie soll als Prototyp für die Hochgeschwindigkeitszüge im Personenfernverkehr der neunziger Jahre erprobt werden. Ein Versuchszug wird nach den Plänen der DB ab Herbst dieses Jahres auf der Teststrecke Neubekkum–Gütersloh 350 Stundenkilometer fahren. Im Reiseverkehr sollen später 250 km/h erreicht werden.

Verstehen Sie italienisch?

SAD, **Rom**

Rund 700 000 italienische Staatsbürger sprechen kein Italienisch. Das ermittelte das Ministerium für öffentliches Unterrichtswesen. Darüber hinaus leben in Italien noch 1,6 Millionen Italiener, die nur den sardischen oder den friaulischen Dialekt beherrschen. Von den 700 000 sind *270 000* vor allem in Norditalien deutschsprachig, 150 000 sind slowenisch-sprachige Italiener.

Von Lawine verschüttet

dpa, **Oberstdorf**

Teilnehmer eines Skikurses am Fellhorn (Landkreis Oberstdorf) sind gestern mittag von einer Lawine er*faßt worden*. Rund 100 Helfer mit Lawinensuchhunden, Polizei- und Bundeswehrhubschrauber nahmen die Suche auf. Eine junge Frau wurde am Nachmittag noch vermißt.

Intensivstation

AFP, **Louisville**

Der amerikanische Kunstherzpatient Murray Haydon wurde am Montagabend nach heftigen Atembeschwerden auf die Intensivstation des Krankenhauses in Louisville (US-Bundesstaat Kentucky) verlegt. Er hatte vor einem Monat als dritter Patient ein Kunstherz erhalten.

Schmarotzer stirbt aus

dpa, **Kuala Lumpur**

Eines der größten exotischen Blumengewächse der Welt, die im dichten Bergdschungel Nordborneos gedeihende Schmarotzerblume, droht auszusterben. Die wegen ihres penetranten Verwesungsgeruchs auch „stinkende malaiische Lilie" genannte Blume entfaltet wagenradgroße Blüten mit einem Durchmesser von 60 Zentimetern.

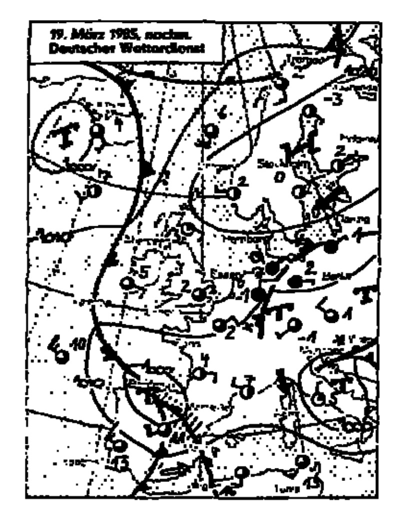
LEUTE HEUTE

Money, Money, Money

Nach einer Statistik der Zeitschrift „People" führt **Michael Jackson (25)**, Star des amerikanischen Popgeschäfts, mit weitem Abstand die Vermögensskala der US-Entertainer an. Er wird auf nahezu eine Milliarde Dollar geschätzt. Allein das Album „Thriller" brachte ihm 70 Millionen Dollar ein. Das Musikimperium, das Ex-Beatle **Paul McCartney** in seiner *langen Karriere aufgebaut hat, wird* dagegen auf „nur" 500 Millionen Dollar geschätzt. Zu den reichsten unter den amerikanischen Showgrößen zählt der Komiker **Bob Hope** mit einem Vermögen von rund 200 Millionen Dollar. Jackson-Konkurrent **Prince** kann auch nicht klagen: Er verdiente mit der Platte zu seinem Film „Purple Rain" 17,8 Millionen Dollar. 15 Millionen Dollar strich **Lionel Ritchie** für das Album „Can't slow down" ein. **Frank Sinatra** ließ sich einen Drei-Jahres-Vertrag mit den Golden Nugget Casinos in Las Vegas und Atlantic City mit zehn Millionen Dollar vergolden. **Larry Hagman**, das Ekel J. R. aus „Dallas", ist in der Liste der Gutverdienenden bei den Serienstars des Fernsehens nicht ganz so erfolgreich wie als texanischer „Ölkönig". Er fand in **Tom Selleck** alias „Magnum" seinen Meister. Der schloß einen Jahresvertrag von 4,8 Millionen Dollar ab, während Hagman nur drei Millionen Dollar mit nach Hause bringen kann. Am meisten im amerikanischen Fernsehen verdiente einmal mehr Star-Moderator **Johnny Carson** mit einem Jahresgehalt von fünf Millionen Dollar.

WETTER: Spätwinterlich

Wetterlage: An der Südflanke eines skandinavischen Hochdruckgebietes bleibt wolkenreiche Kaltluft für Deutschland wetterbestimmend.



Vorhersage für Mittwoch:
In ganz Deutschland meist stark bewölkt, zum Teil neblig-trüb. Vereinzelt noch geringer Schneefall, vornehmlich in den östlichen Gebieten. Höchsttemperaturen null bis plus 3 Grad, *nächtliche Tiefstwerte zwischen* minus 1 und minus 5 Grad. Örtlich Straßenglätte. Schwacher, zeitweise mäßiger Nordostwind.

Weitere Aussichten:
Weitgehend niederschlagsfrei, jedoch weiterhin kalt mit leichtem bis mäßigem Nachtfrost.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	2°	Kairo	27°
Bonn	1°	Kopenh.	1°
Dresden	1°	Las Palmas	18°
Essen	-1°	London	2°
Frankfurt	0°	Madrid	11°
Hamburg	0°	Mailand	9°
List/Sylt	0°	Mallorca	11°
München	-1°	Moskau	0°
Stuttgart	-1°	Nizza	11°
Algier	15°	Oslo	0°
Amsterdam	1°	Paris	2°
Athen	13°	Prag	1°
Barcelona	8°	Rom	5°
Brüssel	-1°	Stockholm	0°
Budapest	10°	Tel Aviv	21°
Bukarest	4°	Tunis	13°
Helsinki	2°	Wien	1°
Istanbul	18°	Zürich	0°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.23 Uhr, Untergang: 18.37 Uhr; **Mondaufgang:** 6.49 Uhr, Untergang: 18.34 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Der große Graben zwischen Vater und Sohn

AP, **Bonn**

Ein „erschreckendes Ergebnis" hat nach Ansicht von Meinungsforschern eine Umfrage über die „Generationen-Kluft" in Deutschland gebracht. Die Gegensätze zwischen jungen Deutschen und ihren Eltern seien „so groß wie in keinem anderen vergleichbaren Land", erklärte das Institut für Demoskopie Allensbach gestern in Bonn zu einer Erhebung, die 1981 in den zehn Ländern der EG vorgenommen worden war.

Alles in allem summiert sich die Übereinstimmung zwischen den Kindern und ihren Altvorderen in der Bundesrepublik Deutschland auf 171 Punkte, in Europa hingegen auf 203 Punkte und den USA sogar auf 302 Punkte. Während dort weniger als 0,5 Prozent der Jugendlichen angeben, daß sie in keinem der bei der Umfrage angesprochenen Bereiche ähnliche Ansichten vertreten wie ihre Eltern, behaupten in Deutschland das 13 Prozent.

Die Hauptfrage an die 1305 volljährigen Deutschen lautete: „In welchen Bereichen haben Sie und Ihre Eltern ähnliche Ansichten?" Danach folgten Fragen nach Moral, Beziehungen zu anderen Menschen, Religion, Politik und Sexualität.

Bei letztgenanntem Punkt taten sich die größten Unterschiede auf. Ganze 14 Prozent der Befragten hatten dazu „ähnliche Ansichten" wie die Eltern. In der politischen Bewer*tung stimmten immerhin 33 Prozent* überein. Die Moralvorstellungen waren in 38 Prozent (!) deckungsgleich. Die Einstellungen zur Religion ähnelten sich in 39 Prozent. Beim Verhal*ten gegenüber anderen Menschen* äußerten 47 Prozent von Jung und Alt gleiche Ansichten.

„Diese Beobachtungen geben der Rede vom Traditionsbruch, die wir von *Historikern* und *Soziologen* kennen, eine ganz neue Dimension", kommentierte Allensbach das Umfrageergebnis. Der Traditionsbruch scheine nicht nur wichtige Institutionen des sozialen und politischen Lebens zerstört zu haben, sondern bis in die Familien hineinzureichen.

Seit 80 Jahren für die Blinden da

Hamburger „Centralbibliothek" verschickt ihre Folianten bis nach Sibirien

GISELA KRANEFUSS, **Hamburg**

Bürgerengagement ermöglichte 1905 in Hamburg die Gründung einer „Stiftung Centralbibliothek für Blinde". Leipzig hatte schon 1898 eine Blindenbibliothek, Marburg richtete sie 1916 ein. Die Idee, blinden Menschen durch Bildung zu einer besseren Ausbildung und damit zur Integration zu verhelfen, wird jetzt schon von der dritten und vierten Generation in der Blindenbibliothek genutzt. Der jüngste Leser ist sechs und die älteste Benutzerin 99 Jahre alt.

50 Prozent des Angebots ist Belletristik. Zur Zeit wird Konsaliks „Ein Kreuz in Sibirien" in Blindenpunktschrift übersetzt. Die 518 Seiten seines Buches füllen 13 Bände in Blindenschrift, die der Franzose Louis Braille 1825 entwickelte. Erhobene *Punkte, die mit den Fingerkuppen* abgetastet werden, ergeben – gegliedert wie die Sechs auf einem Würfel – in bestimmter Zusammensetzung die Buchstaben des Alphabets. Mit dieser Schrift können auch Musiknoten, chemische Formeln und Landkarten dargestellt werden.

Zwölf „Abschreiber" zwischen Wien und Kopenhagen übertragen Kinderbücher, Sachliteratur und Romane, „übersetzen" alles, von Shakespeare bis Lenz und sogar Lehrbücher für Computersprachen. Mehr als 800 Mark kostet die Übertragung eines Schwarzschriftbuchs in ein Punktschrifterzeugnis. Trotz der beliebten Hörbücher auf Cassetten, einer Tochtereinrichtung der Bibliothek, ist der Wert des selbst ertastba*ren, nachschlagbaren Punktschrift*buches nach wie vor unübertroffen.

Die überwiegend deutschen Texte werden zur Zeit an Blinde in 21 Länder der Erde verschickt, sogar nach Sibirien. Die Deutsche Bundespost holt jeden Tag um 11.30 Uhr die gewichtigen Pakete in Containern ab und liefert sie auch zurück. Die Versandanschriften sind zusätzlich in Punktschrift angegeben.

In einer alten Villa im Hamburger Stadtteil Uhlenhorst stehen 4000 Titel in vier Meter hohen Regalen, das sind 40 000 Bände solcher Punktschriftbücher. Das Ausleihen ist kostenlos, wie auch die vierteljährlich erscheinende Neuerscheinungsliste, die Interessenten zugesandt wird.

Selbst Berlins „Regierender" leckt sich die Finger danach

DETLEF BERTHELSEN, **Berlin**

„Je bitterer desto besser" ist das Motto der neuen Schokoladen-Eßwelle, die zur Zeit über den großen Teich nach Europa schwappt. Vollmilch und Süßes sind „out": Die wahren Genießer schätzen es schwarz und hart. In Paris, Zürich und Brüssel, den Feinschmeckerzentren Europas, wetteifern die „Chocolatiers" um die Gunst der internationalen Kundschaft. Völlig unbekannt dagegen ist auf der „Schoko-Szene" bisher eine kleine Fabrik in Berlin, die in einer Seitenstraße des Ku'damms auf eine traditionsreiche Vergangenheit zurückblicken kann: „Erich Hamann – Bittere Schokoladen", heißt es schlicht auf dem Firmenschild.

Nebenan im Laden gibt es – heute noch – den dunklen Genuß in Vollen*dung. „Teeschokolade" mit mindestens* 66 Prozent Kakaogehalt, Edelbitter-Reliefschokolade oder Weinbrandbohnen mit Kruste – mit 68 Prozent Kakaoanteil ein europäischer Rekord. 19,50 Mark kostet ein halbes Pfund solcher „Böhnchen". Kein billiges Vergnügen. Aber „Hamann" hatte schon immer seit der Firmengründung 1912 einen festen Kundenkreis, genannt die „Hamannianer".

Ältere Damen zumeist, deren Mütter und Großmütter als „höhere Töchter" zu Zeiten Wilhelms II. die Pausen im Unterricht der „Lyzeen" nutzten, um auf einen Sprung „zu Hamann" zu gehen. Aber auch die jüngere Generation hat ihre Hamann-Fans. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen gehört zu den regelmäßigen Hamann-Abnehmern.

Das „Hamann-Blau", ein zartes Gittermuster auf dem weißen Grund der Packungen, verbirgt denn auch Erlesenes: „Das Beste vom Besten" ist der selbstbewußte Wahlspruch des Familienunternehmens. „Ingwer-Blättchen", das Viertelpfund zu 9,75 Mark oder Pistazien-Marzipan: alles *von Hand gefertigt nach streng gehü*teten Rezepten. Hamann-Marzipan ist unter Kennern ein Muß. Die neueste Gaumenfreude ist der „Dürerhase", eine originalgetreue Marzipan-Nachbildung von Albrecht Dürers Radierung.

Auslagen und Vitrinen des Hauses erinnern an ein Juweliergeschäft. Auf dunkelblauem Samt werden hier „Auslese-Konfekt in der Achteckpackung", „Buttertrüffel-Pasteten" oder „Nußpflaumen mit Bitterüberzug" präsentiert. Die persönlich-familiäre Atmosphäre im Laden mag dazu beigetragen haben, daß Hamann-Schokolade ein Geheimtip geblieben ist. Kaum ein Kaufhaus oder eine Confiserie erhält das Privileg, *„Hamann" in ihrem Angebot führen* zu können. In Berlin ist einzig dem KaDeWe diese Gunst vorbehalten. Werbung hat die Familienfirma noch nie gemacht.

Vor Festtagen wie Weihnachten oder jetzt zu Ostern herrscht im ersten Stock des Hauses, wo die Fabrikation untergebracht ist, Hochbetrieb. Neben der Ladenkundschaft müssen die zahlreichen Privatbestellungen erledigt werden. Im Büro geht's dagegen ruhiger zu, hier ist die ganze Verwaltung in einem Regal zu überblicken. Bei Hamann nimmt man sich eben Zeit – für jede Trüffelkugel und jeden Kunden.

ZU GUTER LETZT

„Frage: Welche Fußballreform bewundern Sie am meisten? Antwort: Einführung der Winterpause im Jahr 2018! (50 Jahre nach meinem ersten Vorschlag.)" Trainer Erich Ribbeck in der Rubrik „Fragebogen" der WELT am SONNTAG.